



Soziale Lage in Bayern 2010

Soziale Lage in Bayern 2010



Aktuelle, aussagekräftige und fortlaufende Informationen über die unterschiedlichen Lebenslagen unserer Bevölkerung sind eine unerlässliche Grundlage für politische Entscheidungen. Sie ermöglichen außerdem Bürgerbeteiligung und eine lebendige Demokratie. Nur so kann Sozialpolitik wirksam Zukunft gestalten, ein Leben in Würde gewährleisten, Teilhabechancen schaffen, Leistungsfähigkeit erhalten und zu Chancengerechtigkeit beitragen. Effektive Sozialpolitik bildet auf der Basis des Solidaritätsprinzips ein tragfähiges Fundament unserer Gesellschaft: Helfend und unterstützend für die, die unsere Hilfe brauchen, gleichzeitig aber auch an ihre eigene Verantwortung appellierend. Sozialpolitik schafft erst die Grundlagen für Leistungsfähigkeit, Gerechtigkeit und Akzeptanz der Marktwirtschaft. Sie muss aber auch ein verlässlicher Rahmen sein für diejenigen, die mit ihrer Leistung dazu beitragen, dass wir täglich helfen können.

Wir haben uns deshalb zu einer Form der jährlichen Sozialberichterstattung entschlossen, die gruppenspezifische Lebenssituationen und Trends analysiert. Sie tritt neben den in jeder Legislaturperiode vorgesehenen umfassenden Sozialbericht der Staatsregierung und andere thematisch abgegrenzte Berichte aus der Sozialpolitik. Zugleich wollen wir mit diesem jährlichen Bericht die regional differenzierte Betrachtung vertiefen: Viele Entwicklungen werden erst bei einer regionalen Perspektive richtig sichtbar, bewertbar und gestaltbar. Für den ersten jährlichen Sozialbericht haben wir deshalb die Schwerpunkte bei Einkommen / Armut / Reichtum (Kap. 2) und Arbeitsmarkt (Kap. 3) gesetzt – flankiert von zwei allgemeinen, kürzer gehaltenen Kapiteln (1. Rahmenbedingungen, 4. Staatliche soziale Leistungen). Anhand von Kernindikatoren und anschaulichen Darstellungen soll mittels kurzer Texte auf wichtige Entwicklungen hingewiesen werden, ohne jedoch jede Abbildung und Tabelle „erschöpfend“ auszuwerten: Im Vordergrund soll die knappe und dennoch umfassende Information stehen. Der Bericht ist überwiegend im Ministerium erarbeitet worden. Wir bedanken uns für die Mithilfe des Internationalen Instituts für empirische Sozialökonomie (inifes) sowie den Statistischen Landesämtern von Bayern und Nordrhein-Westfalen. Wir danken allen Beteiligten für ihr hohes Engagement und laden alle ein zu einer lebhaften Diskussion und konstruktiven Mitwirkung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Christine Haderthauer".

Christine Haderthauer
Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Markus Sackmann".

Markus Sackmann
Staatssekretär für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kapitel 1: Rahmenbedingungen	
Vorbemerkung	1
1.0 Rahmenbedingungen – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	3
1.1 Wirtschaftskraft	6
1.2 Öffentliche Schulden	10
1.3 Siedlungsstruktur	11
1.4 Bevölkerungsstruktur	13
Kapitel 2: Wohlstand	
2.0 Wohlstand in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	33
2.1 Definitionen, Indikatoren	40
2.2 Volkswirtschaftliches Einkommen	47
2.3 Mittlerer Wohlstand	49
2.4 Armutsrisko	59
2.5. Überschuldung	79
2.6. Gehobener Wohlstand, Reichtum	82
2.7 Einkommensschichtung	88
2.8 Vermögen	90
2.9 Niedriglohnbereich	93
2.10 Renten	98
Kapitel 3: Arbeitsmarkt	
3.0 Der Arbeitsmarkt in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	104
3.1 Definitionen, Indikatoren	111
3.2 Arbeitsvolumen	114
3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit	119
3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung	123
3.5. Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen	129
3.6. Beschäftigungsformen	135
3.7 Arbeitslosigkeit	152
3.8 Ausbildungsstellenmarkt	175
Kapitel 4: Soziale Leistungen	
4.0 Soziale Leistungen in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	183
4.1 Sozialhaushalt	187
4.2 Mindestsicherung insgesamt	191
4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	194
4.4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	206
4.5 Wohngeld	210
4.6 Sozialhilfe, Asyl	213
4.7 Pflegeversicherung, Pflegebedürftige, Altenheimpflegeplätze	215
4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung	218

1. Rahmenbedingungen

Kapitel 1: Rahmenbedingungen	Seite
Vorbemerkung	1
1.0 Wirtschaftliche, regionale und demographische Rahmenbedingungen – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	3
1.1 Wirtschaftskraft	6
1.2 Öffentliche Schulden	10
1.3 Siedlungsstruktur	11
1.4 Bevölkerungsstruktur	13

Vorbemerkung:

In diesem Kapitel wird der Schwerpunkt auf die demografische Entwicklung gesetzt. Sozial relevante volkswirtschaftliche Eckdaten werden in den Kapiteln 2 (Einkommen) und 3 (Arbeitsmarkt) im jeweiligen Zusammenhang angesprochen. Im Gegensatz zum 2. Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern wird in diesem laufenden Sozialbericht im Kapitel 2 (Einkommen) überwiegend auf Daten des Mikrozensus zurück gegriffen (im 2. Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern: Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) sowie im Kapitel 3 (Arbeitsmarkt) auch auf Daten des IAB-Betriebspansels (vgl. zur Datenbasis jeweils ausführlicher in den Kapiteln 2 und 3).

Zu weiteren Analysen zur Bevölkerungs- und Familienstruktur sowie zur sozialen und wirtschaftlichen räumlichen Entwicklung in Bayern wird darüber hinaus auf das umfangreiche Statistikangebot verschiedener Institutionen verwiesen, die u.a. über Internet abrufbar sind, so z.B.

- des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung,
<http://www.statistik.bayern.de/> <http://www.statistik.bayern.de/daten/intermaptiv/archiv/home.asp>
- der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder u.a. mit z.B. deren Regionalatlas,
<http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx> http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/
<http://www.hsl.de/erwerbsttaetigenrechnung/laenderdaten.htm>
- der Landes- und Regionalplanung in Bayern mit z.B. ihren Regionalkarten,
<http://www.inka.bayern.de/>
- der Sozialberichterstattung der statistischen Ämter der Länder und des Bundes.
<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>

1. Rahmenbedingungen

Darüber hinaus kann zu gruppenspezifischen Lebenslagen auf vielerlei Berichte aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen selbst hingewiesen werden, wie z.B.

- Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern,
<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/betpan08.pdf>
- *ifb*-Familienreport, Berichts- und Tabellenband,
<http://www.stmas.bayern.de/familie/ifb-report2009.pdf>
http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2009_5.pdf
- Bayerns Regionen – Räume für soziale Zukunft. Informationen zur sozialen Entwicklung bayerischer Regionen.
<http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/regionen/info-regionen.pdf>

1. Rahmenbedingungen

1.0 Überblick

1.0 Wirtschaftliche, regionale und demographische Rahmenbedingungen

– ausgewählte Ergebnisse im Überblick

- Wirtschaftskraft 2009: Bei der Wirtschaftskraft je Einwohner lag Bayern mit einem Bruttoinlandsprodukt von 34.397 Euro je Einwohner bundesweit auf dem 4. Platz, von den Flächenländern lag nur Hessen vor Bayern. 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner preisbereinigt um 5 % gesunken. Das entsprach der bundesweiten Entwicklung. In den letzten zehn Jahren verzeichnete Bayern mit einer Zunahme des realen (also inflationsbereinigten) Bruttoinlandprodukts von 16,1 % das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer.
- Regionale Wirtschaftskraft 2007: Die Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt) je Einwohner differiert in den Regionen erheblich. So kam auf jeden Einwohner des Landkreises Schweinfurt im Jahr 2007 ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von rd. 16.400 Euro. Im Gegensatz dazu erwirtschaftete jeder Einwohner des Landkreises München ca. 84.100 Euro. Verbreitet ist ein deutliches Stadt-Land-Gefälle zu beobachten.
- Öffentliche Schulden: Bayern wies im Jahr 2008 mit einer öffentlichen Verschuldung von rd. 2.900 Euro je Einwohner die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder auf. Im bundesweiten Durchschnitt betrug die Pro-Kopf-Verschuldung der Länder, Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände rd. 6.900 Euro und lag damit mehr als doppelt so hoch wie in Bayern.
- Ländlich geprägte Siedlungsstruktur: Der ländliche Raum in Bayern umfasst rund 85 % der Landesfläche und ist Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum für rund 7,2 Millionen Menschen, d.h. rund 58 % der Bevölkerung. Der Erhalt und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen sind damit von besonderer Bedeutung.
- Verdichtungsräume und ländlicher Raum unterscheiden sich weniger durch die realen Einkommensunterschiede (vgl. dazu Kap. 2) als vielmehr bei der Bevölkerungsstruktur, dem Arbeitsmarkt und der Infrastruktur: So haben Verdichtungsräume einen mehr als doppelt so hohen Ausländeranteil. Im ländlichen Raum ist die Arbeitsmarktsituation oft besser und die Notwendigkeit z.B. einer Grundsicherung im Alter geringer. Die öffentliche Infrastruktur (Kinderbetreuung, Altenheim- und Pflegeplätze) ist im ländlichen Raum bei Kindern oft etwas weniger günstig, für Ältere aber teils besser als in Verdichtungsräumen.

1. Rahmenbedingungen

1.0 Überblick

- Entwicklung der Haushaltsstruktur 2000 bis 2008: Immer weniger Haushalte mit Kindern und immer mehr Eipersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder prägen die Bevölkerungsstruktur.
 - Im Zeitraum 2000 bis 2008 nahm die Zahl der Eipersonenhaushalte um 19,7 % und die der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder um 32,3 % zu, während die Zahl der Haushalte mit Kindern um 2,1 % weiter zurück ging.
 - Während sich die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern im Zeitraum 2000 bis 2008 kaum veränderte, schrumpfte die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 1 Kind (insbesondere seit 2005) um 6,5 %. Den stärksten Rückgang gab es bei den Haushalten mit 3 und mehr Kindern (-13,7 %). Deutlich zugenommen hat die Zahl der Haushalte von Alleinerziehenden: +27,7 % bei einem Kind, +30,8 % bei 2 Kindern.
- Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Bayern 2008 bis 2028: Die Gesamtbevölkerung steigt voraussichtlich von heute 12,52 Mio. auf 12,68 Mio. Einwohner in 2020 und beginnt danach langsam bis 2028 auf rund 12,63 Mio. Einwohner zu sinken. Es wird voraussichtlich zu einem kontinuierlichen Rückgang der bis zu 20-Jährigen um rund 11 % kommen. Bei den 20- bis unter 65-Jährigen ist bis etwa 2016 eine steigende Personenanzahl zu erwarten (vgl. detaillierter zum Erwerbspersonenpotential Kap. 3.2), danach wird ein Rückgang bis 2028 auf rund 5 % unter das Niveau von 2010 erwartet. Kontinuierlich zunehmen wird bis 2028 die Zahl der 65-Jährigen und älteren um knapp ein Drittel mehr als 2010. Doch auch hier zeigen sich deutlich regionale Unterschiede: Die Spanne der Veränderungen reicht von +2 % im Landkreis Wunsiedel bis vermutlich +56,5 % im Landkreis Erding.
- Regionale Bevölkerungsentwicklung bis 2028: Künftig werden – wie schon in der Vergangenheit – besonders Oberfranken, Unterfranken und Randgebiete der Oberpfalz von einem teils mehr als 10-prozentigen Bevölkerungsrückgang betroffen sein. Wachstumszentren bleiben wahrscheinlich der Großraum München bis Ingolstadt sowie Landsberg und Rosenheim, aber auch Regensburg und Nürnberg.
- Ursachen für die Bevölkerungsentwicklung in Bayern und seinen Regionen finden sich in anhaltend geringen Geburtenziffern, einer steigenden Lebenserwartung sowie den Wanderungsströmen:

1. Rahmenbedingungen

1.0 Überblick

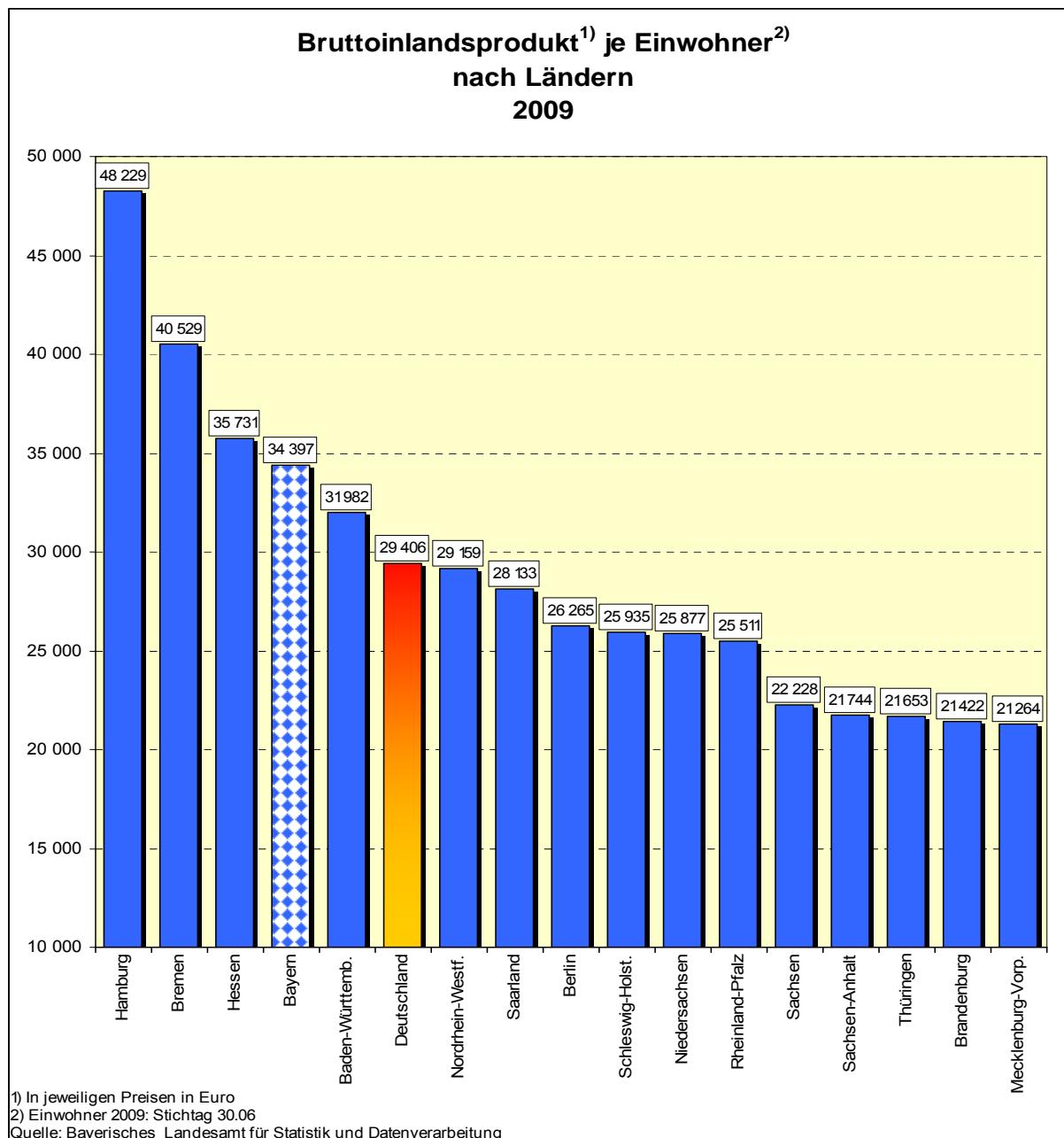
- Die Geburtenziffern für Bayern (1,35) und den Bund (1,38) sind nahezu gleich und entwickeln sich analog. Sie liegen weit unter dem den Bevölkerungsbestand erhaltenen Niveau von 2,1. Die Geburtenraten sind seit Mitte der 1980er Jahre auf diesem niedrigen Niveau, eine Trendwende zeichnet sich nicht ab.
- Steigende Lebenserwartung: Im Berechnungszeitraum 2006/2008 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt in Bayern für Jungen 77,7 und für Mädchen 82,7 Jahre. Bis 2060 könnte die Lebenserwartung nach derzeitigen Prognosen des Statistischen Bundesamtes auf 85 Jahre bei den Männern und 89 Jahre bei den Frauen ansteigen.
- Im Bundesländervergleich ergibt sich für Bayern bezogen auf die letzten 10 Jahre den höchsten Wanderungssaldo (+517.000 Personen). Die großen Verdichtungsräume in Bayern hatten 2008 einen Wanderungsgewinn von +19.281 Personen. Der Wanderungsverlust in den Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen betrug -7.048 Personen. Hauptsächlich Nord-, Nord-West- und Ostbayern weisen zum Teil erhebliche negative Wanderungssalden auf.
- Nationalität der Bevölkerung: Rund 9,4 % der bayerischen Bevölkerung sind ausländische Mitbürger (1,175 Mio.). Rund 40 % der ausländischen Mitbürger kommen aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, 20,3 % stammen aus der Türkei und 17,5 % aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Rund 72 % der ausländischen Bevölkerung wohnen seit mindestens 8 Jahren in Deutschland, darunter über die Hälfte seit 20 Jahren oder mehr. Besonders hoch ist die Ausländerquote in den Ballungsräumen München und Nürnberg.

1. Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftskraft – Bayern

1.1 Wirtschaftskraft 2009: In Bayern überdurchschnittliches Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt

- Bei der Wirtschaftskraft je Einwohner lag Bayern mit einem Bruttoinlandsprodukt von 34.397 Euro je Einwohner bundesweit auf dem 4. Platz. Von den westdeutschen Flächenländern lag nur Hessen mit einem Bruttoinlandsprodukt von 35.731 Euro je Einwohner vor Bayern.
- Die höchste Wirtschaftskraft je Einwohner weisen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit 48.229 Euro bzw. 40.529 Euro je Einwohner auf.
- 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Bayern preisbereinigt um 5 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies entspricht exakt der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet. Den stärksten Rückgang musste Baden-Württemberg mit -7,4 % hinnehmen; die niedrigsten Einbußen hatte Berlin mit -0,7 % zu verzeichnen.

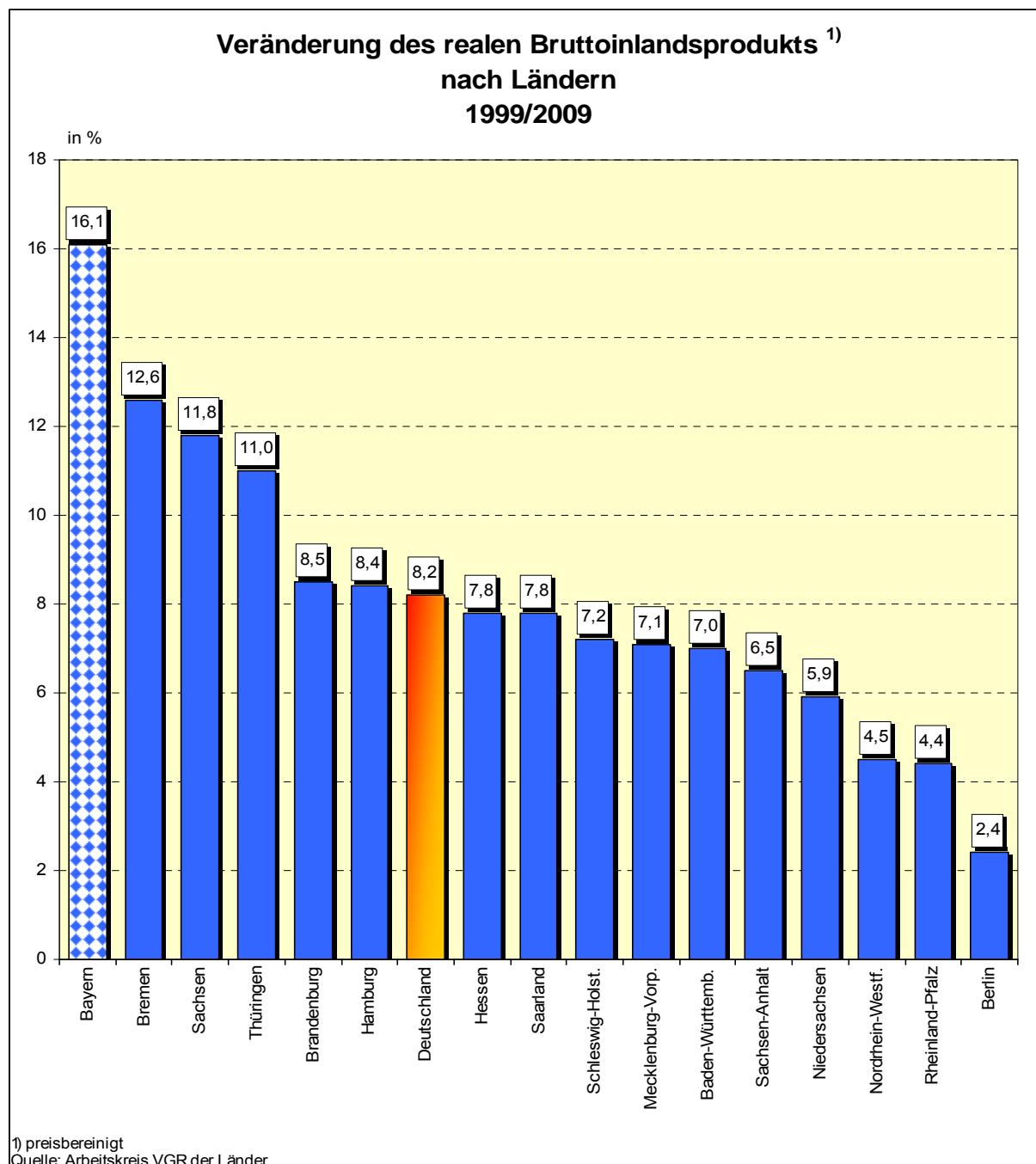


1. Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftskraft – Ländervergleich

Wirtschaftskraft: Größter Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts aller Länder

- In den letzten zehn Jahren verzeichnete Bayern mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (also inflationsbereinigt) von 16,1 % das stärkste Wirtschaftswachstum aller Länder, gefolgt von Bremen (12,6 %) und Sachsen (11,8 %).
- Die neuen Bundesländer verzeichnen relativ hohe Wachstumsraten zwischen 6,5 % in Sachsen-Anhalt und rd. 12 % in Sachsen. Diese beruhen im Wesentlichen auf einem Aufholprozess, ausgehend von einem niedrigeren Niveau als in den alten Bundesländern.

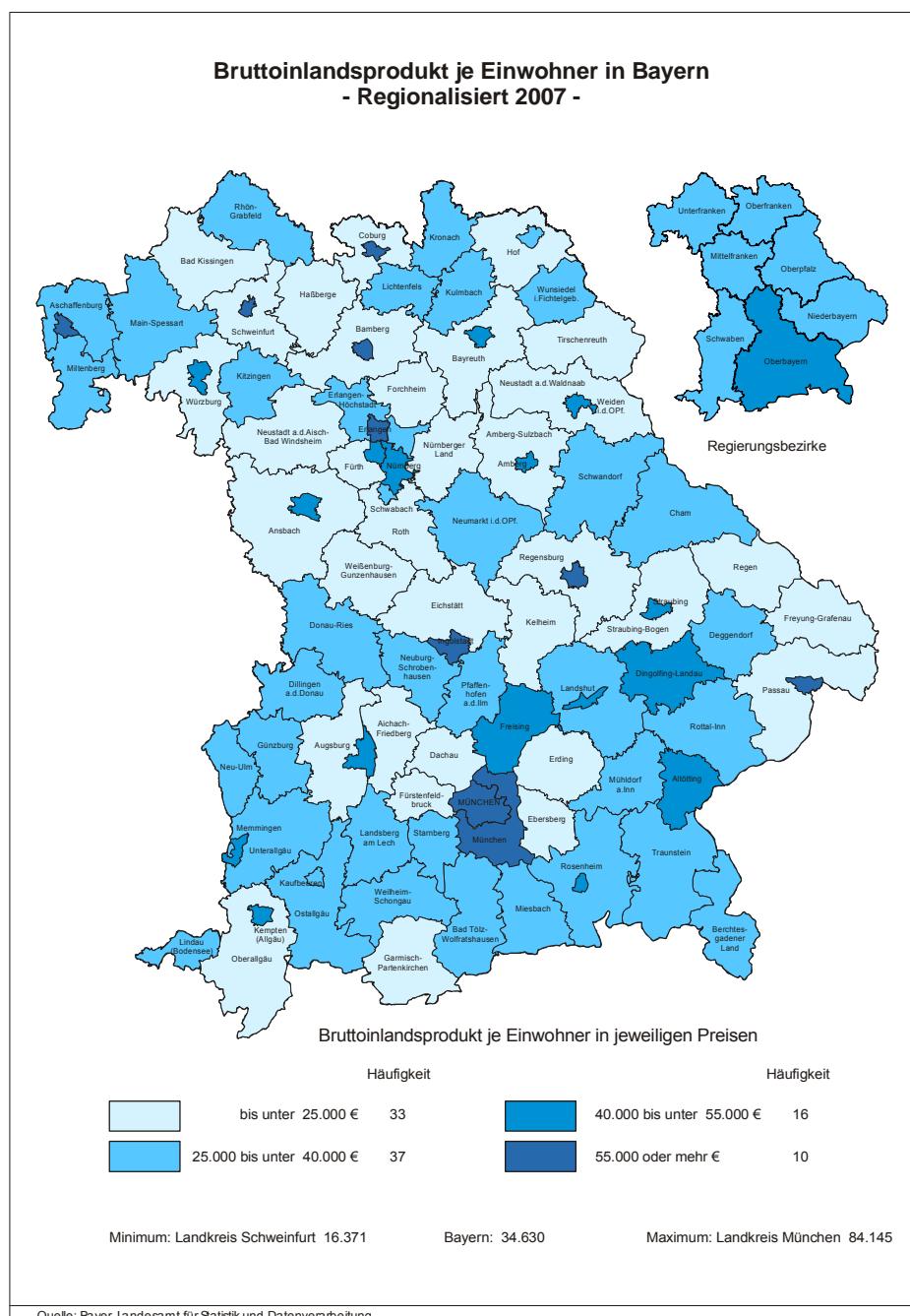


1. Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftskraft – regional

Wirtschaftskraft 2007: Nord-Südgefälle in Bayern

- Die Wirtschaftskraft je Einwohner differiert in den Regionen in erster Linie aufgrund der Unternehmensansiedlungen und Pendlerbewegungen erheblich. So kam auf jeden Einwohner des Landkreises Schweinfurt im Jahr 2007 ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von rd. 16.400 Euro. Im Gegensatz dazu erwirtschaftete jeder Einwohner des Landkreises München durchschnittlich ca. 84.100 Euro. Gründe hierfür sind eine andere Produktionsstruktur, Produktpalette und ein höherer Anteil Erwerbstätiger. Verbreitet ist ein deutliches Stadt-Land-Gefälle zu beobachten.
- Ein Nord-Südgefälle spiegelt sich auch auf der Ebene der Regierungsbezirke wider. So erwirtschafteten die Einwohner Oberfrankens 2007 rein rechnerisch 28.800 Euro je Einwohner, während die Einwohner Oberbayerns ein durchschnittliches Bruttoinlandsprodukt von ca. 42.000 Euro je Einwohner verzeichnen konnten.

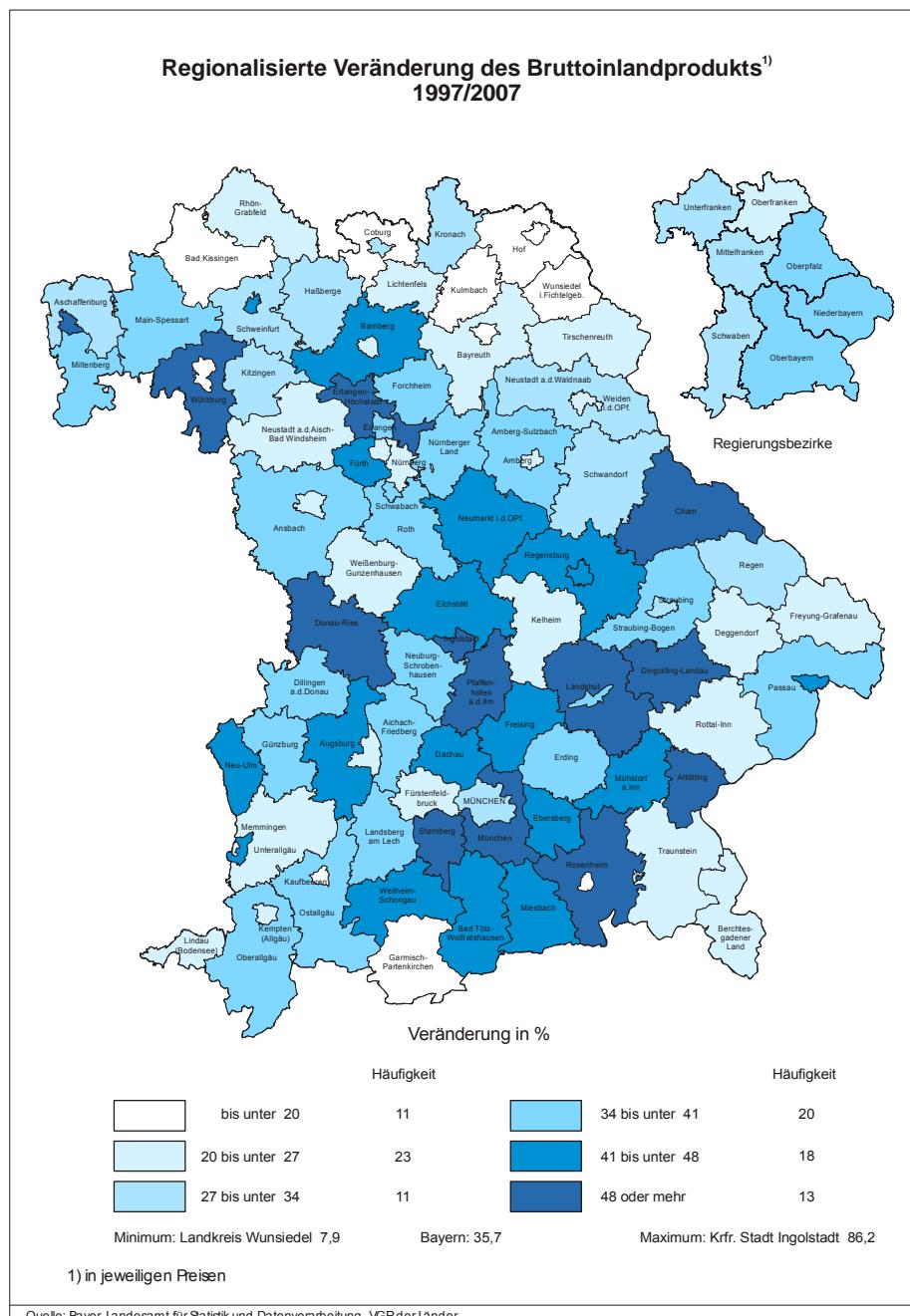


1. Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftskraft – regional

Wirtschaftsentwicklung: Große regionale Unterschiede beim nominalen Wirtschaftswachstum innerhalb Bayerns

- Große regionale Unterschiede sind auch beim nominalen Bruttoinlandsprodukt der letzten 10 Jahre festzustellen. So reicht die Steigerungsrate von 7,9 % im Landkreis Wunsiedel bis zu 86,2 % in der kreisfreien Stadt Ingolstadt. Bei einer bayernweiten Inflation von rund 6,7 % (bezogen auf das BIP nicht auf die Verbraucherpreise, welche um 17,3 % angestiegen sind) gab es damit keine Region in Bayern mit einer realen Wirtschaftsschrumpfung.
- Eine geringe nominale Zuwachsrate weist der Regierungsbezirk Oberfranken mit 22,1 % auf, während Oberbayern mit 40,6 % deutlich zulegt. Bayernweit konnte das Bruttoinlandsprodukt von 1997 bis 2007 um nominal 35,7 % zunehmen, real entsprach dies (um Preissteigerungen, also die Inflation bereinigt) +29,0 %.

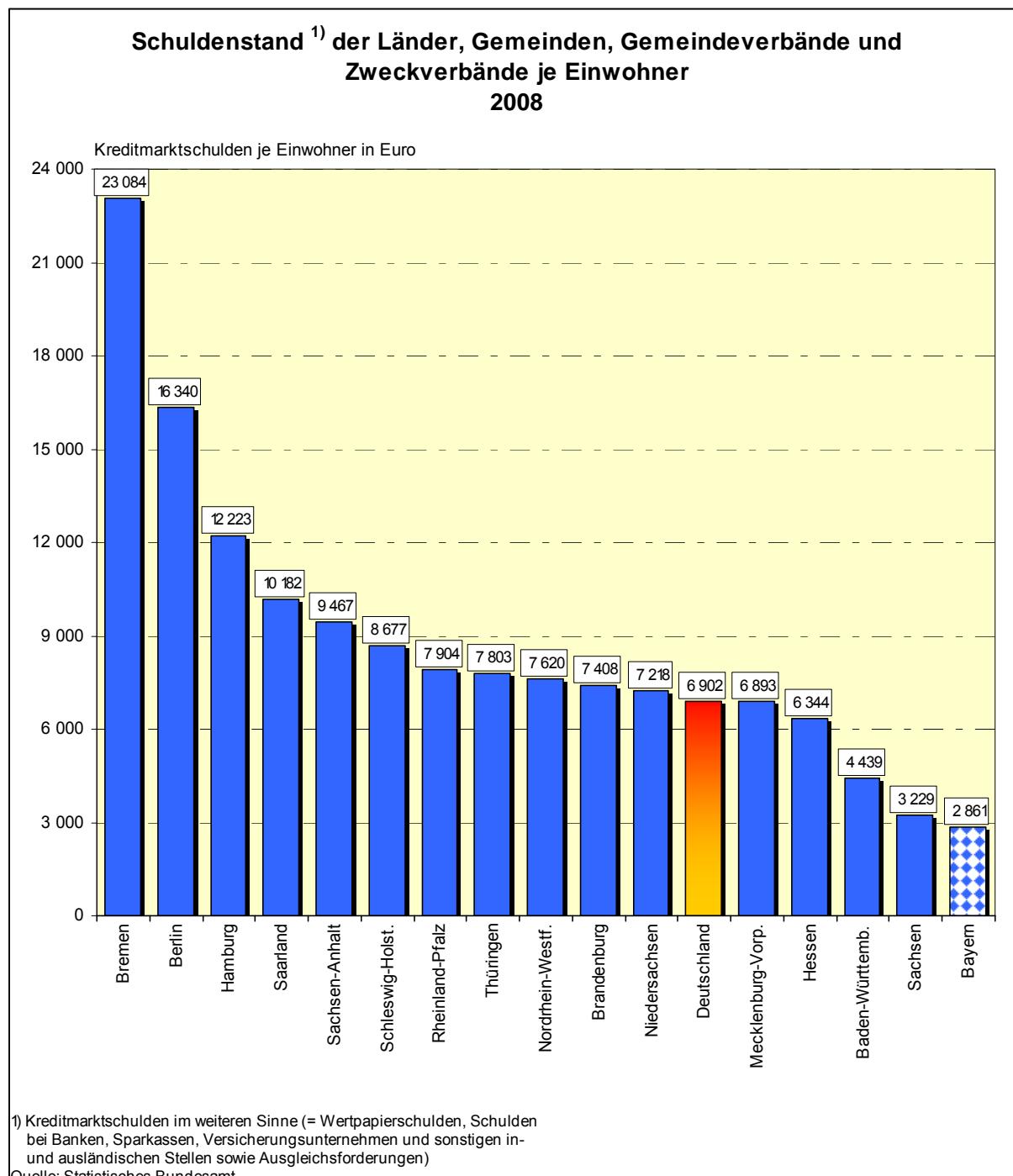


1. Rahmenbedingungen

1.2 Öffentliche Schulden

1.2 Öffentliche Schulden: In Bayern am geringsten in Deutschland

- Bayern wies im Jahr 2008 mit einer öffentlichen Verschuldung von rd. 2.900 Euro je Einwohner die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder auf.
- Im bundesweiten Durchschnitt betrug die Pro-Kopf-Verschuldung der Länder, Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände rd. 6.900 Euro und lag damit mehr als doppelt so hoch wie in Bayern. Auf die Einwohner der Stadtstaaten entfiel jeweils eine noch deutlich höhere Pro-Kopf-Verschuldung.



1. Rahmenbedingungen

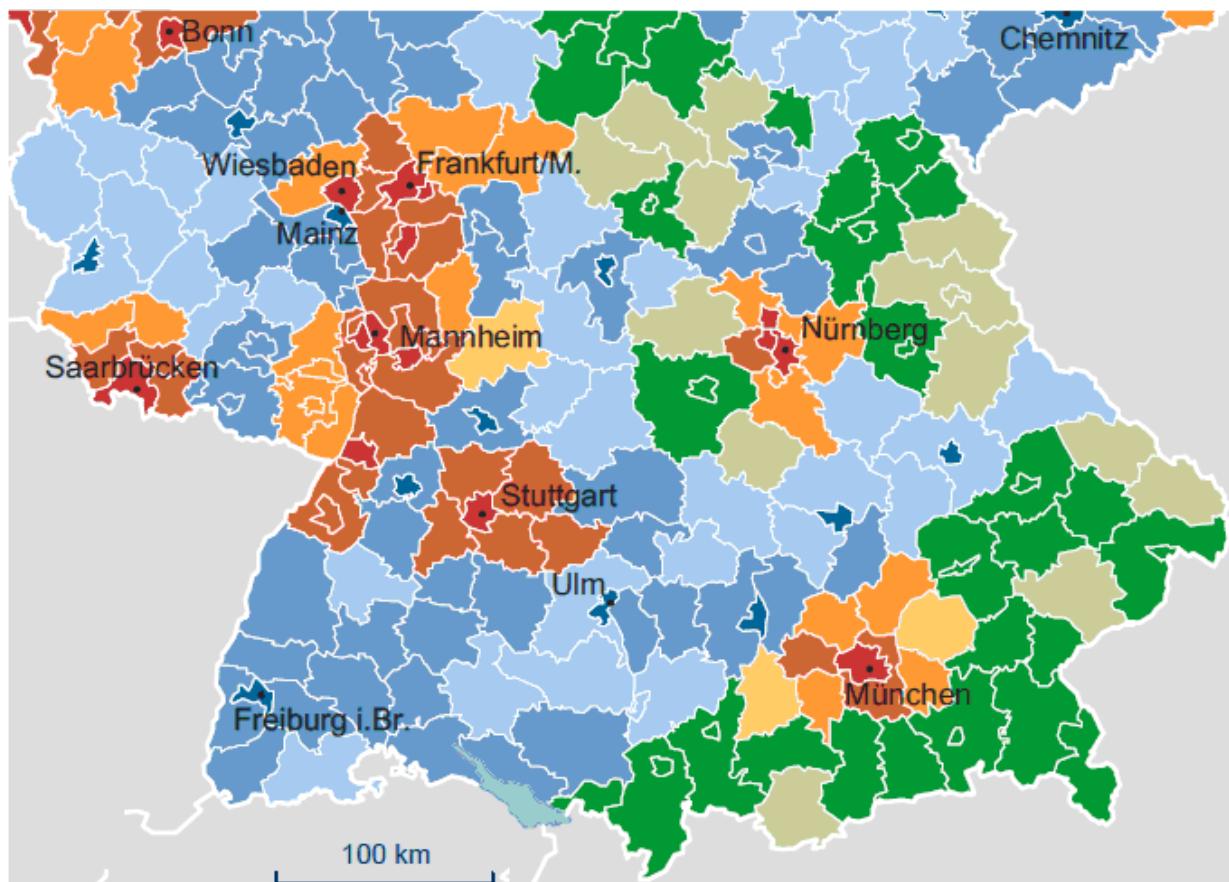
1.3 Siedlungsstruktur

1.3 Siedlungsstruktur: Süddeutschland nach siedlungsstrukturellen Kreistypen 2008:

Bayern ist ein deutlich ländlich geprägter Raum, mehr noch z.B. als Baden-Württemberg

- Der ländliche Raum umfasst in Bayern rd. 85 % der Landesfläche und ist Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum für 7,2 Mio. Menschen, das sind rd. 58 % der Bevölkerung. Rund 80 % der Städte liegen im ländlichen Raum. Etwa unter 50 % des Bruttoinlandsprodukts werden im ländlichen Raum erwirtschaftet.
- Das Bayerische Landesentwicklungsprogramm gibt als Ziel den Erhalt und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen vor und betont – bei gleicher Sachlage – einen Vorrang für den schwach strukturierten ländlichen Raum.

Süddeutschland / Bayern nach siedlungsstrukturellen Kriterien (hier des BBSR 2009)



Agglomerationsräume

- Kernstädte
- Hochverdichtete Kreise
- Verdichtete Kreise
- Ländliche Kreise

Verstädterte Räume

- Kernstädte
- Verdichtete Kreise
- Ländliche Kreise

Ländliche Räume

- Ländliche Kreise höherer Dichte
- Ländliche Kreise geringerer Dichte

Quelle und Abgrenzungskriterien: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Laufende Raumbeobachtung, 2009 (im Internet unter: <http://www.bbsr.bund.de>, Raumbeobachtung)

1. Rahmenbedingungen

1.3 Siedlungsstruktur

Ländlicher Raum und Verdichtungsraum*: Unterschiede beim Einkommen (aber auch beim Preisniveau; vgl. Kap. 2: Einkommen), bei Bevölkerungsstruktur, Arbeitsmarkt und Infrastrukturausstattung; entscheidend sind kleinräumige Betrachtungen.

- Die volkswirtschaftliche Produktion im ländlichen Raum ist je Erwerbstätigem aufgrund der Produktpalette rd. 17 % niedriger als im Verdichtungsraum.
- Verdichtungsraum hat einen mehr als doppelt so hohen Ausländeranteil.
- Die verfügbaren Einkommen im den ländlichen Räumen zwar rd. 10 % niedriger als im Verdichtungsraum, die Preisniveauunterschiede kompensieren diese Differenz aber weitestgehend (vgl. Kap. 2; Einkommensunterschiede werden durch unterschiedliche Preisniveaus teils sogar überkompensiert).
- Die Arbeitsmarktsituation im ländlichen Raum ist oft besser als im Verdichtungsraum und die Notwendigkeit z.B. einer Grundsicherung im Alter geringer.
- Die Infrastruktur (Kinderbetreuung, Altenheim- und Pflegeplätze) ist im ländlichen Raum bei Kindern etwas weniger günstig, für Ältere aber besser, wobei dort oft auch ein etwas höherer Anteil Älterer lebt.

Indikatoren	ländlicher Raum	Verdichtungsraum*)	Bayern	im ländlichen Raum in % von Bayern insgesamt
Bevölkerung 2008 gesamt	7.212.325	5.307.403	12.519.728	57,6
Ausländeranteil 2008 in %	6,1	13,9	9,4	37,4
Wanderungssaldo 2008	-5.232	19.281	14.049	---
BIP 2007 in Mio. €	203.442	229.598	433.040	47,0
BIP je Erwerbstätiger 2007	60.254	72.535	66.197	91,0
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2007	18.783	20.888	19.670	95,5
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2007 in % v. bayer. Durchschnitt	95	106	100	95,5
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2000 in % v. bayer. Durchschnitt	93	110	100	93,2
Arbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen (EP) 2009	4,4	5,3	4,8	91,6
Veränderung ArblQuote 2005-2009 in %-Punkten (alle EP)	-3,0	-2,9	-3,0	---
Veränderung SV-Beschäft. 2005-2009, %	5,9	5,1	5,5	107,3
Quote der Empfänger von Grundsicherung im Alter (ab 65 Jahre) 2008	1,6	2,8	2,1	76,2
Betreuungsquote Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen (2009)	13,1	18,8	15,7	83,4
Betreuungsquote Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen (2009)	88,5	90,5	89,3	99,1
Altenheimplätze 2008 je 1000 Einwohner ab 65 Jahre	53	52	53	100,4
Pflegeheimplätze 2007 je 1000 Einwohner ab 65 Jahre	53	46	50	106,3

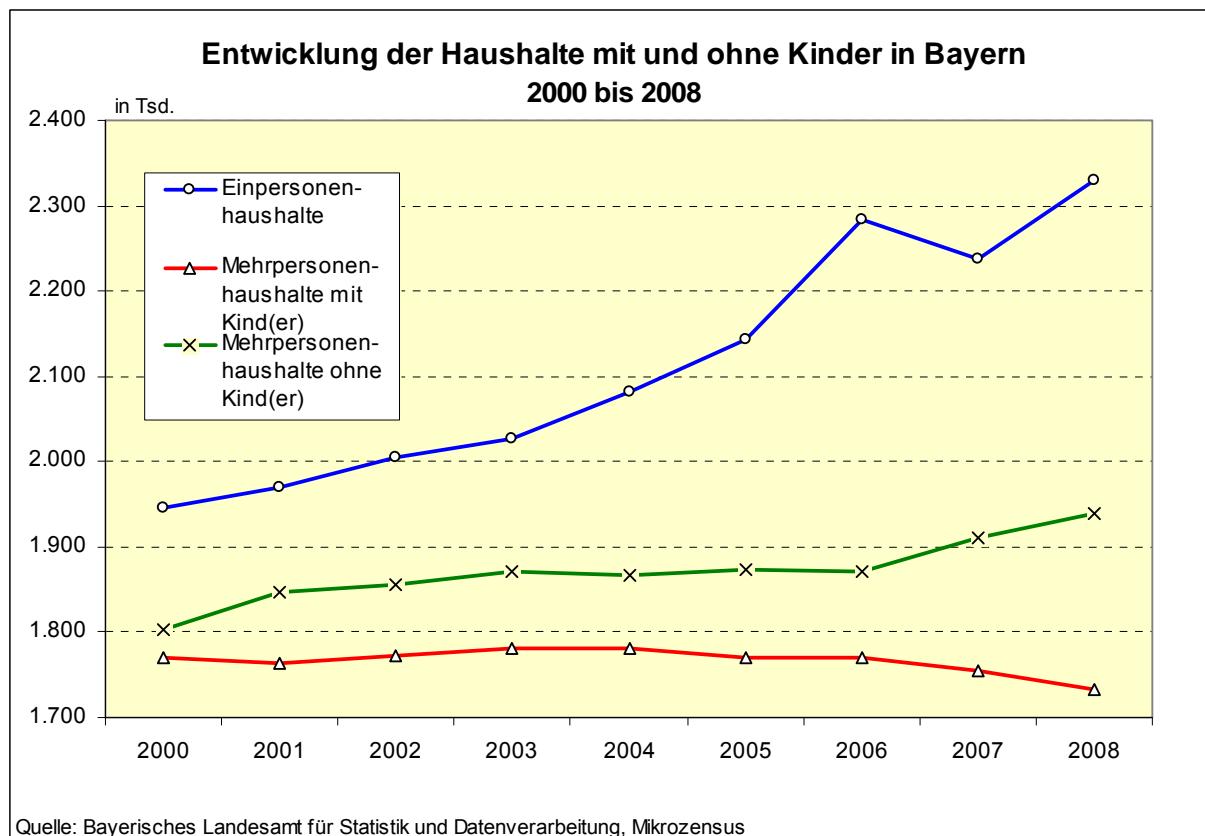
*) Regionale Abgrenzung von ländlichem Raum und Verdichtungsraum auf Kreisebene, möglichst passgenau zur gemeindescharfen Abgrenzung des Landesentwicklungsprogramms.

1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – Haushalte

1.4 Bevölkerungsstruktur: Privathaushalte im Zeitraum 2000 bis 2008: Steigende Zahl von Einpersonenhaushalten und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder, immer weniger Haushalte mit Kindern¹

- Im Zeitraum 2000 bis 2008 nahm die Zahl der Privathaushalte in Bayern um 8,7 % bzw. 483.000 zu. Den größten Zuwachs gab es bei den Einpersonenhaushalten (+19,7 % bzw. 384.000), die Zahl der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder nahm um 32,3 % bzw. 136.000 zu. Die Zahl der Haushalte mit Kindern verminderte sich hingegen um 2,1 % bzw. 37.000 – mit kontinuierlich weiter sinkendem Trend.
- Mit einem Anteil von 38,8 % bzw. 2,33 Mio. (Bayern insgesamt: 6 Mio. Haushalte in 2008) war der 2008 in Bayern am meisten verbreitete Haushaltstyp der Einpersonenhaushalt vor den Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (Anteil 32,3 % bzw. 1,94 Mio. Haushalte). Haushalte mit Kindern haben einen Anteil von 28,9 % bzw. 1,73. Mio. Bei den Haushalten mit Kindern hat sich der Rückgang seit 2007 wieder verstärkt.



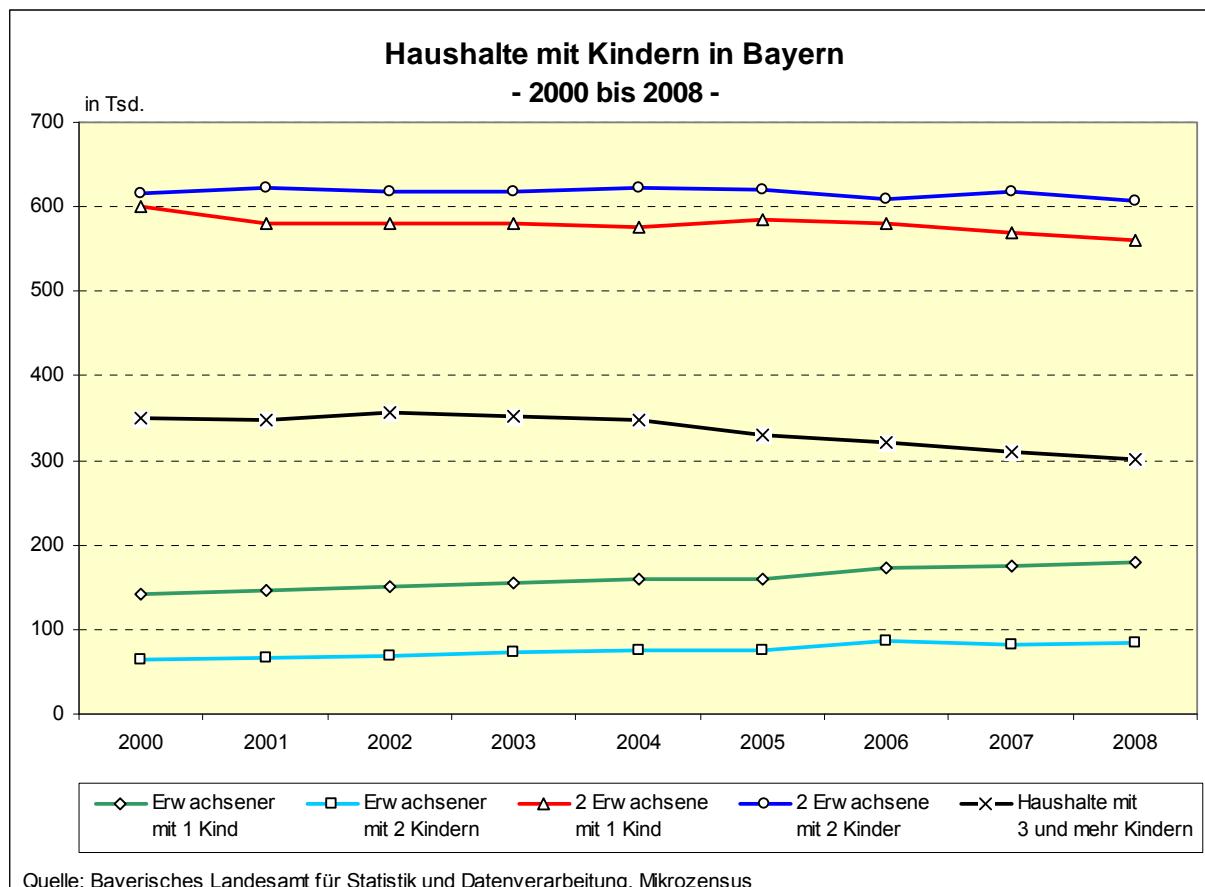
¹ Detaillierte Informationen zu Haushalts- und Familientypen enthalten neben den Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung z.B. auch der ifb-Familienreport Bayern 2009 / Tabellenband des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg (http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2009_5.pdf)

1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – Haushalte mit Kindern

Haushalte mit Kindern (unter 27 Jahren) 2000 bis 2008: Starker Rückgang der Haushalte mit 3 und mehr Kindern, mehr Alleinerziehende, weniger Partnerhaushalte mit 1 Kind

- Während sich die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern im Zeitraum von 2000 bis 2008 kaum verändert hat (-1,5 % bzw. 9.000), schrumpfte die Zahl der Haushalte mit 2 Erwachsenen und 1 Kind (insbesondere seit 2005) um 6,5 % bzw. 39.000.
- Den stärksten Rückgang bei den Haushalten mit Kindern gab es bei jenen mit 3 und mehr Kindern (insbesondere seit 2004): Ihre Zahl verringerte sich um 13,7 % bzw. 48.000.
- Deutlich zugenommen hat seit 2000 die Zahl der Alleinerziehendenhaushalte: Bei einem Kind im Haushalt nahm die Zahl um 27,7 % bzw. 39.000 zu, bei 2 Kindern um 30,8 % bzw. 20.000.
- Weniger Familien mit minderjährigen Kindern: Die Zahl der Familien mit 1 Kind ist im Zeitraum von 2000 bis 2008 um rd. 30.000, der Familien mit 2 Kindern um rd. 20.000 und der Familien mit 3 oder mehr Kindern um rd. 27.000 zurückgegangen, d.h. von dem Rückgang waren alle Familiengrößen, je nach Kinderzahl, betroffen.²



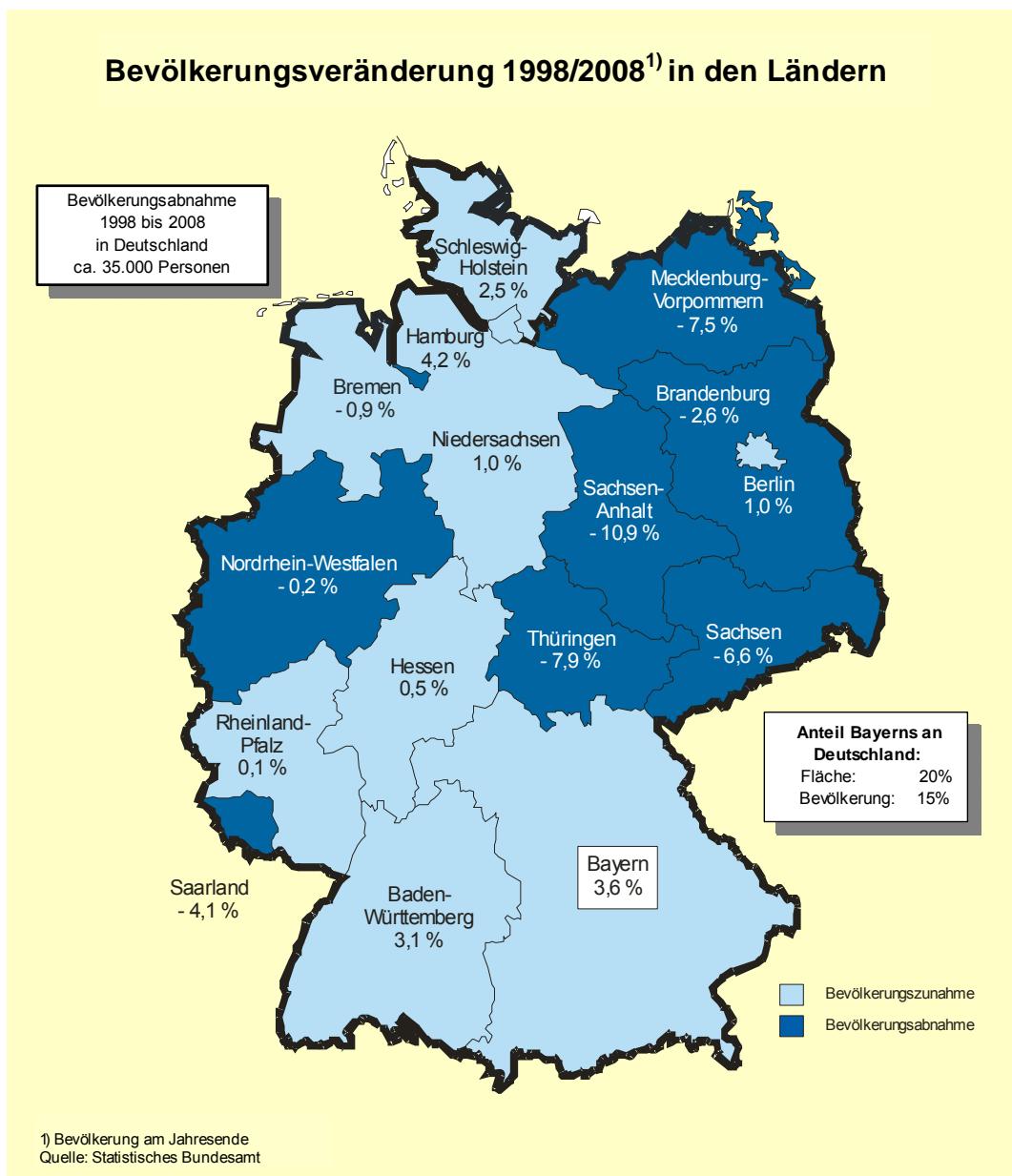
² ifb-Familienreport Bayern 2009 / Tabellenband, S. 13
(http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2009_5.pdf)

1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – räumliche Entwicklung

Deutliche Zunahme der Bevölkerung Bayerns seit 1998, Rückgang in den neuen Ländern, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland

- Bayern ist aufgrund seiner Attraktivität ein wachsendes Land: Es hatte während der letzten 10 Jahre mit +3,6 % nach Hamburg (+4,2 %) das höchste Bevölkerungswachstum aller Länder. Das entsprach im Zeitraum von 1998 bis 2008 einer absoluten Zahl von 433.000 Menschen. Bis 2020 wird die Bevölkerungszahl in Bayern möglicherweise nochmals um 160.000 gegenüber 2008 zunehmen, vorrangig in den Ballungszentren.
- Bundesweit nahm die Bevölkerung zwischen 1998 und 2008 geringfügig um 0,04 % bzw. ca. 35.000 Personen ab. Einen deutlichen Bevölkerungsrückgang verzeichneten dabei insbesondere die neuen Länder. Während für Bayern bis etwa 2020 eine steigende Bevölkerungszahl zu erwarten ist, wird diese im gleichen Zeitraum bundesweit voraussichtlich um rd. 2,1 Mio. Menschen bzw. 3 % zurückgehen.

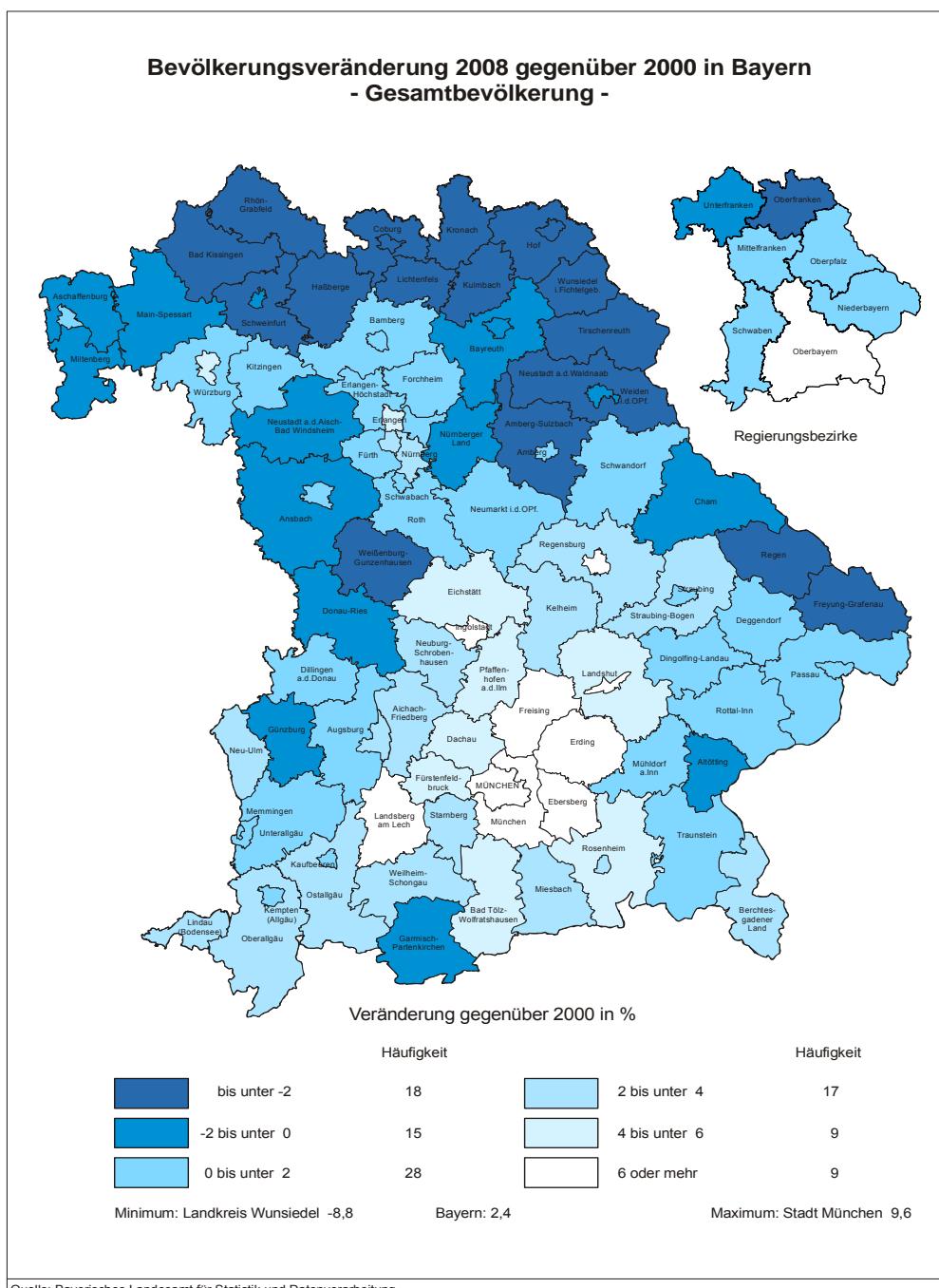


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – räumliche Entwicklung

Regionale Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit (2000 bis 2008): Bevölkerungszunahme in Verdichtungsräumen, Rückgang in vielen ländlichen Räumen

- Der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre konzentrierte sich vorrangig auf Verdichtungsräume und deren Umland, während Nord- und Ostbayern mit ihren eher ländlich geprägten Räumen eine Bevölkerungsabnahme verzeichneten. Gewachsene und geschrumpfte Regionen lagen teils eng beieinander.
- Auf Regierungsbezirksebene waren Ober- und Unterfranken schrumpfende Regionen, Oberbayern eine bevölkerungsmäßig deutlich wachsende Region, in den übrigen Regierungsbezirken nahm die Bevölkerung um max. 2 % zu.

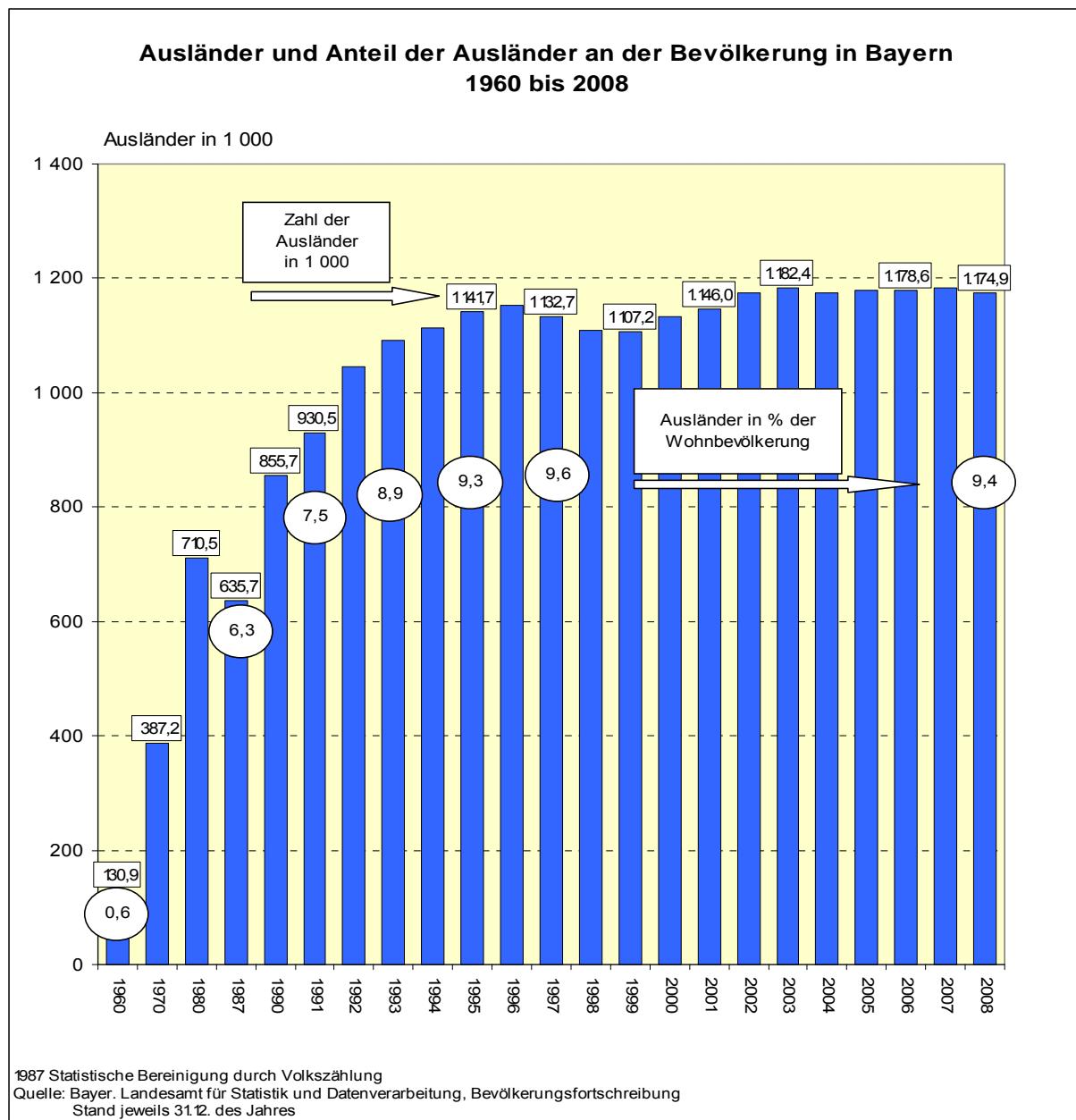


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – Ausländer

Nationalität der Bevölkerung: Rund 9,4 % der bayerischen Bevölkerung sind ausländische Mitbürger

- In 2008 lebten in Bayern rd. 1,175 Millionen Ausländer. Mit 9,4 % hat der Freistaat unter den Flächenländern in Deutschland den vierthöchsten Ausländeranteil.
- Ende 1990 lag der Ausländeranteil an der Bevölkerung in Bayern noch bei 7,5 %.
- Rd. 40 % der ausländischen Mitbürger kommen aus den derzeitigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (insbesondere Österreicher mit 7,6 %, Italiener mit 7,2 %, Griechen mit rd. 5 %). 20,3 % aller Ausländer in Bayern stammen aus der Türkei und 17,5 % aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien.
- Rund 72 % der ausländischen Bevölkerung wohnen seit mindestens 8 Jahren in Deutschland, darunter über die Hälfte seit 20 Jahren oder mehr.

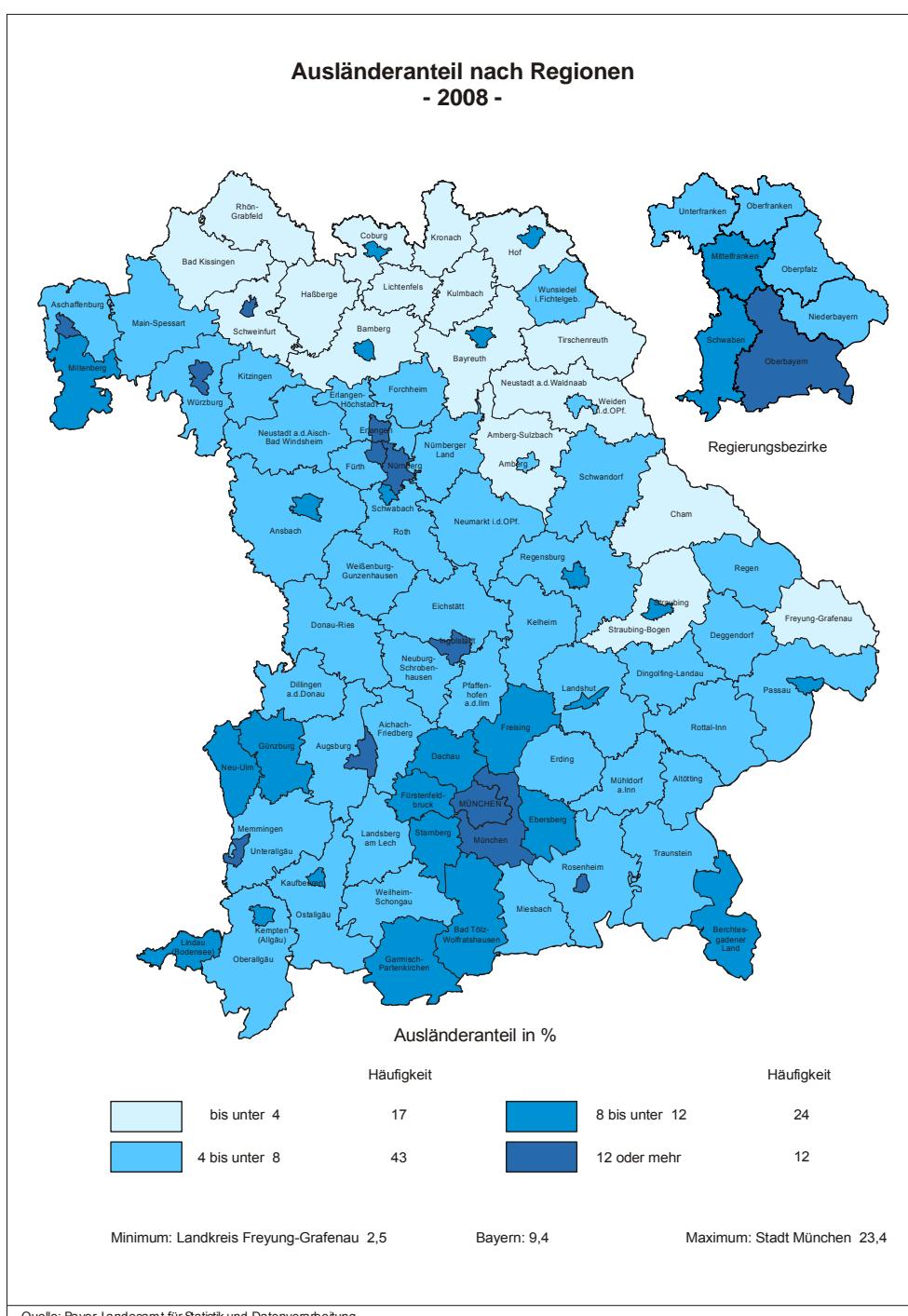


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – Ausländer

Nationalität der Bevölkerung: Relativ geringer Ausländeranteil in Nord- und Ostbayern

- Besonders hoch ist die Ausländerquote in den beiden großen bayerischen Ballungsräumen: In München war Ende 2008 jeder vierte und in Nürnberg jeder sechste Einwohner ein ausländischer Mitbürger. In der Landeshauptstadt München hatten etwa 23,4 % (ca. 310.000 Personen) der rd. 1,3 Mio. Einwohner eine ausländische Staatsangehörigkeit.
- In Nord- und Ostbayern ist der Anteil der ausländischen Mitbürger relativ gering. So sind z.B. im Landkreis Freyung-Grafenau nur rd. 2,5 % der Bevölkerung Ausländer. Der Anteil an Ausländern ist in größeren Städten wesentlich höher als in ländlich geprägten Räumen.

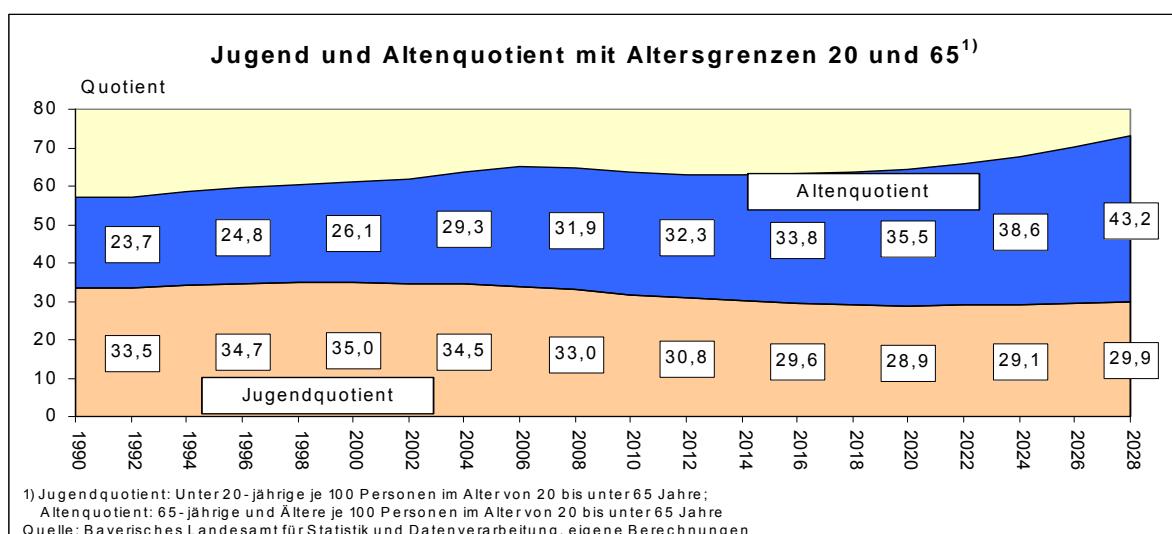
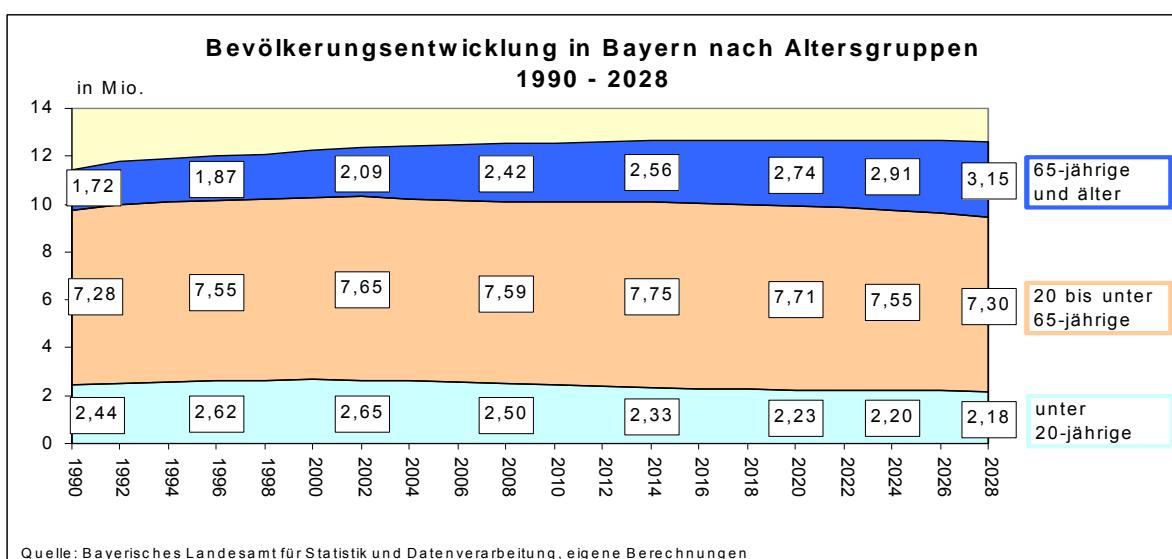


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – Prognose

Bevölkerung in Bayern 2008 bis 2028: Zunahme bis etwa 2028 bei deutlicher Veränderung der Bevölkerungsstruktur

- Die Gesamtbevölkerung steigt voraussichtlich von heute 12,52 Mio. auf 12,68 Mio. Einwohner in 2020 und beginnt danach langsam bis 2028 auf rd. 12,63 Mio. Einwohner zurückzugehen.
- Die Altersgruppe der bis zu 20-Jährigen wird bis 2028 voraussichtlich kontinuierlich zurückgehen, gegenüber heute um rd. 11 % bzw. von heute 2,5 Mio. auf 2,18 Mio.. Bei Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren ist bis etwa 2016 eine steigende Personenzahl zu erwarten (vgl. detaillierter zum Erwerbspersonenpotential Kap. 3.2), danach ein Rückgang bis 2028 auf rd. 5 % unter das Niveau von 2010. Kontinuierlich zunehmen wird bis 2028 die Zahl der 65-Jährigen und älteren um knapp ein Drittel mehr als 2010, bei den über 75-Jährigen wird eine Zunahme um rund 37 % erwartet.
- 2010 kommen rd. 64 Jüngere und Ältere auf 100 Personen zwischen 20 bis unter 65 Jahren, 2028 werden es rd. 73 sein. Die „Belastung“ der erwerbsfähigen/-tätigen Generation wird demnach – u.a. unveränderte Lebenserwerbszeiten vorausgesetzt – um etwa 14 % ansteigen.

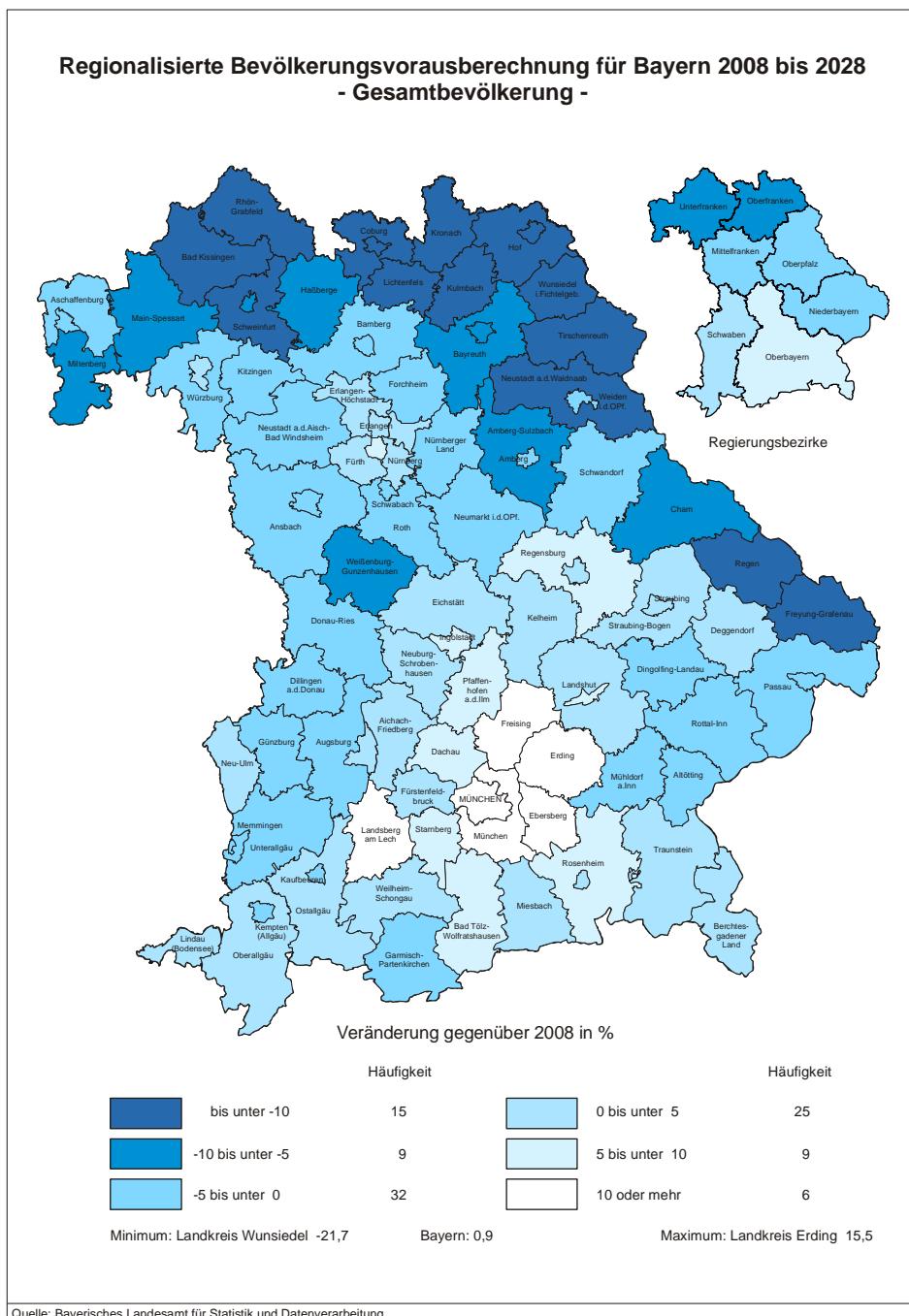


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – regionale Prognose

Regionale Bevölkerungsentwicklung in der Zukunft (2008 bis 2028): Mehr Menschen in Verdichtungsräumen

- Nach derzeitiger Bevölkerungsprognose wird bis 2028 die Zahl der Menschen, die in ländlichen Regionen leben, in Bayern zurückgehen, in Verdichtungsräumen hingegen noch teils stark ansteigen.
- Von dem erwarteten Bevölkerungsrückgang sind besonders östliche und nördliche Landesteile betroffen (Ober-, Unterfranken und Randgebiete der Oberpfalz mit teils mehr als 10 % Bevölkerungsrückgang). Der stärkste Bevölkerungsrückgang wird für Wunsiedel erwartet (-21,7 %), die stärkste Zunahme für den Kreis Erding (+15,5 %).
- Wachstumszentren bleiben wahrscheinlich der Großraum München bis Ingolstadt sowie Landsberg und Rosenheim, nördlich davon noch Regensburg und Nürnberg.

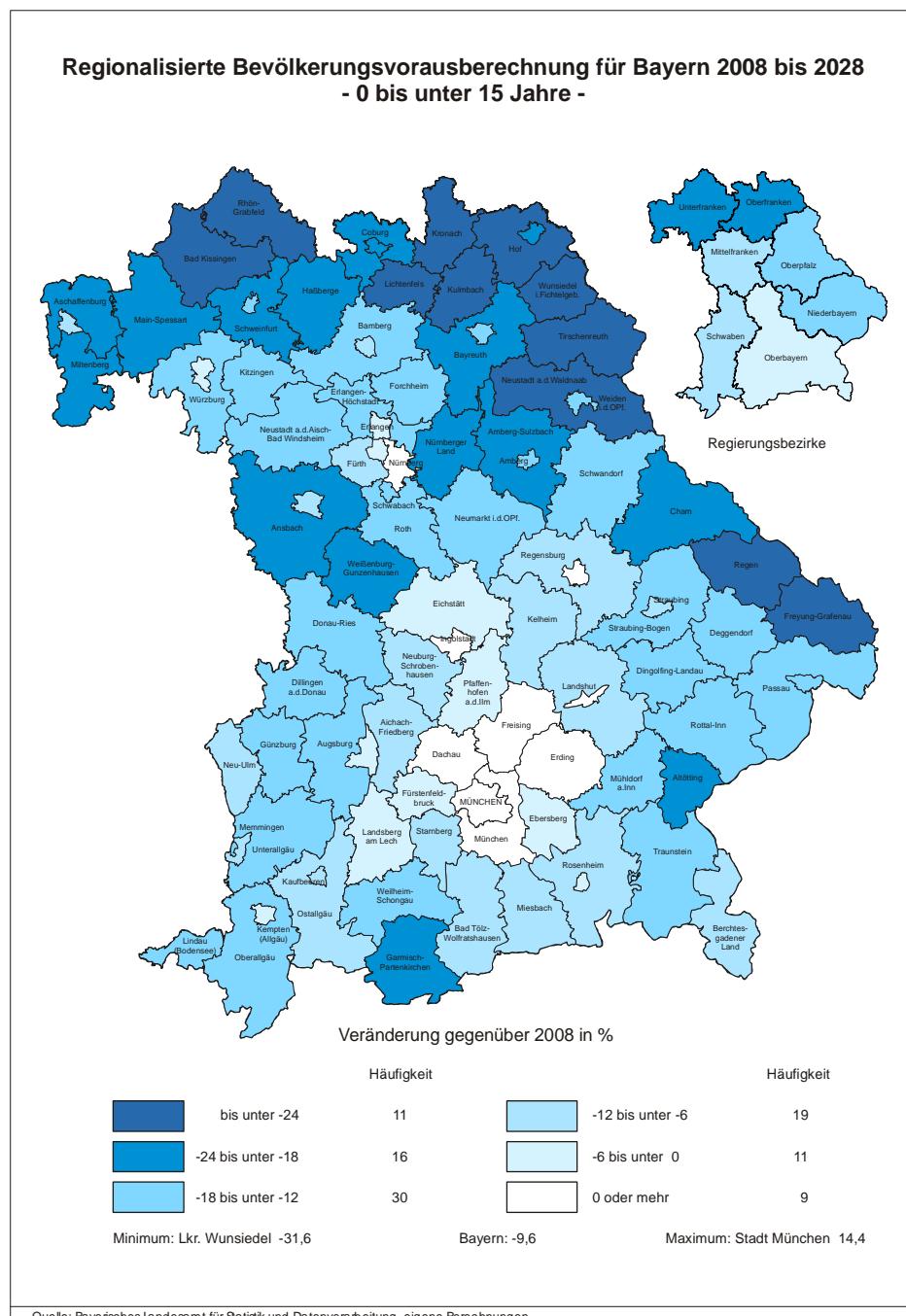


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – regionale Prognose

Entwicklung bis 2028: Abnahme der unter 15-Jährigen in Bayern mit deutlichen regionalen Unterschieden

- Eine sehr starke Bevölkerungsabnahme um rd. 30 % wird sich wahrscheinlich bei den unter 15-Jährigen in Teilen Nordost- bzw. Ostbayerns ergeben (Landkreis Wunsiedel -31,6 %, Landkreis Lichtenfels -30,7 %, Landkreis Hof -30,6 %).
- Eine Bevölkerungsabnahme bei den Jungen wird es in allen Regierungsbezirken geben (max. -21,9 % in Oberfranken, min. -0,1 % in Oberbayern).
- Eine steigende Anzahl an unter 15-Jährigen wird insbesondere für die Stadt und den Landkreis München mit 14,4 % bzw. 5,8 % erwartet. Mit geringen Zuwächsen dürfen die Städte Ingolstadt, Landshut, Nürnberg und Regensburg rechnen.

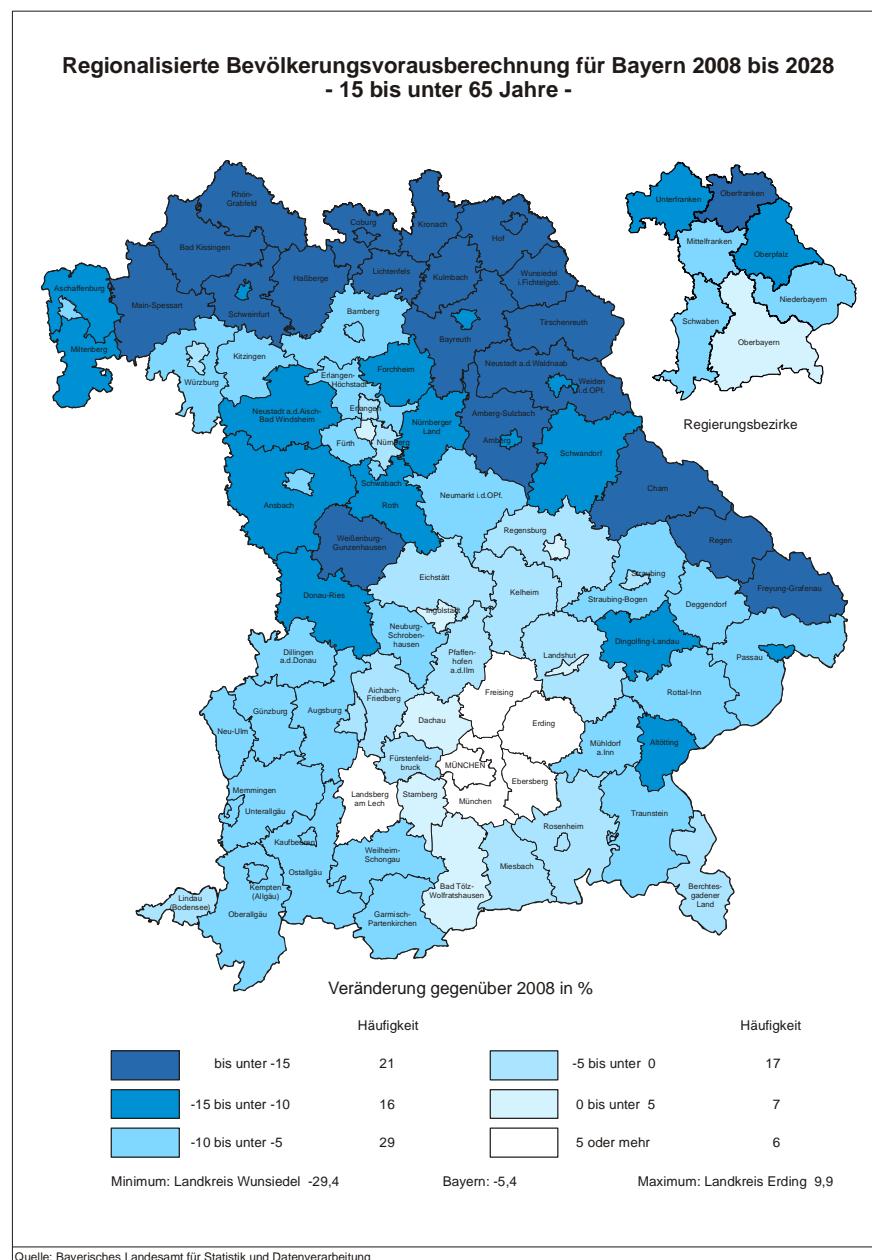


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – regionale Prognose

Entwicklung bis 2028: Abnahme der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2028 (aber erhebliches Gestaltungspotential, das Arbeitsangebot zu erhöhen)

- Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren wird sich Prognosen zufolge bis 2028 in Bayern um 5,4 % verringern. Steigt aber u.a. die Erwerbsquote nur wenig (z.B. 1 Jahr kürzere Schul-/Ausbildungszeit, weniger offene und verdeckte Arbeitslosigkeit, zunehmend spätere Verrentung von Frauen entsprechend der derzeit auf 65 Jahre angehobenen Rentenaltersgrenze, weniger Frühverrentung oder eine Vollzeit-Teilzeit-Stellen-Relation wie in 2000), so ist auch 2028 ein Arbeitsvolumen wie heute realisierbar, auch ohne z.B. erhöhte Zuwanderung (vgl. Kap. 3.2).
- Regional am stärksten betroffen ist voraussichtlich Oberfranken mit einem prognostizierten Rückgang von -17,0 %, gefolgt von Unterfranken mit -13,5 %.
- In den Verdichtungsräumen ist von einem deutlich wachsenden Erwerbspersonenpotential auszugehen. Hier wird auch die Arbeitskräftenachfrage vermutlich am stärksten sein.

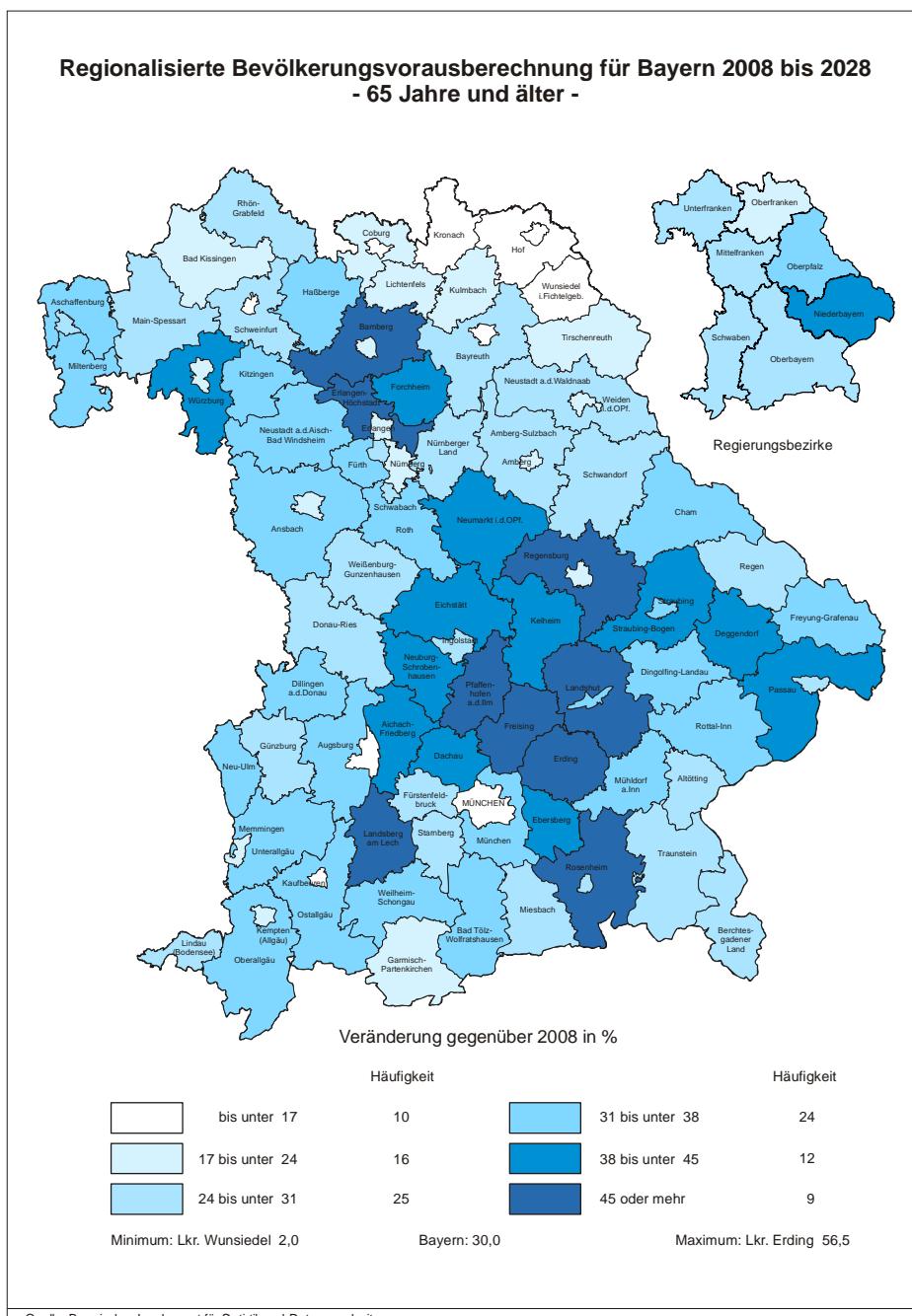


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – regionale Prognose

Entwicklung bis 2028: Signifikante Zunahme bei den Älteren besonders um die Ballungsräume herum

- Ältere sind die am stärksten zunehmende Bevölkerungsgruppe. Doch hier zeigen sich deutlich regionale Unterschiede: Die Spanne der Veränderungen reicht von +2 % im Landkreis Wunsiedel bis vermutlich +56,5 % im Landkreis Erding (wegen Basiseffekt).
- Auf Regierungsbezirksebene wird Oberfranken zu den am „langsamsten“ alternden Regionen gehören (Zunahme Älterer gegenüber 2008 um weniger als 24 %) – aber nur, weil diese Region bereits heute einen geringeren Anteil Jüngerer hat. Eine besonders starke Alterung werden Verdichtungsräume um München, Ingolstadt und Regensburg sowie Nürnberg erfahren, während die Ballungszentren selbst (u.a. München, Augsburg, Regensburg, Nürnberg) relativ langsamer „altern“ (u.a. wegen Zuwanderung Jüngerer).

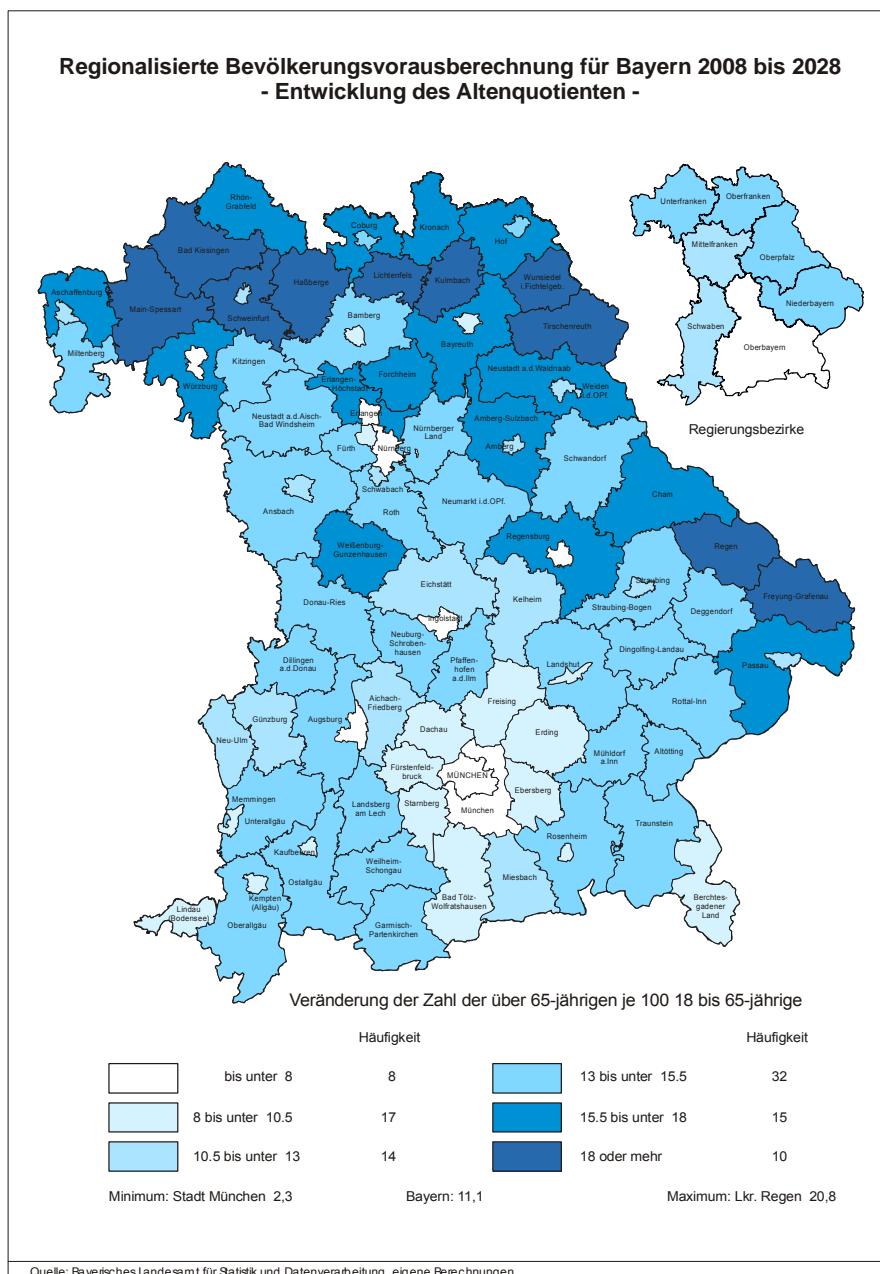


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – regionale Prognose

Entwicklung bis 2028: Altenquotient (Relation Älterer zu den 18- bis 65-Jährigen) steigt bayernweit um rd. 11 %; deutliche regionale Unterschiede

- Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren je Hundert 18- bis 65-Jährige (sogenannter Altenquotient) nimmt bis 2028 bayernweit um rund 11 (von 30,7 auf 41,9) zu. Regional reicht die Spanne von einer Zunahme von rund 2 Älteren in der Landeshauptstadt München (von 26,2 auf 28,5) bis zu 21 Senioren im Landkreis Regen (von 31,8 auf 52,7). Das heißt Regen wird einen besonderen Anpassungsbedarf haben, in der Region zusätzliche Arbeitskräfte für Dienstleistungsangebote für Ältere zu gewinnen.
- Mit einem Anstieg von rd. 15 über 65-Jährigen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter verzeichnen die Regierungsbezirke Niederbayern, Ober- und Unterfranken die größte Veränderung. Der Regierungsbezirk Oberbayern weist mit einer Zunahme von rd. 8 Senioren je 100 Personen zwischen 18 und 65 Jahren eine moderate Veränderung auf.

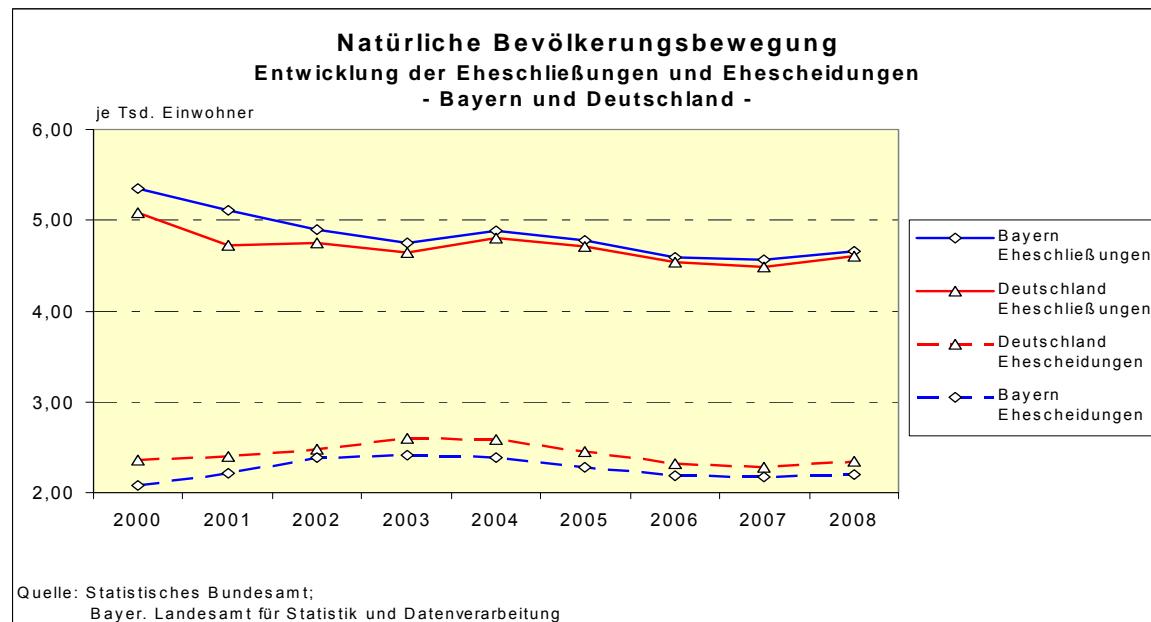
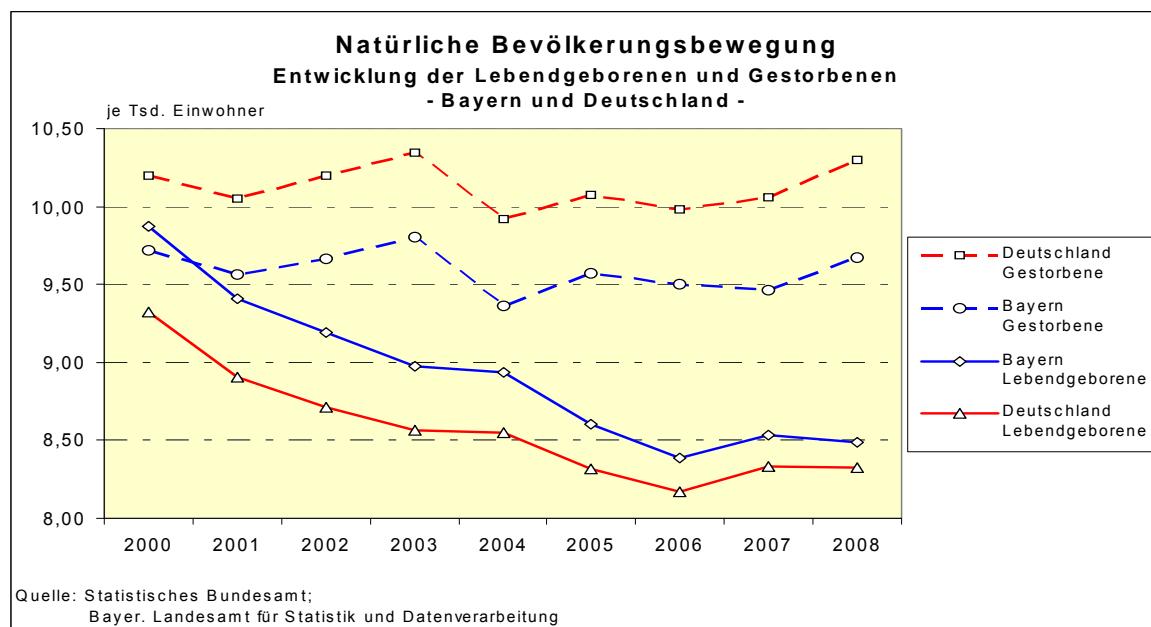


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – statistische Ursachen

Gründe der Bevölkerungsentwicklung: Die Zahl der Gestorbenen gegenüber den Geborenen je 1000 Einwohner – der Abstand wurde immer größer

- Aufgrund u.a. der Altersstruktur insbesondere in den neuen Bundesländern liegt die Zahl der Gestorbenen je 1.000 Einwohner in Deutschland etwas über dem Niveau in Bayern, die Veränderungen seit 2000 waren aber gleich.
- Sowohl in Bayern wie in Deutschland ist aber die Zahl der Lebendgeborenen von 2000 bis 2006 deutlich gefallen. Die „Stabilisierung“ 2007 und 2008 beruht auf der Altersstruktur der Bevölkerung, nicht auf einer erhöhten Geburtenziffer.
- Während sich die Eheschließungen im Zeitraum von 2000 bis 2008 je 1.000 Einwohner etwas vermindert haben (auch bedingt durch die Altersstruktur), hat sich die Zahl der Scheidungen stabilisiert, wobei die Analyse echter Verhaltensänderungen altersspezifische Daten erfordern würde.

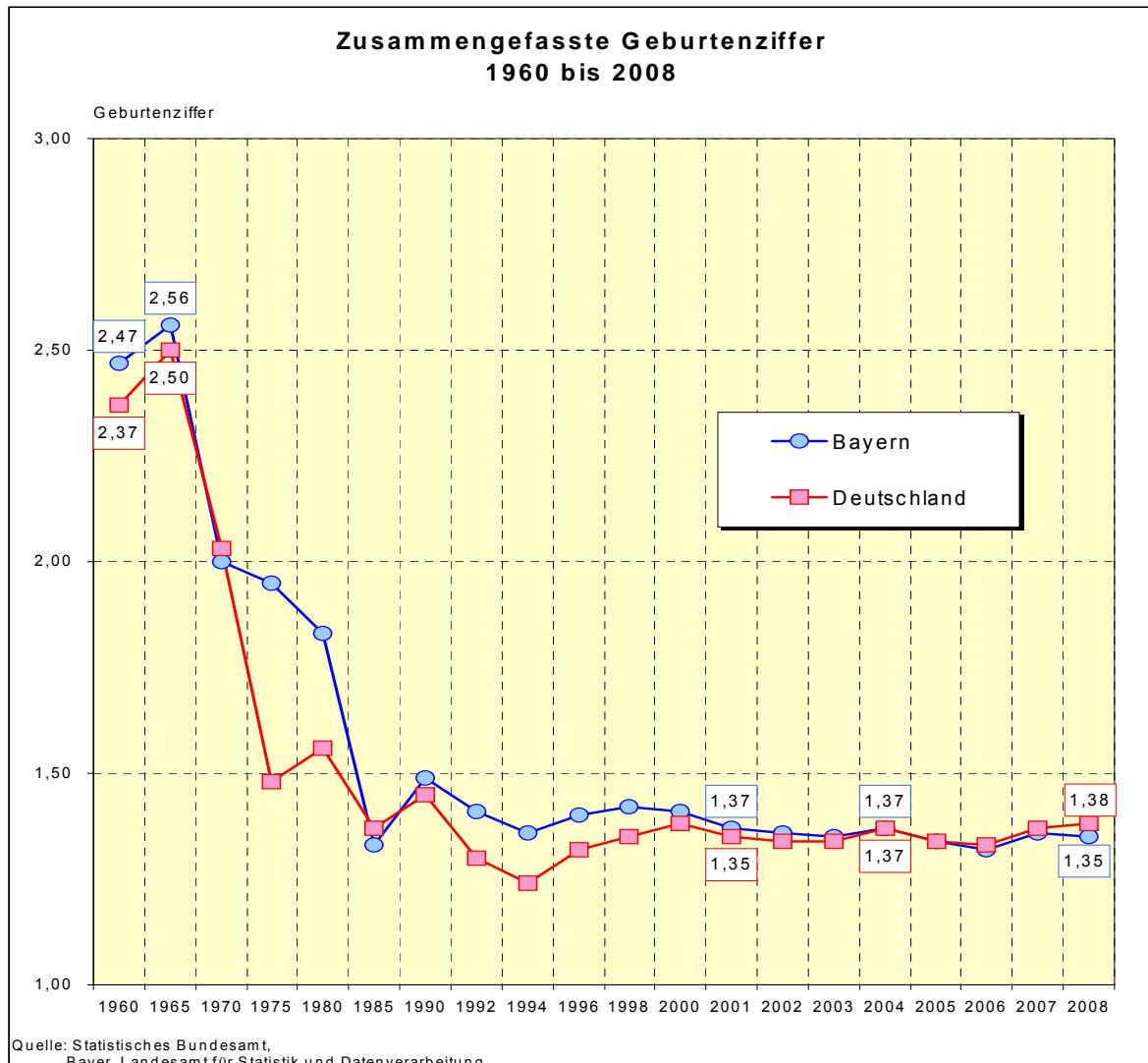


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – statistische Ursachen

Gründe der Bevölkerungsentwicklung: Geburtenziffer³ weiterhin auf niedrigem Niveau

- Die zusammengefassten Geburtenziffern für Bayern (2008: 1,35) und den Bund (2008: 1,38) sind nahezu gleich und entwickeln sich fast identisch: Diese Geburtenziffern befinden sich seit Mitte der 1980er Jahre auf einem niedrigen Niveau, es gibt keinerlei Anzeichen für eine Trendwende: Eine zusammengefasste Geburtenziffer von etwa 1,3 Kindern pro Frau bedeutet, dass jede Elterngeneration nur zu etwa zwei Dritteln durch Kinder ersetzt wird (ein bestandserhaltender Wert wären 2,1 Kinder je Frau, wie dies bis Ende der 1960er Jahre der Fall war).
- Die zusammengefassten Geburtenziffern in Deutschland und Bayern liegen auch im europäischen Vergleich relativ niedrig: Die höchste Geburtenrate der EU27-Länder (Stand 2007) hat derzeit Frankreich mit 1,96, die niedrigste die Slowakei mit 1,25. Als Ursachen gelten u.a. unterschiedliche Formen der sozialen Mindestsicherung für Eltern und Kinder in der Familien- und Altersphase, die Erwerbsorientierung und die Erwerbsbedingungen sowie die Möglichkeit einer Erziehung ohne Partner.



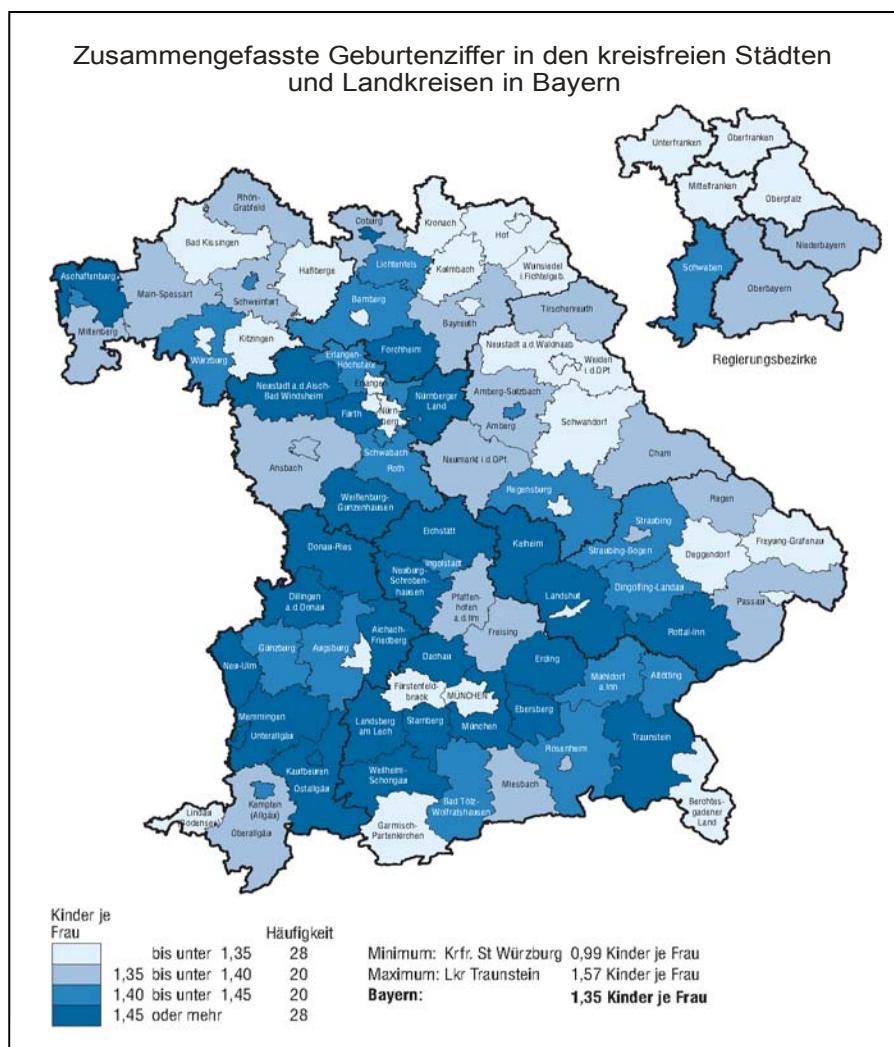
³ Die zusammengefasste Geburtenziffer gilt als Indikator für die durchschnittliche Kinderzahl je Frau.

1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – statistische Ursachen

Gründe der Bevölkerungsentwicklung: Im Süden Bayerns generell höhere Geburtenziffern

- In Bayern bestehen hinsichtlich der durchschnittlichen Zahl an Geburten je Frau (zusammengefasste Geburtenziffer) regional deutliche Unterschiede. In den meisten kreisfreien Städten Bayerns lag 2008 die Geburtenziffer zum Teil erheblich unter dem Landesdurchschnitt, während sie in vielen ländlichen Regionen Bayerns ein vergleichsweise hohes Niveau erreichte.
- Besonders in Schwaben wurden – abgesehen von der kreisfreien Stadt Augsburg – überdurchschnittlich viele Kinder je Frau geboren, während in vielen Regionen Unter- und Oberfrankens die Situation gegenteilig war. Die Bandbreite reichte von 0,99 Kindern je Frau in der kreisfreien Stadt Würzburg bis hin zu 1,57 Kindern je Frau im Landkreis Traunstein. Grundsätzlich war zu beobachten, dass in vielen großen Städten wie z.B. in München (1,30), Augsburg (1,31), Regensburg (1,23), Nürnberg (1,22), Bayreuth (1,16) oder Passau (1,08) die Kinderzahlen je Frau unter dem landesweiten Durchschnitt lagen, während in den meisten ländlicheren Regionen überdurchschnittlich viele Kinder je Frau geboren wurden.



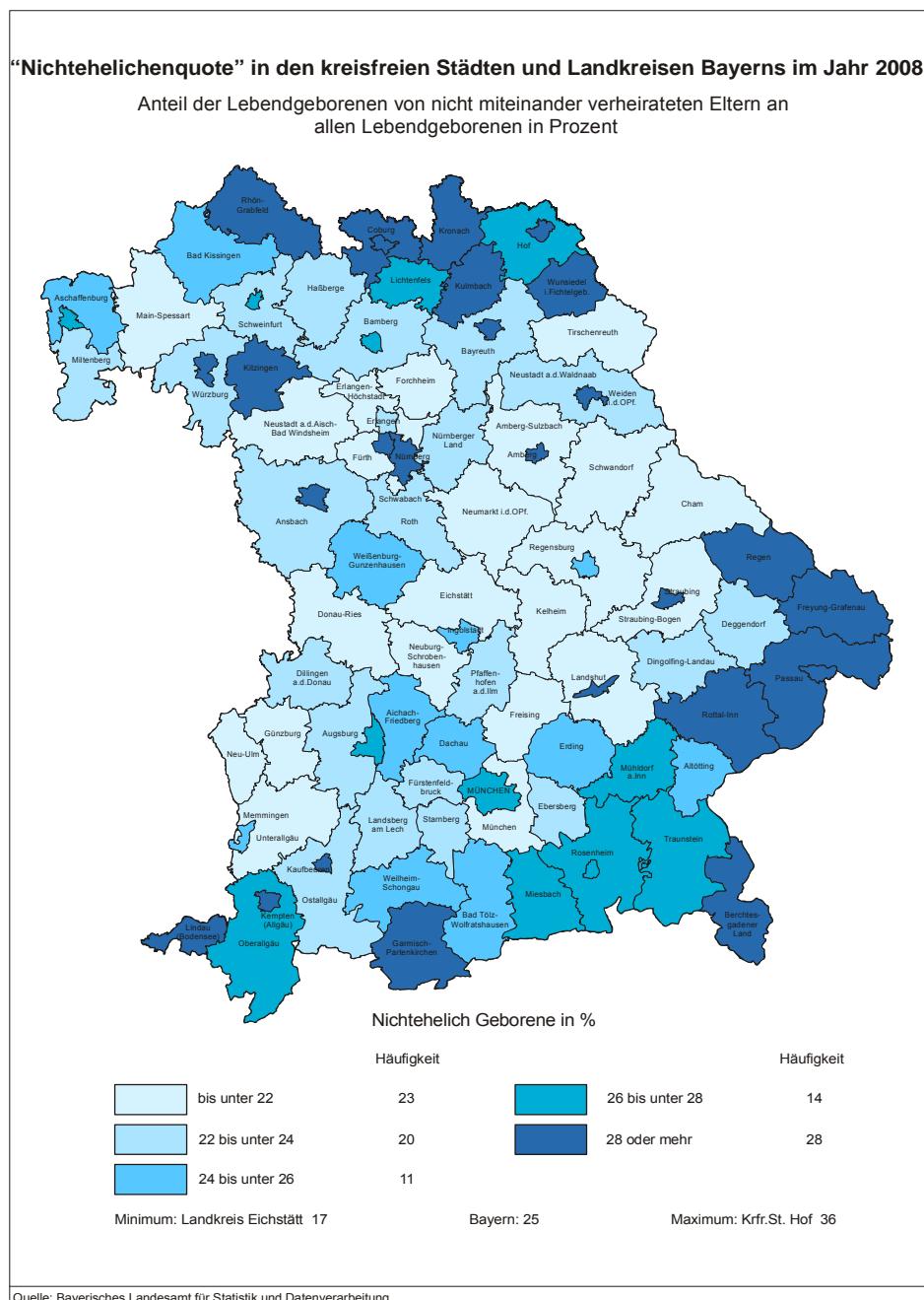
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung,
Pressemitteilung 111/2009/41/A, 2009

1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – statistische Ursachen

Gründe der Bevölkerungsentwicklung: Mehr nichteheliche Kinder in Nord- und Ostbayern

- Während die Geburtenziffer und Geburtenzahl insgesamt in Bayern zurück geht, steigt die Zahl der Kinder an, deren Eltern zum Zeitpunkt ihrer Geburt nicht miteinander verheiratet waren.
- Im Jahr 2008 lag der Anteil von nichtehelichen Kindern an allen in diesem Jahr in Bayern Geborenen bei 24,7 %. Damit hat sich die Nichtehelichenquote seit 1980 verdreifacht.
- Regional betrachtet zeigen sich erhebliche Unterschiede: Während z.B. in der kreisfreien Stadt Hof bei 36 % der Geburten die Eltern des Kindes nicht miteinander verheiratet waren, lag der Anteil im Landkreis Eichstätt bei nur 17 %. Insbesondere in wirtschaftlich schwächeren Regionen ist die Nichtehelichenquote erhöht.



1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – statistische Ursachen

Gründe der Bevölkerungsentwicklung: Hohe Lebenserwartung in Bayern

- Zwischen den Bundesländern bestehen Unterschiede in der Lebenserwartung. Die Spanne zwischen dem Land mit der höchsten und dem mit der geringsten Lebenserwartung Neugeborener beträgt (nach der Sterbetafel) 2006/2008 bei Jungen 3,5 und bei Mädchen 2,2 Jahre.
- Nach Baden-Württemberg und Sachsen bei den Frauen bzw. Baden-Württemberg und Hessen bei den Männern wurde die bundesweit höchste Lebenserwartung für Bayern ermittelt.
- Im Berechnungszeitraum 2006/2008 betrug in Bayern die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt für Jungen 77,7 Jahre und für Mädchen 82,7 Jahre. Bis 2060 könnte die Lebenserwartung nach derzeitigen Prognosen des Statistischen Bundesamtes auf 85 Jahre bei den Männern und 89 Jahre bei den Frauen ansteigen.

Länder	Lebenserwartung bei Geburt		Abweichungen gegenüber Deutschland	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Deutschland	77,17	82,4	X	X
Baden-Württemberg	78,58	83,33	+1,41	+0,93
Bayern¹⁾	77,66	82,65	+0,49	+0,25
Berlin	76,87	82,03	-0,30	-0,37
Brandenburg	76,1	82,01	-1,07	-0,39
Bremen	76,00	81,92	-1,17	-0,48
Hamburg	77,28	82,20	+0,11	-0,20
Hessen	77,69	82,54	+0,52	+0,14
Mecklenburg-Vorpommern	75,13	81,75	-2,04	-0,65
Niedersachsen	76,79	82,14	-0,38	-0,26
Nordrhein-Westfalen	76,71	81,85	-0,46	-0,55
Rheinland-Pfalz	77,05	82,04	-0,12	-0,36
Saarland	75,78	81,12	-1,39	-1,28
Sachsen	76,76	82,71	-0,41	+0,31
Sachsen-Anhalt	75,09	81,43	-2,08	-0,97
Schleswig-Holstein	77,08	82,07	-0,09	-0,33
Thüringen	75,90	81,93	-1,27	-0,47

1) Die Werte für Bayern wurden aufgrund einer länderspezifischen Methodik ermittelt

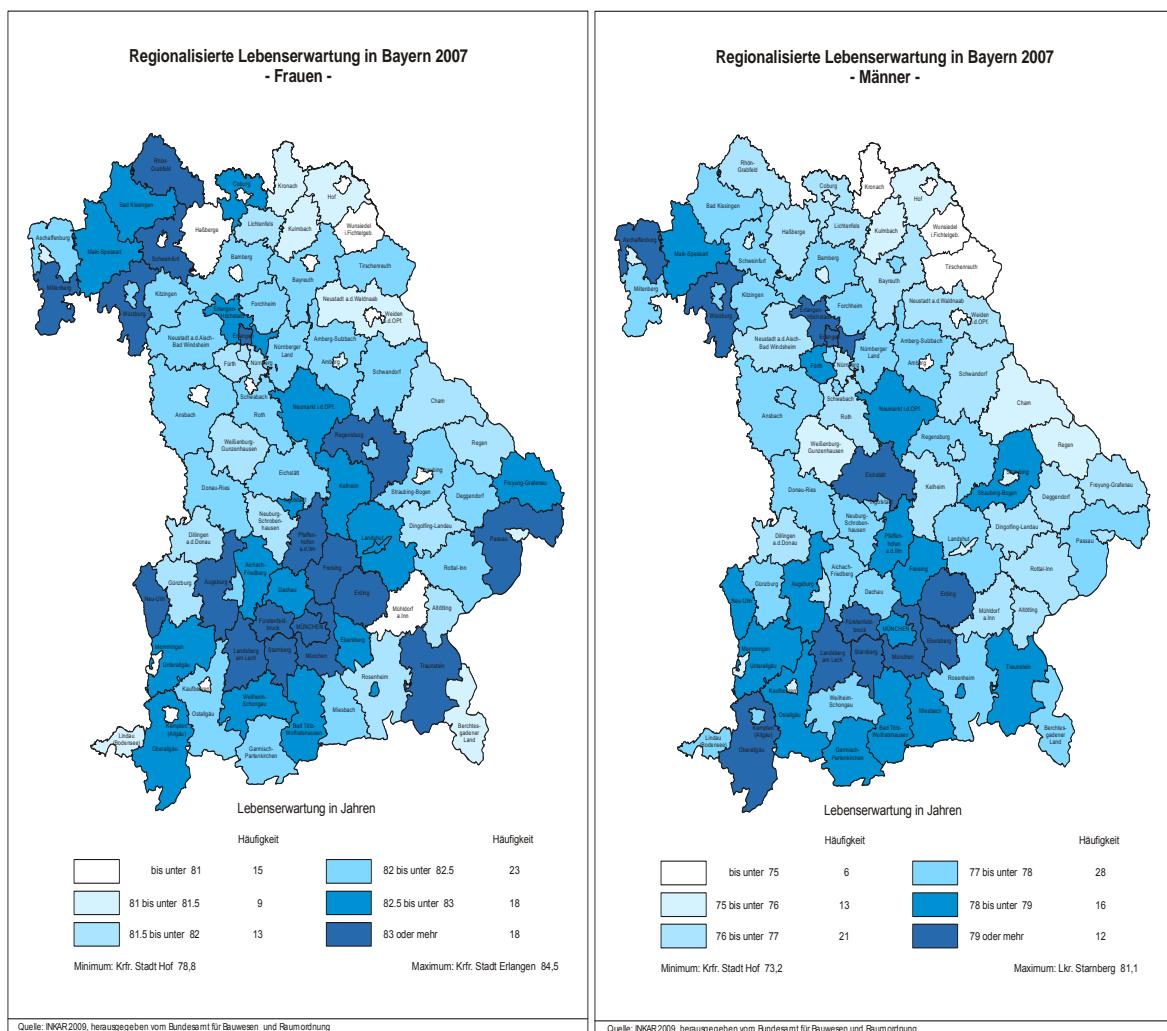
Quelle: Statistisches Bundesamt

1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – statistische Ursachen

Gründe der Bevölkerungsentwicklung: Erhebliche regionale Unterschiede bei der Lebenserwartung, aber weniger regionale Unterschiede nach dem Geschlecht

- Frauen: Die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen in Bayern differiert regionalisiert um 5,7 Jahre. So können Frauen in der kreisfreien Stadt Hof mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von ca. 78,8 Jahren, in der kreisfreien Stadt Erlangen aber mit einem durchschnittlichen Alter von 84,5 Jahren rechnen. Die regionalen Unterschiede in der Lebenserwartung für Frauen verteilen sich in etwa ebenso wie bei den Männern. Abweichungen gibt es in Unterfranken und der Oberpfalz.
- Männer: Bei Männern in Bayern ist die Differenz zwischen der Region mit der niedrigsten und der höchsten Lebenserwartung mit 7,9 Jahren größer als bei den Frauen. So können Männer in der kreisfreien Stadt Hof nur mit einer Lebenserwartung von 73,2 Jahren, hingegen im Landkreis Starnberg mit einer Lebenserwartung von 81,1 Jahren rechnen.

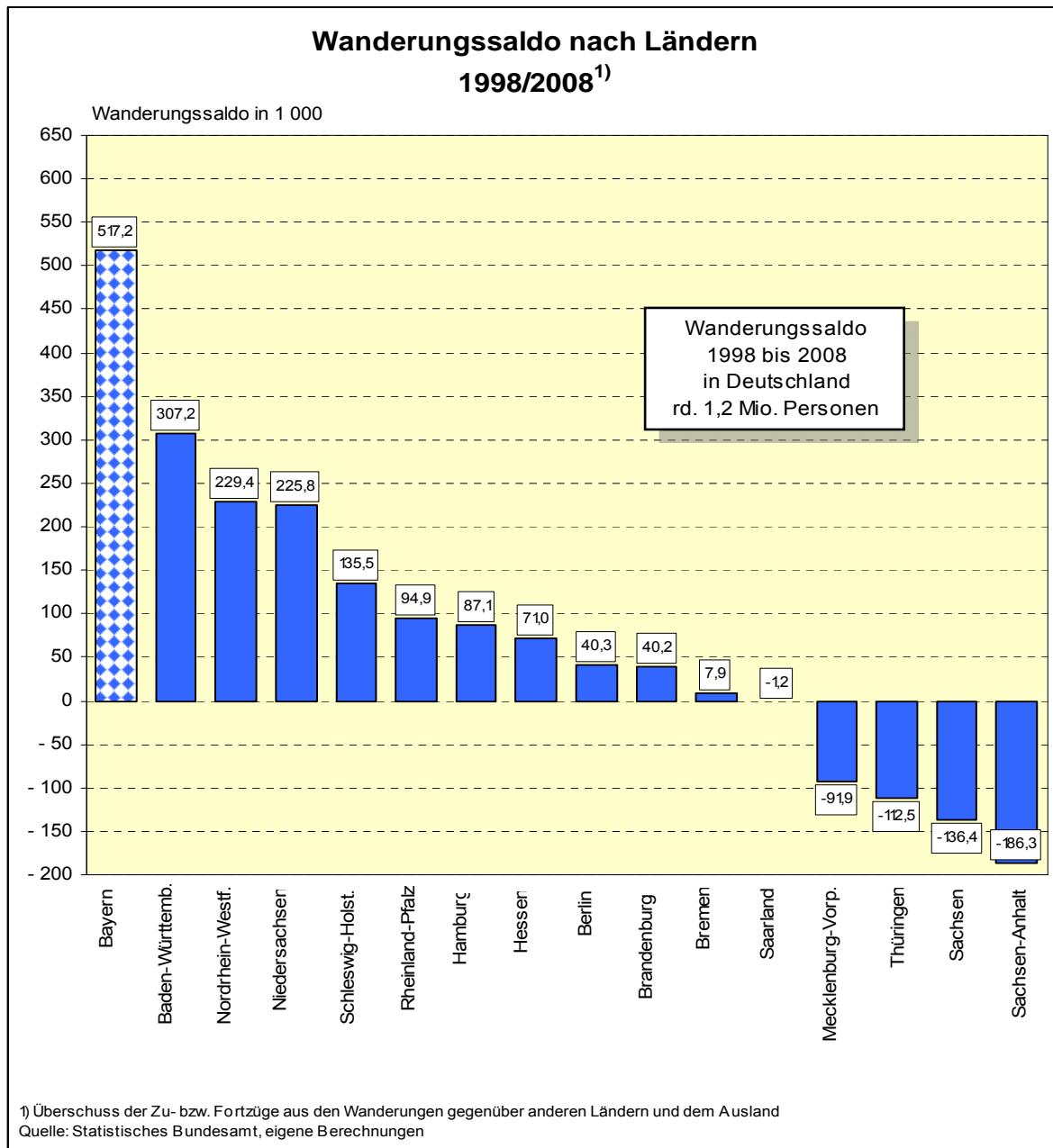


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – statistische Ursachen

Gründe der Bevölkerungsentwicklung: Auf Ebene der Bundesländer hatte Bayern in den letzten 10 Jahren den höchsten Wanderungssaldo

- Bayern verzeichnete zwischen 1998 und 2008 den höchsten positiven Wanderungssaldo aller Bundesländer (rd. 517.000 Personen).
- Ein Großteil der neuen Länder verzeichnete einen Rückgang der Bevölkerung. Sachsen-Anhalt beispielsweise wies zwischen 1998 und 2008 einen negativen Wanderungssaldo von rd. 186.000 Personen auf, bedingt auch durch eine Zuwanderung nach Bayern.
- In den Jahren 2005 bis 2007 gewann Bayern durch einen positiven Wanderungssaldo jährlich rund 37.000 bis 39.000 Menschen, in 2008 waren es rund 14.000. Langfristig wird angenommen, dass sich die Zuwanderung nach Bayern abschwächen könnte.

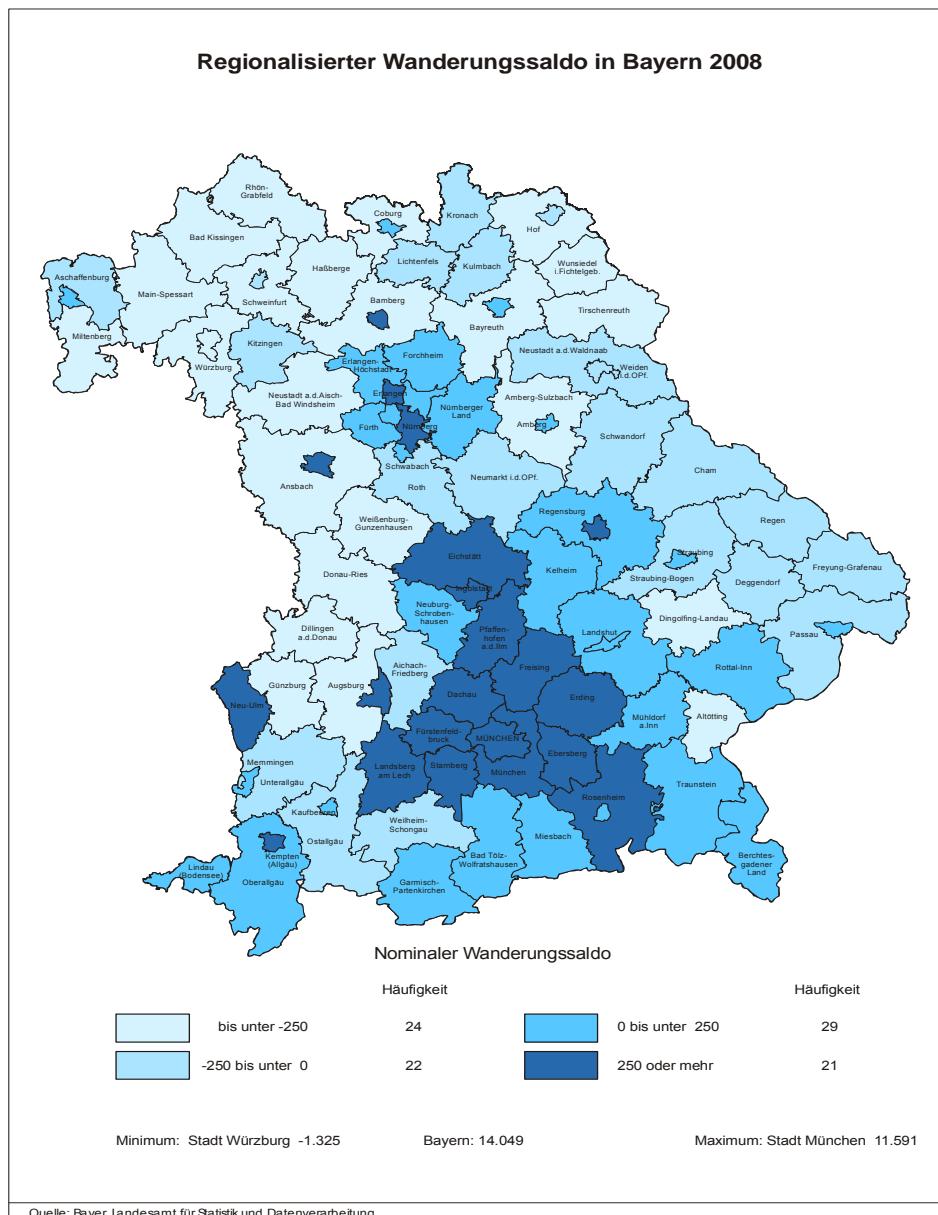


1. Rahmenbedingungen

1.4 Bevölkerungsstruktur – statistische Ursachen

Gründe der Bevölkerungsentwicklung: Regionaler Wanderungssaldo 2008 innerhalb von Bayern – Wanderungsgewinne vorrangig für den Großraum München

- Die großen Verdichtungsräume in Bayern hatten 2008 einen Wanderungsgewinn von +19.281 Personen (gegenüber 2007 aber Abnahme um -12.139 Personen). Der Wanderungsverlust der Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen von -7.048 Personen verstärkte sich gegenüber dem Vorjahr (2007: -3.071 Personen).
- Regionalisiert verzeichneten die kreisfreien Städte Kempten mit +10,1 Personen, München mit +8,7 Personen und Regensburg mit +8,0 Personen je 1.000 Einwohner die höchsten Wanderungsgewinne.
- Nord-, Nord-West- und Ostbayern weisen zum Teil erhebliche negative Wanderungssalden auf. Die höchsten Wanderungsverluste waren in der kreisfreien Stadt Würzburg mit -9,9 Personen, den Landkreisen Rhön-Grabfeld mit -6,8 Personen und Amberg-Sulzbach mit -5,6 Personen je 1.000 Einwohner zu verzeichnen.
- Der nominale Wanderungszuwachs für ganz Bayern in Höhe von 14.049 Personen in 2008 ergab sich aus +575.153 Zuzügen und -561.104 Fortzügen.



2. Wohlstand

Kapitel 2: Wohlstand	Seite
2.0 Wohlstand in Bayern – Ausgewählte Ergebnisse im Überblick	33
2.1 Definitionen, Indikatoren	40
2.2 Volkswirtschaftliches Einkommen	47
2.3 Mittlerer Wohlstand	49
2.4 Armutsrisiko	59
2.5. Überschuldung	79
2.6. Gehobener Wohlstand, Reichtum	82
2.7 Einkommensschichtung	88
2.8 Vermögen	90
2.9 Niedriglohnbereich	93
2.10 Renten	98

2.0 Wohlstand in Bayern – Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Bayern hat in Deutschland mit den höchsten materiellen Wohlstand.

- Der mittlere Wohlstand (mittleres Nettoäquivalenzeinkommen) war in Bayern 2008 um rund 4 % höher als im westdeutschen Durchschnitt.
- In Bayern (und auch Deutschland) hat sich im Zeitraum von 2003 bis 2008 der mittlere Wohlstand real (preisbereinigt) wenig verändert: Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen pro Monat nahm in diesen 5 Jahren in Bayern nur um insgesamt 0,8 % oder 11 Euro zu (Daten des Mikrozensus). Im gleichen Zeitraum stieg das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Bayern um rund 15 %. Für 2009 ist aufgrund der Wirtschaftskrise mindestens von einer Stagnation des mittleren Wohlstands auszugehen.
- Von 2003 bis 2008 nahm im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung insbesondere der reale mittlere Wohlstand der unter 25-Jährigen zu, während jener der über 65-Jährigen zurückging. Bei den Einpersonenhaushalten war der mittlere Wohlstand real rückläufig, bei den Haushalten mit Kindern – auch bei Alleinerziehenden – nahm er etwas zu.
- Den absolut geringsten Wohlstand hatten Personen aus Haushalten mit Arbeitslosengeld II-Bezug (keine Auswertung für Personen mit Grundsicherung im Alter hier verfügbar).

2. Wohlstand

2.0 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

bar): Deren mittleres Wohlstandsniveau lag 2008 bei 46 % des mittleren Wohlstandes der Gesamtbevölkerung. Mit den höchsten Wohlstand hatten Haushalte von Selbstständigen, Beamten und Angestellten, bei Arbeitern lag der Wohlstand bei 89 % (Bayern insgesamt = 100 %).

- Wird das regionale Preisniveau – und damit die Kaufkraft des Einkommens – berücksichtigt, so sind die regionalen Wohlstandsunterschiede zwischen den Regierungsbezirken im Mittel weitaus weniger ausgeprägt als die bisherigen Nominalwerte ohne Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden andeuten: Real unterscheidet sich der mittlere Wohlstand (mittleres Nettoäquivalenzeinkommen) zwischen den Regierungsbezirken nur um eine Spanne von 3,6 %-Punkten oder – bezogen auf einen Ein-Personen-Haushalt – um 53 Euro pro Monat: Mit 102,6 % erreichte 2008 Niederbayern (Bayern gesamt = 100 %) den höchsten mittleren Wohlstand, Oberfranken mit 99 % aber kaum weniger und Oberbayern z.B. auch „nur“ 100,9 % des mittleren gesamtbayerischen Wohlstandsniveaus.
- Bezogen auf Kreise und Städte zeigen sich aber teils weiter erhebliche Unterschiede: So stand real einem durchschnittlichen Einwohner im Landkreis Starnberg das höchste verfügbare Einkommen (128 % des bayerischen Durchschnitts) zur Verfügung und in Augsburg (Stadt) mit 86,8 % das niedrigste.

Das Armutsrisiko ist in Bayern geringer als im westdeutschen Durchschnitt.

- In Bayern waren 2008 10,8 % der Bevölkerung armutsgefährdet (berechnet auf Basis des Mikrozensus sowie des Bundesmedians), in Westdeutschland lag das Armutsrisiko rund 2,3 %-Punkte höher als in Bayern.
- Das mittlere Wohlstandsniveau (und damit auch die daran sich orientierende regionale Armutsrisikoschwelle) war in Bayern rund 3,9 % höher als in Westdeutschland. Die bayerische Armutsrisikoschwelle (= 60 % des mittleren Wohlstandes) lag z.B. für einen Einpersonenhaushalt bei 846 Euro monatlich und damit rund 30 Euro über jener für Westdeutschland.
- Im Gesamtzeitraum 2003 bis 2008 hat sich die Armutsrisikoquote in Bayern kaum verändert: 2003 betrug sie 13,5 %, in 2008 waren es 13,6 % (bezogen auf den Landesmedian, d.h. das mittlere Einkommensniveau in Bayern).

2. Wohlstand

2.0 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

- Entsprechend der realen (preisbereinigten) Stagnation der mittleren Nettoeinkommen ist auch die Armutsriskoschwelle in diesem Zeitraum nahezu konstant geblieben: So stieg die Armutsriskoschwelle preisbereinigt von 839 Euro in 2003 nur um 7 Euro auf 846 Euro in 2008 (jeweils pro Monat). Waren im Jahr 2003 rund 1,61 Millionen Menschen in Bayern armutsgefährdet, so waren es im Jahr 2008 rund 1,63 Millionen.
- Bei nahezu unveränderter Armutsriskoquote im Zeitraum 2003 bis 2008 veränderten sich die gruppenspezifischen Armutsriskoquoten: So
 - sank sie bei den unter 18-Jährigen um 1,3 %-Punkte (rund 56 Tausend Personen weniger),
 - stieg sie bei den 18- bis unter 25-Jährigen im Übergang zum Beruf markant um 2,4 %-Punkte (plus rund 31 Tausend Personen)
 - nahm auch bei den über 65-Jährigen etwas zu (+0,5 %-Punkte, plus rund 53 Tausend Personen) und
 - sank die Armutsriskoquote insbesondere für Familien, um 1,8 %-Punkte bzw. rund 6.300 Personen in Alleinerziehendenhaushalten und um 1,6 %-Punkte bzw. rund 89 Tausend Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kind(ern).
- Hinsichtlich des Familientyps hatten 2008 Personen in Alleinerziehendenhaushalten mit 40 % das höchste Armutsrisko. Gleichwohl ist dieser Personenkreis mit rund 160 Tausend Menschen nicht halb so groß wie die Zahl der armutsgefährdeten Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kindern (Quote: 11,3 %, rund 375 Tausend Personen).
- Einpersonenhaushalte haben – insbesondere aufgrund der Armutgefährdung Älterer – eine Armutsriskoquote von über 20 %. Mehr als 400 Tausend Ältere sind in Bayern armutsgefährdet, allerdings auch rund 700 Tausend zwischen 25 und 65 Jahren.
- Von den Erwerbstätigen haben 2008 Arbeiter zu rund 10 % (rund 160 Tausend) ein Einkommen unter der Armutsriskoschwelle, bei den Erwerbslosen lag die Quote etwas über 50 % (2008, rund 140 Tausend Personen). Zahlenmäßig weitaus am meisten armutsgefährdet sind Rentner, Personen unter 25 Jahren sowie sonstige Nichterwerbspersonen, deren Zahlen jeweils zwischen 300 bis fast 400 Tausend betragen.
- Bezieher von Arbeitslosengeld II und von Wohngeld gehören überwiegend zu den Armutgefährdeten, bei Arbeitslosengeld I-Beziehern lag 2008 die Armutsriskoquote bei

2. Wohlstand

2.0 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

„nur“ 45 %. Bereits mit einer Teilzeittätigkeit sinkt das Armutsrisko auf unter ein Drittel und durch eine Lehrausbildung bzw. einen Berufsfachschulabschluss auf 11,7 %.

- Das Armutsrisko von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit einem Migrationshintergrund ist mit 26,9 % bzw. 23,2 % mehr als doppelt so hoch wie gegenüber jenen mit deutscher Staatsangehörigkeit (12,2 %) bzw. ohne Migrationshintergrund (11,3 %; jeweils 2008). Jedoch ist die Zahl der armutsgefährdeten Bürger mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund viermal bzw. doppelt so hoch, d.h. es gibt in Bayern zahlenmäßig weitaus mehr armutsgefährdete deutsche als ausländische Bürger.
- Von den 2008 in Bayern rund 1,6 Mio. armutsgefährdeten Personen lebten rund 600 Tausend in Oberbayern, über 200 Tausend jeweils in Mittelfranken und Schwaben, rund 170 Tausend in Unterfranken sowie unter 150 Tausend jeweils in Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken.
- Gemessen am bayernweiten mittleren Einkommen hatte Nürnberg eine Armutsriskoquote von rund 22 % (Preisniveau und damit Kaufkraft des Einkommens in etwa wie bayernweiter Durchschnitt), München-Stadt von 13 % (bei rund 20 % höherem Preisniveau, so dass die Armutsriskoquote die regionale Armut tendenziell unterzeichnet, da Einkommen in München weniger wert sind als bayernweit) und Augsburg-Stadt von 19 % (Preisniveau in etwa wie Bayern gesamt).
- Für Haushalte mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund variiert das Armutsrisko zwischen den Regierungsbezirken wenig (10 bis 13 %). Ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund bestehen zwischen den Regierungsbezirken deutliche Unterschiede (Armutsriskoquoten von 19 bis 37 %).

Privatpersonen sind in Bayern bundesweit am wenigsten häufig von Überschuldung betroffen.

- Während bundesweit 9,1 % der Privatpersonen überschuldet waren, betraf dies in Bayern 6,2 % oder rund 690 Tausend Personen (Baden-Württemberg: 7,1 %). Die Überschuldung betrifft (jeweils bundesweit, keine Daten separat für Bayern) immer mehr
 - jüngere Menschen: Zwischen 2004 und 2009 ist entgegen dem insgesamt fallenden Trend die Schuldnerquote bei den 20- bis 29-Jährigen angestiegen (insbesondere Frauen),

2. Wohlstand

2.0 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

- ältere Menschen über 70 Jahre seit 2007.

Die Reichtumsquote ist in Bayern höher als in (West-)Deutschland.

- In Bayern ist die Reichtumsquote im Verhältnis zum früheren Bundesgebiet (wenn als Reichtumsschwelle 200 % des bundesweiten Medianeinkommens angesetzt wird) mit 9,8 % um rund 1 %-Punkt höher als im früheren Bundesgebiet und um rund 2 %-Punkte höher als im gesamten Bundesgebiet. Die höchste Reichtumsquote weisen in Bayern mit 10,7 % (2008) Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder auf, bei den 1-Personenhaushalten und den Zweipersonenhaushalten mit Kindern beträgt die Reichtumsquote noch rund 6 %, bei Alleinerziehenden unter 2 %.
- Eine höhere Reichtumsquote als im bayerischen Durchschnitt (7,9 %, (wenn als Reichtumsschwelle 200 % des bayerischen Medianeinkommens angesetzt wird)) zeigt sich nur für Oberbayern (9,3 %), am geringsten sind die Quoten in der Oberpfalz (5,7 %) und Schwaben (5,9 %). Nahe am bayerischen Durchschnitt liegt die Quote von Mittelfranken (7,1 %), etwas niedriger sind jene in Niederbayern (6,5 %), Oberfranken (6,4 %) und Unterfranken (6,8 %).

Die Einkommensungleichheit hat sich 2005 bis 2008 wenig verändert.

- Die relative Ungleichverteilung hat sich in den Jahren von 2005 bis 2008 in Bayern auf Basis der Daten des Mikrozensus (sehr hohe Einkommen sind dabei nicht oder nur teilweise erfasst) für alle Gruppen zusammen nicht verändert: Der Gini-Koeffizient (vgl. zur Definition Kap. 2.1 und 2.7) lag in diesem Zeitraum kontinuierlich bei 0,29 (keine Daten für 2003 verfügbar).

Bayerns Bürger haben ein deutlich höheres Net togeld- und -gesamtvermögen als jene z.B. im früheren Bundesgebiet.

- Das mittlere Net togeldvermögen eines Haushalts in Bayern lag 2008 bei rund 25.000 Euro und damit um mehr als 50 % über dem Niveau im früheren Bundesgebiet. Das mittlere Net togesamtvermögen eines Haushalts in Bayern, also einschließlich Immobilienbesitz, betrug rund 71.000 Euro und damit fast 80 % mehr als im früheren Bundesgebiet.
- Über das höchste Net togeldvermögen wie auch Net togesamtvermögen verfügten Selbstständige und Pensionäre, ihr Gesamtvermögen lag rund auf dem 2,4- bis 2,9-

2. Wohlstand

2.0 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

fachen Niveau aller Haushalte. Über kein Vermögen bzw. mit am wenigsten verfügten Arbeitslose sowie Rentner und Angestellte. Die Höhe des Vermögens nimmt mit steigendem Einkommen stark überproportional zu.

Der Niedriglohnbereich nimmt zu, er ist aber weiterhin geringer als in (West-)Deutschland.

- Die Niedriglohnngrenze bei Vollzeitbeschäftigung ist im Zeitraum von 2000 bis 2007 angestiegen, real (also preisbereinigt) aber gesunken: In Bayern stieg die Niedriglohnngrenze nominal zwar von 1.612 Euro (pro Monat, Vollzeitbeschäftigung) auf rund 1.775 Euro in 2007, real (preisbereinigt) bedeutete dies aber einen Rückgang von 1.612 Euro auf 1.563 Euro in 2007. Die Niedriglohnngrenze liegt in Bayern rund 2 % unter jener von Westdeutschland.
- Der Anteil der vollzeitbeschäftigte Niedriglohnbezieher ist in Bayern vom Jahr 2000 mit rund 14,5 % bis 2007 auf rund 17,5 % angestiegen und folgt damit dem bundesweiten Trend (Westdeutschland: 18,5 %, Deutschland 20,3 %).
- Mit 30,7 % liegt der Anteil vollzeitbeschäftiger Frauen im Niedriglohnbereich weit über dem Wert für Männer (11 %), wobei der Anstieg seit 2000 bei Männern etwas ausgeprägter war als bei Frauen. Schulische bzw. berufliche Qualifizierung schützen mit hoher Wahrscheinlichkeit vor Niedriglohnbezug: So lag der Niedriglöhneranteil mit Hochschul-/Universitätsabschluss mit 3,0 % nur bei einem Zehntel der Vollzeitbeschäftigen mit max. Mittlerer Reife und keinem beruflichen Abschluss (29,6 %). Personen mit Fach-/Abitur und Berufsausbildung sind zu 8 % Vollzeit im Niedriglohnbereich tätig.

Renten: Niedrigeres Niveau als in (West-)Deutschland, aber mit abnehmender Tendenz

- Die Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten (Rentenempfänger, die im jeweiligen Jahr erstmals eine Rente bezogen haben) lagen in Bayern – mit etwas abnehmender Differenz – unter den west- und gesamtdeutschen Werten (für 2008 BY: 672 Euro; WD: 681 Euro; D: 691 Euro). Gegenüber dem Jahr 2000 bedeutet dies einen durch die Rentenreformen bedingten Rückgang von (nominal) 14 Euro in Bayern – die reale Entwicklung ist unter Berücksichtigung der Preissteigerungsraten höher.
- Bei den Frauen sind die Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten – bayernweit mit 500 Euro pro Monat – in einer sehr großen Zahl von Kreisen besonders gering, am niedrigsten mit 374 Euro im Landkreis Cham. Nur in ganz wenigen Kreisen werden Renten über 650 Euro erreicht.

2. Wohlstand

2.0 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

- Bei den Bestandsrenten (Bestandsrenten: seit längerem – mindestens aus dem Vorjahr – laufende Renten) aus der Gesetzlichen Rentenversicherung liegt der Durchschnittswert für die Versicherten in Bayern (2008: 656 Euro) weiterhin und mit nur schwach abnehmender Tendenz deutlich unter den west- und noch etwas deutlicher unter den gesamtdeutschen Werten (731 bzw. 748 Euro). Die nominalen Renten stiegen von 1995 bis 2008 in Bayern z.B. bei den Männern von rund 840 Euro auf 890 Euro. Das bedeutet real (nach Inflation) aber einen Rückgang von 840 Euro auf rund 730 Euro.

2. Wohlstand

2.1 Definitionen, Indikatoren

2.1 Teilhabe am Wohlstand: Definitionen, Indikatoren

Wohlstand – im Sinne der Verfügbarkeit über materielle Güter – ist vielfach Voraussetzung für Selbstverwirklichung, Freiheit, Sicherheit, Anerkennung und Selbstachtung – kurzum: Gerechtigkeit und Lebensqualität. Wohlstand gibt Gestaltungsfreiheit, schafft Zugang zu Erfahrungsbereichen, fördert Interessen, vermittelt Teilhabe, eröffnet verfügbare Zeit für das persönlich Wichtige und trägt zu einer materiellen Sorgenfreiheit bei. Die Teilhabe am Wohlstand ist mit der wichtigste Faktor für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die Akzeptanz gesellschaftlicher Institutionen und für Integration.

Neben privatem Einkommen und Vermögen sind Infrastruktur und Rahmenbedingungen Teil des Wohlstandes (z.B. möglichst freie Ausbildungs- und Berufswahl für alle, dem Wohlstand der Gesellschaft entsprechend sinnerfüllende Berufschancen, hochwertige Gesundheitsversorgung und Bildungseinrichtungen und Zugang zu Infrastruktureinrichtungen, eine gleichwertige Chance, sich für Familientätigkeit zu entscheiden oder Angehörige pflegen zu können, Teilhabe an der Kultur usw.). Damit stehen Indikatoren zum Einkommen und zur Infrastruktur im Mittelpunkt der Sozialberichterstattungen. Einige der wichtigsten Indikatoren werden nachfolgend erläutert:

- **Nettoäquivalenzeinkommen: Basis für Wohlstands-, Armuts-, Reichtumsmessung**

Der materielle Wohlstand wird seit vielen Jahren in der Sozialberichterstattung anhand des Nettoäquivalenzeinkommens privater Haushalte beschrieben. Denn nur so können Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung überhaupt verglichen werden: Das Nettoäquivalenzeinkommen berücksichtigt die Haushaltssammensetzung, d.h. wie viele Menschen welchen Alters in einem Haushalt von einem gemeinsamen Haushaltsnettoeinkommen leben.

- **Nettoeinkommen – denn das Bruttoeinkommen ist nicht aussagefähig**

Dem Nettoäquivalenzeinkommen liegt das Nettoeinkommen zu Grunde, d.h. ein Einkommen nach Abzug direkter Steuern und gesetzlicher Sozialversicherungsbeiträge, da diese Einkommensteile für den eigenen Wohlstand unmittelbar nicht zur privaten Verfügung stehen. Andere gesetzliche oder im Alltag nahezu zwingend erforderliche Abgaben (Kommunale Abgaben, Zuzahlungen, Gebühren, Verbrauchssteuern, Haftpflichtversicherung usw.) werden nicht berücksichtigt; teils weil sie verbrauchs- bzw. vom Haushaltstyp abhängig sind, auch wenn sie wie Steuern unausweichliche Einkommensbelastungen sind.

Des Weiteren werden (hier) datentechnisch bedingt (Mikrozensus-Daten) Wohnkostenersparnisse durch selbstgenutztes Wohneigentum nicht berücksichtigt. Analysen, welche die Ausgabenersparnis durch selbst genutztes Immobilienvermögen berücksichtigen, zeigen aber hinsichtlich des Armutsriskos keine grundlegenden Strukturunterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen (vgl. z.B. Zweiter Sozialbericht der Staatsregierung 2009, S. 132), da Einkommensstärke und Immobilienbesitz überwiegend Hand in Hand gehen, so auch z.B. bei älteren Menschen: Ältere mit geringem Einkommen haben auch oftmals keine eigene Immobilie und keine Entlastung durch kostengünstiges Wohnen in einer eigenen Immobilie (vgl. ausführlicher in Kap. 2.3).

- **Berücksichtigung der Haushaltsstruktur durch Äquivalenzeinkommen – denn ein Haushaltseinkommen oder Einkommen pro Kopf ist wenig(er) aussagefähig**

Bei Wohlstandsvergleichen ist zu berücksichtigen, wie viele Personen von einem Haushaltseinkommen leben. Um den Einfluss der Haushaltsgröße und -struktur zu berücksichtigen reicht es aber nicht, z.B. Pro-Kopf- oder Haushaltseinkommen auszuweisen:

2. Wohlstand

2.1 Definitionen, Indikatoren

Durch das gemeinsame Wirtschaften in einem Haushalt ergeben sich unterschiedliche Haushaltsersparnisse, die den Wohlstand maßgeblich beeinflussen. So muss nicht für jedes Haushaltmitglieder jeweils eine eigene z.B. Waschmaschine, Kücheneinrichtung, Badeeinrichtung usw. angeschafft werden, auch wenn sich die gemeinsame Infrastruktur im Haushalt durch die gemeinsame Nutzung stärker abnutzt. Deshalb wird jedem Haushaltmitglied eine abgestufte Verbrauchseinheit zugerechnet, die ausdrückt, wie hoch der Verbrauchsanteil jeder Person in einem gemeinsam wirtschaftenden Haushalt ist (differenziert nach dem Alter der Personen, da für Kinder nicht der gleiche Verbrauchsanteil wie für Erwachsene angenommen wird).

Die Summe der einzelnen Verbrauchseinheiten ergibt zusammengerechnet die Äquivalenziffer des gesamten Haushalts. Wird dann das gesamte Haushaltsnettoeinkommen durch die Äquivalenziffer des Haushalts (Summe der Verbrauchseinheiten aller Haushaltmitglieder) geteilt, können Haushalte mit unterschiedlicher Personenzahl und unterschiedlichen Alters hinsichtlich ihres materiellen Wohlstandes verglichen werden.

- **Äquivalenzziffern: Wie viel spart ein Haushalt durch ein gemeinsames Wirtschaften konkret?**

- Darüber, wie hoch die Einsparpotentiale durch ein gemeinsames Wirtschaften in einem Haushalt mit unterschiedlich vielen Personen verschiedenen Alters sind, gibt es mittlerweile seit mindestens 40 Jahren eine umfangreiche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit im Detail abweichenden Ergebnissen. Besonders verbreitet (u.a. Statistisches Amt der EU, Statistisches Bundesamt) ist seit vielen Jahren die sogenannte „alte“ und „neue“ OECD-Skala, wobei mit „alt“ und „neu“ keine Wertung verbunden ist.
- Äquivalenzziffern nach der „neuen“ OECD-Skala:
Am gebräuchlichsten ist derzeit die so genannte neue OECD-Skala (z.B. Armutsberichte der Bundesregierung und EU-Berichte zur sozialen Lage in der EU): Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt die Verbrauchseinheit (anderer Begriff: das Bedarfsgewicht) 1 zugeordnet, für weitere Haushaltmitglieder werden 0,5 je Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren angesetzt. Diese Skala wird auch nachfolgend verwendet, soweit nicht etwas anderes vermerkt ist.
- Äquivalenzziffern nach der „alten“ OECD-Skala:
Mehr der Struktur der Grundsicherung in Deutschland – und vermutlich auch den Einsparungsmöglichkeiten durch gemeinsames Wirtschaften im Niedrigeinkommensbereich sowie den altersspezifischen Bedarfsunterschieden – entspricht möglicherweise die „alte“ OECD-Skala, die derzeit aber weniger verwendet wird: Danach werden für den Haushaltvorstand 1,0, für jede weitere Person ab 15 Jahren 0,7 und für Kinder unter 15 Jahren 0,5 als Verbrauchseinheiten angesetzt. Diese Skala wird nachfolgend im Bericht nur mit jeweils besonderem Hinweis verwendet, da derzeit zumeist die neue OECD-Skala in der EU- und bundesweiten Berichterstattung verwendet wird und damit eine bessere Vergleichbarkeit mit diesen Berichten – und auch dem 2. Sozialbericht der Staatsregierung, der auch die neue OECD-Skala verwendet – möglich ist.
- Je nach Äquivalenzziffern-Skala ergeben sich für einzelne Untergruppen teils unterschiedliche Wohlstands niveaus und Armutsrisikoquoten, hinsichtlich der Gesamtarmutsrisikoquote sind die Unterschiede gering. So sind z.B. die Armutsrisikoquoten der Kinder und Jugendlichen sowie dementsprechend von Familien insgesamt nach der neuen OECD-Skala etwas niedriger, die der Älteren und kleinen Haushalte etwas höher als bei Verwendung der „alten“ OECD-Skala.

2. Wohlstand

2.1 Definitionen, Indikatoren

- Bisweilen wird die Kritik an den Äquivalenzziffern geäußert, dass sie ein erhöhtes Armutsrisko „produzieren“ könnten, das angeblich keines sei: Wenn sich zwei Personen z.B. scheiden lassen, die vormals in einem gemeinsamen Haushalt lebten (allgemeiner formuliert: wenn aus einem vormals großen Haushalten zwei oder mehr kleinere werden), so würde das Armutsrisko allein aufgrund der Äquivalenzziffern steigen, auch wenn das Einkommen der betroffenen Personen insgesamt das gleiche geblieben ist. Nur: Das Armutsrisko steigt empirisch tatsächlich, weil zwei separate Haushalte u.a. aufgrund der höheren Quadratmeter-Mieten für einzelne kleinere Wohnungen empirisch nachweisbar mehr Geld für eine Unterkunft und die häusliche Ausstattung brauchen, ohne besser zu leben. Nicht die Äquivalenzziffern „produzieren“ in diesem Fall Armut, sondern die Lebenswirklichkeit, die durch Äquivalenzziffern treffend abgebildet wird, weil ein kostengünstigeres gemeinsames Wirtschaften in einem Haushalt z.B. nach einer Scheidung nicht mehr möglich ist.
- **Mittleres Einkommen: Bundes- oder Landesmedian – was ist der bessere Maßstab für Wohlstands- und Armutsvergleiche in einem Bundesland?**
Der korrekteste Maßstab für einen mittleren Wohlstand und eine davon abgeleitete Armutsriskoschwelle sowie Armutsriskoquote ist für ein Bundesland das jeweils mittlere Nettoäquivalenzeinkommen in diesem Bundesland, da
 - die Einkommensverteilung im Land der vorrangige Maßstab ist und
 - sich die Länder beim Preisniveau (der mit einem Einkommen verbundenen Kaufkraft) insbesondere bei den Wohnkosten unterscheiden, so dass ein höheres mittleres Einkommen in einem Bundesland nicht automatisch auch einen entsprechend real höheren Wohlstand bedeutet, wenn etwa die Wohnkosten auch höher sind.Soweit Bundesländer verglichen werden, sollten deshalb Länder mit zumindest ähnlichem Verbraucherpreisniveau ausgewählt werden. Ein Vergleich der Einkommen von Haushalten in Bayern ist vorrangig mit jenen in den alten Bundesländern sinnvoll, da die Preissteigerungsraten und das Preisniveau in Bayern in den letzten Jahren jenen in den alten Bundesländern weitgehend entsprachen. So weisen z.B. Wohnkostenindizes darauf hin, dass die Wohnkosten in Bayern nicht wesentlich über jenen in Westdeutschland insgesamt liegen (vgl. z.B. BBSR 2009)⁴, die Verbraucherpreissteigerungen waren in Bayern jedoch etwas höher.
Für eine Analyse auf Basis des mittleren Einkommens im Land spricht auch, dass dies das Lebensumfeld im Land am ehesten beschreibt: Für Bayern ist im Hinblick auf das Ideal der Gerechtigkeit und Teilhabe die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern entscheidend, nicht etwa bspw. in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg. Deshalb wird in allen nachfolgenden Abbildungen, soweit nicht extra auf einen Bundesmedian oder Median der alten Länder hingewiesen wird, der Landesmedian (das mittlere, d.h. mediane Nettoäquivalenzeinkommen in Bayern) zugrunde gelegt.
- **Armutsriskoquote, Armutgefährdungsquote, Armut: Unterschiedliche Worte, empirisch gleiche Inhalte**
Hinter der Armutsriskoquote oder Armutgefährdungsquote verbirgt sich das Konzept der relativen Einkommensarmutsbemessung, d.h. das Armutsrisko wird im Verhältnis zum mittleren Wohlstandsniveau im Lande bemessen:
 - Es geht in einer wohlhabenden Gesellschaft unter dem Aspekt der Gerechtigkeit nicht vorrangig um eine absolute Armut (kurz- und mittelfristiges physisches Überleben bedroht), sondern um Teilhabechancen am Wohlstand und an den Möglichkeiten sinn-

⁴ BBSR (Hrsg.), Bundesinstitut für Bau-, Raum- und Stadtforschung: Regionaler Preisindex, Berichte, Band 30, Bonn, 2009.

2. Wohlstand

2.1 Definitionen, Indikatoren

erfüllender, geachteter Tätigkeiten. Dies kommt z.B. im Grundgesetz in Art. 1 mit dem Ideal der gleichen Würde jeder Person zum Ausdruck..

- Die Armutsriskoquote (oder Armutsgefährdungsquote) ist definiert als
 - der Anteil der Personen, deren Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Personen beträgt (60 % = Armutsriskoschwelle).
 - Als Medianeinkommen (oder mittleres Einkommen) wird das Einkommen der Person bezeichnet, die in der Mitte einer Reihe steht, nachdem man alle Personen nach der Einkommenshöhe sortiert hat (also von insgesamt z.B. 99 Personen das Einkommen der 50igsten Person, also der mittleren – oder medianen – Person).
- Die teils u.a. in älteren EU-Veröffentlichungen anzutreffende Grenze von 50 % als Armutsriskoschwelle bezieht sich hingegen auf das Durchschnittseinkommen (nicht das mittlere – oder mediane – Einkommen!), wobei die Durchschnittseinkommen in Deutschland und den meisten entwickelten Gesellschaften deutlich über den mittleren (medianen) Einkommen liegen und damit der Unterschied zwischen einer Armutsriskoschwelle von 60 % des Medianeinkommens oder 50 % des Durchschnittseinkommens teils gering ausfällt. Beim Medianeinkommen werden insb. Haushalte mit besonders hohen Einkommen, die statistisch oft nicht oder nur schwer abzuschätzen sind (hohe Fehlerquote bei Befragungen; in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe werden z.B. generell Einkommen über 18.000 Euro nicht erfasst, im Mikrozensus pauschal nur als Einkommen von „18.000 und mehr“ ausgewiesen), nicht berücksichtigt, weil keine verlässlichen Informationen über den Wohlstand besonders einkommensstarker Haushalte vorliegen (auch nur stark eingeschränkt z.B. über die Einkommenssteuerstatistik) und damit die Daten zum Durchschnittseinkommen deutlich weniger verlässlich sind als jene zum mittleren Einkommen.
- Statistisch-empirisch sind jeweils
 - Armutsrisko- bzw. -gefährdungsquote und Armut bzw.
 - Armutsrisko- bzw. Armutsgefährdungsschwelle und Armutsschwelle
- bei großen Erhebungen, die nicht auf den Einzelfall (einzelne Personen, einzelne Haushalte) eingehen, letztlich gleiche Begriffe: Mit dem Zusatz „Gefährdung“ oder „Risiko“ soll ausgedrückt werden, dass es auch einzelne Personen bzw. Haushalte geben kann, die trotz eines Einkommens über der Armutsriskoschwelle dennoch unzureichende Verwirklichungschancen haben bzw. mit einem Einkommen unter der Armutsriskoschwelle höhere Chancen haben. So können einzelne Einflüsse wirken (z.B. regional überdurchschnittliche oder unterdurchschnittliche Wohnkosten, finanzielle Hilfen durch Angehörige, z.B. oftmals bei Studierenden oder jüngeren Haushalten), die sich statistisch jedoch bei größeren Fallzahlen und Regionen gegenseitig weitestgehend ausgleichen und zu denen darüber hinaus empirisch keine hinreichenden aktuellen Daten vorliegen.⁵

⁵ Aus methodischen Gründen kann sich zusätzlich eine gewisse Begründung ergeben, von Armutsrisko bzw. Armutsgefährdung zu sprechen, da Personen, deren Einkommen in der Einkommensklasse liegt, in der auch die Armutsriskoschwelle liegt (der Mikrozensus erfasst nur – wenn auch eng gestuft – Einkommensklassen), nicht eindeutig dem Merkmal „einkommensarm“ oder „nicht einkommensarm“ zugeordnet werden können. In diesen Fällen wird eine Gleichverteilung der Fälle innerhalb der Klasse angenommen, was bei der relativ geringen Einkommensklassenbreite im Mikrozensus statistisch wenig fehleranfällig und damit statistisch vertretbar ist.

2. Wohlstand

2.1 Definitionen, Indikatoren

Die Inanspruchnahmekoten von Grundsicherungsleistungen – entspricht das der Armutsrisikoquote?

Gelegentlich wird die Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen (insbesondere von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung im Alter) als Armutsrisikoquote interpretiert. Diese Interpretation ist jedoch unzutreffend:

- Es handelt sich bei den Inanspruchnahmekoten von Grundsicherungsleistungen um Hinweise darauf, inwieweit mit diesem Transfersystem das Armutsrisiko bekämpft wird, aber nicht, wie hoch dieses ist. Aus den verschiedensten Gründen (Unkenntnis, Scham ein eigenes „Versagen“ vor anderen offen zu legen, Angst vor fortlaufender staatlicher Kontrolle und Verlust von Freiheit, gefürchteter Regress auf Familienangehörige, Verlust angesparter – auch kleinerer – Vermögen, Überforderung mit komplexen Formularen und mit Behördengängen usw.) ist die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen teilweise relativ hoch, obwohl eine Berechtigung auf diese Leistung vorliegt (verdeckte / versteckte Armut; Armuts-Dunkelziffer). Empirische Analysen zeigen eine Nichtinanspruchnahme trotz Berechtigung in einer Größenordnung von rund 40 bis 50 %, bei Vollzeiterwerbstätigen auch über 50 %⁶.
- Die Armutsrisikoschwelle (60 % des medianen Äquivalenzeinkommens) liegt – insbesondere je nach dem Wohnkostenniveau in der jeweiligen Region – teils auch über dem Leistungsniveau der Grundsicherung: So lag der durchschnittliche Bruttobedarf 2008 in der Grundsicherung in Bayern z.B. für einen Haushalt
 - mit zwei Erwachsenen und 2 Kindern (unter 14 Jahren; soweit keinerlei – auch keine geringfügige – Erwerbstätigkeit ausgeübt werden kann / wird) bei rund 1.710 Euro im Monat, die Armutsrisikoschwelle lag hingegen bei rund 1.776 Euro pro Monat, also rund 60 bis 70 Euro höher, da sich Armutsrisiko an einem mittleren Wohlstand und dessen Entwicklung bemisst und mit diesem Einkommen in der Realität oft auch zusätzliche Werbungskosten wegen Erwerbstätigkeit bestritten werden müssen, die im Bruttobedarf der Grundsicherung zunächst nicht enthalten sind.
 - mit einer Person bei rund 715 Euro (soweit keinerlei Erwerbstätigkeit – auch keine geringfügige – ausgeübt werden kann / wird), während die Armutsrisikoschwelle bei durchschnittlich 846 Euro pro Monat lag, wobei dieser Schwellenwert aber auch für Haushalte mit einer Erwerbstätigkeit und damit zusätzlichen Werbungskosten galt.
- **Nomiale oder reale Einkommen: Bei Regional- und Zeitreihenvergleichen sind reale Einkommen entscheidend**
Nomiale Einkommen sind solche, die ohne Berücksichtigung einer (a) Inflationsrate (Entwertung der Einkommen durch steigende Preise) oder (b) regional unterschiedlicher Preisniveaus veröffentlicht und ausgewertet werden. Nominalwerte sind damit nur aussagefähig, solange
 - keine Zeitreihenvergleiche oder
 - regionalen Vergleiche mit erheblichen Preisniveauunterschieden erfolgen oder
 - sich die verglichenen Gruppen beim Einkommen wenig unterscheiden, da Gruppen mit stark unterschiedlichem Einkommen verschieden von Preissteigerungen betroffen sind. Jedoch gibt es in Deutschland keinen gruppenspezifischen Verbraucherpreisindex, der bei der Sozialberichterstattung genutzt werden könnte.

⁶ Vgl. z.B. Becker, Irene; Hauser, Richard; Kortmann, Klaus; Mika, Tatjana; Strengmann-Kuhn, Wolfgang: Dunkelziffer der Armut – Ausmaß und Ursachen der Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen, Berlin 2005.

2. Wohlstand

2.1 Definitionen, Indikatoren

Werden mehrere Jahre oder Regionen verglichen, ist die Inflation bzw. das regional unterschiedliche Preisniveau zu berücksichtigen, um nicht z.B. eine (nominale) Einkommenssteigerung fälschlicherweise als Wohlstandssteigerung zu interpretieren, obwohl die erhöhten Einkommen wegen Preissteigerungen keine erhöhte oder gar eine gesunkene Kaufkraft haben. Im regionalen Vergleich können z.B. höhere Einkommen in einer Region aufgrund eines dort noch höheren Preisniveaus weniger Kaufkraft bedeuten als in einer Region mit niedrigerem Einkommen, aber noch niedrigerem Preisniveau. Dass diese Überlegungen keineswegs abstrakt sind, zeigen die nachfolgenden Analysen für Bayern, wodurch sich manche bisher geläufige Interpretation zur regionalen Wohlstandsverteilung deutlich verändert.

Da in der Vergangenheit für Bayern keine regionalen Preisindizes zur Verfügung standen, waren regionale Vergleiche nur unter der Annahme möglich, regionale Preisunterschiede würden kaum bestehen. Das Bundesinstitut für Bau-, Raum- und Stadtforschung (BBSR)⁷ hat 2009 regionale Verbraucher-Preisindizes veröffentlicht, die rund 75 % des Einkommensverwendungs-Warenkorbes erfassen (für die verbleibenden 25 % können aufgrund der davon betroffenen Güter nur geringe Preisunterschiede vermutet werden). Dies lässt die derzeit beste Einschätzung zu, was ein Einkommen in einer Region wert ist, da Einkommen im unteren bis mittleren Einkommensbereich zu mehr als 90 % in den Verbrauch fließen. So schwankt der BBSR-Preisindex in Bayern z.B. zwischen 83,4 % im Landkreis Tirschenreuth und 114,4 % in der Stadt München. Oder anders ausgedrückt: Ein Euro ist beim Konsum im Landkreis Tirschenreuth rund 37 % mehr wert als in München. So haben gleiche Leistungen einen weitaus höheren Wert z.B. in Tirschenreuth als in München: Leistungsempfänger in Großstädten haben teils ganz erhebliche Nachteile (vgl. BBSR-Bericht).

- **Einkommensreichtum: Wer mehr als den doppelten mittleren Wohlstand hat**

Als einkommensreich gelten hier Personen (entsprechend z.B. auch der Abgrenzung der EU und der Sozialberichterstattung des Bundes), deren Haushaltsäquivalenzeinkommen mehr als 200 % des mittleren (medianen) Nettoäquivalenzeinkommen der Bevölkerung pro Monat beträgt.

Aussagen zum Reichtum sind allerdings wenig belastbar, da die derzeitigen großen repräsentativen Erhebungen (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Mikrozensus, EU-Silc, SOEP) sehr hohe Einkommen (a) überhaupt nicht oder (b) nur teilweise und zudem (c) in sehr groben Größenklassen-Abstufungen erfassen (dies gilt auch für den hier verwendeten Mikrozensus) und (d) die Antworten der Befragten bei hohen Einkommen eine überproportional hohe Fehlerquote aufweisen.

Sonderstichproben von Hocheinkommens-Beziehern (Sozioökonomisches Panel, Sample G) wurden für Bayern aufgrund der relativ geringen Stichprobengröße bisher nicht ausgewertet. Auch die Lohn- und Einkommenssteuerstatistik ist nur sehr begrenzt aussagefähig. So bildete z.B. auch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 – die eine vergleichsweise genaue Erfassung der Einkommen erlaubt – nur rund 87 % der verfügbaren Einkommen ab, die es in Deutschland gab (Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Und die bei hohem Einkommen in der Regel bestehenden und überproportional zunehmenden Vermögen (mit steigendem Einkommen überproportional zunehmende Sparfähigkeit bzw. Sparquote) werden bei Erhebungen zu laufenden Einkommen nicht als Wohlstandsbestandteil erfasst (sehr große Erhebungsprobleme, insbesondere beim Produktivvermögen). Eine Berücksichtigung von Vermögen sowie der-

⁷ BBSR (Hrsg.): Regionaler Preisindex, Berichte, Band 30, Bonn, 2009;; in dem Bericht bildet die Stadt Bonn die Referenz, d.h. jeder regionale Preisindex des BBSR. ist auf Bonn normiert (Bonn =100).

2. Wohlstand

2.1 Definitionen, Indikatoren

zeit nicht erfasster hoher Einkommen würde in der Tendenz zu einer deutlichen Zunahme der Ungleichheit und Armutsrisikoquote führen.

- **Ungleichverteilung in einer Zahl ausgedrückt: Der Gini-Koeffizient**

Der Gini-Koeffizient beschreibt die Einkommenskonzentration bzw. Ungleichheit der Einkommen mit einer Zahl zwischen 0 und 1: Bei einer völligen Gleichverteilung der Einkommen (alle haben das gleiche Einkommen) nimmt der Gini-Koeffizient den Wert 0 an und bei völliger Ungleichheit (einer hat alles Einkommen, der / die anderen nichts) den Wert 1. Realistischerweise nimmt der Gini-Koeffizient für Staaten der EU Werte zwischen rund 0,22 (Slowenien relativ gleichmäßige Einkommensverteilung) bis 0,35 (Vereinigtes Königreich, relativ starke Einkommensungleichheit; Bayern: 0,29, vgl. Kap. 2.7) an, auf Basis von Daten, die sehr hohe Einkommen allerdings nicht oder nur bruchstückhaft erfassen (EU-Silc-Daten).

- **Die hier vorrangig verwendete Datenbasis für Wohlstandsberechnungen: Der Mikrozensus**

Soweit nicht anders vermerkt, werden nachfolgend die Daten des Mikrozensus den Analysen zu Grunde gelegt (Grundauswertung durch das IT.NRW⁸). Auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird nur bei solchen Kennziffern zurückgegriffen, die eine allgemeine gesamtwirtschaftliche Entwicklung ohne Bezug auf die Lebenslagen einzelner Gruppen beschreiben.

Im Gegensatz zum 2. Sozialbericht der Staatsregierung (2009) wird hier hinsichtlich der Wohlstands- und Armutsberechnungen nicht auf die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zurückgegriffen, da u.a.

- die Einzeldatensätze über die Einkommen aus der EVS 2008 noch nicht für Auswertungen zur Verfügung standen (voraussichtlich gegen Ende 2010),
- die EVS nur alle fünf Jahre erhoben wird und damit eine kontinuierliche Berichterstattung nicht möglich ist,
- der Mikrozensus eine Vergleichbarkeit mit der Sozialberichterstattung des Bundes und der EU an ehesten zulässt.

Die EVS ist im Gegensatz zum Mikrozensus besonders geeignet, wenn es um Analysen zur Einkommensentstehung und -verwendung sowie um Vermögen und Haushaltsausstattung geht. Soweit Daten der EVS 2008 aus bereits verfügbaren Statistiken für Bayern zur Verfügung standen – insbesondere hinsichtlich des Vermögens –, wurden diese Daten berücksichtigt.

- **Migrationshintergrund**

Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder zumindest ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

⁸ IT-NRW: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (Statistisches Landesamt NRW).

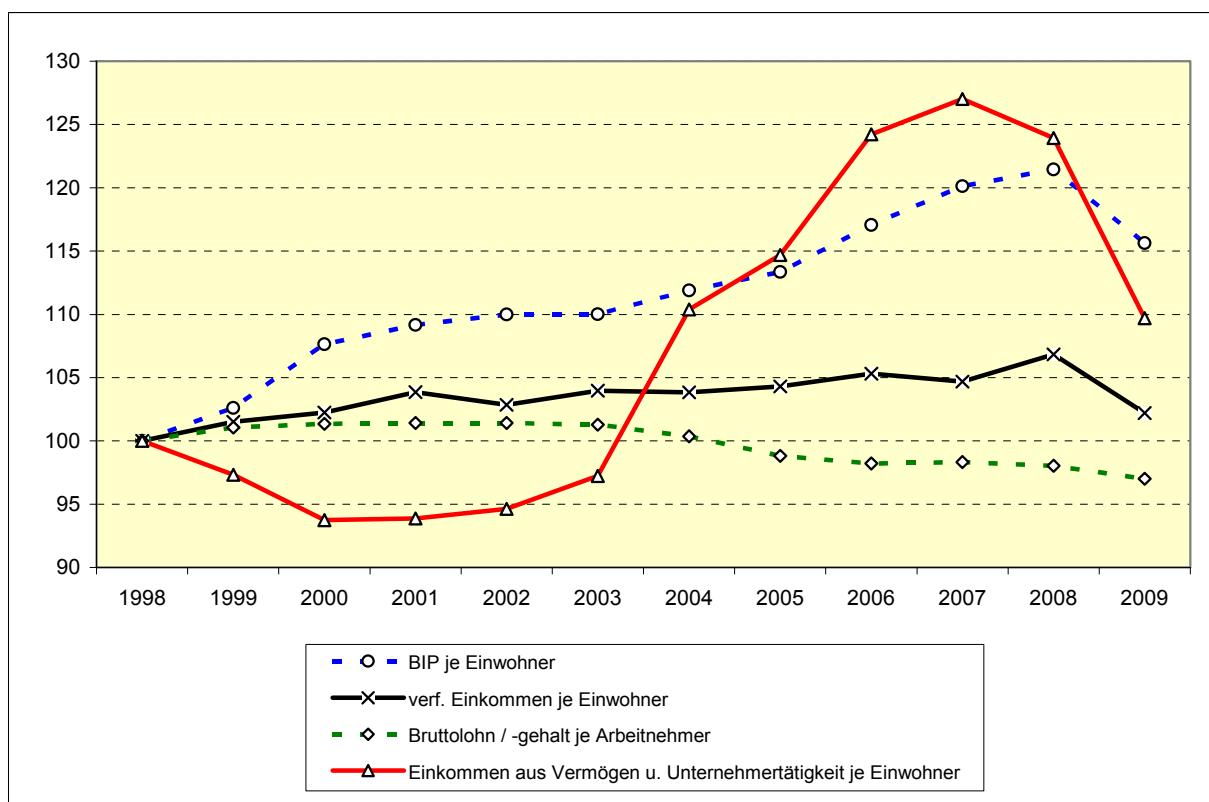
2. Wohlstand

2.2 Volkswirtschaftliches Einkommen

2.2 Volkswirtschaftliches Einkommen 1998 bis 2009⁹: Mittelfristig insgesamt gestiegenes Bruttoinlandsprodukt bei real weitgehend stagnierendem verfügbaren Einkommen (jeweils je Einwohner) und gesunkenem Bruttogehalt – mehr Wohlstand für alle als Herausforderung

- Während das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner real (d.h. inflationsbereinigt) im Zeitraum 1998 bis 2009 in Bayern um rund 15 % zunahm,
- wuchs das verfügbare Einkommen je Einwohner um 2 % und lag damit 2009 etwa auf dem Niveau von 2000 (inflationsbereinigt).
- Von 1998 bis 2009 nahmen die Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit um rund 10 % zu (real), die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sanken hingegen um real rund 3 %. Diese Entwicklung verstärkt tendenziell eine Einkommensungleichheit und erschwert damit z.B. auch die Möglichkeiten der Vermögensbildung und Altersvorsorge.

Bruttoinlandsprodukt, verfügbares Einkommen und Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit jeweils je Einwohner sowie Bruttolohn-/gehalt je Arbeitnehmer, Bayern (1998 = 100, jeweils inflationsbereinigt, Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Arbeitskreises »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« (http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/home.asp?lang=1)

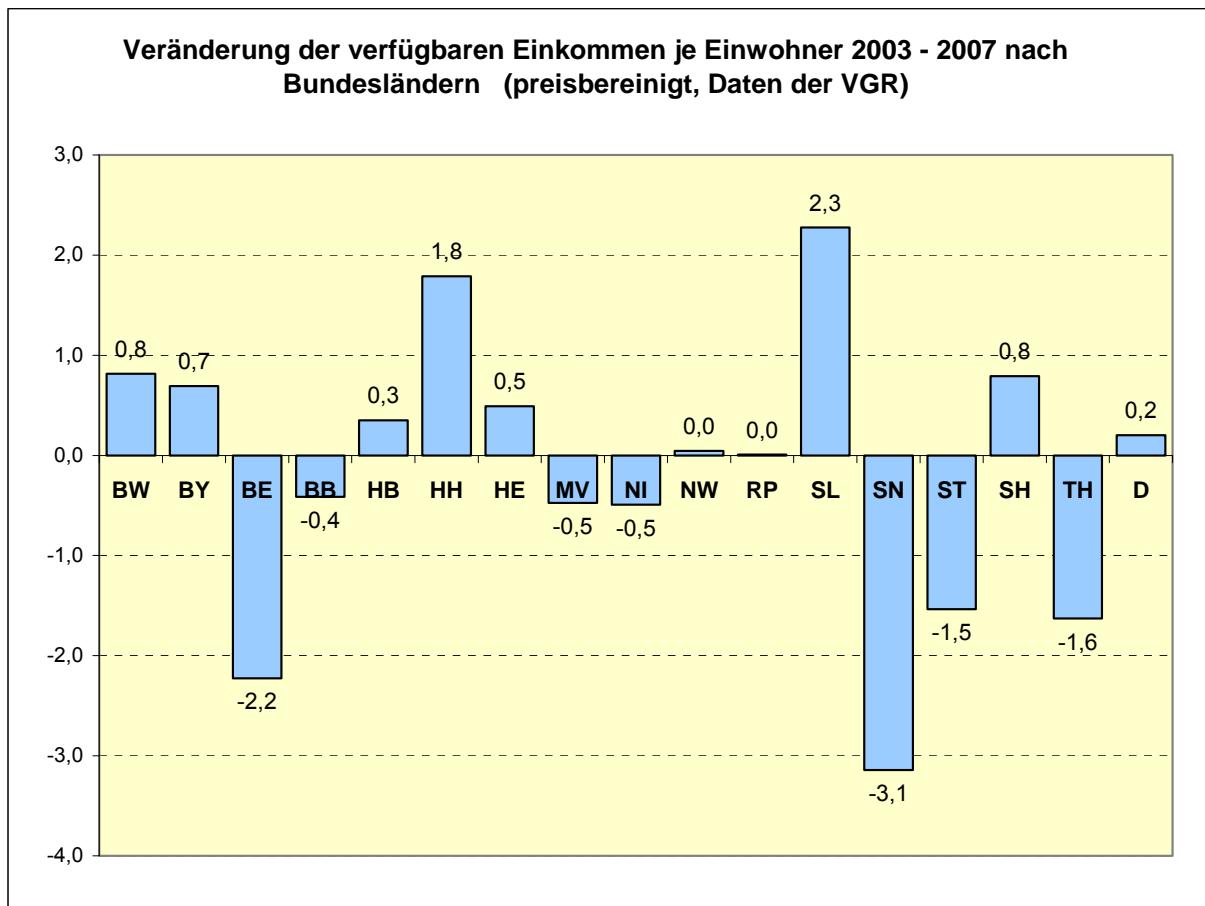
⁹ 2009 und teils auch 2008 noch vorläufige Werte zum Zeitpunkt der Berichterstellung; preisbereinigt.

2. Wohlstand

2.2 Volkswirtschaftliches Einkommen

Entwicklung des durchschnittlichen Einkommens je Einwohner ab 2003 bis 2007 nach Ländern: Bayern in der „Gewinnergruppe“, Berlin und Sachen mit markantestem Rückgang

- Nach den endgültigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für den Zeitraum 2003 bis 2007 stieg das durchschnittliche reale verfügbare Einkommen je Einwohner (keine Berücksichtigung von Veränderungen in der Haushaltsgröße und -struktur, bei Zuzahlungen usw.) in diesem Zeitraum in Bayern um 0,7 %, bundesweit waren es 0,2 %.
- Dieser Anstieg des realen durchschnittlichen verfügbaren Einkommens je Einwohner 2003 bis 2007 in Bayern entsprach 11 Euro pro Monat. bundesweit entsprach der Anstieg um real 0,2 % etwa 3 Euro pro Monat.
- Eine positive Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen über 0,5 % hatten in diesem Zeitraum neben Bayern nur Baden-Württemberg, Hamburg, das Saarland und Schleswig-Holstein.
- Im Zeitraum von 2000 bis 2007 stieg das real verfügbare Einkommen im Durchschnitt je Einwohner in Bayern etwas über 2 % (vgl. auch Abb. vorhergehende Seite).



Quelle: Berechnungen auf Basis der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder (2009); Preisbereinigung anhand der Entwicklung der Verbraucherpreisindizes je Bundesland

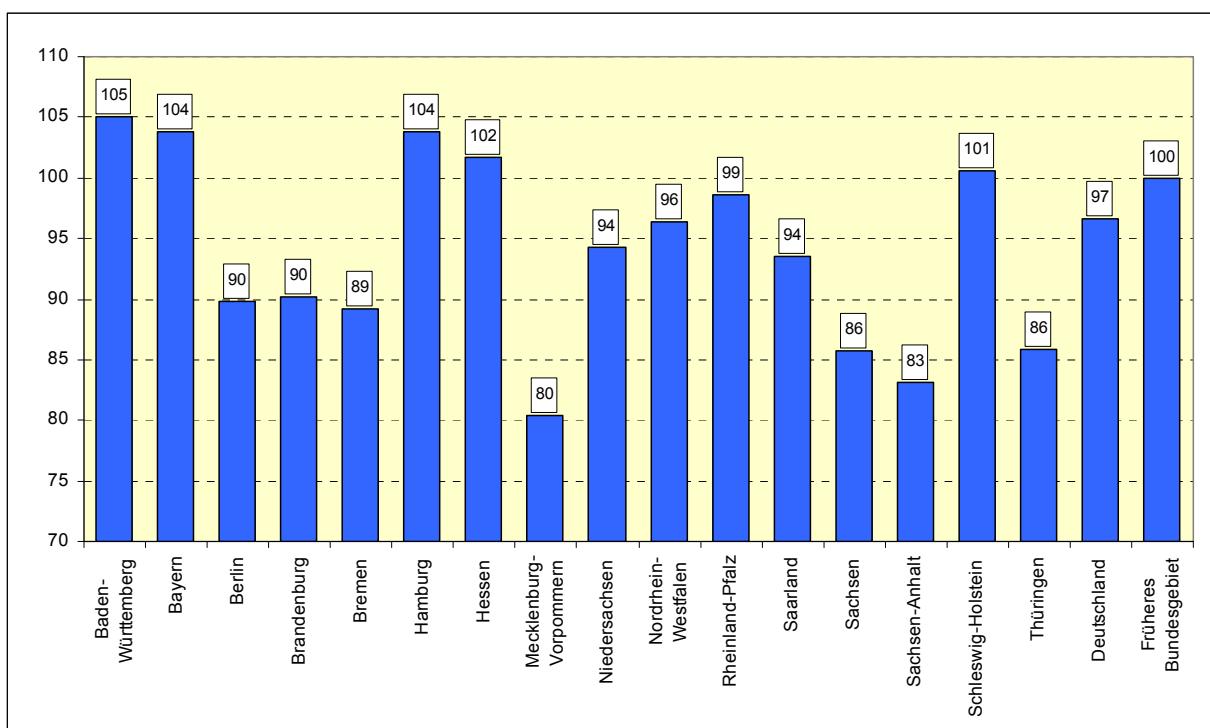
2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Bayern gesamt

2.3 Mittlerer Wohlstand 2008 im Ländervergleich: Aktuell in Bayern 4 % über dem früheren Bundesbiet (Daten des Mikrozensus)

- Gemessen am mittleren Wohlstand (mittleres Nettoäquivalenzeinkommen, Daten des Mikrozensus) des Jahres 2008 im früheren Bundesgebiet¹⁰ lag das mittlere Wohlstandsniveau in Bayern rund 4 % höher. Rund 1 %-Punkt höher war es nur noch in Baden-Württemberg.
- Neben Baden-Württemberg (105 %) und Bayern weist auch noch Hamburg (mit je 104 %, jeweils gemessen am Durchschnitt der Länder des früheren Bundesgebietes) einen besonders hohen Wohlstandsniveau auf (wobei aber Preisniveaunterschiede zwischen z.B. Bayern und Hamburg nicht berücksichtigt werden konnten). Eher im Mittelfeld liegen nominal betrachtet Hessen (102 %), Schleswig-Holstein (101 %), Rheinland-Pfalz (99 %) und Nordrhein-Westfalen (96 %), nochmals etwas niedriger Niedersachsen und das Saarland (jeweils 94 %). An unterster Stelle unter den alten Bundesländern rangiert Bremen (89 %).
- Bezogen auf einen Ein-Personen-Haushalt lag der mittlere Wohlstand in Bayern um 52 Euro pro Monat nominal über dem Durchschnitt der früheren Bundesländer, in Bremen lag er um 147 Euro unter dem Durchschnitt.

Mittleres Nettoäquivalenzeinkommen 2008 (Index, früheres Bundesgebiet = 100)



Quelle: Berechnungen nach Mikrozensus 2008, IT.NRW

¹⁰ Der Vergleich Bayerns mit dem früheren Bundesgebiet erscheint naheliegend, da ein Vergleich mit den neuen Ländern und damit auch Deutschland gesamt aufgrund unterschiedlicher Preisniveaus und Kaufkraft der Einkommen nicht so aussagekräftig ist.

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Gruppen

Mittlerer Wohlstand 2003 bis 2008: Insgesamt Stagnation, aber erhebliche Gruppenunterschiede

- Insgesamt stagnierte im Zeitraum von 2003 bis 2008 in Bayern der mittlere Wohlstand nahezu: Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen nahm real, d.h. preisbereinigt, nur um 0,8 % oder 11 Euro (pro Monat) in 5 Jahren zu.
- Zum Vergleich: Im Zeitraum von 2003 bis 2008 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Bayern um 11,5 %, bundesweit um 9 %.
- Ausgeprägt zugenommen hat das Wohlstandsniveau aber bei jüngeren Menschen (bis unter 25 Jahre: +10 %-Punkte), einen deutlichen Zuwachs hatten auch noch die 25- bis unter 45-Jährigen (plus 6 %-Punkte). Relativ und absolut etwas an Wohlstandsniveau eingebüßt haben Personen mittleren Alters (45- bis 65-Jährige: -3 %-Punkte). Ausgeprägter „Verlierer“ der Wohlstandsentwicklung war die Gruppe der über 65-Jährigen (-16 %-Punkte).
- Männer und Frauen hatten an der minimalen Veränderung des Gesamtwohlstandes gleichermaßen Anteil.
- Rückläufig war besonders der Wohlstand bei Ein-Personenhaushalten (-6 %-Punkte, insbesondere Ältere) und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (-5 %-Punkte, ebenfalls zu einem erheblichen Teil Ältere). Einen hohen Zuwachs hatte die kleine Gruppe sonstiger Haushalte mit Kindern (+15 %-Punkte), kleinere Zuwächse Personen in Alleinerziehendenhaushalten und bei 2 Erwachsenen mit Kind(ern) (+4 / +5 %-Punkte).

Median-Nettoäquivalenzeinkommen pro Monat (neue OECD-Skala) 2003, 2007, 2008, Bayern

Merkmal	Nettoäquivalenzeinkommen*)			in % von 2008 insgesamt		
	2003*)	2007*)	2008	2003	2007	2008
	EUR			%		
Insgesamt	1.399	1.399	1.410	99	99	100
Alter						
unter 18	1.132	1.253	1.262	80	89	90
18 bis unter 25	1.137	1.361	1.362	81	96	97
25 bis unter 45	1.422	1.479	1.503	101	105	107
45 bis unter 65	1.606	1.574	1.569	114	112	111
65 und älter	1.472	1.241	1.245	104	88	88
Geschlecht						
männlich	1.422	1.439	1.450	101	102	103
weiblich	1.379	1.361	1.371	98	96	97
Haushaltstyp						
Einpersonenhaushalte	1.351	1.264	1.265	96	90	90
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	1.664	1.594	1.597	118	113	113
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	876	907	931	62	64	66
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	1.262	1.329	1.343	90	94	95
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	1.100	1.327	1.314	78	94	93

*) Reales Nettoäquivalenzeinkommen: 2003 und 2007 inflationsbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex, um mit dem Einkommen 2008 vergleichbar zu sein.

Quelle: Daten IT.NRW

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Gruppen

Gruppenspezifischer Wohlstand 2008: Unterschiede oft bis zu rd. 50 %

- Nach dem Lebensalter hatten den geringsten Wohlstand (Nettoäquivalenzeinkommen) die unter 18-Jährigen und über 65-Jährigen, den höchsten die 25- bis 65-Jährigen. Ein bei wohlhabenden Älteren häufiges kostengünstigeres Wohnen in einer eigenen Immobilie ist hier nicht berücksichtigt (mit den Daten des Mikrozensus nicht möglich), so dass der Wohlstand bei über 65-Jährigen höher zu veranschlagen ist als es in diesen Daten zum Ausdruck kommt.
- Der mittlere Wohlstand von Frauen lag über alle Altersgruppen hinweg etwas niedriger als der von Männern, vorrangig bedingt durch Alleinerzieherschaft, Scheidung und Trennung sowie eine niedrigere Altersversorgung, insbesondere wegen Kindererziehung.
- Den niedrigsten Wohlstand weisen Alleinerziehende mit ihren Kindern auf (66 %), den höchsten Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (113 %).
- Ein niedriger mittlerer Wohlstand (81 %) betrifft auch Haushalte mit zwei Erwachsenen und drei und mehr Kindern. Je Kind sinkt der Wohlstand um etwa 10 %-Punkte ab.
- Einen auffallend niedrigen mittleren Wohlstand haben auch Geschiedene und dauernd getrennt Lebende, vorrangig, soweit Kinder im Haushalt sind oder waren.

Mittlerer Wohlstand (2008, pro Monat, neue OECD-Skala) nach Alter und Haushaltstyp

	Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt	
		EUR	%
Insgesamt	1.410	100	
männlich			
Jahre	1.450	103	
18 bis unter 25	1.411	100	
25 bis unter 45	1.555	110	
45 bis unter 65	1.602	114	
65 und älter	1.297	92	
weiblich			
Jahre	1.371	97	
18 bis unter 25	1.309	93	
25 bis unter 45	1.453	103	
45 bis unter 65	1.536	109	
65 und älter	1.205	85	
Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	1.265	90	
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	1.597	113	
Ein(e) Erwachsene(r) + ein oder mehrere Kinder	931	66	
Ein(e) Erwachsene(r) mit 1 Kind	1.006	71	
Ein(e) Erwachsene(r) mit 2 Kindern	887	63	
Zwei Erwachsene1) + ein oder mehrere Kinder	1.343	95	
Zwei Erwachsene1) mit 1 Kind	1.472	104	
Zwei Erwachsene1) mit 2 Kindern	1.338	95	
Zwei Erwachsene1) + drei oder mehrere Kinder	1.145	81	
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	1.314	93	
Familienstand des /der Haupteinkommensbeziehers/in			
ledig	1.450	103	
verheiratet, zusammen lebend	1.447	103	
geschieden	1.227	87	
dauernd getrennt lebend	1.270	90	

Quelle: Daten IT.NRW

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Gruppen

Niedrigster Wohlstand bei Arbeitslosengeld II- und Wohngeld-Beziehern 2008: Niedrige Erwerbseinkommen und Kindererziehung als größtes finanzielles Risiko

- Den weitaus höchsten mittleren Wohlstand weisen Selbstständige und Beamte auf, überdurchschnittlich ist der Wohlstand auch noch bei Angestellten. Der mittlere Wohlstand von Arbeiter-Haushalten liegt um rund 16 % unter dem aller abhängigen Erwerbstätigen-Haushalte, jener der Erwerbslosen (mit 49 %) sogar um rund 56 % unter dem mittleren Wohlstand abhängig Erwerbstätiger sowie deutlich unter der Armutsriskoschwelle (60 % vom Medianeinkommen).
- Haushalte mit einer Teilzeiterwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers haben einen rund ein Drittel niedrigeren mittleren Wohlstand als jene mit einer Vollzeittätigkeit.
- Bezieher von Arbeitslosengeld II und Wohngeld erreichen den mittleren Wohlstand nicht einmal zur Hälfte bzw. knapp zu etwas mehr als der Hälfte. Bei Arbeitslosengeld I- Bezug wird der mittlere Wohlstand nicht ganz zu zwei Dritteln erreicht. Die Armutsriskoschwelle (60 % vom mittleren Einkommen) wird von der Mehrheit der ALG II- und Wohngeld-Bezieher-Haushalte nicht erreicht.
- Selbst bei einer Teilzeittätigkeit des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt lag der mittlere Wohlstand noch rund 30 %-Punkte über jenem bei Beziehern von Arbeitslosengeld II und noch rund 20 %-Punkte über jenen Haushalten mit Wohngeldbezug. Teilzeiterwerbstätigkeit führt auch zu einem um mehr als 10 %-Punkte höheren mittleren Wohlstand als bei Bezug von Arbeitslosengeld.

Gruppenspezifischer mittlerer Wohlstand (pro Monat) nach Erwerbsstatus

Merkmal	2008	
	Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt
	EUR	%
Erwerbsstatus		
Erwerbstätige	1.410	100
davon Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige)	1.818	129
davon abhängig Erwerbstätige	1.481	105
davon Beamte	1.931	137
davon Angestellte	1.604	114
davon Arbeiter/innen	1.248	89
davon Grundwehr- und Zivildienstleistende	996	71
Erwerbslose	695	49
Nichterwerbspersonen	1.165	83
davon Rentner/innen	1.164	83
davon Pensionär/-innen	1.855	132
davon Personen im Alter von unter 25 Jahren	614	44
davon sonstige Nichterwerbspersonen	1.014	72
Nach Erwerbsumfang, Transferbezug des Haupteinkommensbeziehers		
mit Wohngeld-Bezug	795	56
mit ALG-I Bezug	890	63
mit ALG-II Bezug	652	46
Vollzeit	1.556	110
Teilzeit	1.061	75
keine Erwerbstätigkeit	1.119	79

Quelle: Daten IT.NRW

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Gruppen

Wohlstand hängt weitgehend mit beruflichem Abschluss zusammen

- Bei einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt lag der mittlere Wohlstand 2008 bei 150 %, bei einer Lehrausbildung oder beruflicher Fachschule bei rund 95 %, bei Anlernberufen aber nur bei knapp über 70 % – und damit schon relativ nahe an der Armutsriskoschwelle (60 % vom mittleren Einkommen).
- Bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit einem Migrationshintergrund liegt der mittlere Wohlstand jeweils rund 20 %-Punkte unter den entsprechenden Niveaus von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund. Der mittlere Wohlstand von Personen mit Migrationshintergrund bzw. ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt um mehr als 20 %-Punkte über der Armutsriskoschwelle.
- Auch bei den Jüngeren (bis unter 25 Jahre) sowie Älteren (65 Jahre und älter, jeweils Alter des Haupteinkommensbeziehers) ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund lag der mittlere Wohlstand deutlich über der Armutsriskoschwelle. Auf einen Ein-Personenhaushalt bezogen konnten diese Haushalte im Mittel pro Monat über rund 300 Euro weniger Einkommen verfügen als Haushalte mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund.

Gruppenspezifischer mittlerer Wohlstand (2008, pro Monat) u.a. nach Qualifikation

Merkmal	2008	
	Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt
	EUR	%
Qualifikationsgruppe der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)		
noch in beruflicher Ausbildung/Studierende	679	48
kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung	1.026	73
Anlernberuf, Praktikum	1.141	81
Lehrausbildung, Ber.-fachschul-Abschluss	1.345	95
Meister, Techniker, Fachschule	1.580	112
(Fach-) Hochschule	2.115	150
ohne Angabe	1.265	90
Staatsangehörigkeit		
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	1.139	81
mit deutscher Staatsangehörigkeit	1.438	102
Migrationshintergrund		
mit Migrationshintergrund	1.176	83
bis unter 25	1.096	78
25 bis unter 65	1.256	89
65 und älter	1.050	74
ohne Migrationshintergrund	1.469	104
bis unter 25	1.369	97
25 bis unter 65	1.604	114
65 und älter	1.264	90

Quelle: Daten IT.NRW

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Gruppen

Wohlstand, Haushaltstyp und Alter: Haushaltstyp entscheidender als Lebensalter

Gemessen am mittleren Wohlstandsniveau von Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kind lag der mittlere Wohlstand von Personen in Haushalten mit Kindern bei (Spanne beruht auf dem Vergleich der drei Altersgruppen bis unter 65 Jahre, da es in der Altersgruppe 65 Jahre und älter wenige typische Familienhaushalte gibt)

- Alleinerziehenden rund 45 %- bis 65 %-Punkte niedriger,
- zwei Erwachsenen und
 - einem Kind rund 9 %- bis 30 %-Punkte niedriger,
 - zwei Kindern um 18 %- bis 43 %-Punkte niedriger,
 - drei oder mehr Kindern rund 32 %- bis 50 %-Punkte niedriger.
- So erreichten z.B. Familien mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern selbst in der Altersphase 45 bis unter 65 Jahre kaum mehr als den Wohlstand Kinderloser unter 25 Jahren.
- Am höchsten war der Wohlstandsrückstand von Familien jeweils in der Altersgruppe der 25- bis unter 45-Jährigen (Ausfall eines zweiten (vollen) Erwerbseinkommens).

Mittlerer Wohlstand (2008, pro Monat) differenziert nach Alter und Haushaltstyp

Merkmal	2008		
	Nettoäquivalenzeinkommen	in % von insgesamt	
	EUR	%	
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	1.597	113	
	1.417	100	
	1.826	130	
	1.708	121	
	1.285	91	
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	931	66	
	775	55	
	914	65	
	1.069	76	
	1.028	73	
Zwei Erwachsene mit 1 Kind	1.472	104	
	994	70	
	1.476	105	
	1.528	108	
	1.331	94	
Zwei Erwachsene mit 2 Kindern	1.338	95	
	814	58	
	1.308	93	
	1.465	104	
	1.104	78	
Zwei Erwachsene und drei oder mehrere Kinder	1.145	81	
	896	64	
	1.124	80	
	1.238	88	
	-	-	

Quelle: Daten IT.NRW

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Regierungsbezirke

Regionale Wohlstandsverteilung: Zwischen Regierungsbezirken real wenig Unterschiede – weitaus weniger als die bisherigen Nominalwerte andeuteten

- Maßgeblich sind bei Wohlstandsvergleichen die realen Unterschiede, d.h. jene nach Berücksichtigung regionaler Preisniveaunterschiede (insbesondere bei den Wohnkosten): So lagen von den 10 teuersten Regionen in Deutschland 5 in Oberbayern (München Stadt- und Landkreis, Starnberg, Fürstenfeldbruck, Ebersberg). Dabei war das Preisniveau z.B. in München-Stadt rd. 35 % höher als in der Region Hof (vgl. BBSR-Preisindex 2009).
- Nominal – also noch ohne Berücksichtigung regional unterschiedlicher Preisniveaus, wonach die meisten Vergleiche erfolgen – klafft in Bayern bei den mittleren Nettoäquivalenzeinkommen ein Unterschied von rund 18 %-Punkten in Relation zum bayerischen Mittelwert (Oberfranken 91,9 %, Oberbayern 110,1 %; Bayern = 100 %).
- Real jedoch unterscheidet sich der mittlere materielle Wohlstand (mittleres Nettoäquivalenzeinkommen) zwischen den Regierungsbezirken weitaus weniger. Mit 102,6 % hatte 2008 Niederbayern (Bayern gesamt = 100 %) den höchsten mittleren Wohlstand, Oberfranken mit 99 % aber kaum weniger und Oberbayern z.B. auch „nur“ 100,9 %. Die Spanne der Unterschiede verkürzt sich von nominal 18 %-Punkten auf real 3,6 %-Punkte oder – bezogen auf einen Ein-Personen-Haushalt – 53 Euro pro Monat.
- Unter Berücksichtigung der regionalen Preisniveaus verändern sich damit die Wohlstandsrelationen real grundlegend: So nehmen die Spitzenreiter beim nominalen Wohlstand (Oberbayern und Schwaben) nach Berücksichtigung der regionalen Preisniveaus nur noch mittlere Positionen ein und unterscheiden sich nur wenig von Unterfranken, Mittelfranken und der Oberpfalz.
- Während unter Berücksichtigung der regionalen Preisindizes die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken weitgehend „eingeebnet“ werden, bleiben erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Städten und Landkreisen (vgl. übernächste Abbildung).

Mittlerer Wohlstand nach Regierungsbezirken 2008 (pro Monat, Mikrozensus)

BBSR-Preisindex*	BBSR-Preisindex*)	Nettoäquivalenzeinkommen					
		nominal		real (um unterschiedliche Preisniveaus bereinigt**)		Unterschied nominal/real	
		EUR	%	EUR	%**)	EUR	%-Punkte
Oberbayern	109,1	1.552	110,1	1.422	100,9	-130	-9,2
Niederbayern	93,0	1.345	95,4	1.447	102,6	102	7,2
Oberpfalz	94,2	1.328	94,2	1.410	100,0	82	5,8
Oberfranken	92,8	1.296	91,9	1.396	99,0	100	7,1
Mittelfranken	97,6	1.381	97,9	1.415	100,3	34	2,4
Unterfranken	94,6	1.336	94,8	1.412	100,1	76	5,4
Schwaben	96,7	1.364	96,7	1.410	100,0	46	3,3
Bayern	100,0	1.410	100,0	1.410	100	0	---

*) Errechnet aus den BBSR-Preisindizes zu jeder Region durch Gewichtung mit der Zahl der in der jeweiligen Region lebenden Menschen.

**) Nominalen Einkommen anhand des BBSR-Preisindex bei unterdurchschnittlichem Preisniveau in der Region entsprechend angehoben bzw. bei überdurchschnittlichem Preisniveau abgesenkt.

Quelle: Berechnungen anhand des BBSR-Preisindex 2009 und Daten des Mikrozensus 2008

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Städte und Landkreise

Ein Anhaltspunkt zum Wohlstand in Städten und Landkreisen: Das real verfügbare Einkommen je Einwohner

- Mit dem Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum durchschnittlich verfügbaren nominalen (d.h. noch nicht um verschiedene Preisniveaus bereinigten) Einkommen je Einwohner sowie den BBSR-Preisindizes je Region können die durchschnittlichen realen Wohlstandsniveaus in den Landkreisen und kreisfreien Städten zumindest in etwa verglichen werden, da regionale Preisunterschiede einbezogen werden. Allerdings sind die verfügbaren Einkommen je Einwohner aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf dieser tiefen regionalen Gliederung mit statistischen Unsicherheiten behaftet, die nur grobe Anhaltspunkte zulassen. Deshalb wird nachfolgend auch darauf verzichtet, aus diesen Daten Vergleiche für Regierungsbezirke hochzurechnen, da hierzu die repräsentativeren Daten unmittelbar aus dem Mikrozensus vorliegen (siehe vorherige Tabelle).
- In Bayern hatte der durchschnittliche Einwohner im Landkreis Starnberg mit rund 128 % (Bayern = 100 %) real verfügbarem Einkommen das höchste durchschnittliche Wohlstandsniveau, den vermutlich niedrigsten hatten mit 86,8 % die Einwohner der Stadt Augsburg.
- Weitere „Spitzenreiter“ bei den realen verfügbaren Einkommen waren u.a. der Landkreis München, Coburg, Kronach, Erlangen und Nürnberg-Land, Kitzingen und Memmingen.
- Zu den Regionen mit dem vermutlich geringsten durchschnittlichen verfügbaren Realeinkommen je Einwohner in Bayern gehören – nach Augsburg – insbesondere Ingolstadt, Nürnberg-Stadt, Freyung-Grafenau, Cham und Regensburg-Stadt.

Nominales/reales verfügbares Einkommen je Einwohner 2007, Städte und Landkreise (Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, kein Äquivalenzeinkommen)

	BBSR-Preisindex	verfügbares Einkommen je Einwohner				
		nominal	real (um unterschiedliche Preisniveaus bereinigt*)		Unterschied nominal/real	
		%	EUR	%*)	EUR	%-Punkte
Oberbayern						
Altötting	103,6	108,7	20.663		-736	-9,1
Bad Tölz-Wolfratshausen	88,3	94,6	21.090	101,7	2.468	7,1
Berchtesgadener Land	101,5	111,5	21.621	104,3	-324	-7,2
Dachau	93,5	93,5	19.680	94,9	1.279	1,4
Ebersberg	103,5	106,0	20.161	97,2	-706	-8,8
Eichstätt	104,0	112,2	21.238	102,4	-850	-9,8
Erding	91,6	91,9	19.740	95,2	1.658	3,3
Freising	99,4	98,7	19.548	94,3	117	-4,4
Fürstenfeldbruck	101,8	98,9	19.124	92,2	-344	-6,7
Garmisch-Partenkirchen	104,7	109,2	20.524	99,0	-965	-10,2
Ingolstadt	99,1	102,4	20.344	98,1	183	-4,3
Landsberg am Lech	97,5	92,7	18.706	90,2	468	-2,4
Miesbach	97,3	99,0	20.034	96,6	541	-2,4
Mühldorf am Inn	101,1	115,4	22.468	108,4	-247	-7,1
München	89,9	96,6	21.143	102,0	2.135	5,4
München, Landkreis	114,4	114,8	19.759	95,3	-2.845	-19,6
Neuburg-Schrobenhausen	109,6	125,6	22.562	108,8	-2.166	-16,8
Pfaffenhofen an der Ilm	89,8	93,1	20.402	98,4	2.081	5,3

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Städte und Landkreise

Rosenheim Landkreis / Stadt	94,8	104,8	21.767	105,0	1.132	0,1
Starnberg	108,4	146,2	26.537	128,0	-2.229	-18,2
Traunstein	92,6	97,8	20.780	100,2	1.538	2,5
Weilheim-Schongau	96,4	101,2	20.665	99,7	744	-1,6
Niederbayern	88,3	91,1	20.304		2.366	6,8
Deggendorf	87,7	87,2	19.574	94,4	2.408	7,2
Dingolfing-Landau	88,0	93,7	20.967	101,1	2.516	7,4
Freyung-Grafenau	84,7	82,3	19.118	92,2	2.925	9,9
Kelheim	88,8	94,2	20.887	100,7	2.339	6,5
Landshut Landkreis / Stadt	92,6	96,9	20.598	99,3	1.524	2,4
Passau Landkreis und Stadt	88,3	89,9	20.040	96,7	2.345	6,7
Regen	84,0	83,6	19.593	94,5	3.135	10,9
Rottal-Inn	86,8	92,1	20.889	100,7	2.757	8,6
Straubing-Bogen/Straubing	88,0	92,1	20.602	99,4	2.472	7,2
Oberpfalz	89,5	90,4	19.908		2.108	5,6
Amberg-Sulzbach/Amberg	87,0	86,8	19.642	94,7	2.553	7,9
Cham	86,1	85,3	19.498	94,0	2.710	8,7
Neumarkt in der Oberpfalz	90,8	94,0	20.384	98,3	1.875	4,3
Neustadt a. d. Waldnaab/Weiden	86,2	90,3	20.615	99,4	2.845	9,1
Regensburg-Stadt	100,9	96,6	18.834	90,8	-170	-5,7
Regensburg	91,7	94,7	20.326	98,0	1.687	3,3
Schwandorf	86,9	87,3	19.777	95,4	2.591	8,1
Tirschenreuth	83,4	85,3	20.140	97,1	3.343	11,8
Oberfranken	88,2	95,2	21.279		2.532	7,4
Bamberg Landkreis / Stadt	90,7	92,2	19.997	96,4	1.860	4,3
Bayreuth Landkreis / Stadt	90,4	92,5	20.128	97,1	1.932	4,6
Coburg Landkreis und Stadt	88,3	102,7	22.890	110,4	2.678	7,7
Forchheim	89,0	96,5	21.331	102,9	2.346	6,4
Hof Landkreis / Stadt	84,8	95,1	22.083	106,5	3.357	11,4
Kronach	86,9	104,6	23.700	114,3	3.105	9,7
Kulmbach	87,1	95,4	21.567	104,0	2.782	8,6
Lichtenfels	86,4	92,0	20.957	101,1	2.850	9,1
Wunsiedel im Fichtelgebirge	84,9	90,2	20.919	100,9	3.159	10,7
Mittelfranken	92,7	99,0	21.029		1.542	2,4
Ansbach Landkreis und Stadt	88,0	90,6	20.265	97,7	2.432	7,1
Erlangen	97,9	99,0	19.894	95,9	418	-3,0
Erlangen-Höchstadt	92,8	113,2	23.998	115,7	1.728	2,6
Fürth	94,7	112,5	23.381	112,8	1.239	0,3
Fürth, Landkreis	92,0	103,5	22.150	106,8	1.772	3,3
Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	88,2	90,6	20.217	97,5	2.386	6,9
Nürnberg	95,9	94,5	19.386	93,5	795	-1,0
Nürnberger Land	92,0	109,4	23.404	112,9	1.872	3,5
Roth/Schwabach	91,7	99,1	21.264	102,6	1.765	3,5
Weißenburg-Gunzenhausen	87,1	91,9	20.757	100,1	2.678	8,3

2. Wohlstand

2.3 Mittlerer Wohlstand, Städte und Landkreise

Unterfranken	89,9	94,7	20.724	-	2.090	5,3
Aschaffenburg Landkreis /Stadt	92,9	101,9	21.583	104,1	1.532	2,2
Bad Kissingen	86,4	90,8	20.690	99,8	2.814	9,0
Haßberge	87,4	87,2	19.631	94,7	2.473	7,5
Kitzingen	87,8	102,2	22.908	110,5	2.795	8,3
Main-Spessart	88,8	92,2	20.443	98,6	2.290	6,4
Miltenberg	89,2	95,7	21.125	101,9	2.281	6,1
Rhön-Grabfeld	88,2	87,7	19.570	94,4	2.309	6,7
Schweinfurt Landkreis / Stadt	87,9	89,3	19.996	96,4	2.420	7,1
Würzburg	94,4	98,1	20.463	98,7	1.146	0,5
Würzburg, Landkreis	90,8	93,7	20.307	97,9	1.868	4,3
Schwaben	91,9	98,3	21.092	-	1.740	3,4
Aichach-Friedberg	92,0	104,0	22.249	107,3	1.780	3,3
Augsburg	94,9	86,7	17.989	86,8	917	0,0
Augsburg, Landkreis	91,9	101,3	21.685	104,6	1.756	3,3
Dillingen an der Donau	90,5	101,2	22.000	106,1	2.090	4,9
Donau-Ries	89,8	102,7	22.515	108,6	2.297	5,9
Günzburg	89,3	96,6	21.298	102,7	2.279	6,1
Lindau (Bodensee)	95,0	100,2	20.757	100,1	1.038	-0,1
Neu-Ulm	93,7	99,6	20.916	100,9	1.318	1,3
Oberallgäu/Kempten	91,9	98,9	21.186	102,2	1.716	3,3
Ostallgäu/Kaufbeuren	90,6	95,7	20.800	100,3	1.955	4,6
Unterallgäu/Memmingen	89,2	103,8	22.898	110,4	2.473	6,7
Bayern	95,0	100,0	20.734	100,0	1.053	0,0

*) Reales verfügbares Einkommen: Nominaleinkommen, anhand des BBSR-Preisindex bei unterdurchschnittlichem Preisniveau in der Region entsprechend angehoben bzw. bei überdurchschnittlichem Preisniveau abgesenkt, Bayern insgesamt mit Preisindex 1995 entsprechend der Basierung in der BBSR-Preisindexberechnung.

Quelle: Berechnungen nach BBSR (2009) – Preisindex und Einkommensdaten der VGR 2007

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Bayern gesamt

2.4 Armutsrisko: In Bayern mit am geringsten im Vergleich mit anderen Bundesländern

- Armutsrisko: Personen mit Einkommen von weniger als 60 % des mittleren – medianen – Nettoäquivalenzeinkommens (vgl. Kap. 2.1) werden als armutsgefährdet bezeichnet.
- Weitgehend methodisch ohne Verzerrungen vergleichbar sind die Armutsriskoquoten zwischen Bayern und den alten Bundesländern insgesamt, da das Preis- und damit Kaufkraftniveau zwischen Bayern und den alten Bundesländern nur relativ wenig abweicht.
- Die bayerische Armutsriskoschwelle lag 2008 beispielsweise bei Einpersonenhaushalten bei 846 Euro pro Monat und damit rund 30 Euro über jener der alten Bundesländer, d.h. um diese Summe waren im Mittel armutsgefährdete Personen in Bayern auch real besser gestellt.
- Bayern und die alten Bundesländer können auch zumindest hinsichtlich des Unterschiedes des Armutsriskos auf Basis der bundesweiten Armutsriskoschwelle (= 60 % des Bundesmedians) verglichen werden, denn diese ist für Bayern wie die alten Bundesländer in etwa gleichermaßen zutreffend: Die Armutsriskoquote 2008 lag in Bayern rund 2,3 %-Punkte unter jener der alten Bundesländer (Bayern 10,8 %, früheres Bundesgebiet 13,1 %; Vergleich mit neuen Ländern problematisch, vgl. oben).
- Geringfügig niedriger war die Armutsriskoquote nur in Baden-Württemberg mit 10,2 %. Deutlich höhere Quoten mit über 14 % hatten z.B. Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen bis zum negativen „Spitzenwert“ von 22,2 % in Bremen unter den alten Bundesländern (neue Bundesländer: zwischen 16,8 % und 24,0 %, wenn das mittlere bundesweite Einkommen und die daraus abgeleitete Armutsriskoschwelle zugrunde gelegt wird, wobei die Kaufkraft des Einkommens tendenziell in den neuen Ländern höher ist).
- Auf Basis der bayerischen Armutsriskoschwelle betrug die Armutsriskoquote 13,6 % in 2008. Die Unterschiede im unteren bis mittleren Einkommensbereich sind damit innerhalb von Bayern etwas kleiner als in den Ländern des früheren Bundesgebietes mit einer Armutsriskoquote von 14,5 %.
- Die Armutsriskoquote z.B. in den neuen Bundesländern liegt bei 13,8 %, wobei dort die Armutsriskoschwelle mit 702 Euro für einen Einpersonenhaushalt nominal (nicht um unterschiedliche Preisniveaus korrigiert) rund 17 % niedriger ist.

Armutsriskoschwellen und Armutsriskoquoten 2008 (neue OECD-Skala), Bayern / Bund 2008

Regionaleinheit	Armutsriskoquoten*)		Armutsriskoschwellen**) für Einpersonenhaushalte	
	auf Basis des Bundesmedians	auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit		
	%		EUR	% von D gesamt
Bayern	10,8	13,6	846	107
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,1	14,5	814	103
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	19,5	13,8	702	89
Bundesrepublik Deutschland	14,4	14,4	787	100

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

**) 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung, nicht um unterschiedliche Preisniveaus in den Regionen bereinigt; Ergebnisse des Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Bayern gesamt

Armutsriskoquoten: Insgesamt kaum Veränderung von 2003 bis 2008

- Im Gesamtzeitraum von 2003 bis 2008 hat sich die Armutsriskoquote in Bayern kaum verändert: 2003 betrug sie 13,5 %, in 2008 waren es 13,6 % (bezogen auf den Landesmedian, d.h. das mittlere Einkommensniveau in Bayern). Der Wirtschaftsaufschwung insbesondere der Jahre 2006 bis 2008 hat sich auf die Armutsriskoquote nicht erkennbar ausgewirkt.
- Entsprechend der realen (preisbereinigten) Stagnation der mittleren Nettoeinkommen ist auch die Armutsriskoschwelle nahezu konstant geblieben: So stieg die Armutsriskoschwelle preisbereinigt von 839 Euro in 2003 nur um 7 Euro auf 846 Euro in 2008 (jeweils pro Monat).
- Wie die Armutsriskoquote stagnierte auch die Zahl der armutsgefährdeten Personen in Bayern nahezu: Waren im Jahr 2003 rund 1,60 Millionen Menschen betroffen, so waren es im Jahr 2008 rund 1,63 Millionen Menschen.
- Die Armutsriskolücke** beschreibt, wie weit das Einkommen der mittlerenarmutsgefährdeten Person unter der Armutsriskoschwelle liegt. Die Armutsriskoschwelle wurde im Mittel in 2003 um 19,9 % unterschritten, im Jahre 2008 um 19,0 %, die Intensität des Armutsriskos hat sich allenfalls marginal verringert.
- Werden die Armutsriskoquoten zum Vergleich nach der „alten“ OECD-Skala berechnet, die möglicherweise etwas besser den Verbrauchsstrukturen im Niedrigeinkommensbereich entsprechen (vgl. Kap. 2.1), so ergeben sich hier nur geringfügig abweichende Ergebnisse (vgl. zu den Ergebnissen auf Basis der „alten“ OECD-Skala die Tabelle auf der nächsten Seite):
 - die Armutsriskoquoten lagen dann 2003 und 2008 bei 14,0 %,
 - die Zahl der Armutsgefährdeten bei 1,66 bis 1,67 Mio.,
 - die Armutsriskolücke sank von 19,1 auf 18,2 % und
 - die Armutsriskoschwelle stieg real in 5 Jahren nur um 1 Euro.

Armutsriskoquoten und Armutsriskoschwellen Bayern 2008 (neue OECD-Skala)

	auf Basis des Bundesmedians	auf Basis des Landesmedians Bayern			
		Armutsriskoquoten*)	armutsgefährdete Personen	Armutsriskoschwellen**) für Einpersonenhaushalte	Armutsriskolücke**)
	%	1000	EUR		%
2008	10,8	13,6	1.628	846	19,0
2007	11,0	13,6	1.619	839	19,1
2006	10,9	13,5	1.609	836	---
2005	11,4	14,0	1.667	842	---
2003	---	13,5	1.605	839	19,9

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Ergebnisse des Mikrozensus
Quelle: eigene Berechnungen und IT.NRW

**) Prozentualer Abstand des Medianeneinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung zur Armutsriskoschwelle

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Gruppen

Gruppenspezifische Armutsriskoquoten 2003 bis 2008 und Analysen nach neuer und alter OECD-Skala: Graduelle Verschiebungen, gleiche Reihenfolge

- Ob Armutsriskoquoten für die Gesamtbevölkerung nach der neuen oder alten OECD-Skala berechnet werden (vgl. Kap. 2.1), ist hier nahezu bedeutungslos: Würde statt der neuen OECD-Skala – die bei folgenden Auswertungen verwendet wurde – eine Gesamtarmutsriskoquote nach der alten OECD-Skala berechnet, so würde dies das Ergebnis nur um 0,4 %-Punkte verändern, was für die sozialpolitischen Schlussfolgerungen marginal ist.
- Auffällige Unterschiede ergeben sich bei zwei Gruppen: Würde man die alte OECD-Skala zu Grunde legen, so würde sich die hohe Armutsriskoquote für junge Menschen bis unter 25 Jahre nochmals deutlich erhöhen und jene für die über 65-Jährigen vermindern, aber gleichwohl auch bei diesen überdurchschnittlich hoch bleiben. Dies spricht dafür, tendenziell der Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut einen noch höheren Stellenwert beizumessen, als er sich schon auf Basis der Analysen anhand der neuen OECD-Skala ergibt.
- Für Einpersonenhaushalte wird bei Berechnungen anhand der alten OECD-Skala eine geringere – gleichwohl überdurchschnittliche – Armutsriskoquote ermittelt, für Haushaltsumformen mit Kindern eine deutlich höhere. Dies bestätigt die obige Aussage und nachfolgende Analysen, dass insbesondere die Bekämpfung der Kinder-, Jugend- und Altersarmut hohe Priorität haben muss.

Armutsriskoquoten* nach neuer und alter OECD-Skala im Vergleich, Bayern

Merkmal	Bayern, Armutsriskoschwelle: 846 Euro			
	neue OECD-Skala	alte OECD-Skala	neue OECD-Skala	alte OECD-Skala
	2003		2008	
Insgesamt	13,5	14,0	13,6	14,0
Alter				
unter 18	17,2	22,1	15,9	21,4
18 bis unter 25	15,4	15,3	17,8	17,5
25 bis unter 45	11,3	12,8	11,0	12,5
45 bis unter 65	9,8	8,9	10,1	9,5
65 und älter	18,1	14,2	18,6	14,5
Geschlecht				
männlich	12,4	13,3	12,4	13,2
weiblich	14,6	14,7	14,8	14,8
Haushaltstyp				
Einpersonenhaushalte	21,4	15,1	23,2	16,1
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	8,9	8,1	9,1	8,6
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	41,4	43,7	39,6	42,4
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	12,9	17,5	11,3	16,3
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	12,2	16,1	13,0	17,6

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Ergebnisse des Mikrozensus
Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

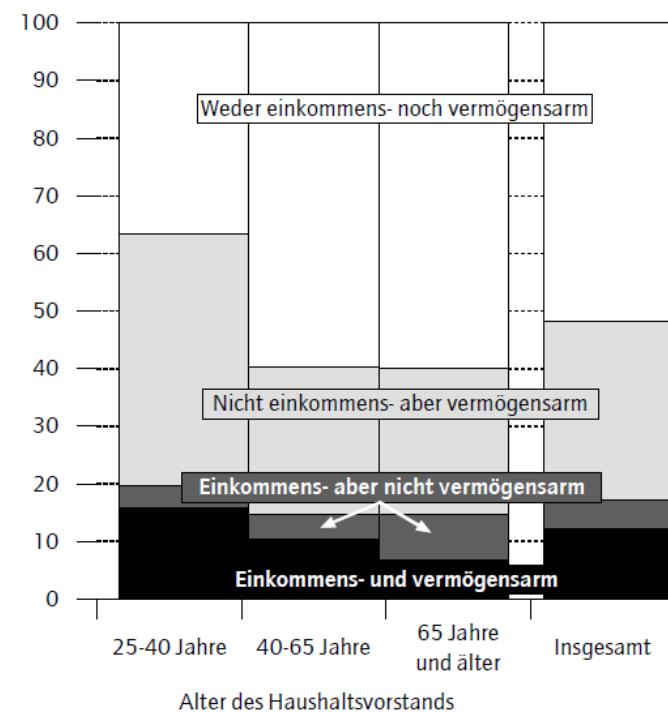
2.4 Armutsrisko, Einkommen – Vermögen – Wohnkosten

Vermögen und Armutsrisko: „Eigentümermiete“ verändert Armutsrisko kaum, bundesweit ist aber rund die Hälfte der einkommensarmen Älteren nicht ausgesprochen „vermögensarm“

- Eine verbreitete Vermutung ist, dass bei Älteren (über 65-Jährige) das Einkommensarmutsrisiko (2008: 18,6 %) weit überschätzt wird, weil viele auch Einkommensschwäche in einer eigenen Immobilie preisgünstig wohnen könnten, d.h. wegen einer „Eigentümermiete“ mehr Einkommen frei verfügbar hätten, als die Daten zeigen. Wird diese Ersparnis eingerechnet, so bestätigt sich die These aber nicht: Der zweite Sozialbericht der Staatsregierung belegt, (vgl. S. 132, berechnet mit den Daten der EVS), dass die Armutsriskquo durch Berücksichtigung der Eigentümermiete insgesamt steigt (von 10,9 % auf 11,9 %) und bei den Älteren nur von 16,2 % auf 15,0 % zurückgeht.
- Zwar war bundesweit fast die Hälfte der armutgefährdeten Älteren nicht „vermögensarm“, allerdings lag 2007 das mittlere Nettovermögen bei rund 15.000 Euro und damit die Vermögensarmutsschwelle (60 % vom mittleren Nettovermögen) nur bei 9.000 Euro. Bei einer derartigen Vermögensarmutsschwelle bedeutet die Aussage, „nicht vermögensarm“ zu sein, noch keineswegs über größere Vermögen verfügen zu können.

Relative Einkommensarmut¹ und relative Vermögensarmut² 2007

In Prozent der Bevölkerung³



¹ Armutsschwelle bei 60 Prozent des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der Gesamtbevölkerung unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

² Relative Vermögensarmut auf Basis von weniger als 60 Prozent des Median der pro Kopf gewichteten Nettohaushaltsvermögen der Gesamtbevölkerung.

³ Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quelle: Joachim R. Frick, Markus M. Grabka 2009: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: Wochbericht des DIW Berlin Nr. 4/2009 (S. 54 - 67), S. 65

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Gruppen, 2003 und 2008

Armutsriskoquoten 2003 und 2008: Gesunken bei Jungen, gestiegen bei Älteren

- Während die Armutsriskoquote insgesamt stagnierte (minimaler Anstieg von 13,5 % auf 13,6 %; neue OECD-Skala), was für 2008 eine Gesamtzahl von rund 1,63 Mio. armutsgefährdeter Personen bedeutet, veränderten sich die gruppenspezifischen Quoten: So
 - sank sie bei den unter 18-Jährigen um 1,3 %-Punkte (rund 56 Tausend weniger),
 - stieg sie bei den 18- bis 25-Jährigen im Übergang zum Beruf markant um 2,4 %-Punkte (plus rund 30 Tausend)
 - nahm sie bei den über 65-Jährigen etwas zu (+0,5 % Punkte, plus rund 53. Tausend)
- Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen – vorrangig bedingt durch Alleinerzieherschaft, Alterssicherung sowie Scheidung und Trennung in Verbindung mit eigener Kindererziehung (in den meisten Fällen nicht durch das persönliche Erwerbseinkommen, denn bei der Armutsriskobemessung wird das Haushaltseinkommen und nicht das Einkommen einzelner Haushaltmitglieder zugrundegelegt) – blieben nahezu unverändert.
- Zwar haben hinsichtlich des Familientyps die alleinerziehenden Haushalte mit 40 % die weitaus höchste Armutgefährdung, gleichwohl ist dieser Personenkreis mit rund 160 Tausend Personen nicht halb so groß wie die Zahl der armutsgefährdeten Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kind(ern) (Quote: 11,3 %, rund 375 Tausend Personen), d.h. deren Bedeutung ist für eine Politik gegen Armut weitaus größer.
- Einpersonenhaushalte haben – insbesondere aufgrund der Armutgefährdung Älterer – eine Armutsriskoquote von über 20 %, mehr als 400 Tausend Ältere in Bayern sind armutsgefährdet, allerdings auch rund 800 Tausend zwischen 25 und 65 Jahren.

Armutsriskoquoten und Anzahl armutsgefährdeter Personen, Bayern, neue OECD-Skala, 2003 und 2008 auf Basis des Mikrozensus

Merkmal	2003		2008		Veränderung 2003 -> 2008	
	Armutsrisko- quote	armuts- gefährdete Personen	Armutsrisko- quote	armuts- gefährdete Personen	Armutsrisko- quote	armuts- gefährdete Personen
	%	1.000	%	1.000	% Punkte	1.000
Insgesamt	13,5	1.605	13,6	1.628	0,1	22,9
Alter						
unter 18	17,2	391	15,9	335	-1,3	-55,9
18 bis unter 25	15,4	143	17,8	173	2,4	30,6
25 bis unter 45	11,3	398	11,0	375	-0,3	-22,3
45 bis unter 65	9,8	304	10,1	322	0,3	17,7
65 und älter	18,1	370	18,6	423	0,5	52,8
Geschlecht						
männlich	12,4	715	12,4	724	0,0	9,6
weiblich	14,6	891	14,8	904	0,2	13,3
Haushaltstyp						
Einpersonenhaushalte	21,4	401	23,2	503	1,8	102,7
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	8,9	437	9,1	456	0,2	19,9
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	41,4	169	39,6	163	-1,8	-6,3
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	12,9	464	11,3	375	-1,6	-89,1
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	12,2	135	13,0	131	0,8	-4,3

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Gruppen, 2003 und 2008

Gruppenspezifische Armutsriskolücken 2003 bis 2008: Insgesamt unveränderte Intensität der Armut, aber gruppenspezifische Unterschiede

- Die Armutsriskolücke quantifiziert in Prozent, um wie viel das mittlere Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung unter der Armutsriskoschwelle (= 60 % vom mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung) liegt. Bezogen auf einen Einpersonenhaushalt bedeutet eine Armutsriskolücke von 25 % (vergleiche Abbildung unten), dass diese Haushalte – deren Armutsriskoschwelle bei 846 Euro 2008 lag – ein mittleres Einkommen von nur rund 635 Euro hatten, ihre Einkommen also erheblich unter der Armutsriskoschwelle lagen.
- Insgesamt hat sich die Armutsriskolücke im Zeitraum von 2003 bis 2008 geringfügig im Bereich weniger Euro pro Monat verringert (Rückgang von 19,9 auf 19,0 %).
- Ein etwas ausgeprägterer Rückgang der Armutsriskolücke ergab sich bei den unter 18-Jährigen, 25- bis 45-Jährigen und 65-Jährigen und älteren, bei Frauen, besonders bei Alleinerziehenden sowie bei Familien.
- Dabei bedeutet z.B. bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern (unter 14 Jahren) ein Rückgang der Armutsriskolücke von 17,1 % in 2003 auf 14,7 % in 2008, dass einem armutsgefährdeten Haushalt in 2008 bei einer Armutsriskoschwelle von 1.776 Euro rund 1.515 Euro mittleres Nettoäquivalenzeinkommen zur Verfügung standen, was im Monat 42 Euro mehr entspricht (nominal, noch keine Preiststeigerungen berücksichtigt).

Armutsriskolücke* (neue OECD-Skala) nach soziodemografischen Merkmalen in %*) 2003 und 2008, Bayern

Merkmal	2003	2008
Insgesamt	19,9	19,0
Alter		
unter 18	18,6	16,4
18 bis unter 25	24,7	25,3
25 bis unter 45	20,2	18,9
45 bis unter 65	18,9	20,1
65 und älter	20,6	18,2
Geschlecht		
männlich	19,5	19,2
weiblich	20,2	18,9
Haushaltstyp		
Einpersonenhaushalte	26,8	25,1
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	18,2	17,8
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	22,3	18,8
Zwei Erwachsene und ein oder mehrere Kinder	17,1	14,7
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	17,4	17,7

) Prozentualer Abstand des Medianeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung zur Armutsgefährdungsschwelle); Ergebnisse des Mikrozensus
Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Gruppen, 2008

Armutsriskoquoten 2008 nach Alter und Geschlecht (neue OECD-Skala)

- In Bayern lebten 2008 von den unter 18-Jährigen rund 335.000 Personen unter der Armutsriskoschwelle, bei den über 65-Jährigen waren es rund 423.000.
- Ein erhöhtes Armutsrisko trifft insbesondere Personen unter 25 Jahren sowie über 65 Jahren. Deren Armutsriskoquoten liegen rund 5 %-Punkte und mehr über jenen der 25- bis unter 65-Jährigen.
- Frauen sind in den Altersgruppen der unter 25-Jährigen und ab 65-Jährigen rund 4 bis 5 %-Punkte – oder rund ein Viertel – mehr armutsgefährdet als Männer. In der Altersgruppe der 25- bis 65-Jährigen sind die Unterschiede relativ gering. Die Ursachen dafür liegen vorrangig im Bereich der Kindererziehung, d.h. wegen Alleinerzieherschaft, keiner kontinuierlichen Erwerbsbiografie oder Tätigkeit im Niedriglohnbereich im Zusammenwirken mit einer Scheidung / Trennung sowie im Alter bei Verlust des Hauptnährers und seines Einkommens.

Armutsriskoquoten*) 2008 (neue OECD-Skala), berechnet auf Basis des Landesmedian-Einkommens

Merkmal	2008	
	Armutsriskoquoten	armutsgefährdete Personen
	%	1000
Insgesamt	13,6	1.628
Alter		
unter 18	15,9	335
18 bis unter 25	17,8	173
25 bis unter 45	11,0	375
45 bis unter 65	10,1	322
65 und älter	18,6	423
Geschlecht		
männlich	12,4	724
weiblich	14,8	904
Alter und Geschlecht		
männlich		
18 bis unter 25	15,8	78
25 bis unter 45	10,0	172
45 bis unter 65	9,3	148
65 und älter	15,7	155
weiblich		
18 bis unter 25	19,9	96
25 bis unter 45	12,0	204
45 bis unter 65	10,9	174
65 und älter	20,8	269

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; nur Personen mit gültigen Einkommensangaben; Mikrozensus
Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Gruppen, 2007 und 2008

Armutsriskoquoten 2007 und 2008 nach Haushaltstyp¹¹ und dem Alter des Haupteinkommensbeziehers (neue OECD-Skala)

- Bei einer 2007 und 2008 gleichen Armutsriskoquote nahm die Zahl armutsgefährdeter Personen in Bayern in 2008 gegenüber 2007 geringfügig um rund 9.000 Personen zu. Diese Zunahme resultiert aus mehr armutsgefährdeten Personen insbesondere bei ältern Einpersonenhaushalten, Älteren in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und bei Haushalten mit 2 Erwachsenen und 3 und mehr Kindern.
- Besonders hohe Armutsriskoquoten weisen Einpersonenhaushalte, Alleinerziehende sowie 2 Erwachsene mit drei und mehr Kindern im Haushalt auf.
- Die absolut größte Zahl armutsgefährdeter Personen lebt in Einpersonenhaushalten (503 Tausend, überwiegend zwischen 25 und 65 Jahren), gefolgt von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (rund 456 Tausend überwiegend über 65-Jährige) sowie 2 Erwachsenen mit Kind(ern) (375 Tausend, überwiegend 25 bis 45 Jahre).
- Ein deutlich erhöhtes Armutsrisko weisen Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern unter 25 Jahren auf.
- Ein ab 25 bis 45 Jahre steigendes Armutsriskorisko haben Einpersonenhaushalte, während es bspw. bei Alleinerziehenden mit zunehmendem Alter auf weiterhin sehr hohem Niveau zurückgeht.

Armutsriskoquoten*) und Anzahl armutsgefährdeter Personen in Bayern 2007 und 2008, differenziert nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp

Merkmal	2007		2008		Veränderung 2007 -> 2008	
	Armutsriskoquoten	armutsgefährdete Personen ¹⁾	Armutsriskoquoten	armutsgefährdete Personen ¹⁾		
	%	1.000	%	1.000	%	1.000
Insgesamt	13,6	1619	13,6	1628	0,0	9,2
Haushaltstyp und Alter des Haupteinkommensbeziehers						
Einpersonenhaushalte	22,9	477	23,2	503	0,3	26
bis unter 25	50,7	87	51,0	88	0,3	1
25 bis unter 45	15,4	107	14,7	105	-0,7	-2
45 bis unter 65	20,9	102	21,8	114	0,9	13
65 und älter	24,8	182	25,9	196	1,1	14
männlich	19,7	186	19,9	195	0,2	9
unter 65	20,4	158	20,3	163	-0,1	5
65 und älter	16,4	28	17,9	32	1,5	4
weiblich	25,5	292	26,0	308	0,5	17
unter 65	23,7	138	23,7	145	0,0	7
65 und älter	27,4	154	28,4	164	1,0	10
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	8,9	445	9,1	456	0,2	12
bis unter 25	17,6	23	13,8	18	-3,8	-5
25 bis unter 45	3,7	37	4,3	43	0,6	6
45 bis unter 65	6,2	145	5,9	139	-0,3	-6
65 und älter	15,8	240	16,4	256	0,6	16

¹¹ Weitere Informationen zu Armutsquoten sind z.B. im ifb-Familienreport Bayern – Tabellenband 2009 enthalten (http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2009_5.pdf, S. 41 f.).

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Gruppen, 2007 und 2008

Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	41,4	175	39,6	163	-1,8	-12
bis unter 25	63,4	11	(59,0)	9	-4,4	-2
25 bis unter 45	42,4	141	41,8	129	-0,6	-11
45 bis unter 65	31,8	23	28,9	25	-2,9	2
65 und älter	—	1	—	—	—	—
Ein(e) Erwachsene(r) mit 1 Kind	34,2	74	32,9	73	-1,3	-1
bis unter 25	(61,5)	9	(65,0)	8	3,5	-1
25 bis unter 45	34,2	53	34,4	52	0,2	-1
45 bis unter 65	24,5	11	22,2	13	-2,3	2
65 und älter	—	1	—	—	—	—
Ein(e) Erwachsene(r) mit 2 Kindern	45,4	72	43,6	65	-1,8	-7
bis unter 25	—	2	—	1	—	-1
25 bis unter 45	46,1	61	44,9	55	-1,2	-6
45 bis unter 65	(38,1)	9	(39,4)	9	1,3	1
65 und älter	—	0	—	0	—	0
Zwei Erwachsene ²⁾ und 1 oder mehrere Kinder	11,7	393	11,3	375	-0,4	-19
bis unter 25	45,5	16	37,8	14	-7,7	-2
25 bis unter 45	12,1	301	11,6	281	-0,5	-20
45 bis unter 65	8,8	73	9,1	77	0,3	3
65 und älter	—	3	—	3	—	-1
Zwei Erwachsene ²⁾ mit 1 Kind	9,4	103	8,8	93	-0,6	-10
bis unter 25	37,2	10	(32,6)	9	-4,6	-2
25 bis unter 45	9,1	68	7,9	57	-1,2	-10
45 bis unter 65	7,1	22	8,3	25	1,2	3
65 und älter	—	3	—	2	—	-1
Zwei Erwachsene ²⁾ mit 2 Kindern	10,6	176	9,7	160	-0,9	-16
bis unter 25	(75,4)	6	(53,4)	5	-22,0	-1
25 bis unter 45	10,6	134	10,3	128	-0,3	-6
45 bis unter 65	9,3	36	6,9	27	-2,4	-9
65 und älter	—	0	—	1	—	0
Zwei Erwachsene ²⁾ und 3 oder mehrere Kinder	18,6	114	19,7	121	1,1	7
bis unter 25	—	0	—	1	—	1
25 bis unter 45	20,6	99	20,4	96	-0,2	-3
45 bis unter 65	11,4	15	17,0	24	5,6	9
65 und älter	-	-	-	-	—	—
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	12,2	128	13,0	131	0,8	3

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; nur Personen mit gültigen Einkommensangaben; *2) Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft; Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

- Während sich die Armutsriskoquote bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem oder zwei Kindern wenig unterscheiden, erhöht sich bei drei und mehr Kindern das Armutsrisko ganz erheblich.

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Gruppen, 2007 und 2008

Armutsriskoquoten 2007 und 2008 nach Familienstand, Erwerbsstatus und Erwerbsumfang

- Die höchsten Armutsriskoquoten betreffen Geschiedene sowie getrennt Lebende mit jeweils über 20 %. Die meisten der armutsgefährdeten Menschen sind jedoch (rund 0,78 Millionen) verheiratet beziehungsweise leben zusammen.
- Von den Erwerbstägigen haben Arbeiter zu rund 10 % (rund 160 Tausend) ein Einkommen unter der Armutsriskoschwelle, bei den Erwerbslosen liegt die Armutsriskoquote etwas über 50 % (2008, rund 142 Tausend Personen). Die zahlenmäßig weitau am meisten Armutsgefährdeten sind Rentner, Personen unter 25 Jahren sowie sonstige Nichterwerbspersonen, deren Zahlen jeweils zwischen 300 bis fast 400 Tausend betragen.
- Bezieher von Arbeitslosengeld II und Wohngeld gehören ganz überwiegend zu den Armutsggefährdeten, bei Arbeitslosengeld I liegt die Armutsriskoquote bei 45 %. Bereits mit einer Teilzeitbeschäftigung sinkt das Armutsrisko auf unter ein Drittel. Alle drei Gruppen zusammen (ALG I, ALG II und Wohngeld Bezug) bedeuten rund 300.000 armutsgefährdete Personen.

Gruppenspezifische Armutsriskoquoten 2007 und 2008 (Bayern, neue OECD-Skala)

Merkmal	2007		2008		Veränderung 2007 -> 2008	
	Armutsrisko-quoten	armuts-gefährde-te Personen	Armutsrisko-quoten	armuts-gefährde-te Personen		
	%	1.000	%	1.000	%	1.000
Familienstand des /der Haupteinkommensbeziehers/in						
ledig	16,9	363	17,4	392	0,5	29
verheiratet, zusammen lebend	10,2	794	10,1	775	-0,1	-19
geschieden	23,3	212	23,0	211	-0,3	-1
dauernd getrennt lebend	26,9	79	25,2	72	-1,7	-7
Erwerbsstatus						
Erwerbstägige	6,5	381	6,6	398	0,1	17
davon Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige)	8,2	57	9,8	70	1,6	13
davon abhängig Erwerbstägige	6,2	324	6,2	328	0,0	4
davon Beamte	—	1	—	2	—	1
davon Angestellte	4,6	141	4,9	164	0,3	24
davon Arbeiter/innen	10,3	180	9,8	160	-0,5	-20
davon Grundwehr- Zivildienstleist.	—	2	—	1	—	0
Erwerbslose	48,4	166	51,4	142	3,0	-24
Nichterwerbspersonen	18,9	1.072	19,2	1.089	0,3	17
davon Rentner/innen	18,5	346	19,1	371	0,6	25
davon Pensionär/-innen	—	1	—	2	—	1
davon Personen unter 25 Jahren	17,9	419	17,5	399	-0,4	-21
davon sonstige Nichterwerbspersonen	22,7	305	24,5	317	1,8	12
Nach Erwerbsumfang, Transferbezug des Haupteinkommensbeziehers						
mit Wohngeld-Bezug	68,8	93	58,1	49	-10,7	-43
mit ALG-I Bezug	42,9	59	45,1	51	2,2	-8
mit ALG-II Bezug	83,3	222	84,3	203	1,0	-19
Vollzeit	5,7	449	5,8	458	0,1	8
Teilzeit	29,9	255	30,0	248	0,1	-8
keine Erwerbstätigkeit	28,4	918	28,9	930	0,5	12

Quelle: IT.NRW

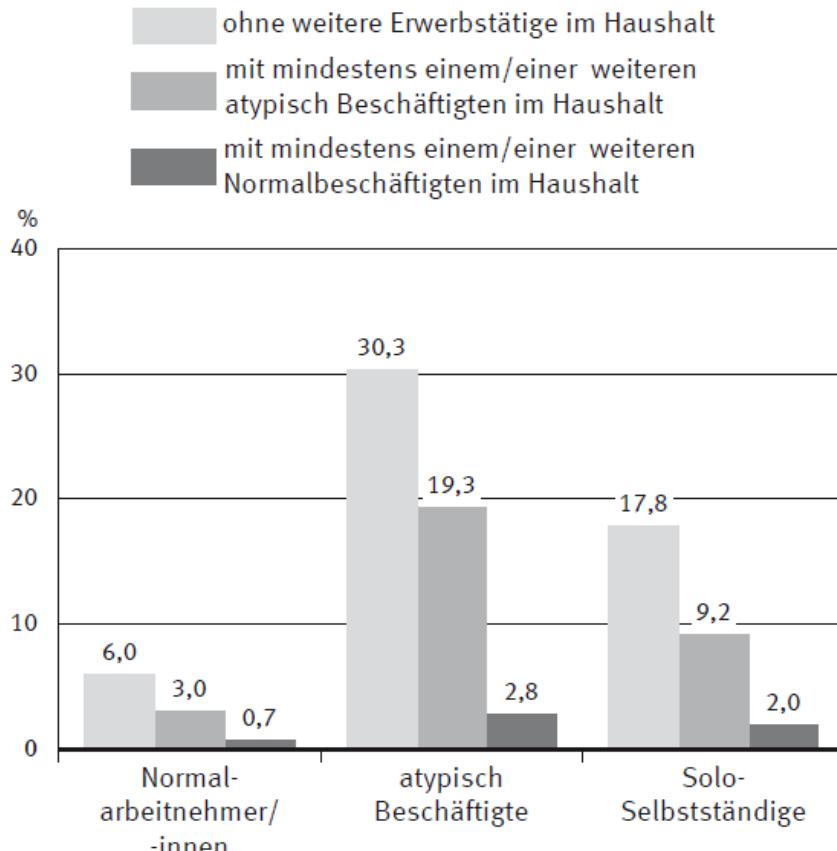
2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Erwerbstätigkeit

Bundesweite Armutsriskoquoten 2008 nach Erwerbsstatus der Haushaltsmitglieder

- Wie sich das Armutsrisko verändert, wenn verschiedene Erwerbstätigkeitsformen der Haushaltsmitglieder zusammentreffen, dazu gibt es auf Bundesebene eine aktuelle Analyse, die in ihren Grundaussagen in etwa auch auf Bayern zutrifft.¹²
- Soweit ein Erwerbstätiger einer Normalbeschäftigung und der Partner keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, besteht „nur“ noch ein Armutsrisko von 6 %.
- Soweit ein Erwerbstätiger einer atypischen Beschäftigung (Teilzeit unter 21 Std. pro Woche, geringfügig Beschäftigte, befristet Beschäftigte, Zeitarbeitnehmer/innen) nachgeht und der zweite Partner nicht erwerbstätig ist, liegt das Armutsrisko bei über 30 %, bei einer atypischen Beschäftigung des zweiten Partners bei knapp unter 20 %. Geht jedoch ein Partner einer normalen Beschäftigung nach und ein anderer ist atypisch beschäftigt, sinkt das Armutsrisko auf 3 %.
- Insgesamt ist ein Normarbeitsverhältnis der mit deutlichem Abstand beste Schutz gegen Armutsrisko.

Armutgefährdete Erwerbstätige¹⁾ 2008 nach Erwerbsform und Erwerbskonstellation im Haushalt
Ergebnis des Mikrozensus



1) Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die nicht in Bildung oder Ausbildung waren.

¹² Christian Wingerter, 2009: Der Wandel der Erwerbsformen und seine Bedeutung für die Einkommenssituation Erwerbstätiger, in: Wirtschaft und Statistik 11/2009 (S. 1080-1098), S. 1095.

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Gruppen, 2007 und 2008

Armutsriskoquoten 2007 und 2008 nach der Qualifikation des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt, nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

- Ohne berufliche Ausbildung oder bei Anlernberufen (jeweils bei der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt) bestehen Armutsriskoquoten in der Größenordnung um die 30 % (2008). Davon betroffen waren in Bayern rund 560.000 Menschen.
- Bereits durch eine Lehrausbildung bzw. einen Berufsfachschulabschluss sinkt die Armutsriskoquote auf 11,7 % (2008). Jedoch sind davon rund 730.000 Menschen betroffen, d.h. deutlich mehr als jene ohne beruflichen Abschluss.
- Das Armutsrisko von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit einem Migrationshintergrund ist mit 26,9 % bzw. 23,2 % mehr als doppelt so hoch wie gegenüber jenen mit deutscher Staatsangehörigkeit (12,2 %) bzw. ohne Migrationshintergrund (11,3 %; 2008). Jedoch ist die Zahl der armutsgefährdeten Bürger mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund viermal bzw. doppelt so hoch, d.h. es gibt in Bayern weitaus mehr armutsgefährdete deutsche als ausländische Bürger.
- Nach einer bundesweiten Studie (M. Grabka, J. Frick: Weiterhin hohes Armutsrisko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, DIW-Wochenbericht 7/2010) ist bei Migranten aus den alten EU-Mitgliedstaaten (EU-15) das Risiko der Einkommensarmut kaum höher als bei Einheimischen, während Migranten aus Nicht-EU-Ländern durchweg ein deutlich höheres Armutsrisko aufweisen, das in letzter Zeit weiter zugenommen hat.

Armutsriskoquoten 2007 und 2008 nach der Qualifikation des Haupteinkommensbeziehers

Merkmal	2007		2008		Veränderung 2007 -> 2008	
	Armutsrisko-quoten	armuts-gefährde-te Perso-nen ¹⁾	Armutsrisko-quoten	armuts-gefährde-te Perso-nen ¹⁾		
	%	1.000	%	1.000	%	1.000
Qualifikationsgruppe der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt						
noch in beruflicher Ausbildung/Studierende	70,9	101	69,8	110	-1,1	8
kein berufl. Abschluss, nicht in Ausbildung	32,5	586	33,2	564	0,7	-22
Anlernberuf, Praktikum	26,2	31	27,3	32	1,1	1
Lehrausbildung, Ber.-fachschul-Abschluss	11,4	734	11,7	736	0,3	3
Meister, Techniker, Fachschule	6,2	74	6,0	77	-0,2	3
(Fach-) Hochschule	4,0	86	3,8	86	-0,2	1
ohne Angabe	(12,9)	7	20,2	22	33,1	15
Staatsangehörigkeit						
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	29,6	342	26,9	312	-2,7	-30
mit deutscher Staatsangehörigkeit	11,9	1277	12,2	1316	0,3	39
Migrationshintergrund						
mit Migrationshintergrund	24,8	582	23,2	550	-1,6	-32
bis unter 25	28,2	234	25,7	213	-2,5	-21
25 bis unter 65	21,5	281	20,2	267	-1,3	-14
65 und älter	31,4	66	32,0	70	0,6	3
ohne Migrationshintergrund	10,8	1037	11,3	1079	0,5	41
bis unter 25	12,8	293	13,1	295	0,3	1
25 bis unter 65	7,7	409	8,2	431	0,5	22
65 und älter	16,8	335	17,1	353	0,3	18

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; nur Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft; Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Bayern und Westdeutschland

Armutsriskoquoten 2005 und 2008, Bayern und früheres Bundesgebiet im Vergleich

- In Bayern und Westdeutschland (WD) ähnliche Armutsriskoschwellen ermöglichen eine recht gute Vergleichbarkeit der Armutsriskoquoten, da die Einkommensgrenze, ab der Personen als (nicht mehr) armutsgefährdet einzustufen sind, weitgehend ähnlich ist: So ist die Armutsriskoschwelle (60 % des medianen, d.h. mittleren Nettoäquivalenzeinkommens) in Bayern bei einem Eipersonenhaushalt nur rund 30 Euro pro Monat höher als in WD (bei einer auch etwas höheren Preisteigerungsrate in Bayern als in WD).
- 2008 lag das Armutsrisko in Bayern rund 1 %-Punkt unter dem Niveau von WD. In Bayern war das Armutsrisko der Personen unter 65 Jahren niedriger als in WD, aber bei den über 65-Jährigen deutlich erhöht.
- Frauen waren in Bayern im Vergleich zu Männern stärker armutsgefährdet als in WD. Dies betraf insbesondere Jüngere unter 25 Jahren sowie Ältere über 65 Jahren.
- Hinsichtlich der Haushaltstypen fällt auf, dass insbesondere Ein- und Zweipersonenhaushalte ohne Kinder in Bayern im Vergleich mit WD ein relativ erhöhtes Armutsrisko trifft (überwiegend Ältere), während das Risiko bei zwei Erwachsenen mit Kindern in Bayern deutlich geringer ist als in WD.
- Nach dem Erwerbsstatus sind in Bayern – im Vergleich zu WD – Selbstständige und Rentner verstärkt armutsgefährdet. Hinsichtlich der beruflichen Qualifikation sind in Bayern niedrig Qualifizierte relativ stärker armutsgefährdet als dies in WD der Fall ist.
- Hinsichtlich der Merkmale Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund unterscheiden sich die Armutsriskoquoten in Bayern deutlich weniger als in WD, was insbesondere auf die bessere Arbeitsmarktsituation in Bayern zurückzuführen ist.

Armutsriskoquoten¹⁾ 2005 und 2008, Bayern und früheres Bundesgebiet im Vergleich

Jahr	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)		Bayern	
	2005	2008	2005	2008
Armutsriskoschwellen eines Ein-Personen-Haushalts, in Euro, in Preisen von 2008:	812	814	842	846
Insgesamt	14,8	14,5	14,0	13,6
Alter				
Unter 18	19,6	18,8	17,4	15,9
18 bis unter 25	22,1	21,6	17,2	17,8
25 bis unter 50	13,3	12,7	11,4	10,4
50 bis unter 65	10,9	11,3	10,5	10,9
65 und älter	13,5	14,3	18,0	18,6
Geschlecht				
Männlich	14,0	13,7	12,7	12,4
Weiblich	15,5	15,3	15,2	14,8
Alter und Geschlecht				
Männlich				
18 bis unter 25	21,1	20,0	15,4	15,8
25 bis unter 50	12,8	12,1	10,5	9,7
50 bis unter 65	10,4	10,7	9,5	9,8
65 und älter	11,0	11,9	14,8	15,7

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Bayern und Westdeutschland

Weiblich				
18 bis unter 25	23,1	23,2	19,0	19,9
25 bis unter 50	13,8	13,2	12,2	11,2
50 bis unter 65	11,3	11,8	11,5	11,9
65 und älter	15,3	16,1	20,4	20,8
Nach Haushaltstyp²⁾				
Einpersonenhaushalt	22,3	23,0	22,5	23,2
Zwei Erwachsene ohne Kind	9,0	9,1	10,7	10,8
Sonstiger Haushalt ohne Kind	8,6	7,9	6,9	6,3
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	40,5	41,2	42,5	39,6
Zwei Erwachsene und ein Kind	10,9	9,9	10,5	8,8
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,9	10,7	10,8	9,7
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	27,5	26,0	23,6	19,7
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	17,5	16,7	12,2	13,0
Nach Erwerbsstatus³⁾				
Erwerbstätige	7,1	7,3	6,6	6,6
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	8,7	8,2	9,3	9,8
Abhängig Erwerbstätige	6,9	7,1	6,3	6,2
Erwerbslose	47,9	55,1	44,0	51,4
Nichterwerbspersonen	18,6	19,1	18,9	19,2
Rentner/-innen und Pensionäre/ Pensionärinnen ⁴⁾	12,6	13,8	16,4	18,0
Personen im Alter von unter 18 Jahren	19,9	19,1	17,7	16,2
Sonstige Nichterwerbspersonen	27,6	30,1	25,6	27,4
Nach Qualifikationsniveau⁵⁾ (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)				
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	24,7	26,8	25,7	27,2
Mittel (ISCED 3 und 4)	10,0	10,3	10,0	10,4
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,5	4,9	5,5	4,9
Staatsangehörigkeit				
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	35,3	32,6	30,9	26,9
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,5	12,5	12,2	12,2
Migrationshintergrund⁶⁾				
Mit Migrationshintergrund	29,0	27,2	26,0	23,2
Ohne Migrationshintergrund	10,8	11,0	11,1	11,3

¹⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

²⁾ Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

³⁾ Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

⁴⁾ Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-)Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.

⁵⁾ Qualifikationsniveau entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED)

⁶⁾ Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Regierungsbezirke

Regionen im Vergleich: Höchste Armutsriskoquote in Oberbayern bei real kaum überdurchschnittlichem Wohlstand

- Während sich die realen (um unterschiedliches Preisniveau bereinigten) mittleren Einkommen zwischen den Regierungsbezirken wenig unterscheiden (vgl. oben, Abschnitt 2.3), sind die Unterschiede hinsichtlich der Armutsriskoquoten (bezogen auf das mittlere Einkommen je Regierungsbezirk) ausgeprägter: Am höchsten ist die Quote mit 15,0 % in Oberbayern, am niedrigsten in der Oberpfalz mit 11,8 %, ohne dass der reale (um das unterschiedliche Preisniveau bereinigte) mittlere Wohlstand in Oberbayern wesentlich höher wäre als in der Oberpfalz.
- Von den 2008 in Bayern rund 1,6 Mio. armutsgefährdeten Personen lebten rund 600.000 in Oberbayern, über 200.000 jeweils in Mittelfranken und Schwaben, rund 170.000 in Unterfranken und unter 150.000 jeweils in Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken.
- Gemessen am bayernweiten mittleren Einkommen hatte Nürnberg 2008 eine Armutsriskoquote von rund 22 % (Preisniveau und damit Kaufkraft des Einkommens in etwa wie bayernweiter Durchschnitt), München-Stadt von 13 % (bei rund 20 % höherem Preisniveau, so dass die Armutsriskoquote die regionale Armut tendenziell unterzeichnet, da Einkommen in München weniger wert sind als bayernweit) und Augsburg-Stadt von 19 % (Preisniveau in etwa wie Bayern gesamt).
- Die Armutsriskolücken (prozentualer Abstand des Medianeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung zur Armutsriskoschwelle) als Maß für die Intensität der Armut unterscheiden sich zwischen den Regierungsbezirken relativ wenig: Die Armutsriskolücken betragen rund 18 bis 20 %, d.h. um soviel müsste das das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen der Armutsgefährdeten höher sein, um die Armutsriskoschwelle zu erreichen (Anm.: die dadurch ihrerseits nicht ansteigen würde, wie fälschlicherweise bisweilen spekuliert wird, weil Armutsrisko nicht am Durchschnitt, sondern auf Basis des mittleren Einkommens der Bevölkerung definiert wird).

Regierungsbezirke 2008: Mittleres Einkommen, Armutsriskoquote (auf Basis von 60 % des mittleren Einkommens je Regierungsbezirk), -lücke sowie Zahl der armutsgefährdeten Personen (neue OECD-Skala)

Region	Nettoäquivalenzeinkommen			Armutsrisko- quote	Armutsrisko- lücke	armutsgefährdete Personen
	nominal in EUR	nominal in %	real in %*	%	%	1.000
Oberbayern	1.552	110,1	100,9	15	19,2	617
Niederbayern	1.345	95,4	102,6	12,8	18,9	143
Oberpfalz	1.328	94,2	100,0	11,8	17,5	123
Oberfranken	1.296	91,9	99,0	12,7	19,2	133
Mittelfranken	1.381	97,9	100,3	14,4	20,6	236
Unterfranken	1.336	94,8	100,1	13,2	17,7	168
Schwaben	1.364	96,7	100,0	12,4	18,9	211
Bayern	1.410	100	100	13,6	19	1631

Quelle: Mikrozensus, IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisiko, Regierungsbezirke

Regionen im Vergleich: Armutsrisikoquoten in den Regierungsbezirken

- Auf Basis des jeweiligen mittleren Einkommens in den Regierungsbezirken (Regierungsbezirksmedian, da dieser den mittleren Wohlstand in der Region repräsentiert, wobei diese Mediane sich real – um unterschiedliche Preisniveaus bereinigt – wenig unterscheiden, vgl. oben) sind von einem Armutsrisiko
- Jüngere unter 25 Jahren am geringsten betroffen in Niederbayern und der Oberpfalz, am meisten in Oberbayern und Mittelfranken.
- Ältere (65 Jahre und älter) am wenigsten betroffen in den fränkischen Regierungsbezirken, am häufigsten hingegen in Nieder- und Oberbayern sowie der Oberpfalz.
- die 25- bis unter 65-Jährigen weitaus am wenigsten betroffen. Zudem sind die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken mit einer Spanne von 2,3 %-Punkten gering.
- Frauen – analog zu den Männern – am meisten in Oberbayern und am wenigsten in der Oberpfalz betroffen.
- Alleinerziehende und Haushalte mit 2 Erwachsenen mit Kind(ern) besonders in Oberbayern betroffen, am wenigsten häufig ist dies bei Alleinerziehenden in Unterfranken der Fall sowie bei 2 Erwachsenen mit Kindern in der Oberpfalz.

Armutsrisikoquoten*) in den Regierungsbezirken, 2008

Merkmal	Armutsrisikoquote (in %) auf Basis des Regierungsbezirkmedians						
	Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
Insgesamt	15,0	12,8	11,8	12,7	14,4	13,2	12,4
Alter							
unter 25	19,0	12,3	12,7	16,0	18,4	15,7	15,4
25 bis unter 65	11,5	9,7	8,5	10,5	11,9	10,7	9,2
65 und älter	19,9	22,3	19,3	14,3	16,5	16,9	17,1
Geschlecht							
männlich	13,8	11,1	10,6	11,8	13,2	11,8	11,1
weiblich	16,1	14,3	12,9	13,5	15,6	14,5	13,7
Haushaltstyp²⁾							
Einpersonenhaushalte	23,3	26,4	23,6	24,4	23,4	24,7	20,5
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	9,8	9,8	8,6	8,4	8,8	9,2	7,7
1 Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	44,7	43,4	(33,5)	(28,6)	41,4	28,4	42,4
davon 1 Erwachsene(r) mit 1 Kind	34,8	(46,3)	(31,5)	(35,2)	32,5	(29,9)	(28,4)
davon 1 Erwachsene(r) mit 2 Kindern	52,1	(51,4)	—	—	45,0	(30,6)	44,8
davon 1 Erwachsene(r) mit 3 u. m. Kindern	73,2	—	—	—	—	—	(81,2)
2 Erwachsene ²⁾ und ein oder mehrere Kinder	12,5	8,9	8,7	10,9	13,3	11,4	9,9
davon 2 Erwachsene ²⁾ mit 1 Kind	8,9	(8,0)	(7,7)	(10,0)	11,3	10,3	(5,2)
davon 2 Erwachsene ²⁾ mit 2 Kindern	11,0	6,4	(6,3)	10,1	11,7	8,5	9,6
davon 2 Erwachsene ²⁾ mit	22,5	17,2	(15,9)	(15,5)	22,6	20,5	16,9
drei oder mehrere Kinder	16,4	9,9	(6,2)	11,5	12,5	12,1	12,3
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)							

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; ¹⁾ Personen mit gültigen Einkommensangaben; ²⁾ Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft
Eingeklammerte Daten: Aufgrund der Fallzahl eingeschränkte Repräsentativität; „---“ Felder wegen mangelnder Repräsentativität nicht ausgewiesen; Mikrozensus
Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Regierungsbezirke

Regionen im Vergleich: Absolute Zahl der armutsgefährdeten Personen

- Die auf Basis des Regierungsbezirksmedians berechneten Armutsriskoquoten zeigen nur den Anteil, aber nicht die absolute Anzahl der armutsgefährdeten Betroffenen. So kann eine hohe Armutsriskoquote bei einer kleinen Gruppe weitaus weniger Bedeutung haben als eine geringere Quote bei einer großen Gruppe. Dabei ist diese Betrachtungsweise auf Ebene der Regierungsbezirke etwas weniger relevant als auf Landesebene, da die unterschiedliche Bevölkerungszahl je Regierungsbezirk von Bedeutung ist, so dass nachfolgend nur für wenige soziodemographische Merkmale die absolute Zahl dargestellt wird.
- In Oberbayern leben mit über 600.000 mehr armutsgefährdete Personen als in Niederbayern, der Oberpfalz, Oberfranken und Unterfranken zusammen.
- Die absolut größte Gruppe der Armutsgefährdeten sind in Oberbayern, der Oberpfalz, Mittelfranken und Schwaben die Einpersonenhaushalte, in Niederbayern und Unterfranken die Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder.
- In allen Regierungsbezirken ist die Zahl der Familien mit 2 Erwachsenen und Kindern die drittgrößte Gruppe, ihre Anzahl ist rund zwei- bis dreimal so hoch wie die Zahl der Personen in Alleinerziehendenhaushalten.

Anzahl der armutsgefährdeten Personen in den Regierungsbezirken, 2008

Merkmal	Vom Armutsrisko Betroffene in 1.000 (auf Basis des Regierungsbezirkmedians)						
	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Insgesamt	617	143	123	133	236	168	211
Alter							
unter 25	199	37	34	41	76	54	69
25 bis unter 65	268	60	48	60	108	74	85
65 und älter	149	47	40	32	52	41	57
Geschlecht							
männlich	279	62	55	60	105	75	93
weiblich	338	82	68	73	131	94	118
Haushaltstyp							
Einpersonenhaushalte	190	40	44	43	73	50	66
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	165	47	37	41	61	51	54
1 Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	65	15	9	10	28	12	26
davon 1 Erwachsene(r) mit 1 Kind	28	9	5	7	11	7	8
davon 1 Erwachsene(r) mit 2 Kindern	26	6	—	—	12	5	11
davon 1 Erwachsene(r) mit 3 u. m. Kindern	11	—	—	—	—	—	7
2 Erwachsene ²⁾ und ein oder mehrere Kinder	145	30	27	28	59	40	47
davon 2 Erwachsene ¹⁾ mit 1 Kind	34	9	8	9	17	11	7
davon 2 Erwachsene ¹⁾ mit 2 Kindern	62	10	9	13	26	15	24
davon 2 Erwachsene ¹⁾ mit	49	10	10	6	17	14	16
drei oder mehrere Kinder	51	12	5	11	15	15	18
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)							

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Personen mit gültigen Einkommensangaben; ¹⁾ Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft; Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Regierungsbezirke

Regionen im Vergleich: Erhebliche Unterschiede bei der Armutgefährdung hinsichtlich Familienstand, Erwerbsstatus und Erwerbsumfang

- Hinsichtlich des Familienstandes ist das relativ hohe Armutsrisko Lediger in Oberfranken auffällig, während dort dieses Risiko für Geschiedene vergleichsweise gering ist. Besonders hoch ist das Armutsrisko für Geschiedene und dauernd getrennt Lebende in Mittelfranken sowie in Schwaben für dauernd getrennt Lebende.
- Differenziert nach dem Erwerbsstatus besteht das geringste Armutsrisko für Erwerbstätige in Niederbayern und der Oberpfalz. Das Armutsrisko für Erwerbslose liegt in allen Regierungsbezirken über 45 %, am höchsten ist es in Oberbayern mit 53 %. Rentner sind von einem Armutsrisko am wenigsten in Oberfranken (13,9 %) und Mittelfranken (15,9 %) betroffen, mit über 20 % aber am meisten in Oberbayern und Niederbayern.
- Hinsichtlich des Erwerbsumfanges und Transferbezuges (des Haupteinkommensbeziehers) zeigen die Daten ein Armutsrisko von rund 50 % und mehr für alle Haushalte mit Wohngeldbezug. Größere regionale Unterschiede bestehen bei den Haushalten, die Arbeitslosengeld I beziehen: Hier liegen die Armutsriskoquoten zwischen 33 % und 57 %. Haushalte mit Arbeitslosengeld II hatten in Niederbayern mit einer Quote von über 77 % den „niedrigsten“ Wert und mit 87 % in Oberbayern und Unterfranken die höchsten Werte.

Armutsriskoquoten*) in den Regierungsbezirken, 2008

Merkmal	Armutsriskoquote (in %) auf Basis des Regierungsbezirkmedians						
	Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-fran-ken	Mittel-fran-ken	Unter-fran-ken	Schwa-ben
Familienstand des /der Haupteinkommensbeziehers/in							
ledig	17,8	15,5	15,7	20,9	19,2	19,1	15,2
verheiratet, zusammen lebend	11,4	8,8	8,3	9,1	10,0	10,5	9,0
geschieden	26,6	25,6	20,7	16,4	27,2	18,5	20,6
dauernd getrennt lebend	23,8	(26,3)	—	(23,1)	28,9	(21,8)	30,9
Erwerbsstatus							
Erwerbstätige	7,8	5,1	5,3	6,4	7,1	6,9	5,6
davon Selbstständige (+ Fam.angeh.)	10,3	(10,1)	—	(10,5)	12,3	(9,0)	(7,3)
davon abhängig Erwerbstätige	7,4	4,5	4,9	6,0	6,4	6,7	5,4
Erwerbslose	53,3	46,7	48,1	54,0	56,1	45,5	46,7
Nichterwerbspersonen	21,4	19,1	16,8	16,1	19,5	18,2	17,9
davon Rentner/innen	21,3	22,9	19,7	13,9	15,9	17,2	17,8
Pensionär/-innen	—	—	—	—	—	—	—
Personen unter 25 Jahren	20,0	13,8	12,9	15,9	19,7	17,0	16,4
sonstige Nichterwerbspers.	26,3	24,4	20,9	21,8	26,5	23,6	22,6
Nach Erwerbsumfang, Transferbezug des Haupteinkommensbeziehers							
mit Wohngeld-Bezug	56,9	—	—	—	(49,5)	(68,4)	(68,8)
mit ALG-I Bezug	57,1	(35,4)	—	(38,1)	(33,2)	—	(45,1)
mit ALG-II Bezug	87,1	77,8	79,8	83,0	84,7	87,0	84,4
Vollzeit	6,9	4,6	4,5	4,4	5,9	6,2	5,2
Teilzeit	34,1	24,4	28,5	30,3	30,5	31,9	26,5
keine Erwerbstätigkeit	30,8	32,0	26,7	25,5	29,4	25,9	26,9

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft; Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Regierungsbezirke

Regionen im Vergleich: Lehrausbildung in Oberbayern bietet relativ geringen Schutz vor Armutsrisko, hohes Armutsrisko für Ausländer besonders in Ober-, Mittelfranken

- Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher noch in Ausbildung ist, keinen beruflichen Abschluss hat oder einen Anlernberuf ausübt, sind in fast allen Regierungsbezirken zu mehr als ein Drittel armutsgefährdet. Nur in Unterfranken ist die Armutsriskoquote für Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher ohne beruflichen Abschluss etwas geringer (27,9 %).
- Lehrausbildung und beruflicher Fachschulabschluss des Haupteinkommensbeziehers senken in der Oberpfalz, Oberfranken und Schwaben das Armutsrisko auf bzw. unter 10 %, in Oberbayern beträgt es hingegen 14 %.
- Bei einer Meister-, Techniker- und Fachschulausbildung liegt – mit Ausnahme von Oberbayern mit nahe 9 % – das Armutsrisko in allen Regierungsbezirken bei 4 bis 6 %.
- Für Haushalte mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. ohne Migrationshintergrund variiert das Armutsrisko zwischen den Regierungsbezirken wenig (10 bis 13 %). Ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund bestehen zwischen den Regierungsbezirken deutliche Unterschiede (Armutsriskoquoten von 19 bis 37 %):
 - Für Personen mit Migrationshintergrund ist die Armutsriskoquote mit rund 25 % und mehr in Oberbayern sowie in Ober-, Mittel- und Unterfranken besonders hoch.
 - Für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist die Armutsriskoquote mit 28 % und mehr in allen Regierungsbezirken außer Oberpfalz und Schwaben deutlich erhöht.

Armutsriskoquoten*) in den Regierungsbezirken, 2008

Merkmal	Armutsriskoquote (in %) auf Basis des Regierungsbezirkmedians						
	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Qualifikationsgruppe der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt							
noch in beruflicher Ausbildung/Studierende	71,3	—	69,6	(74,8)	66,2	74,7	68,7
kein berufl. Abschluss, nicht in Ausbildung	35,3	32,2	32,0	33,1	35,0	27,9	30,9
Anlernberuf, Praktikum	(27,8)	—	—	—	—	—	(31,1)
Lehrausbildung, Ber.-fachschul-Abschluss	14,1	10,3	8,9	9,2	11,5	11,6	10,2
Meister, Techniker, Fachschule	8,9	(5,7)	(5,2)	(6,2)	(5,3)	(5,0)	(4,1)
(Fach-) Hochschule	4,6	—	—	—	5,8	(4,0)	(2,5)
ohne Angabe	21,2	—	—	—	—	—	—
Staatsangehörigkeit							
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	28,4	28,4	21,7	37,1	34,2	29,6	24,1
mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,8	11,8	11,2	11,3	12,1	11,9	11,2
Migrationshintergrund							
mit Migrationshintergrund	24,9	21,9	20,3	28,1	26,8	25,3	19,3
bis unter 25	28,0	23,8	23,0	31,1	28,9	28,5	21,0
25 bis unter 65	21,5	20,5	16,8	26,4	24,2	21,9	16,0
65 und älter	35,0	—	—	—	33,0	(33,4)	32,0
ohne Migrationshintergrund	11,9	11,2	10,5	10,2	10,7	10,8	10,6
bis unter 25	14,8	9,3	10,5	12,0	13,6	12,1	13,1
25 bis unter 65	8,3	7,9	7,3	8,0	8,3	8,4	7,4
65 und älter	18,0	22,3	18,7	13,5	13,9	15,5	15,5

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft; Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.4 Armutsrisko, Regierungsbezirke

Regionen im Vergleich: Absolute Anzahl armutsgefährdeter Personen in den Regierungsbezirken

- Die Zahl der Personen ohne Migrationshintergrund, die armutsgefährdet sind, ist in allen Regierungsbezirken mit Ausnahme von Oberbayern und Mittelfranken rund zweieinhalb bis dreimal so hoch wie die Zahl jener mit Migrationshintergrund. Aber auch in Oberbayern ist mit rund 370.000 die Zahl der armutsgefährdeten Menschen ohne Migrationshintergrund deutlich höher als jener mit Migrationshintergrund (rund 245.000).
- Statistisch repräsentative Armutsriskoquoten trotz Hochschulabschluss lassen sich nur für Oberbayern, Mittelfranken sowie Unterfranken und Schwaben ermitteln, die Zahl der Betroffenen ist aber absolut deutlich höher als jene bei Personen mit einem Anlernberuf.
- In der Oberpfalz ist die Zahl der Armutsgefährdeten mit deutscher Staatsangehörigkeit rund 10-mal höher als jene ohne deutsche Staatsangehörigkeit. In Oberbayern und Mittelfranken ist die Zahl der Armutsgefährdeten mit deutscher Staatsbürgerschaft hingegen „nur“ rund dreimal so hoch wie die Zahl derer ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Anzahl der armutsgefährdeten Personen in den Regierungsbezirken, 2008

Merkmal	Anzahl der armutsgefährdeten Personen (in 1.000) auf Basis des Regierungsbezirkmedians						
	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Qualifikationsgruppe der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt							
noch in beruflicher Ausbildung/Studierende	45	—	11	9	14	15	12
kein berufl. Abschluss, nicht in Ausbildung	187	55	44	51	90	53	81
Anlernberuf, Praktikum	8	—	—	—	—	—	5
Lehrausbildung, Ber.-fachschul-Abschluss	284	66	55	52	96	81	98
Meister, Techniker, Fachschule	34	8	5	9	9	7	8
(Fach-) Hochschule	48	—	—	—	18	8	6
ohne Angabe	10	—	—	—	—	—	—
Staatsangehörigkeit							
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	160	19	11	20	59	27	39
mit deutscher Staatsangehörigkeit	457	125	111	112	177	141	172
Migrationshintergrund							
mit Migrationshintergrund	245	36	27	41	101	53	68
bis unter 25	93	15	11	17	37	22	27
25 bis unter 65	122	18	12	20	50	25	31
65 und älter	29	—	—	—	14	6	10
ohne Migrationshintergrund	372	107	96	92	135	115	142
bis unter 25	106	22	23	24	39	32	42
25 bis unter 65	146	42	36	40	58	48	54
65 und älter	120	44	37	28	38	34	46

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen; Äquivalenzeinkommen auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft; Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.5 Überschuldung

2.5 Überschuldung privater Personen¹³: In Bayern 2009 am geringsten

- Definition der Überschuldung: Diese liegt dann vor, wenn ein Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen auch in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch (weitere) Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- In Bayern sind Privatpersonen bundesweit am wenigsten häufig von Überschuldung betroffen: Während bundesweit 9,1 % der Privatpersonen überschuldet waren, betraf dies in Bayern 6,7 % oder rund 0,69 Mio. Personen. Nur Baden-Württemberg hatte mit 7,1 % eine ähnlich niedrige Schuldnerquote (jeweils 2009).
- Im Zeitraum 2007 bis 2009 ist die Schuldnerquote in Bayern von 7,8 % auf 6,7 % gesunken, davon im Jahr 2008 auf 2009 um rund 53.000 Personen.
- Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Arbeitsmarktentwicklung und Überschuldung ist jedoch für 2010 wieder von einer steigenden Schuldnerquote auszugehen. In 2009 hat die Kurzarbeit-Regelung wahrscheinlich einen Anstieg verhindert.
- Bundesweit beträgt die mittlere Überschuldung 2009 36.900 Euro.

Schuldnerquoten und Zahl der Schuldner 2007 bis 2009

Bundesland	Schuldnerquoten					Schuldner (in Mio.)			
	2007	2008	2009	Abw. *)		2007	2008	2009	Abw.
				08/09	04/09				
Bayern	7,79%	7,28%	6,72%	-0,56	-0,47	0,79	0,74	0,69	-53.000
Baden-Württemberg	8,14%	7,65%	7,11%	-0,54	-0,39	0,70	0,67	0,62	-44.000
Sachsen	10,01%	9,10%	7,96%	-1,14	-0,99	0,37	0,33	0,29	-42.000
Thüringen	10,90%	9,72%	8,32%	-1,40	-1,69	0,22	0,19	0,16	-29.000
Hessen	10,91%	10,27%	9,12%	-1,15	-0,45	0,55	0,51	0,46	-56.000
Rheinland-Pfalz	10,96%	10,24%	9,23%	-1,01	-0,90	0,36	0,34	0,31	-33.000
Brandenburg	11,91%	10,45%	9,31%	-1,14	-1,90	0,26	0,23	0,20	-25.000
Mecklenburg-Vorpommern	12,18%	10,85%	9,73%	-1,12	-1,77	0,18	0,16	0,14	-16.000
Niedersachsen	11,39%	10,62%	9,75%	-0,87	-0,38	0,74	0,69	0,63	-55.000
Schleswig-Holstein	12,06%	11,18%	10,25%	-0,93	-0,58	0,28	0,26	0,24	-21.000
Nordrhein-Westfalen	12,22%	11,65%	10,39%	-1,26	-0,28	1,79	1,72	1,53	-183.000
Saarland	12,67%	12,20%	10,52%	-1,68	-0,53	0,11	0,11	0,09	-15.000
Hamburg	12,88%	12,05%	10,59%	-1,46	-0,29	0,19	0,18	0,16	-20.000
Sachsen-Anhalt	13,73%	12,40%	11,05%	-1,35	-1,16	0,29	0,26	0,23	-31.000
Berlin	15,25%	13,96%	12,16%	-1,80	-1,87	0,44	0,41	0,36	-50.000
Bremen	15,50%	14,72%	13,92%	-0,80	+0,57	0,09	0,08	0,08	-4.000
Deutschland	10,85%	10,11%	9,09%	-1,02	-0,65	7,34	6,87	6,19	-677.000

*) Abweichung in Prozentpunkten.

Quelle: Creditreform e.V., Schuldenatlas 2009, S. 8

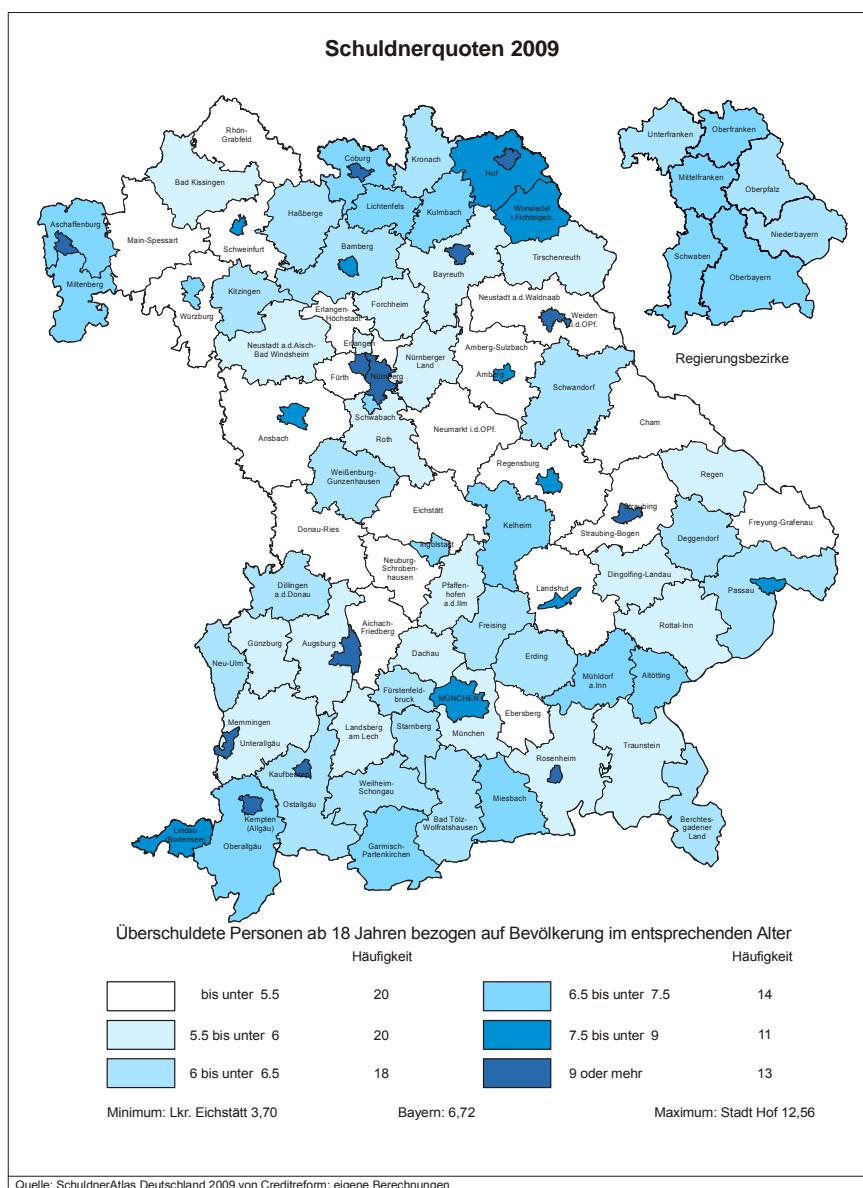
¹³ Alle nachfolgend genannten Daten zur Überschuldung privater Personen wurden mit freundlicher Genehmigung des Creditreform e.V. der Veröffentlichung „Schuldenatlas 2009“, Neuss 2009 entnommen.

2. Wohlstand

2.5 Überschuldung

Überschuldung privater Personen in den Regionen: In Bayern relativ wenig Unterschiede

- Für Gesamtbayern wurde 2009 eine Schuldnerquote von 6,72 % (Vorjahr 7,28 %) ermittelt. Damit sind aktuell rund 690.000 Bürger über 18 Jahre überschuldet oder weisen zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf.
- Die Schuldnerquote ist in Bayern niedriger als in allen anderen Bundesländern und trotz der regionalen Unterschiede relativ gleichmäßig verteilt: Von den bundesweit 10 Kreisen mit der niedrigsten Schuldnerquote von 2004 bis 2009 waren neun bayerische Landkreise: Eichstätt, Erlangen-Höchstadt, Straubing-Bogen, Schweinfurt, Donau-Ries, Neumarkt i.d.Opf., Würzburg, Ansbach und Neuburg-Schrobenhausen.
- Die Schuldnerquoten weisen regional eine Bandbreite auf, die von 3,7 im Landkreis Eichstätt bis zu 12,6 in der Stadt Hof reicht. Erhöhte Schuldnerquoten sind insbesondere für den Großraum Nürnberg, Augsburg und Hof zu beobachten. Die Werte in den Kernstädten liegen meist um mehr als 2 %-Punkte über dem Durchschnitt, in den weniger verdichteten Gebieten und in den ländlichen Regionen generell mehr als 1 %-Punkt unter dem Durchschnitt.



2. Wohlstand

2.5 Überschuldung

Überschuldung privater Personen nach soziodemografischen Merkmalen und Ursachen 2009, bundesweit: zunehmend Jüngere und Ältere

- Die Überschuldung betrifft immer mehr
 - jüngere Menschen: Zwischen 2004 und 2009 ist entgegen dem insgesamt fallenden Trend bundesweit in diesem Zeitraum die Schuldnerquote bei den 20- bis 29-Jährigen angestiegen. Es sind insbesondere Frauen in dieser Altersgruppe, die zunehmend von Überschuldung betroffen sind (teils auch dadurch bedingt, dass zunehmend Frauen Haushaltvorstand sind, denen die Überschuldung des Haushaltes zugerechnet wird).
 - ältere Menschen über 70 Jahre seit 2007.
- Die Hauptursachen für Überschuldung sind bei
 - jüngeren Menschen (unter 35 Jahren) Arbeitslosigkeit und teils zu geringe Sparneigung,
 - bei Menschen mittleren Alters (35 bis 55 Jahre) Trennung und Scheidung sowie eine gescheiterte Selbstständigkeit. Hinzu kommen mit zunehmendem Alter auch gesundheitliche Probleme sowie unzureichende Alterseinkommen als Überschuldungsursache.
- Insgesamt ist eine individuelle Überschuldungsverdichtung, d.h. Erhöhung und Verhärtung der Verbindlichkeitsstrukturen zu beobachten.

Schuldnerquoten nach Altersgruppen 2004 bis 2009

Altersgruppen	unter 20	20 – 29	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	70 und älter
2004	0,41%	7,55%	13,21%	15,18%	9,36%	3,61%	0,59%
2005	0,62%	8,02%	13,32%	14,90%	9,14%	3,48%	0,56%
2006	0,92%	8,48%	13,23%	14,73%	9,02%	3,30%	0,52%
2007	1,03%	8,64%	13,07%	14,68%	8,93%	3,35%	0,53%
2008	0,73%	9,64%	12,78%	13,96%	8,59%	3,54%	0,75%
2009	1,03%	9,81%	12,57%	13,88%	8,57%	3,51%	0,77%
Abw. 2004 / 2009 (in Prozentpunkten)	+0,62	+2,26	-0,64	-1,30	-0,79	-0,10	+0,18

Quelle: Schuldneratlas 2009, S. 15

2. Wohlstand

2.6 Gehobener Wohlstand, Reichtum

2.6 Gehobener Wohlstand, Reichtum: In Bayern deutlich höher als im früheren Bundesgebiet und Deutschland insgesamt

- Als „reich“ werden nachfolgend jene Personen bezeichnet, die in Haushalten leben, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200 % des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt: Bezug auf einen (jeweils 2008, Bayern, Haushaltsnettoeinkommen, pro Monat)
 - Einpersonenhaushalt bedeutet das ein monatliches Nettoeinkommen von über 2.530 Euro,
 - Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern bedeutet das mindestens rund 5.800 Euro. Rund 8 % der Personen in Bayern lebten 2008 in „reichen“ Haushalten.
- In Bayern ist die Reichtumsquote im Verhältnis zum früheren Bundesgebiet – das mit Bayern insgesamt auf Basis des Bundesmedians (der unter jenem von Bayern liegt) in etwa verglichen werden kann – mit 9,8 % um rund um 1 %-Punkt höher als im früheren Bundesgebiet und um rund 2 %-Punkte höher als im gesamten Bundesgebiet.
- Da im Zeitraum 2003 bis 2008 das inflationsbereinigte mittlere Nettoäquivalenzeinkommen – und damit die Reichtumsschwelle – nahezu stagnierte, zugleich die bayerische Reichtumsquote aber von 8,1 % auf 7,9 % zurückging (bezogen auf den Landesmedian), ging auch der Anteil (und die absolute Zahl, vgl. unten) „reicher“ Personen etwas zurück, d.h. der Wirtschaftsaufschwung bis 2008 hat viele dieser Haushalte nicht erreicht, wobei der Mikrozensus aber sehr einkommensstarke Haushalte überhaupt nicht abbildet und diese Aussage tendenziell damit eher für den „gehobenen“ Wohlstand gilt (vgl. zu den erheblichen statistischen Problemen der Reichtumsmessung oben Kap. 2.1).

Reichtumsquoten*) nach Regionen**) 2003, 2006 und 2008 in %

Regionaleinheit	2003, auf Basis	2006, auf Basis des ...		2008, auf Basis des ...	
	des Medians der jeweiligen Regionaleinheit	Bundesmedians	Medians der jeweiligen Regionaleinheit	Bundesmedians	Medians der jeweiligen Regionaleinheit
Bayern	8,1	9,6	7,8	9,8	7,9
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	---	8,8	7,9	8,7	7,8
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	---	4,0	6,1	3,8	5,9
Bundesrepublik Deutschland	---	7,8	7,8	7,7	7,7

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - **) Ergebnisse des Mikrozensus
Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.6 Gehobener Wohlstand, Reichtum

Gehobener Wohlstand, „Reichtum“: Vorrangig bei den 45- bis 65-Jährigen und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder

- Im Zeitraum 2003 bis 2008 ist – da die Reichtumsschwelle real stagnierte – aufgrund der etwas gesunkenen Reichtumsquote auch die Anzahl der als reich bezeichneten Personen von 966.000 auf 942.000 in Bayern zurückgegangen.
- Eine Reichtumsquote von 9,4 % bzw. 10,8 % (2008) erreichten nur Personen in den Altersgruppen von 25 bis 65 Jahren. Bei den 65-Jährigen und Älteren sowie den unter 25-Jährigen lagen die Quoten mit rund 5 % oder knapp darunter nur etwa halb so hoch.
- Der Unterschied in der Reichtumsquote zwischen Männern und Frauen ist im Zeitraum von 2003 bis 2008 etwas größer geworden. Die Zahl männlicher reicher Personen stagnierte, während die Zahl bei den Frauen um rund 23.000 zurück ging.
- Die höchste Reichtumsquote weisen mit 10,7 % (2008) Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder auf. Bei den Einpersonenhaushalten und den Haushalten mit 2 Erwachsenen und Kind(ern) beträgt die Reichtumsquote noch über 6 %, bei Alleinerziehenden unter 2 %.

Einkommensreichtumsquoten*) (neue OECD-Skala), berechnet auf Basis des Landesmedianeneinkommens

Merkmal	2003		2008	
	Reichtums- quote	reiche Personen	Reichtums- quote	reiche Personen
	%	1.000	%	1.000
Insgesamt	8,1	966	7,9	942
Alter				
unter 18	5,2	118	5,2	110
18 bis unter 25	5,5	51	4,4	42
25 bis unter 45	8,9	315	9,4	322
45 bis unter 65	11,9	370	10,8	344
65 und älter	5,4	111	5,4	123
Geschlecht				
männlich	8,7	506	8,6	505
weiblich	7,6	460	7,2	437
Haushaltstyp				
Einpersonenhaushalte	7,0	130	6,4	138
Mehrpersonenhaushalte ohne Kind	11,2	551	10,7	538
1 Erwachsene(r) und 1 oder mehrere Kinder	—	5	1,8	7
2 Erwachsene und 1 oder mehrere Kinder	6,2	223	6,3	210
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	5,2	57	4,7	48

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet; nur Personen mit gültigen Einkommensangaben; Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft.

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.6 Gehobener Wohlstand, Reichtum

Reichtumsschwellen in den Regierungsbezirken 2008

- Als Reichtumsschwelle wird ein Äquivalenzeinkommen von 200 % des mittleren (medianen) Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung definiert. Personen mit einem höheren Einkommen werden nachfolgend als reich bezeichnet (vgl. zu den Einschränkungen Kap. 2.1).
- Bezogen z.B. auf einen Einpersonenhaushalt liegen die Reichtumsschwellen in den Regierungsbezirken bei folgendem Nettoeinkommen:

Reichtumsschwellen je Regierungsbezirk, nominal und real, 2008, Einpersonenhaushalt, Euro, pro Monat

	Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
nominal	3.104	2.690	2.656	2.592	2.762	2.672	2.728
real*	2.845	2.893	2.819	2.792	2.829	2.823	2.821

*real: mit BBSR-Preisindex um unterschiedliche Kaufkraft des Einkommens bereinigt) 2008, Einpersonenhaushalt, Euro, pro Monat; Ergebnisse des Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

- Für die Interpretation nachfolgender Reichtumsquoten wichtig ist die Unterscheidung zwischen nominalen und realen Reichtumsschwellen, da bei realen Reichtumsschwellen das regional unterschiedliche Preisniveau und damit der reale Wert der Einkommen berücksichtigt wurde.
- Obwohl sich die nominalen Reichtumsschwellen zwischen Oberbayern einerseits und allen anderen Regierungsbezirken andererseits beträchtlich unterscheiden (vgl. Abb. obere Zeile), liegen die realen Reichtumsschwellen (korrigiert um das regional unterschiedliche Preisniveau, was die Reichtumsschwelle in Oberbayern absenkt und in Relation dazu in allen anderen Regionen anhebt) sehr eng zusammen (siehe Abbildung oben, untere Zeile).
- Trotz nominaler Unterschiede basieren somit regionalspezifische Reichtumsquoten real auf weitgehend vergleichbaren Schwellenwerten und weisen damit durchaus eine gute Vergleichbarkeit auf.

2. Wohlstand

2.6 Gehobener Wohlstand, Reichtum

Geringste Reichtumsquote in der Oberpfalz und Schwaben, höchste in Oberbayern

- Eine höhere Reichtumsquote als im bayerischen Durchschnitt (7,9 %) zeigt sich nur für Oberbayern (9,3 %), am geringsten sind die Quoten in der Oberpfalz (5,7 %) und Schwaben (5,9 %). Nahe am bayerischen Durchschnitt liegt die Quote von Mittelfranken (7,1 %), etwas niedriger sind jene in Unterfranken (6,8 %), Niederbayern (6,5 %) und Oberfranken (6,4 %).
- Eine besonders hohen Anteil wohlhabende Personen weist die Gruppe der 25- bis unter 65-Jährigen in Oberbayern auf (11,7 % Reichtumsquote).
- Regional sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich des Anteils an reichen Haushalten relativ konstant ausgeprägt.
- Einpersonenhaushalte haben in Oberfranken einen besonders hohen Anteil an reichen Personen (11,8 %). In Oberbayern stellen diesen insbesondere die Mehrpersonenhaushalte ohne Kind (12,1 %). Auch Haushalte mit zwei Erwachsenen und 1 Kind sind in Oberbayern überproportional häufig reich (11,0 %).

Regionale Einkommensreichtumsquoten*) 2008 nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	Einkommensreichtumsquoten (in %) auf Basis des Regierungsbezirkmedians, 2008						
	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Insgesamt	9,3	6,5	5,7	6,4	7,1	6,8	5,9
Alter							
unter 25	6,1	4,1	(3,7)	4,2	3,9	4,9	2,9
25 bis unter 65	11,7	8,1	7,4	8,3	9,3	8,6	7,9
65 und älter	6,3	5,1	(3,6)	(4,0)	5,0	4,4	4,3
Geschlecht							
männlich	10,4	7,0	6,1	7,0	7,5	7,3	6,6
weiblich	8,3	5,9	5,2	5,9	6,7	6,4	5,2
Haushaltstyp¹⁾ (Alter des Haupteinkommensbeziehers)							
Einpersonenhaushalte	7,4	(4,2)	(3,8)	11,8	5,9	5,2	5,0
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	12,1	(6,5)	8,1	—	10,2	9,0	8,9
1 Erwachsene(r) und 1 oder mehrere Kinder	(3,0)	—	—	—	—	—	—
2 Erwachsene ¹⁾ und 1 oder mehrere Kinder	8,3	4,3	4,4	4,5	5,0	6,0	3,4
davon 2 Erwachsene ¹⁾ mit 1 Kind	11,0	(4,8)	(6,9)	(5,9)	(5,5)	(6,5)	(4,8)
davon 2 Erwachsene ¹⁾ mit 2 Kindern	7,8	(4,2)	(3,6)	(4,3)	5,2	(5,6)	(3,6)
davon 2 Erwachsene ¹⁾ mit 3 oder mehr K.	5,0	—	—	—	—	—	—
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	6,1	—	—	(6,0)	—	(4,3)	—

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet ; Personen mit gültigen Einkommensangaben; ¹⁾ Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft; Ergebnisse des Mikrozensus

Quelle: IT-NRW

2. Wohlstand

2.6 Gehobener Wohlstand, Reichtum

Regionale Anteile reicher Personen 2008

- Von den rund 940.000 reichen Personen in Bayern (Einkommen von mehr als 200 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung) lebten im Jahr 2008 rund 43 % allein in Oberbayern. In Niederbayern, der Oberpfalz, und Oberfranken waren es 7 bis 8 %, in Unterfranken Schwaben und Mittelfranken 10 % oder etwas darüber.
- Mit einem Anteil von 16 % gab es mehr reiche Junge unter 25 Jahren als reiche Ältere ab/über 65 Jahre (13 %). Die mit großem Abstand größte Gruppe stellen die 25- bis unter 65-Jährigen (71 %), darunter lebten 31 % allein in Oberbayern.
- 25 % aller Reichen waren Personen aus Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder nur aus der Region Oberbayern. Die zweitgrößte Einzelgruppe waren – wiederum in Oberbayern – Haushalte mit zwei Erwachsenen mit ein oder zwei Kindern (12 % Anteil an Bayern insgesamt).

Regionale Anteile reicher Personen* 2008 nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	Anteile reicher Personen ¹⁾ auf (Basis des Regierungsbezirkmedians) in %, 2008							
	Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben	Bayern
Insgesamt	43	8	7	8	13	10	11	100
Alter								
unter 25	7	1	1	1	2	2	1	16
25 bis unter 65	31	6	5	5	10	7	8	71
65 und älter	5	1	1	1	2	1	2	13
Geschlecht								100
männlich	24	4	4	4	7	5	6	54
weiblich	20	4	3	4	6	5	5	46
Haushaltstyp²⁾ (Alter des Haupteinkommensbeziehers)								100
Einpersonenhaushalte	7	1	1	3	2	1	2	18
Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	25	1	4	—	9	6	8	53
1 Erwachsene(r) und 1 oder mehrere Kinder	1	—	—	—	—	—	—	1
2 Erwachsene ²⁾ und 1 oder mehrere Kinder	12	2	2	1	3	3	2	24
davon 2 Erwachsene ²⁾ mit 1 Kind	5	1	1	1	1	1	1	10
davon 2 Erwachsene ²⁾ mit 2 Kindern	5	1	1	1	1	1	1	11
davon 2 Erwachsene ²⁾ mit 3 oder mehr K.	1	—	—	—	—	—	—	1
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	2	—	—	1	—	1	—	4

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet ; ¹⁾ Personen mit gültigen Einkommensangaben; ²⁾ Haushaltstyp "Zwei Erwachsene" sind immer eine Paargemeinschaft; Ergebnisse des Mikrozensus

Quelle: IT-NRW

2. Wohlstand

2.6 Gehobener Wohlstand, Reichtum

Hoher Wohlstand besonders bei Selbstständigen und Personen mit Hochschulabschluss

- 12 % der Erwerbstätigen können sich in Oberbayern zu den reichen Haushalten rechnen, in den anderen bayerischen Regionen sind es maximal 8 bis 10 %.
- Selbstständige haben mit 24 % in Oberbayern die höchste Reichtumsquote, während es in der Oberpfalz nur 4 % sind.
- Mit einer Lehrausbildung bzw. äquivalentem Abschluss erreichen nur rund 2 bis 4 % der Personen bzw. ihre Haushaltsmitglieder einen hohen materiellen Wohlstand, bei einer Meisterausbildung rund 7 bis 8 %. Demgegenüber sind die Reichtumsanteile für Hochschulabgänger mit einer Quote von rund 22 bis 25 % in den Regierungsbezirken um mindestens das dreifache höher.
- Die Reichtumsquoten zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft bzw. mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich nur um rund 3 %-Punkte.

Regionale Einkommensreichtumsquoten*) 2008 nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	Einkommensreichtumsquoten (in %) auf Basis des Regierungsbezirkmedians, 2008						
	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Erwerbsstatus							
Erwerbstätige	12,4	8,9	8,0	8,9	10,1	9,2	8,3
davon Selbstständige (inkl. mith. Familienangeh.)	24,2	21,5	4,2	19,7	20,2	19,9	20,6
abhängig Erwerbstätige	10,4	7,2	6,8	7,7	8,9	8,0	7,0
Erwerbslose	—	—	—	—	—	—	—
Nichterwerbspersonen	6,3	4,3	3,5	4,2	4,3	4,5	3,6
davon Rentner/innen	4,4	—	—	2,9	3,2	3,0	2,7
Pensionär/-innen	14,1	—	—	—	—	—	—
Personen im Alter von unter 25 Jahren	7,1	4,3	4,2	4,3	4,2	5,1	3,1
sonstige Nichterwerbspersonen	6,6	—	—	5,0	4,9	3,9	4,4
Nach Erwerbsumfang, Transferbezug des Haupteinkommensbeziehers							
Vollzeit	11,9	7,9	7,2	8,4	9,3	8,8	7,2
Teilzeit	3,4	—	—	—	—	—	—
keine Erwerbstätigkeit	4,3	3,6	2,3	3,0	3,2	3,3	3,3
Qualifikationsgruppe der Person mit dem dem höchsten Einkommen im Haushalt							
Anlernberuf, Praktikum	—	—	—	—	—	—	—
Lehrausbildung, Ber.-fachschul-Abschluss	4,2	3,3	2,3	2,8	3,3	3,5	2,8
Meister, Techniker, Fachschule	7,3	8,5	7,9	8,5	7,2	8,0	8,4
(Fach-) Hochschule	23,6	25,3	22,5	24,2	22,5	22,8	21,9
Staatsangehörigkeit							
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	7,3	—	—	—	3,1	—	—
mit deutscher Staatsangehörigkeit	9,6	6,6	5,7	6,7	7,6	7,2	6,2
Migrationshintergrund							
mit Migrationshintergrund	7,2	4,0	4,3	—	3,2	2,7	2,9
ohne Migrationshintergrund	10,0	6,9	5,9	7,1	8,2	7,6	6,7

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet ; Personen mit gültigen Einkommensangaben; Mikrozensus

Quelle: IT-NRW

2. Wohlstand

2.7 Einkommensschichtung

2.7 Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach Einkommensdezilen 2008

- Eine Schichtung der Bevölkerung nach Dezilen¹⁴ zeigt, welches durchschnittliche Äquivalenzeinkommen jeweils 10 % der Bevölkerung, aufsteigend geschichtet, hatten. Die Mikrozensusdaten erfassen aber keine sehr hohen Einkommen (vgl. Kap. 2.1).
- Die einkommensschwächsten 10 % der Personen in Bayern hatten ein durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen von 591 Euro, ein Wert, der rund 30 % unter der Armutsrisikoschwelle liegt.
- Mit einem durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen von 869 Euro überschreiten im zweiten Dezil die Personen mit ihrem Mittelwert die Armutsrisikoschwelle nur um rund 3 %.
- Den mit Abstand größten Wohlstandssprung gibt es bei den obersten 10 % (wobei im Mikrozensus hohe und sehr hohe Einkommen unterfasst bzw. überhaupt nicht erfasst werden): Diese Gruppe hat einen Anteil am Wohlstand von rund 23 %, er ist rund 6,5-mal so hoch wie im einkommensschwächsten Dezil.
- Einen hohen Wohlstandssprung gibt es zwischen dem einkommensschwächsten 1. Dezil zu dem etwas wohlhabenderen 2. Dezil sowie vom 8. zum 9. und von diesem wiederum zum 10. Dezil; d.h. am oberen Ende der Einkommensskala wird die Wohlstandszunahme immer größer.

Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach Einkommensdezilen, Bayern 2008 *)

Dezile	Anteil am Einkommen	durchschnittliches Äquivalenz-einkommen**	Zunahme je Dezil ggü. vorherigem Dezil	durchschnittliches Äquivalenzeinkommen** je Dezil in Relation zum allgem. Medianeinkommen (1.410 €)
	%	EUR		%
1. Dezil	3,7	591	---	42
2. Dezil	5,3	869	278	62
3. Dezil	6,4	1.038	169	74
4. Dezil	7,5	1.185	147	84
5. Dezil	8,3	1.335	150	95
6. Dezil	9,2	1.493	158	106
7. Dezil	10,3	1.677	184	119
8. Dezil	11,9	1.919	242	136
9. Dezil	14,1	2.299	380	163
10. Dezil	23,3	3.845	1.546	273
insgesamt	100,0	1.620	---	115

*) Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala;

**) durchschnittliches Äquivalenzeinkommen je Dezil (nicht Medianeinkommen!); Ergebnisse des Mikrozensus
Quelle: IT.NRW

¹⁴ „Zehntelwerte“: Mit Dezilen wird eine z.B. nach ihrem Einkommen – sortiert vom niedrigsten zum höchsten Einkommen – sortierte Gruppe in jeweils 10 %-Schritte zerlegt, d.h. das 1. Dezil sind die 10 % der Bevölkerung mit dem geringsten Einkommen, das 2. Dezil die 11 bis 20 % der Bevölkerung mit dem nächst höheren Einkommen usw.

2. Wohlstand

2.7 Einkommensschichtung

Die Verteilung des Wohlstandes in Bayern entspricht in etwa jener im früheren Bundesgebiet und ist seit 2005 gleichbleibend

- Der Gini-Koeffizient beschreibt die Einkommensungleichheit mit einer Zahl zwischen 0 und 1 (vgl. Kap. 2.1): Bei einer völligen Gleichverteilung der Einkommen wäre der Gini-Koeffizient 0, bei völliger Ungleichheit 1. Der Gini-Koeffizient beschreibt aber nur die relative Ungleichheit, d.h. auch bei unveränderter relativer Verteilung (konstantem Gini-Koeffizient) nehmen die absoluten Wohlstandsunterschiede zwischen den Gruppen zu, wenn insgesamt der Wohlstand wächst. Zunehmende absolute Gruppenunterschiede bei konstantem Gini-Koeffizient können z.B. mit Dezilen dargestellt werden (vgl. Abb. oben; eine relativ unveränderte Ungleichheit bedeutet aber bei steigendem Wohlstand eine Zunahme der absoluten Ungleichheit, d.h. die absoluten Einkommensunterschiede nehmen zu).
- Die relative Ungleichverteilung hat sich in den Jahren 2005 bis 2008 in Bayern auf Basis der Daten des Mikrozensus (sehr hohe Einkommen nicht oder nur teils erfasst) für alle Gruppen zusammen nicht verändert: Der Gini-Koeffizient liegt in diesem Zeitraum kontinuierlich bei 0,29 (keine Daten für 2003 verfügbar).
- Der Gini-Koeffizient lag sowohl in Bayern wie im früheren Bundesgebiet bei 0,29, d.h. die Ungleichverteilung des Wohlstandes in Bayern entspricht in etwa jener im früheren Bundesgebiet als Ganzes, zumindest bezogen auf einen unteren bis gehobenen Wohlstand (sehr hohe Einkommen werden im Mikrozensus nicht bzw. nicht ausreichend erfasst).

Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen*) nach Regionen) 2008**

Regionaleinheit	Gini-Koeffizient
Bayern	0,29
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	0,29
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	0,26
Bundesrepublik Deutschland	0,29

*) Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Berechnet auf Basis der neuen OECD-Skala **) Ergebnisse des Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

2. Wohlstand

2.8 Vermögen

2.8 Das Vermögen¹⁵ privater Haushalte in Bayern ist deutlich höher als im früheren Bundesgebiet und weitaus höher als in Deutschland

- Das mittlere Net togeldvermögen* eines Haushalts in Bayern liegt bei rund 25.000 Euro und damit mehr als 50 % über dem Niveau im früheren Bundesgebiet.
- Das mittlere Net togesamtvermögen – ohne große Teile der Betriebsvermögen – eines Haushalts in Bayern, also einschließlich Immobilienbesitz, beträgt rund 71.000 Euro und liegt um fast 80 % über dem Wert für das frühere Bundesgebiet.
- Auch das durchschnittliche Vermögen liegt in Bayern insgesamt um 20 % bis über 30 % über dem Niveau im früheren Bundesgebiet. Die Durchschnittswerte liegen so weit über den mittleren Werten, da wenige sehr reiche Haushalte den Gesamtdurchschnitt so weit anheben, dass er für mittlere Haushalte nicht typisch ist.
- Dass das mittlere Nettovermögen eines Haushalts in Bayern deutlich näher am Durchschnittvermögen aller Haushalte liegt als im früheren Bundesgebiet und Deutschland insgesamt, weist darauf hin, dass die Vermögensposition der mittleren Haushalte deutlich besser ist und damit die Vermögensverteilung zumindest im mittleren Bereich gleichmäßiger ist.

Net togeldvermögen und Net togesamtvermögen privater Haushalte 2008

	Bayern	Werte für Bayern in % von West- Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
	Euro	%	Euro	
Median: mittleres Vermögen*				
Net togeldvermögen	25.200	155,6	14.800	16.200
Net togesamtvermögen	71.200	178,9	32.000	39.800
Durchschnittswert je Haushalt				
Net togeldvermögen	59.800	119,6	45.700	50.000
Net togesamtvermögen	175.700	133,1	117.600	132.000
Medianes Vermögen in % des Durchschnittsvermögens				
Net togeldvermögen	42,1	---	32,4	32,4
Net togesamtvermögen	40,5	---	27,2	30,2

*: Mittelwert: Vermögen des Haushaltes "in der Mitte aller Haushalte", d.h. rund 50 % der Haushalte haben geringere und die anderen rund 50 % höhere Vermögen als der Haushalt "in der Mitte".

Quelle: Darstellung und Berechnung nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Heft 2, 2009

¹⁵ Zum Net togeldvermögen zählen u.a. Sparguthaben, Wertpapiere, Aktien, Investmentpapiere sowie Versicherungsguthaben, vermindert um Kredite. Andere Formen der Unternehmensbeteiligung sind jedoch nicht berücksichtigt. Zum Net togesamtvermögen zählt zusätzlich auch Haus- und Grundbesitz, vermindert um Restschulden. Daten einschließlich der Haushalte, deren Net togeldvermögen kleiner oder gleich Null ist (vgl. im Detail Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2009, Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte in Bayern, München).

2. Wohlstand

2.8 Vermögen

Vermögensverteilung: Mit dem Einkommen stark ansteigend

- Ein mittlerer (medianer) Haushalt hatte 2008 in Bayern ein Net togeldvermögen von rund 25.000 Euro und ein Net togesamtvermögen (einschließlich Immobilien) von rund 71.000 Euro.
- Über das höchste Net togeldvermögen wie auch Net togesamtvermögen verfügten Selbstständige und Pensionäre, ihr Gesamtvermögen lag rund auf dem 2,4- bis 2,9-fachen Niveau aller Haushalte. Über kein Vermögen bzw. mit am wenigsten verfügten Arbeitslose sowie Rentner und Angestellte.
- Da sich diese Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aber noch auf Haushalte beziehen und damit nicht berücksichtigen, wie viele Personen an diesem Vermögen teilhaben, ist davon auszugehen, dass zumindest die Position der Rentner- und Pensionärshaushalte aufgrund einer durchschnittlich kleineren Personenzahl je Haushalt – zumindest bei höheren Einkommen – besser ist als die Daten je Haushalt ausweisen.
- Die Höhe des Vermögens nimmt mit steigendem Einkommen stark überproportional zu: So verfügten Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 1.500 bis 2.000 Euro über ein Net togesamtvermögen von 46.000 Euro, bei 2.600 bis 3.600 Euro Nettoeinkommen waren es aber bereits 156.000 Euro.
- Haushalte mit einem mittleren Einkommen von unter 900 Euro haben keinerlei nennenswertes Vermögen sowie bei unter 1.300 Euro Nettoeinkommen nur ein Gesamtvermögen von rund 10.000 Euro, Haushalte mit einem Nettoeinkommen von über 5.000 Euro hingegen können ein Net togesamtvermögen von über 400.000 Euro (Hypothekenschulden auf Immobilien bereits abgezogen) ihr eigen nennen, wobei Produktivvermögen in Form von Firmenbeteiligungen – soweit es nicht insbesondere Aktien sind – noch nicht berücksichtigt ist.

Vermögen je Median-Haushalt, Bayern, 2008, Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

soziale Stellung (Haupteinkommens- bezieher)	alle Haushalte	Selbst- ständige ¹⁾	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	Arbeits- lose	Nicht- erwerbs- tätige	darunter	
								Rentner	Pensionäre
Net togeldvermögen in Euro	25 200	48 500	40 900	27 700	24 100	0	24 600	23 400	56 900
in % vom Gesamtdurchschnitt	100	192	162	110	96	0	98	93	226
Net togesamtvermögen in Euro	71 200	169 200	151 100	69 300	72 900	100	72 500	69 100	206 900
in % vom Gesamtdurchschnitt	100	238	212	97	102	0	102	97	291
monatliches Haushalts- nettoeinkommen von ... bis unter ... EUR ¹⁾	alle Haushalte	unter 900	900 - 1 300	1 300 - 1 500	1 500 - 2 000	2 000 - 2 600	2 600 - 3 600	3 600 - 5 000	5 000 - 18 000
Net togeldvermögen in Euro	25 200	300	5 500	11 200	20 300	34 000	47 700	73 500	146 300
in % vom Gesamtdurchschnitt	100	1	22	44	81	135	189	292	581
Net togesamtvermögen in Euro	71 200	700	10 200	20 000	46 000	104 100	156 400	245 600	428 000
in % vom Gesamtdurchschnitt	100	1	14	28	65	146	220	345	601

Einschließlich Haushalte, deren Net togeldvermögen kleiner oder gleich Null ist; Daten der EVS 2008, Landesamt für Statistik 2009

Quelle: Berechnung nach Bayerischem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2009, Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte in Bayern, München

2. Wohlstand

2.8 Vermögen

Vermögen der mittleren Haushalte nach Alter und Haushaltstyp 2008

- Über das höchste Netto gesamtvermögen verfügten – mit großem Abstand – Haushalte mit einem Hauptverdiener im Alter von 55 bis 65 Jahren: Deren mittleres Gesamtvermögen betrug mit rund 133.000 Euro z.B. das mehr als 3-fache von jenem der über 80-Jährigen (rund 41.000 Euro) und zu drei Viertel mehr als das Vermögen der 35- bis 45-Jährigen, während die unter 35-Jährigen nur über relativ wenig Vermögen (14.000 Euro) verfügen konnten.
- Sowohl allein stehende Frauen wie Männer hatten mit knapp über 20.000 Euro nahezu das gleiche relativ geringe Netto gesamtvermögen im Vergleich zu allen Haushalten (71.000 Euro). Ein nicht mal nennenswertes Vermögen hatten Alleinerziehende (nur 1.900 Euro). In einer völlig anderen „Vermögensdimension“ leben hingegen Paare sowohl mit wie auch ohne Kinder mit einer Summe von über 121.000 im Mittel.
- Bei den Paaren mit Kindern nimmt das mittlere Vermögen mit der Zahl der Kinder erheblich zu, was auf ein mit zunehmendem Lebensalter erhöhtes Einkommen wie auch auf Verhaltensweisen (weniger Kinder wegen geringerer Einkommen und Vermögen) zurückzuführen ist: So beträgt das mittlere Vermögen eines Haushaltes mit drei Kindern 174.000 Euro, bei nur einem Kind hingegen 112.000 Euro.

Vermögen je Median-Haushalt, Bayern, 2008, nach Alter und Haushaltstyp

Alter (Hauptein-kommensbezieher) von ... bis unter ... Jahren	alle Haushalte	unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 - 70	70 - 80	80 oder mehr
Nettогeldvermögen in Euro in % vom Gesamtdurchschnitt	25 200 100	2 800 11	11 800 47	27 700 110	34 900 138	38 800 154	31 700 126	28 500 113	27 500 109
Netto gesamtvermögen in Euro in % vom Gesamtdurchschnitt	71 200 100	2 400 3	14 000 20	76 000 107	108 400 152	133 800 188	123 500 173	95 000 133	41 000 58

Einschließlich Haushalte, deren Nettogeldvermögen kleiner oder gleich Null ist; Daten der EVS 2008, Landesamt für Statistik 2009

Haushaltstyp	alle Haushalte	allein Lebende	davon		allein Er- ziehende	Paare	davon		sonstige Haushalte
			Männer	Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern)	
Nettогeldvermögen in Euro in % vom Gesamtdurchschnitt	25 200 100	11 100 44	12 100 48	10 600 42	1 100 4	38 300 152	37 900 150	39 000 155	45 500 181
Netto gesamtvermögen in Euro in % vom Gesamtdurchschnitt	71 200 100	20 100 28	21 800 31	20 000 28	1 900 3	131 200 184	121 500 171	140 300 197	182 000 256

Haushaltstyp	alle Haushalte	mit Kind(ern)1)						ohne Kinder		
		allein Er- ziehende	mit ... Kind(ern)		Paare	davon mit ... Kind(ern)			Paare	allein Lebende
			1	2 oder mehr		1	2	3 oder mehr		
Nettогeldvermögen in Euro in % vom Gesamtdurchschnitt	25 200 100	1 100 4	800 3	3 200 13	39 000 155	33 500 133	42 600 169	38 300 152	37 900 150	11 100 44
Netto gesamtvermögen in Euro in % vom Gesamtdurchschnitt	71 200 100	1 900 3	900 1	7 100 10	140 300 197	112 100 157	155 700 219	174 300 245	121 500 171	20 100 28

Einschließlich Haushalte, deren Nettogeldvermögen kleiner oder gleich Null ist

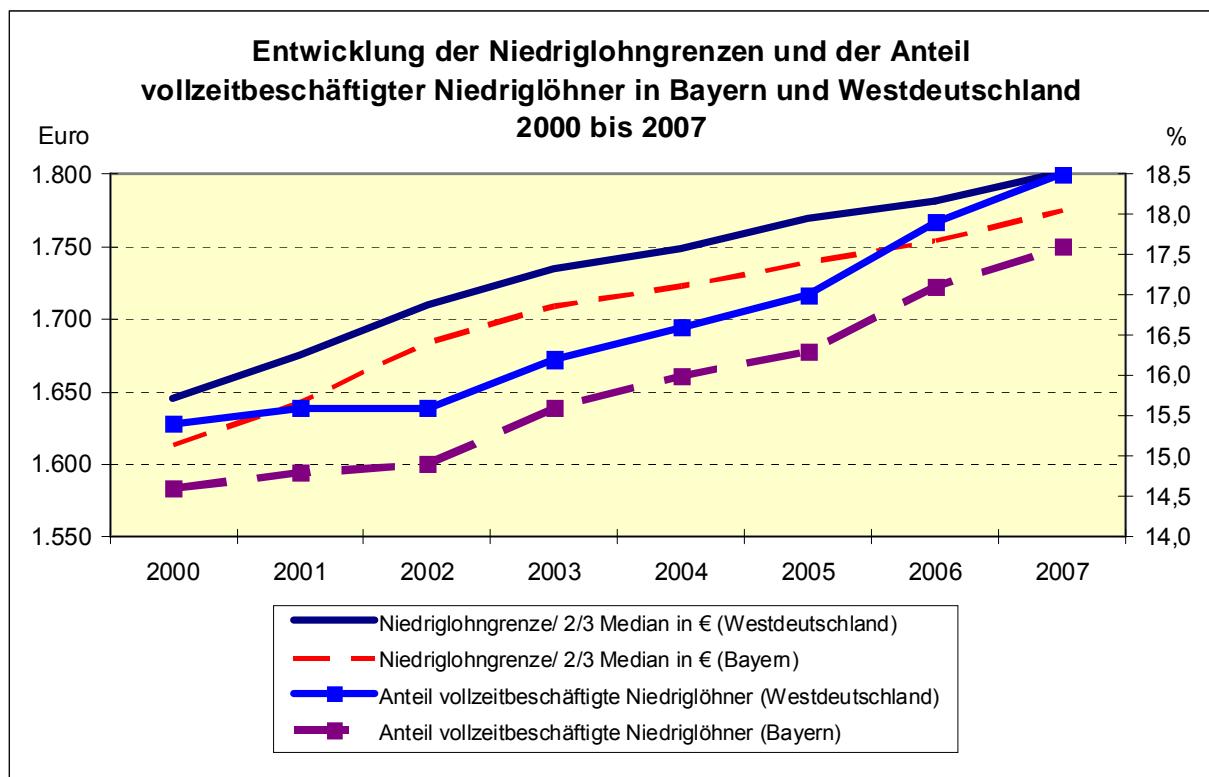
Quelle: Daten der EVS 2008, Landesamt für Statistik 2009

2. Wohlstand

2.9 Niedriglohnbereich

2.9 Der Niedriglohnsektor umfasst in Bayern rund ein Sechstel der Vollzeiterwerbstätigen

- Von einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich wird gesprochen, wenn ein Bruttolohn unter zwei Drittel des Medianlohnes bezogen wird (Medianlohn: Lohn des mittleren – medianen – Erwerbstätigen; vgl. zum Median Kap. 2.1).
- Aufgrund der erhöhten Armutgefährdung bei einer Erwerbstätigkeit im Niedriglohnbereich (insbesondere wenn nur ein Einkommensbezieher im Haushalt erwerbstätig ist oder bei einer Teilzeitbeschäftigung) wird eine Niedriglohn-Vollzeiterwerbstätigkeit auch als prekäre Beschäftigung bezeichnet, da das Kriterium einer Normalbeschäftigung – vom Erwerbseinkommen als Vollzeiterwerbstätiger ohne staatliche Grundsicherung leben zu können – oftmals gefährdet bzw. nicht erfüllt ist.
- Die Niedriglohngrenze ist nominal im Zeitraum von 2000 bis 2007 stark angestiegen (neuere Daten liegen aus den Daten der Bundesagentur für Arbeit momentan noch nicht vor), real (preisbereinigt) aber gesunken: In Bayern stieg die Niedriglohngrenze nominal von 1.612 Euro (pro Monat, Vollzeitbeschäftigung) auf rund 1.775 Euro in 2007, real (preisbereinigt) bedeutete dies einen Rückgang von 1.612 Euro auf 1.563 Euro in 2007. Abgebremst wurde der Rückgang noch dadurch, dass durch Umwandlung einkommensniedriger Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze statistisch der Median der verbleibenden Vollzeitarbeitsplätze etwas angehoben wurde. Die Niedriglohngrenze liegt in Bayern rund 2 % unter jener von Westdeutschland.
- Der Anteil der vollzeitbeschäftigen Niedriglohnbezieher ist in Bayern vom Jahr 2000 mit rund 14,5 % bis 2007 auf rund 17,5 % angestiegen und folgt damit dem bundesweiten Trend (Westdeutschland: 18,5 %, Deutschland 20,3 %). Laut Zweitem Sozialbericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern machte dieses Niedriglohninkommen für 38 % der Haushalte mehr als vier Fünftel ihres Einkommens aus.



Quelle: IAB/INIFES eigene Darstellung nach IAB, BA-Beschäftigtenpanel

2. Wohlstand

2.9 Niedriglohnbereich

Der Niedriglohnsektor umfasst auch sehr viele Vollzeiterwerbstätige

- Während ein Niedriglohn aufgrund einer Teilzeittätigkeit allein oftmals noch nicht zu einem erhöhten Armutsrisiko führt, weil häufiger andere Einkommensbezieher im Haushalt sind, ist ein Niedriglohn bei Vollzeittätigkeit problematischer im Hinblick auf Wohlstand, Teilhabe, Vorsorge und Unabhängigkeit von fortlaufender staatlicher Grundsicherung. Das Lohnniveau bei Vollzeittätigkeit ist nach wie vor für die aller meisten Menschen entscheidend für ihren Wohlstand, ihre Chancen bzgl. der Altersvorsorge, die Bereitschaft zur Familiengründung und ihr Selbstwerteleben.

Anteil der niedriglohnbeziehenden Vollzeitbeschäftigen nach Geschlecht, Altersgruppen, Qualifikation, Wirtschaftszweigen und Betriebsgröße ¹⁾ in BY und WD 2007 (Prozent)		
	BY	WD
Geschlecht		
Frauen	30,7	31
Männer	11,0	12,2
Altersgruppen		
15 bis 24 Jahre	41,0	45,7
25 bis 34 Jahre	18,2	21,1
35 bis 44 Jahre	13,8	14,9
45 bis 54 Jahre	14,0	14,7
55 bis 64 Jahre	14,9	14,9
Qualifikation		
Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife o. Berufsausb.	29,6	29,4
Volks-/Hauptschule/Mittl. Reife m. Berufsausb.	14,9	16,4
Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung	11,9	16,4
Fach-/Abitur mit Berufsausbildung	8,1	8,4
Fachhochschulabschluss	1,6	3,0
Hochschul-/Universitätsabschluss	3,0	3,0
Wirtschaftszweige		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	40,2	45,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	9,7	2,8
Verarbeitendes Gewerbe	9,4	9,0
Energie- und Wasserversorgung	1,2	1,5
Baugewerbe	11,1	12,8
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	22,0	22,6
Gastgewerbe	64,9	69,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	19,4	19,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,9	4,2
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen etc.	31,4	32,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	5,0	4,4
Erziehung und Unterricht	9,1	10,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	22,5	24,7
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	26,0	27,7
Private Haushalte mit Haushaltspersonal	64,1	68,8
Exterritoriale Organisation und Körperschaften	5,2	9,1
Betriebsgrößenklassen		
1-19 Beschäftigte	33,4	35,9
20-99 Beschäftigte	19,1	20,1
100-499 Beschäftigte	14,8	13,9
500 und mehr Beschäftigte	3,7	4,0

¹⁾ Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Quelle: IAB/INIFES eigene Darstellung nach IAB, BA-Beschäftigtenpanel

2. Wohlstand

2.9 Niedriglohnbereich

- Ein Vergleich der Struktur der Vollzeitbeschäftigen im Niedriglohnbereich in Bayern mit Westdeutschland zeigt ähnliche Muster – mit im Freistaat etwas geringeren Anteilen in fast allen Gruppen (Ausnahmen: Beschäftigte mit bis zu mittlerem Schulabschluss ohne Berufsausbildung, solche mit Hochschul-/Universitätsabschluss sowie 55- bis 64-Jährige).
- Mit 30,7 % liegt der Anteil der Frauen im Niedriglohnbereich in Vollzeit weit über dem Wert für Männer von 11,0 %, wobei der Anstieg seit 2000 bei Männern etwas ausgeprägter war als bei Frauen.
- Differenziert nach Altersgruppen weisen die 15- bis 24-Jährigen mit 41,0 % den bei weitem höchsten Wert aus (in Westdeutschland sogar 45,7 %). In den nächsten zwei Alterskohorten fallen die Werte, um ab dem 45. Lebensjahr wieder anzusteigen – in Bayern deutlicher als im westdeutschen Durchschnitt.
- Schulische bzw. berufliche Qualifizierung sind keine Garantie für ein höheres Einkommen – sie schützen aber mit großer Wahrscheinlichkeit vor Niedriglohnbezug: So liegt der Niedriglöhneranteil mit Hochschul-/Universitätsabschluss mit 3,0 % nur bei einem Zehntel der Vollzeitbeschäftigen mit maximal Mittlerer Reife und keinem beruflichen Abschluss (29,6 %). Personen mit Fach-/Abitur und Berufsausbildung sind aber immer noch zu 8 % Vollzeit im Niedriglohnbereich tätig, bei den Hochschul- und Fachhochschulabsolventen liegt der Anteil bei oder knapp unter 3 %.
- Wirtschaftszweige mit den höchsten Anteilen von vollzeitbeschäftigten Niedriglohnbeziehern sind das Gastgewerbe (64,9 %), die privaten Haushalte mit Hauspersonal (64,1 %) sowie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei/Fischzucht (40,2 %). Am anderen Ende rangieren mit den niedrigsten Werten der Wirtschaftszweig Energie- und Wasserversorgung sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Mit steigender Betriebsgröße nimmt der Niedriglöhneranteil deutlich ab.

2. Wohlstand

2.9 Niedriglohnbereich

Erwerbsstrukturen: Niedriglohn insbesondere bei Zeitarbeitnehmern, geringfügig Beschäftigten und befristet Beschäftigten

- Wird als Niedriglohngrenze nicht der Monatsverdienst, sondern der Bruttoverdienst pro Stunde zu Grunde gelegt (Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Medians vom Bruttostundenverdienst; 2006 waren das 9,85 Euro in Bayern), so können verschiedene Beschäftigungsformen verglichen werden, unabhängig vom durchschnittlichen Erwerbsumfang pro Monat. Hinweise auf die Armutgefährdung der Personen sind damit aber kaum noch möglich, da nicht bekannt ist, ob es sich um Vollerwerbstätige handelt.
- Analysiert werden nachfolgend mit der Verdiensterhebung auch nur Beschäftigte in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten, was den Anteil des Niedriglohnsektors erheblich unterschätzt, gleichwohl aber Hinweise auf Strukturen geben kann.
- Auf Stundenbasis lag im Jahr 2006 der Anteil der im Niedriglohnbereich Beschäftigten in größeren Betrieben bei 16 %, davon 44 % bei atypisch Beschäftigten (vgl. zur Definition Kap. 3.1) und 8 % bei den Normalarbeitnehmern.
- Einen Niedriglohn (pro Stunde) bezogen in größeren Betrieben mit 77 % insbesondere geringfügig Beschäftigte sowie mit 68 % Zeitarbeitnehmer. Mit einem Anteil von 31 % waren unter den befristet Beschäftigten schon deutlich weniger Personen unter der Niedriglohngrenze erwerbstätig.
- Niedriglohn ist – auch auf Stundenbasis – vorrangig etwas, das Frauen, junge Arbeitnehmer/-innen wie auch Beschäftigte ohne Berufsausbildung bzw. solche ohne Angabe betrifft.

Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn in Bayern im Oktober 2006*), in %

	Insgesamt	Normal- arbeit- nehmer/- innen	Atypisch Beschäf- tigte	davon			
				Teilzeit- beschäf- tigte	befristet Beschäf- tigte	geringfügig Beschäf- tigte	Zeitarbeit- nehmer/- innen
Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Medians vom Bruttostundenverdienst (= 9,85 Euro)							
Insgesamt	16	8	44	16	31	77	68
Frauen	25	14	43	15	34	79	75
Männer	10	5	47	19	28	73	65
Alter von ... bis unter ...							
15 - 25	39	25	62	/	/	/	/
25 - 35	16	8	41	/	/	/	/
35 - 45	13	6	39	/	/	/	/
45 - 55	13	7	41	/	/	/	/
55 - 65	17	8	45	/	/	/	/
ohne anerkannte Be- rufsausbildung	27	14	58	/	/	/	/
mit Berufsausbildung	10	6	30	/	/	/	/
Hochschulabschluss	3	2	6	/	/	/	/
ohne Angabe	45	23	70	/	/	/	/

Quelle: Statistisches Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006

*) Nur Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten, im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Auszubildende und Altersteilzeit.

2. Wohlstand

2.9 Niedriglohnbereich

Armutsgefährdung Erwerbstätiger

- Von Armut gefährdet waren von den Erwerbstätigen selbst (ohne die Haushaltsmitglieder mit einzurechnen, die mit von dem Erwerbs- und Haushaltseinkommen leben)
 - 7,9 %, soweit kein weiterer Erwerbstätiger im Haushalt lebte,
 - aber nur 0,7 %, soweit ein weiteres Haushaltsmitglied erwerbstätig war.
 - bei einem Normalarbeitsverhältnis (vgl. Kap. 3.1) nur 4,2 % der Erwerbstätigen,
 - bei einer atypischen Beschäftigung (vgl. Kap. 3.1) waren es hingegen fast ein Viertel aller Erwerbstätigen.
 - bei Alleinerziehenden rund 10 %, wenn sie in einem Normalarbeitsverhältnis erwerbstätig waren, und fast 35 %, wenn sie eine atypische Beschäftigung ausübten.
 - Ausländer aus Nicht-EU-Staaten zu 11,5 % sowie Personen ohne anerkannte Berufsausbildung zu 11 %.
- Die größten Armutsriskiken für die Erwerbstätigen selbst bestehen damit bei einer atypischen Beschäftigung ohne einen weiteren Erwerbstätigen im Haushalt, insbesondere bei Alleinerziehenden (in diesem Fall auch bei einem Normalarbeitsverhältnis) und bei Männern mit einer atypischen Beschäftigung. Eine Lehrausbildung oder ein höherer Abschluss senkt das Armutsrisko um mindestens zwei Drittel auf unter 4 % für den Erwerbstätigen selbst.

Quote armutsgefährdeter Erwerbstätiger im Alter von 15 bis 64 Jahren in %, Bayern 2008, Mikrozensus

Nur Personen mit gültigen Angaben zum Einkommen, ohne Personen in Bildung oder Ausbildung, ohne Soldaten und Wehr- bzw. Zivildienstleistende	Erwerbstätige					
	Insgesamt	darunter ¹⁾				
		abhängig Beschäftigte		davon		
		Selbstständige ¹⁾	zusammen	in einem Normalarbeitsverhältnis	atypisch Beschäftigte	davon
Erwerbskonstellation im Haushalt						
ohne weitere Erwerbstätige	7,9	10,7	7,5	4,2	23,8	38,2
mit weiteren Erwerbstätigen / Normalbeschäftigte	0,7	/	0,7	0,5	1,3	/
Haushaltsstruktur						
Einpersonenhaushalte	5,4	9,4	4,8	1,8	22,4	48,1
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren	19,7	/	19,5	10,0	34,9	60,0
Paarhaushalte ohne Kinder unter 18 Jahren	2,0	/	1,7	0,7	5,6	9,2
Paarhaushalte mit 1 Kind unter 18 Jahren	3,9	/	3,7	2,8	-6,1	/
Paarhaushalte mit 2 oder mehr Kindern unter 18 Jahren	5,2	5,9	4,9	4,6	5,6	6,0
Männer	3,6	5,7	3,3	2,2	14,3	27,7
Frauen	4,5	6,3	4,1	2,1	7,6	9,8
Staatsangehörigkeit						
Deutsche(r)	3,4	5,3	3,1	1,8	7,9	11,1
Ausländer(innen) aus EU/Staaten (EU 27)	5,5	/	4,8	3,2	9,8	/
Ausländer(innen) aus Nicht/EU/Staaten (EU 27)	11,5	/	11,3	7,6	19,8	26,7
Höchster beruflicher Bildungsabschluss						
Ohne anerkannte Berufsausbildung	11,0	10,5	10,6	7,2	17,1	19,5
Lehrausbildung; Abschluss an einer Berufsfachschule	3,5	6,3	3,2	2,0	7,5	9,5
Tertiärer Abschluss (z.B. Meister, Diplom Univ.)	1,8	4,3	1,2	0,5	4,9	/
Ohne Angabe	9,8	/	/	/	/	/
Gesamt	4,0	5,8	3,7	2,2	9,0	12,4

1) Ohne mithelfende Familienangehörige

/ keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug

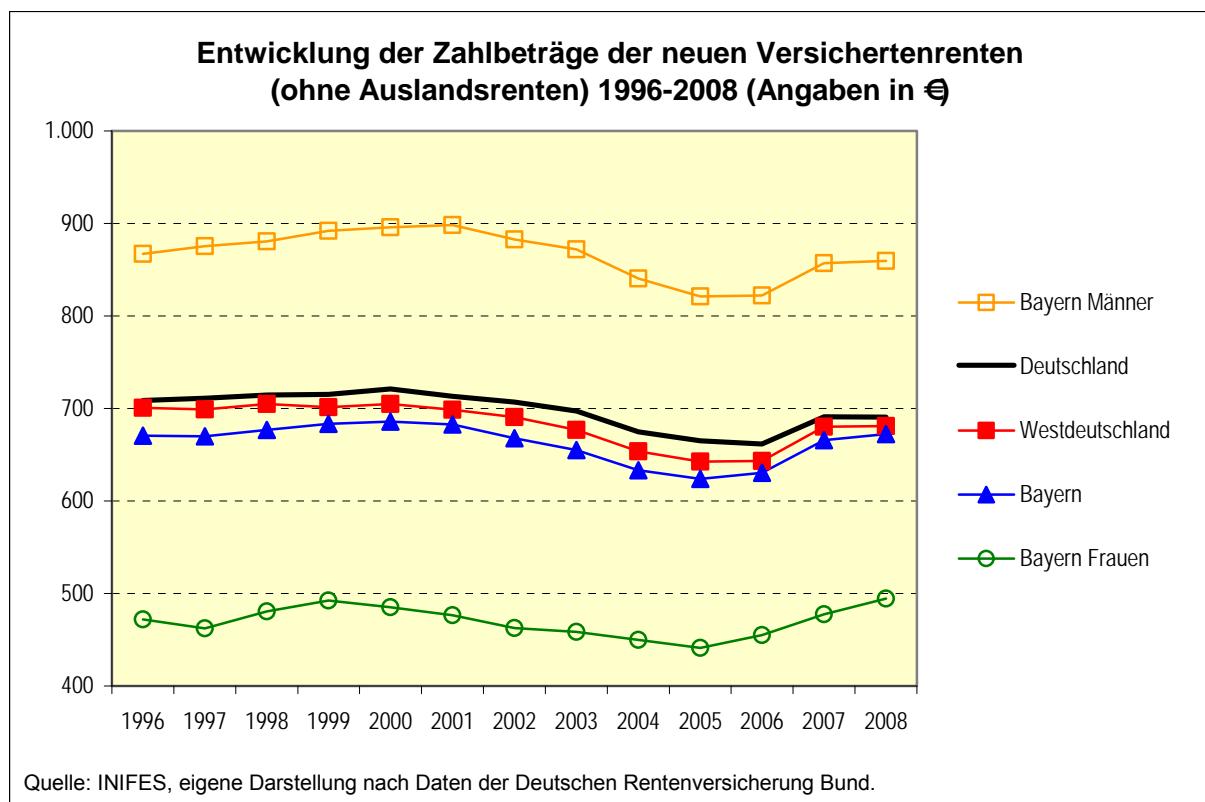
Quelle: Berechnung nach Bayerischem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Pressemitteilung 102/2009/42/A

2. Wohlstand

2.10 Renten

2.10 Renten: Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten der Männer bei 870 Euro, der Frauen bei 500 Euro in Bayern

- Die Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten¹⁶ lagen in Bayern – mit etwas abnehmender Differenz – unter den west- und gesamtdeutschen Werten (für 2008 BY: 672 Euro; WD: 681 Euro; D: 691 Euro). Gegenüber dem Jahr 2000 bedeutet dies einen durch die Rentenreformen bedingten Rückgang von (nominal) 14 Euro in Bayern – die reale Entwicklung ist unter Berücksichtigung der Preissteigerungsraten noch entsprechend deutlicher.
- Der gegen den Trend 2000 bis 2006 erfolgte zyklische Anstieg der Zahlbeträge 2006 bis 2008 war durch eine demographische Veränderung und Verhaltensänderungen aufgrund geänderter Rechtslage bedingt und ist, wie schon im 2. Bayerischen Sozialbericht (S. 768) angeführt, nur ein kurzfristiger Sondereffekt.
- Die Darstellung zeigt außerdem den erheblichen Geschlechterunterschied bei den neuen Versichertenrenten (Männer in Bayern 2008: 860 Euro; Frauen: 494 Euro), der sich aufgrund der steigenden Frauenerwerbsquote sehr langsam etwas reduziert. Bei den Männern verzeichnet Bayern damit, abgesehen von Bremen, die niedrigsten neuen Versichertenrenten aller westdeutschen Bundesländer, bei den Frauen allerdings – wegen der traditionell im Freistaat überdurchschnittlichen Frauenerwerbsquote – hinter Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg den vierthöchsten Wert.



¹⁶ Zahlbetrag neuer Versichertenrenten: Brutto (d. h. ohne Berücksichtigung gestiegener Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung) ausbezahlte Rente für jene Rentenempfänger, die im jeweiligen Jahr erstmals eine Rente bezogen haben.

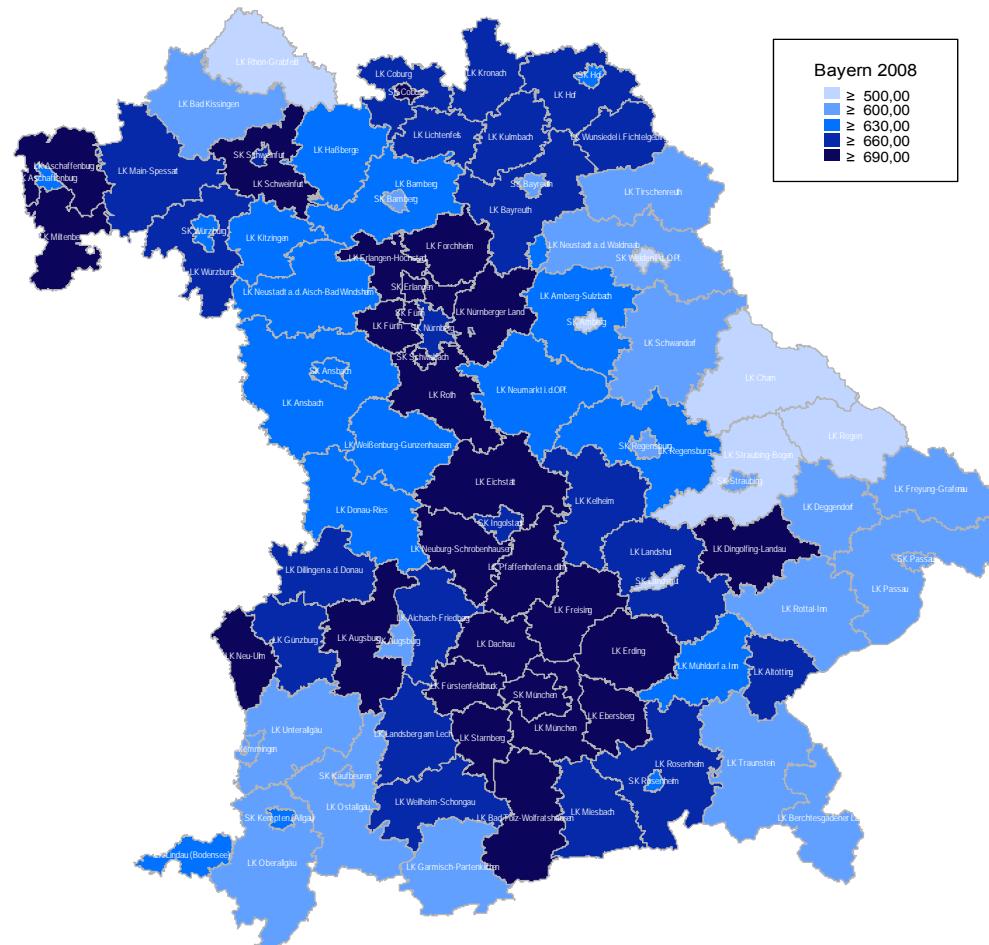
2. Wohlstand

2.10 Renten

Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten 2008 (ohne Auslandsrenten) nach Kreisen – insgesamt und Frauen

- Bei der Differenzierung der Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten (vgl. Darstellung unten) nach Stadt- und Landkreisen ergeben sich aufgrund der geringeren Fallzahlen über die Jahre hinweg leichte statistische Schwankungen, so dass kleinere Unterschiede in den Euro-Beträgen nicht überinterpretiert werden dürfen. Außerdem ist zu beachten, dass aus niedrigen Rentenbezügen nicht unmittelbar auf die Höhe der gesamten Alterseinkünfte und deren Kaufkraft in der jeweiligen Region gefolgert werden darf (insbesondere in Kreisen mit höheren Anteilen von Rentnerinnen und Rentnern, die neben relativ kurzen Beitragszeiten in der Gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund eines Statuswechsels in die Selbständigkeit oder ins Beamtenamt anderweitige Ansprüche aufgebaut haben).
 - Die Darstellung unten weist für das Jahr 2008 – abgesehen vom Kreis Rhön-Grabfeld (mit dem niedrigsten durchschnittlichen Zahlbetrag von 576 Euro) – vor allem für ostbayrische Kreise sehr niedrige Zahlbeträge aus. Hohe Werte finden sich v. a. im Umland von München, Nürnberg und Aschaffenburg (Landkreise Erlangen-Höchstadt 771 Euro; München 770 Euro).

Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten 2008 – insgesamt (Angaben in Euro)



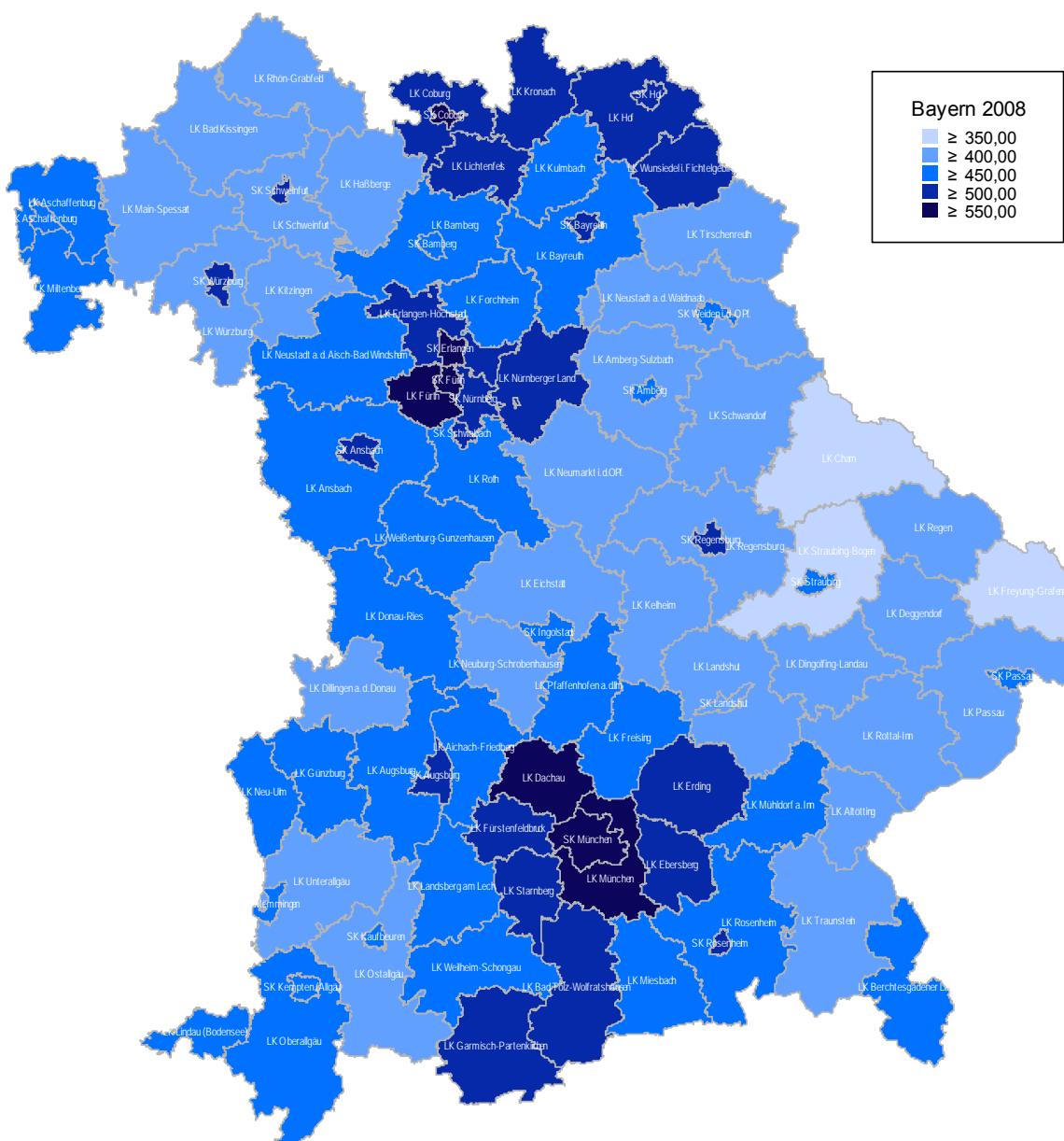
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

2. Wohlstand

2.10 Renten

- Bei den Frauen sind die Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten in einer sehr großen Zahl von Kreisen besonders gering, wie der untere Teil der Darstellung zeigt; am niedrigsten mit 374 Euro im Landkreis Cham, während nur in ganz wenigen Kreisen Renten über 650 Euro erreicht werden. Regionen mit derart niedrigen Rentenzahlbeträgen könnten angesichts der demographischen Entwicklung absehbar von der Konsumnachfrageseite her zusätzliche Probleme für die lokale Wirtschaft bekommen.

Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten 2008 (ohne Auslandsrenten) nach Kreisen – Frauen (Angaben in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

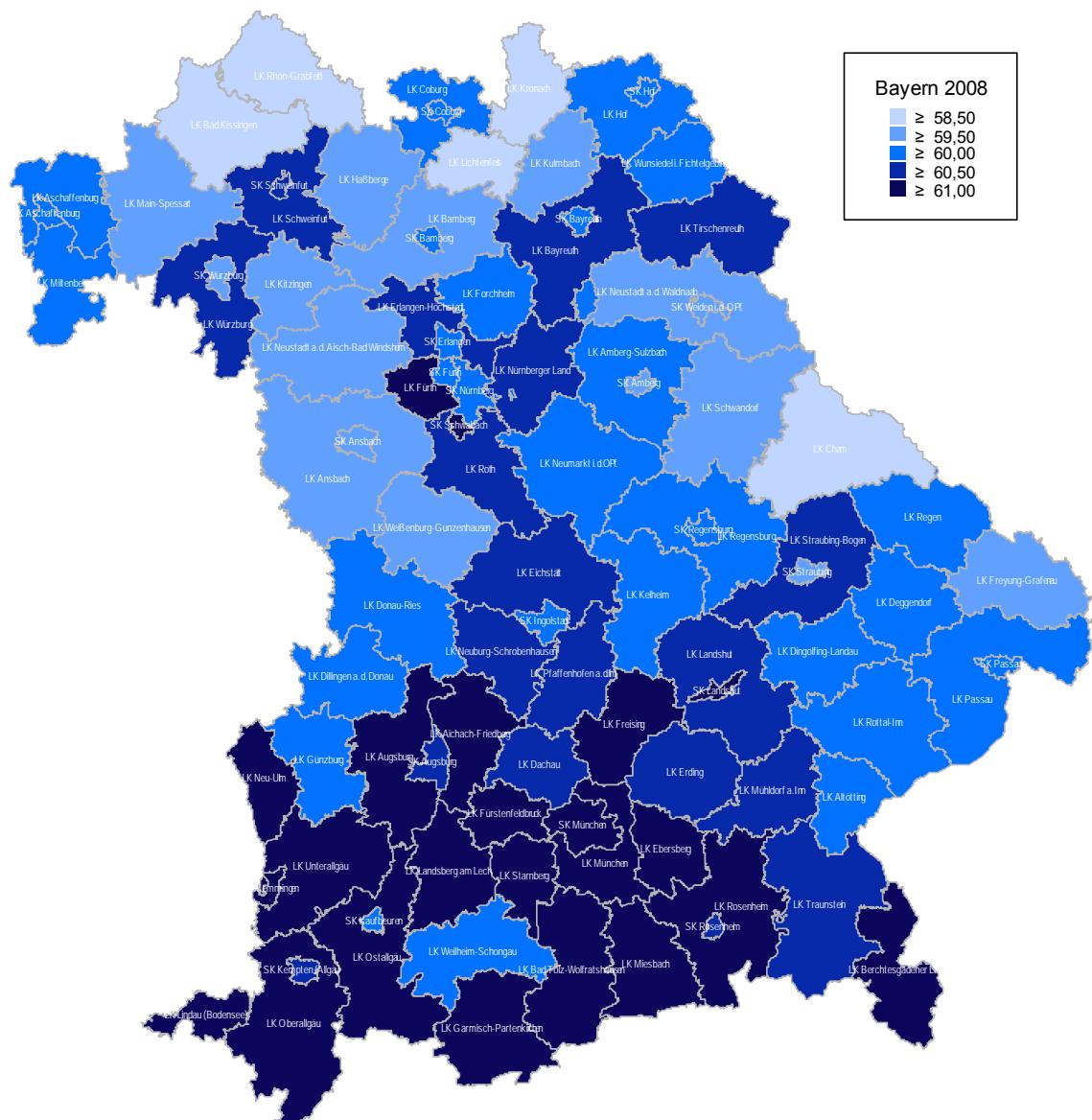
2. Wohlstand

2.10 Renten

Unterschiede beim Rentenzugangsalter bis zu 3 Jahre je nach Kreis

- Das höchste Rentenzugangsalter verzeichnete 2008 der Landkreis Starnberg mit 62,3 Jahren (bedingt v.a. durch den extrem geringen Anteil von 8,7 % Erwerbsminderungsrenten bei Männern und 10 % bei Frauen an allen Versichertenrenten; was auch mit dem hohen Anteil von Personen zusammenhängt, die nur kürzere Zeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und in einen anderen Berufsstatus wechselten).
 - Das im Durchschnitt niedrigste Rentenzugangsalter findet sich für 2008 in den Kreisen Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld (59,3 Jahre). Dort ist auch ein sehr hoher Anteil von Erwerbsminderungsrenten mit um die 30 % zu beobachten.

Durchschnittliches Rentenzugangsalter der Bezieher neuer Versichertenrenten (ohne Auslandsrenten) 2008 nach Kreisen (Angaben in Jahren)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

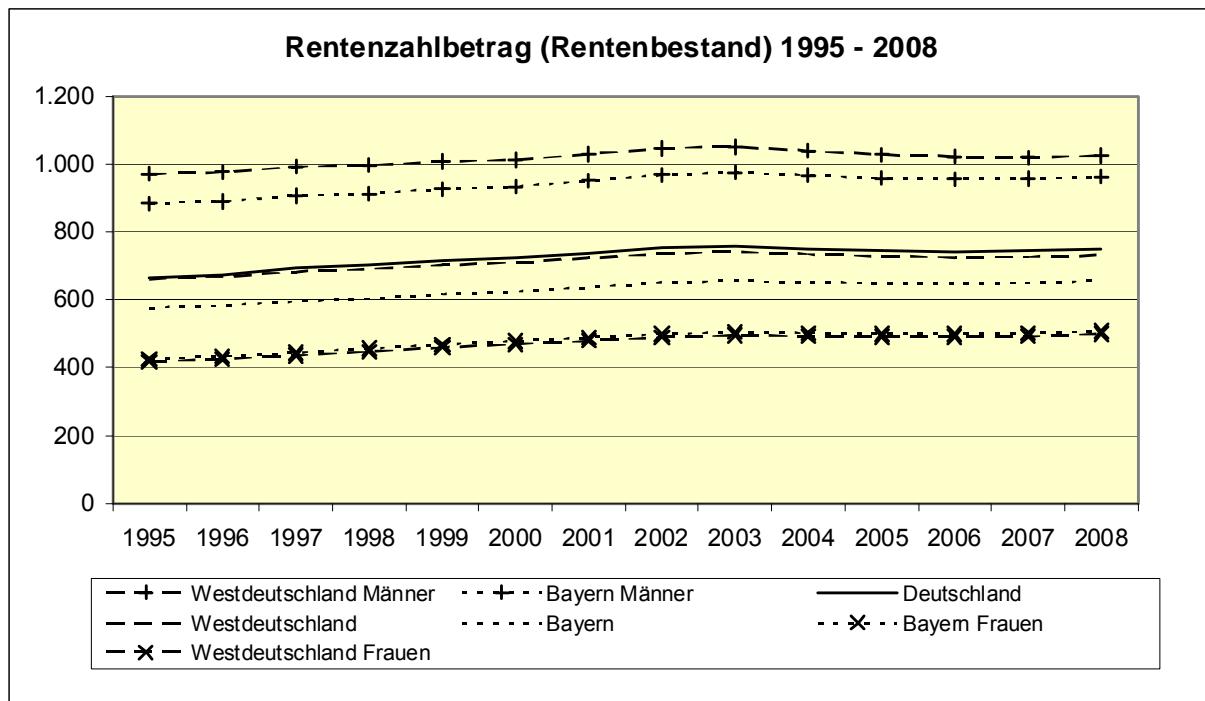
2. Wohlstand

2.10 Renten

Durchschnittliche nominale (nicht um die Inflation bereinigte) Höhe der Rentenzahlbeträge (Bestandsrenten; brutto; Versicherte) 1995 bis 2008

- Bei den Bestandsrenten (Bestandsrenten: Im Gegensatz zu den Neurenten sind diese bereits seit längerem – mindestens seit dem Vorjahr – laufende Renten) aus der Gesetzlichen Rentenversicherung liegt der Durchschnittswert für die Versicherten in Bayern (2008: 656 Euro) weiterhin und mit nur schwach abnehmender Differenz deutlich unter den west- und noch etwas deutlicher unter den gesamtdeutschen Werten (731 bzw. 748 Euro).¹⁷
- Besonders zu beachten ist der leichte nominale Rückgang bei den Zahlbeträgen auch der Bestandsrenten nach 2003 (für Bayern 2003 und 2008: 656 Euro), der in Bayern inzwischen wieder aufgeholt werden konnte, in Westdeutschland und Deutschland aber noch nicht (im Vergleich der Jahre 2003 und 2008 je minus 10 Euro).
- Für Aussagen zur realen Entwicklung ist die Geldentwertung zu berücksichtigen. Die Renten stiegen nominal von 1995 bis 2008 in Bayern z.B. bei den Männern von rund 840 Euro auf 890 Euro, real fielen sie aber von 840 Euro auf rund 730 Euro ab. Aus sozialpolitischer Perspektive ist außerdem auf die wohl auch in Bayern gültige Tendenz einer zunehmenden Spreizung der Renteneinkommen – v.a. im unteren Bereich – hinzuweisen.¹⁸

Durchschnittliche Höhe der monatlichen Rentenzahlbeträge (Bestandsrenten; Versicherte 1995-2008“ (Angaben in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund

¹⁷ Diese Unterschiede sind noch klarer als im 2. Bayerischen Sozialbericht (vgl. S. 783) dargestellt, da inzwischen über den gesamten Betrachtungszeitraum die west- und gesamtdeutschen Werte um die im Durchschnitt wesentlich geringeren Auslandsrenten bereinigt werden können.

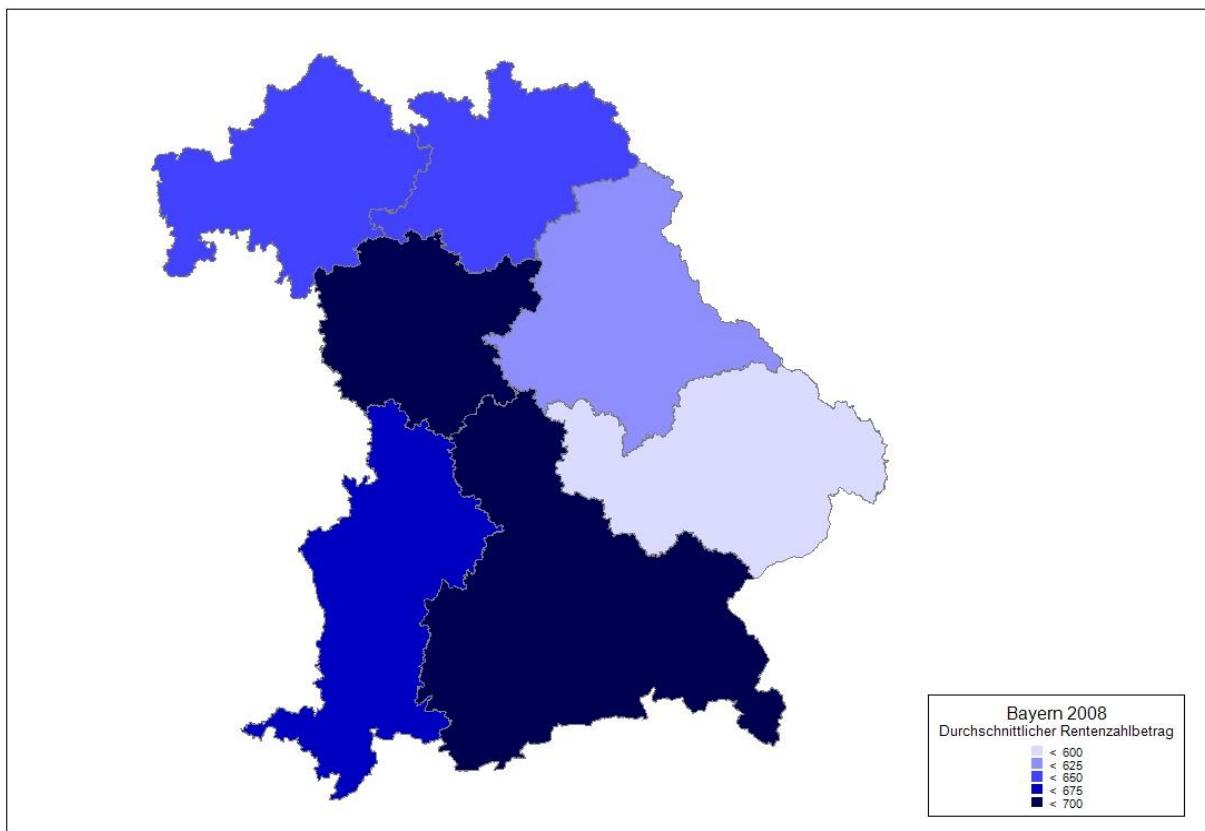
¹⁸ Ein geringer Rentenzahlbetrag aus der Gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet nicht automatisch ein geringes Alterseinkommen. Für einen erheblichen Anteil der Altersrenten im unteren Bereich (v.a. bei Männern nicht die ganz geringen Renten!) trifft aber häufig eine nur relativ geringe Rente mit geringen zusätzlichen Alterseinkommen zusammen.

2. Wohlstand

2.10 Renten

- Besonders wichtig ist die Unterscheidung von Männer- und Frauenrenten (jeweils nur die eigenen Versichertenrenten). Die Frauenrenten betragen in Bayern 2008 im Rentenbestand 507 Euro, bei den Männern hingegen 962 Euro (WD 498 vs. 1.024 Euro). Im Zeitraum von 1995 bis 2008 nimmt die Geschlechterdifferenz in Bayern fast gar nicht, im westdeutschen Durchschnitt dagegen etwas stärker ab.
- Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Witwenrenten in Bayern im Jahr 2008 mit 539 Euro deutlich unterhalb des durchschnittlichen Zahlbetrages im früheren Bundesgebiet liegen (590 Euro).¹⁹
- Die durchschnittlichen monatlichen Rentenzahlbeträge (Bestandsrenten; Versicherte) unterscheiden sich nach Regierungsbezirken in etwa wie die Neurenten. Im Durchschnitt aller gesetzlichen Renten nach SGB VI liegen die Zahlbeträge nach Regierungsbezirken im Jahr 2008 (wie schon 2006; vgl. 2. Bayerischer Sozialbericht, S. 790) mit 592 Euro bzw. 600 Euro in Niederbayern und der Oberpfalz deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt von 656 Euro (WD: 684 Euro). Dagegen verzeichnet Oberbayern mit 691 Euro den höchsten Wert.

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge (Bestandsrenten; Versicherte) nach Regierungsbezirken (Angaben in Euro)



Quelle. INIFES, eigene Berechnungen nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

¹⁹ Bei den Witwen- und Waisenrenten gibt es diesen Unterschied praktisch nicht.

3. Arbeitsmarkt

3.0 Arbeitsmarkt – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Kapitel 3: Arbeitsmarkt	Seite
3.0 Der Arbeitsmarkt in Bayern - ausgewählte Ergebnisse im Überblick	104
3.1 Definitionen, Indikatoren	111
3.2 Arbeitsvolumen	114
3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit	119
3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung	123
3.5. Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen	129
3.6. Beschäftigungsformen	135
3.7 Arbeitslosigkeit	152
3.8 Ausbildungsstellenmarkt	175

3.0 Der Arbeitsmarkt in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Bayern: Langfristig stabiles Arbeitsvolumen dank gutem Wirtschaftswachstum.

- 2009 war das Arbeitsvolumen in Bayern (Gesamtheit aller geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen) minimal höher als im Jahr 2000 (Anstieg um +0,5 %), während es in Deutschland im gleichen Zeitraum um 3 %-Punkte schrumpfte. Durch die Wirtschaftskrise in 2009 sank das Arbeitsvolumen in Bayern um 3 % gegenüber 2008. Überdurchschnittlich stark war die Abnahme im Bereich des verarbeitenden Gewerbes (hoher Exportanteil), die geleisteten Stunden verminderten sich dort gegenüber dem Vorjahr um 9,7 % in Bayern.

Die Erwerbstätigkeit hat zugenommen.

- Gleichzeitig nahm in Bayern die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2000 und 2009 um 5,1 % zu (Deutschland: 2,9 %) und das Bruttoinlandsprodukt stieg (um die Inflation bereinigt) real um 10,1 % (Deutschland: 4,8 %). Bei nahezu stagnierendem Arbeitsvolumen war dieser Zuwachs an Erwerbstätigen nur durch mehr Teilzeit- statt Vollzeitstellen zu realisieren als eine Form der Arbeitszeitverkürzung.
- Die Erwerbstägenquote ist in Bayern mit rund 74 % überdurchschnittlich hoch (Deutschland: 70 %). Die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote wurde also nicht mit einer niedrigen Erwerbstätigkeit „erkauf“t. Differenziert nach dem Geschlecht zeigt sich z.B., dass mit einer Erwerbstägenquote der Frauen von 67,5 % Bayern nach Brandenburg

3. Arbeitsmarkt

3.0 Arbeitsmarkt – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

(67,9 %) und Baden-Württemberg (67,6 %) an dritter Stelle im Ländervergleich steht und erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegt (64 %).

- Die Erwerbstägenquoten der Frauen in Bayern erhöhten sich von 2000 bis 2008 von 62,3 % auf 67,5 % um über 5 %-Punkte, bei den Männern kam es zu einem Anstieg von 78,5 % im Jahre 2000 auf 80,6 % im Jahre 2008. Auch die Erwerbstägenquote der 55-bis unter 65 -Jährigen ist in Bayern mit 56,3 % höher als im Bundesgebiet (53,8 %) und erheblich höher als die durchschnittliche Quote von 45,6 % in der Europäischen Union (EU-27).
- Insgesamt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2000 und 2009 in Bayern um 3,2 % zu. Im Krisenjahr 2009 war aber – im Vergleich zum Vorjahr – die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insbesondere im verarbeitenden Gewerbe (um 64.000 bzw. 4,9 %) sowie bei der Arbeitnehmerüberlassung (um 10.700 bzw. 12,2 %) rückläufig. In den bayerischen Regionen zeigten sich jedoch deutliche Entwicklungsunterschiede: So verzeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern (+5,9 %) und Oberpfalz (+4,4 %) die größten Beschäftigungsgewinne, während in Oberfranken die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum um -4,8 % zurückging.

Aufgrund des Erwerbspersonenpotentials ist eine Limitierung des Wirtschaftswachstums pro Kopf derzeit nicht zu prognostizieren.

- Ein Blick in die Zukunft zeigt: Bis 2028 ist mit dem Erwerbspersonenpotential in Bayern grundsätzlich mehr Wirtschaftswachstum als in der Vergangenheit möglich, wenn es gelingt, bis 2028 – im Vergleich zu 2009 – nach und nach
 - die Erwerbstägenquote nochmals um nur 2,5 % zu steigern (z.B. durch kürzere Schulzeit, weniger Arbeitslosigkeit, geringere stille Reserve, weniger Frühverrentung, Auswirkung der Anhebung der Regelaltersgrenze der Frauen auf 65 Jahre in den kommenden Jahren; eine allgemeine Anhebung auf 67 Jahre wurde dabei noch nicht einbezogen),
 - den Anteil der Teilzeitarbeit auf dem Niveau von 2000 zu halten (keine Arbeitszeitverkürzung durch Umwandlung von Voll- in Teilzeitstellen),
 - eine Produktivitätssteigerung je Erwerbstägenstunde von +1,5 % pro Jahr zu realisieren (Durchschnitt 1998 bis 2008 zum Vergleich: +1,8 %) und
 - den sogenannten Mismatch am Arbeitsmarkt (fehlende Übereinstimmung zwischen beruflicher Ausbildung und nachgefragter Qualifikation) nicht weiter zunehmen zu lassen.

3. Arbeitsmarkt

3.0 Arbeitsmarkt – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

sen; Bildungsmaßnahmen entsprechend den Anforderungen des Arbeitsmarktes erfolgreich gestalten.

Die Gründe für Erwerbstätigkeit bzw. ein Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit: Gesundheit, Arbeitsmarktsituation und familiären Aufgaben

- Gründe für das Ausscheiden aus der (letzten) Erwerbstätigkeit 55- bis 64-Jähriger 2006: Ein Großteil der im höheren Erwerbsalter arbeitslos gewordenen Personen findet keinen neuen Arbeitsplatz mehr. Dominante Gründe für das Ausscheiden sind bei den 55- bis 59-Jährigen gesundheitliche Gründe (27,4 %) und Entlassungen (26,8 %; Arbeitslosigkeit ohne Chancen einer erneuten Beschäftigungsaufnahme führt häufig auch zu einem Rückzug vom Arbeitsmarkt ohne vorzeitigen Rentenbezug). Beide Gründe sind in Bayern noch etwas häufiger als im westdeutschen Durchschnitt. Bei den 60- bis 64-Jährigen nimmt die Bedeutung des Austrittsgrundes „Entlassung“ erheblich ab, dafür gewinnt der Austrittsgrund „Vorzeitiger Ruhestand“ (wegen Vorrhestandsregelungen oder Arbeitslosigkeit) an Bedeutung (von 5,5 auf 18,0 % in Bayern). Auch in dieser Altersgruppe sind der Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen (27,0 %) und daneben der Ruhestand aus Altersgründen (22,8 %) die am häufigsten genannten Ursachen.
- Gründe, warum Nichterwerbstätige gegenwärtig keine Arbeit suchen 2006: Unter den Nichterwerbstätigen 15- bis 64-Jährigen, die gegenwärtig keine Arbeit suchen, ist der Ruhestand bei Männern der wichtigste Grund (BY: 64 %; WD: 42 %), vor allem in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen, aber auch schon deutlich bei den 45- bis 54-jährigen Männern (24 % vor allem wegen dauerhaft verminderter Erwerbsfähigkeit). Bei Frauen rangiert der Grund Betreuung von Kindern bzw. pflegebedürftigen Personen plus den sonstigen persönlichen oder familiären Verpflichtungen (jeweils etwa gleich häufig genannt) mit 39 % noch vor dem Ruhestand (34 %). 75 % der 25- bis 44-jährigen Frauen nennen als Grund Betreuungsaufgaben bzw. private/familiäre Verpflichtungen (erstere bei getrennter Analyse mit 43 %, letztere mit 32 %).

Atypische Beschäftigung: Ein wichtiger Arbeitsmarktbereich

- Gründe einer Teilzeiterwerbstätigkeit (2006): 41 % der Befragten begründeten ihre Teilzeiterwerbstätigkeit mit „sonstigen persönlichen oder familiären Verpflichtungen“. Weitere 15 % gaben noch unspezifischer sonstige Gründe dafür an, dass keine Vollzeittätigkeit gewünscht sei und 14 % sagten, dass sie keine Vollzeitarbeit finden konnten.

3. Arbeitsmarkt

3.0 Arbeitsmarkt – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

- Im Gesamtzeitraum von 2001 bis 2006 stieg in Bayern der Anteil der atypischen Beschäftigungsformen an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 34 % in 2001 auf rund 50 % bis 2006 an. Dagegen weisen die Daten der Betriebsbefragung IAB-Betriebspanel für 2006 bis 2009 keine weitere Zunahme aus. Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung haben demnach einen Anteil von rund 36 % bis 37 % erreicht. 6 % haben einen befristeten Arbeitsplatz. Den stärksten Zuwachs unter den atypischen Beschäftigungsformen in Bayern verzeichnete im Zeitraum von 2005 bis 2008 die Leiharbeit mit einem Zuwachs von 74,7 % – allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau: Der Anteil der Leiharbeit an allen Beschäftigten betrug im Jahr 2008 bayernweit lediglich 1,8 % (bei regional deutlichen Unterschieden). Laut IAB-Betriebspanel (Arbeitgeberbefragung) ist der Anteil der Leiharbeit an allen Beschäftigten von 0,5 % Mitte 2002 auf 2,2 % in 2008 gestiegen und dann auf 1,3 % in 2009 gefallen.
- Befristet Beschäftigte (2009: 6 %) waren vor allem im Dienstleistungssektor (10 %) und in größeren Betrieben (9 %) anzutreffen. 60 % der befristet Beschäftigten sind Frauen.
- Betriebe ohne Tarifvertrag: In Bayern ist in den Jahren 2002 bis 2006 von 51 % auf 59 % gestiegen, stagnierte dann bis 2008 und hat 2009 wieder deutlich zugenommen (Bayern 2009: 62 %; Westdeutschland: 63 %). Da es insbesondere in Kleinbetrieben häufig keinen Tarifvertrag gibt, ist der Anteil von Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifvertrag an allen Beschäftigten aber geringer: Dieser Anteil ist zwischen 2002 und 2009 von 30 % auf 38 % gestiegen.
- Die „Kurzarbeiterquote“ (Zahl der kurzarbeitenden Personen bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) war im Juni 2009 besonders in den peripheren Wirtschaftsräumen, insbesondere der ost-bayerische Grenzraum hoch. Dort lag die Quote in einer Reihe von Kreisen über 9 %. Im Dezember 2009 lag die Quote bayernweit bei 3,2 % (bundesweit 2,9 %). Innerhalb von Bayern war die Inanspruchnahme von Kurzarbeit in den Kernregionen München – Ingolstadt – Regensburg teils weitaus geringer als in den anderen, diese Kernregion umgebenden Gebieten.
- Offene Stellen im Vergleich zum Personalbestand: Mitte 2009 waren 16 % der für sofort zu besetzenden Stellen (Vakanzen) im Freistaat solche für Hochqualifizierte (2008: 18 %). In den Belegschaften machten die Hochqualifizierten dagegen in beiden Jahren 17 % aus. Höher als nach Hochqualifizierten war 2009 mit 23 % (2008: 20 %) die Suche nach Arbeitskräften für einfache Tätigkeiten (Anteil an Beschäftigten 2009: 24 %).

3. Arbeitsmarkt

3.0 Arbeitsmarkt – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Bayern 2009: Niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer

- Die Arbeitslosenquoten in Bayern liegen seit 10 Jahren weitgehend stabil um rund 4 %-Punkte unter jenen in Deutschland und rund 2 %-Punkte unter jenen in Westdeutschland.
- Im Jahr 2009 kam es auch in Bayern durch die Wirtschaftskrise zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 0,6 %-Punkte gegenüber 2008, wobei dieser Anstieg aber wegen des umfangreichen Einsatzes des Kurzarbeitergeldes und von Arbeitszeitflexibilisierungen moderater ausfiel als vielfach bei einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 5,0 % befürchtet. So lagen die Arbeitslosenquoten auch im Jahr 2009 in Bayern und bundesweit noch deutlich unter jenen z.B. des Jahres 2000 und erheblich unter den Quoten des Jahres 2005 (in 2009 minus 3,0 %-Punkte gegenüber 2005).
- Bayern lag 2009 mit der bundesweit niedrigsten Arbeitslosenquote von 4,8 % dennoch weiterhin erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (8,2 %) und dem westdeutschen Durchschnitt (6,9 %) (jeweils berechnet auf Basis aller abhängigen Erwerbspersonen).
- Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern, Frauen, Ausländern und Jugendlichen unter 25 Jahren zeigt für alle diese Gruppen eine ähnliche Entwicklung: Von dem Jahr 2000 ausgehend stiegen die Quoten mit dem Jahr 2002 kontinuierlich bis in das Jahr 2005 an und sanken dann wieder bis 2008.
- Bei einer landesweiten Arbeitslosenquote von 4,8 % in 2009 variierten die regionalen Arbeitslosenquoten zum Teil zwischen 2,2 % im Landkreis Eichstätt und 9,0 % in Amberg. Bayern hat kein Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, sondern – auf bundesweitem Niveau noch relativ günstige – erhöhte Arbeitslosenquoten nach wie vor in den Gebieten zum ehemaligen Ostblock sowie deutlich ausgeprägt in den größeren Städten (Stadt-Land-Gefälle), wobei sich dieses häufige Stadt-Land-Gefälle auch z.B. bei der Inanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen zeigt.
- Die Arbeitslosenquote für Ausländer lag kontinuierlich rund doppelt so hoch wie bei Inländern.
- Langzeitarbeitslose: Bayern weist mit einem Anteil von 20,2 % bei Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen die geringste Quote aller Bundesländer auf. Bundesweit war nahezu ein Drittel aller Arbeitslosen ein Jahr oder länger arbeitslos.

3. Arbeitsmarkt

3.0 Arbeitsmarkt – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

- Schwerbehinderte: Im Zeitraum von 1999 bis 2009 hat sich der Anteil arbeitsloser Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen in Bayern von 5,6 % zunächst bis 2005 vermindert (insgesamt gestiegene Arbeitslosigkeit), 2008 lag der Anteil mit 6,9 % und 2009 mit 6,4 % wieder über dem Anteil von 5,6 % in 2000.
- Personen ohne Migrationshintergrund hatten 2008 eine rund 5 %-Punkte niedrigere Erwerbslosenquote (berechnet auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) als Personen mit Migrationshintergrund: So lag die Erwerbslosenquote der Personen ohne Migrationshintergrund im Jahr 2008 in Bayern bei 3,3 %, bei Personen mit Migrationshintergrund dagegen bei 8,5 % und damit mehr als doppelt so hoch.
- Struktur der Erwerbslosenquote: Differenziert nach dem Alter war die Erwerbslosenquote überdurchschnittlich hoch bei unter 25-Jährigen sowie über 50-Jährigen. Keinen beruflichen Abschluss zu haben erhöhte das Risiko der Erwerbslosigkeit um das rund 2,8-fache gegenüber dem Gesamtdurchschnitt. Soweit ein beruflicher Abschluss vorlag, sank das Risiko der Erwerbslosigkeit unter 4 % und lag für Personen mit einem Meister-, Techniker- und Fachschulabschluss sowie Hochschulabschluss bei rund 2 % (jeweils 2008).
- Dauer der Arbeitslosigkeit (2009): Je älter Arbeitslose sind, umso länger dauert ihre Arbeitslosigkeit. Während unter den bayerischen Arbeitslosen unter 25 Jahren 2,0 % (WD: 5,0 %) im Jahr 2009 über ein Jahr arbeitslos waren (2007: 5,9 %; 2008: 3,5 %), waren es bei den 55- bis 64-Jährigen in 2009 36,2 % (2007: 58,4 %; 2008: 39,6 %).
- Es zeigt sich, dass bei Arbeitslosen mit geringerem Berufsabschluss und vor allem bei denjenigen ohne Berufsabschluss ein wesentlich höherer Anteil langzeitarbeitslos ist als unter den Arbeitslosen mit höherem formalem Bildungsstand. Bei Universitätsabsolventen und bei Fachhochschulabsolventen war der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen nur etwa halb so hoch wie bei Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (26,2 %).

Ausbildungsstellenmarkt: 2009 mit wieder leicht positiver Ausbildungsstellenbilanz

- Die Situation für Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz hatte sich 2009 bayern- und bundesweit deutlich verbessert, das Verhältnis zwischen Ausbildungssuchenden und Berufsausbildungsstellen war günstiger als im Vorjahr: In 2009 ergab sich in Bayern erstmals seit 2002 rechnerisch eine leicht positive Ausbildungsstellenbilanz mit mehr Stellen als gezählten Bewerbern aufgrund eines seit 2007 sehr starken jährlichen

3. Arbeitsmarkt

3.0 Arbeitsmarkt – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Rückganges der Zahl der Bewerber, d.h. deren Zahl schrumpfte schneller als der Rückgang an Ausbildungsstellen 2008 bis 2009.

- In Bayern war der Anteil der Ende September 2009 unversorgten Bewerber bei Männern minimal höher als bei Frauen (0,9 zu 0,8 %). Bei Ausländern war dieser Anteil mit 1,2 % merklich höher. Differenziert nach dem erreichten Schulabschluss ergibt sich folgendes Bild: Am höchsten war der Anteil unversorger Bewerber ohne Hauptschulabschluss mit 1,3 % und bei Bewerbern mit Abitur (1,2 %) (vergleichbar zu westdeutschen Ergebnissen) am höchsten, am niedrigsten hingegen bei Ausbildungsstellen-Suchenden mit Real-schulabschluss und Fachhochschulreife.
- Zusammen mit den geförderten Ausbildungen (7,8 %) nahmen 6 von 10 Bewerbern eine Berufsausbildung auf. Bei den Frauen war der Anteil der in eine Ausbildung einmündenden Bewerberinnen leicht höher als bei Männern, bei Deutschen erheblich höher als bei Ausländern (bei letzteren ist der Anteil der geförderten Berufsausbildungsplätze höher).
- Wertet man die 12 Wirtschaftsbereiche mit den höchsten Auszubildendenanteilen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern zum Stichtag 30.09.2008 aus, entfießen die höchsten Anteile auf die Bereiche Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, Baugewerbe sowie das Gastgewerbe mit jeweils über 10 % bei einem Gesamtdurchschnitt von 6,4 %.
- Ausbildungsbetriebe: Seit 2002 bildet rund ein Drittel aller Betriebe in Bayern junge Menschen aus, ein Drittel bildet trotz bestehender Ausbildungsberechtigung nicht aus. Unter den Betrieben, die trotz Ausbildungsberechtigung nicht ausbilden, sind vorrangig Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. Ab 20 Beschäftigten liegen die Ausbildungsquoten der Betriebe im mehrjährigen Durchschnitt bei 80 % und mehr.
- Die Übernahmequoten von Ausgebildeten nach der Lehre schwankten zwischen 2001 und 2006 zwischen 54 % und 60 %, sie stiegen dann 2007 und 2008 bis auf 71 %, sanken dann aber im Krisenjahr 2009 wieder auf 65 % ab.

3. Arbeitsmarkt

3.1 Definitionen, Indikatoren

3.1 Definitionen, Indikatoren

Arbeitslose, Arbeitslosenquote (Statistik der Bundesagentur für Arbeit)

Im Gegensatz zu Erwerbslosen bzw. der Erwerbslosenquote (ermittelt im Mikrozensus, vgl. unten) wird die Zahl der Arbeitslosen bzw. die Arbeitslosenquote in den Geschäftsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) ermittelt. Dies bedeutet: Wer bei der BA oder einer Arge/Jobcenter nicht arbeitslos gemeldet ist, gilt auch nicht als arbeitslos.

Atypische Beschäftigung

Im Gegensatz zur Normalarbeit (vgl. unten) liegt eine atypische Beschäftigung dann vor, wenn mindestens ein Kriterium der Normalarbeit nicht erfüllt ist, insbesondere bei

- befristeter Beschäftigung,
- geringfügiger Beschäftigung (Mini- sowie Midi-Jobs, unabhängig von Stundenzahl),
- Teilzeitarbeit (max. 20 Std. pro Woche)
- Zeitarbeit, Leiharbeit.

Erwerbsfähigkeit im Sinne des SGB II

Als erwerbsfähig im Sinne des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) gilt, wer unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann.

Erwerbslose (Mikrozensus)

Während Arbeitslose bzw. die Arbeitslosenquote entsprechend den Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) aus deren Geschäftsstatistiken ermittelt werden (nur Personen, die bei der BA oder einer Arge/Jobcenter arbeitslos gemeldet sind), werden Erwerbslose im Rahmen des Mikrozensus durch eine 1 %-Stichprobe der Bevölkerung ermittelt, unabhängig davon, wie Arbeitslosigkeit in den Statistiken der BA abgegrenzt wird und ob sich Personen bei der BA arbeitslos gemeldet haben. Die Erwerbslosenmessung ist teils in der Lage, auch verdeckte Arbeitslosigkeit zu erfassen, die rund 45 % zusätzlich zur registrierten (offenen) Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquoten der BA) ausmacht²⁰. Jedoch ist zu beachten, dass Arbeitslose, die eine geringfügige Beschäftigung von nur einer Stunde pro Woche ausüben, nicht mehr als erwerbslos gelten (ILO-Definition), was die Arbeitslosigkeit insgesamt erheblich untererfasst. Zu den verdeckt Arbeitslosen gehören u.a. Personen in Beschäftigungsmaßnahmen, mit Arbeitsgelegenheiten (§ 16 Abs. 3 SGB II), in Qualifizierungs-, Eignungs- und Trainingsmaßnahmen sowie z.B. Bezieher von Altersrente wegen Arbeitslosigkeit). Im Rahmen des Mikrozensus sind auch persönliche Merkmale und solche des Haushalts auswertbar, so dass diese Daten in Teilbereichen aussagefähiger sein können als Arbeitslosendaten der BA. Sie werden deshalb in der Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder sowie auf EU-Ebene ergänzend verwendet. Für diesen Bericht stand der Mikrozensus 2008 zur Verfügung.

Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie eine Arbeitnehmer- oder Selbstständigkeitätigkeit suchen. Der Begriff der Erwerbslosen ist damit umfassender als jener der Arbeitslosen. Als erwerbslos gelten Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die nicht erwerbstätig sind, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung (Mikrozensus) aktiv nach einer Tätigkeit gesucht haben. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Eine neue Arbeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Trotz aller definitorischen Unterschiede zwi-

²⁰ Vgl. für 2009 z.B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2009/10, S. 345 (<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/>).

3. Arbeitsmarkt

3.1 Definitionen, Indikatoren

schen Erwerbslosen- und Arbeitslosenquote bestehen aber derzeit zwischen beiden Indikatoren im Ergebnis keine grundlegenden Abweichungen.²¹

Erwerbslosenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose).

Erwerbspersonen (Mikrozensus)

Summe aus Erwerbstäigen und Erwerbslosen. Personen im erwerbsfähigen Alter, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind, gelten als Nichterwerbspersonen.

Erwerbsquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahre an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Die Quote bezieht sich auf Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende.

Erwerbstätige (Mikrozensus)

Erwerbstätig ist jede Person im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65-Jährige), die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig davon, ob sie zum Beispiel arbeitslos gemeldet ist oder Altersrente bezieht. Ebenfalls zu den Erwerbstäigen werden Personen gezählt, die im Berichtszeitraum nicht gearbeitet haben, aber in einem formalen Beschäftigungsverhältnis stehen, das sie wegen Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Erziehungsurlaub nicht ausüben (Unterbrecher).

Erwerbstätigenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbstäigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung in der entsprechenden Altersgruppe. Der Begriff der Beschäftigtenquote wird oftmals gleichermaßen verwendet, bisweilen bezieht er sich aber nur auf den Anteil der Arbeitnehmer an der Bevölkerung entsprechenden Alters, nicht auf alle Erwerbstäigen.

Langzeiterwerbslosenquote (Mikrozensus)

Anteil der Erwerbslosen, die bereits 12 Monate oder länger erwerbslos sind, an den Erwerbspersonen.

Migrationshintergrund

Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder zumindest ein Elternteil hat, der zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung, bei der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland über ihre Lebensumstände befragt wird.

²¹ Vgl. aktuell z.B. Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleD2.html>).

3. Arbeitsmarkt

3.1 Definitionen, Indikatoren

Niedriglohnbereich

Von einem Niedriglohnbereich wird gesprochen, wenn der Bruttolohn unter zwei Dritteln des Medianlohnes liegt. Der Niedriglohnbereich wird teils der atypischen Beschäftigung zugerechnet, wenn trotz Vollerwerbstätigkeit im Niedriglohnbereich (derzeit über 20 % Anteil der Vollzeiterwerbstätigen) der eigene Wohlstand und jener der Angehörigen nicht aus der Erwerbstätigkeit finanziert werden kann, so dass fortlaufend staatliche Einkommensprüfungen und Grundsicherungsleistungen notwendig sind. Teile des Niedriglohnsektors werden auch als **prekäre Beschäftigung** bezeichnet: Das sind Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen, die häufig nicht auf Dauer und Kontinuität angelegt sind, die keine Absicherung durch die Sozialversicherung und nur geringe arbeitsrechtliche Schutzrechte aufweisen.

Normalarbeit

Normalarbeit wird definiert als

- a) Vollzeiterwerbstätigkeit auf Basis eines dauerhaften Arbeitsvertrages;
- b) direkt in einem Unternehmen,
- c) mit einer Integration in die sozialen Sicherungssysteme über das Arbeitsverhältnis
- d) und der Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt und den von Angehörigen aus Erwerbstätigkeit zu finanzieren.

3. Arbeitsmarkt

3.2 Arbeitsvolumen

3.2 Arbeitsvolumen Bayern 2000 bis 2009: Trotz Konjunktureinbruch 2009 langfristig stabiles Arbeitsvolumen dank gutem Wirtschaftswachstum

- 2009 war das Arbeitsvolumen in Bayern (Gesamtheit aller geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen) nahezu so hoch wie im Jahr 2000 (+0,5 %), während es in Deutschland im gleichen Zeitraum seit 2000 um 3 % schrumpfte.
- Gleichzeitig nahm in Bayern die Zahl der Erwerbstätigen insbesondere durch mehr Teilzeitstellen statt Vollzeitstellen um rund 5,1 % zu (Deutschland: 2,9 %) und das Bruttoinlandsprodukt stieg (um die Inflation bereinigt) um rund 10 % an (Deutschland: +4,8 %).
- Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle Erwerbspersonen) sank in Bayern im Zeitraum 2000 bis 2009 um 0,7 %-Punkte auf 4,8 % in 2009, Bayern hatte 2009 die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Nach einem Höchststand von 7,8 % in 2005 war sie 2009 auf dem niedrigsten Niveau seit 2000.
- Die Erwerbstätigenquoten sind in Bayern mit rund 74 % überdurchschnittlich hoch (Deutschland: 70 %) und in etwa gleich hoch wie in Baden-Württemberg. Die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote wurde also nicht mit einer niedrigen Erwerbstätigkeit „erkauf“

Konjunktur und Arbeitsmarkt in Bayern 2000 bis 2009

Land	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung bis 2008 bzw. 2009 2000 = 100
Arbeitsvolumen, Mio. Stunden (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen)											Index
Bayern	9246	9304	9198	9064	9146	9117	9191	9415	9574	9290	100,5
Deutschland	57659	57339	56509	55727	56046	55693	55858	56845	57583	55956	97,0
Erwerbstätige am Arbeitsort, in 1 000											Index
Bayern	6324	6402	6379	6317	6333	6360	6420	6540	6649	6649	105,1
Deutschland	39144	39316	39096	38726	38880	38835	39075	39724	40279	40265	102,9
Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort, in 1 000											Index
Bayern	5541	5616	5598	5534	5530	5539	5594	5701	5800	5802	104,7
Deutschland	35229	35333	35093	34653	34658	34480	34684	35288	35845	35853	101,7
Arbeitslosenquoten, % (bezogen auf alle Erwerbspersonen)											in %-Punkten
Bayern	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8	-0,7
Deutschland	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2	-1,4
Erwerbstätigenquoten, % (Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung) 15 bis 65 Jahre											in %-Punkten
Bayern	70,5	71,2	70,4	69,8	69,4	70,0	71,6	72,7	74,1		3,6
Deutschland	65,4	65,8	65,4	64,9	64,3	65,4	67,1	68,9	70,0		4,6
Bruttoinlandsprodukt - real (preisbereinigt, verkettet)											Index
Bayern	100,0	102,2	103,6	104,0	106,0	107,6	111,4	114,5	115,9	110,1	110,1
Deutschland	100,0	101,2	101,2	101,0	102,2	103,0	106,3	108,9	110,3	104,8	104,8

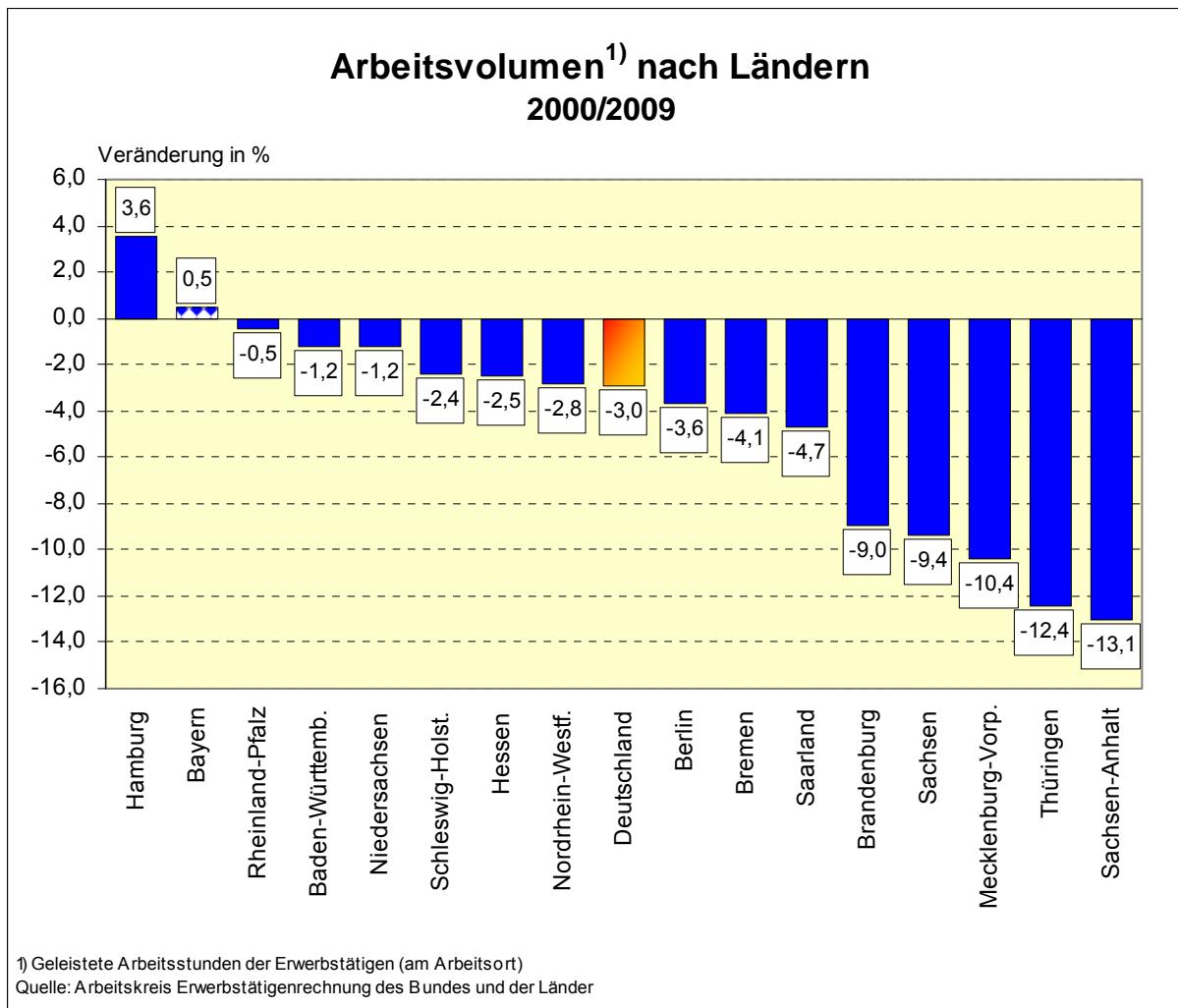
Quelle: eigene Darstellung, Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

3. Arbeitsmarkt

3.2 Arbeitsvolumen

Veränderung des Arbeitsvolumens: In den meisten Bundesländern rückläufig

- Das Arbeitsvolumen ist im Zeitraum von 2000 bis 2009 in Bayern um 0,5 % gestiegen, während es in Deutschland um 3,0 % zurückging. Zugleich stieg das Bruttoinlandsprodukt real in Bayern um rund 10 % (Deutschland: 4,8 %). Insbesondere die Wirtschaftskrise hinterließ hinsichtlich der geleisteten Arbeitsstunden im letzten Jahr deutliche Spuren.
- Die Erwerbstätigen in Bayern leisteten im Jahr 2009 insgesamt 9,29 Milliarden Arbeitsstunden. Im Jahr 2008 waren es noch 9,57 Milliarden Stunden, sodass sich für Bayern ein Rückgang um insgesamt 3 % ergab.
- Der Rückgang der von den Erwerbstätigen geleisteten Stunden sank erstmals seit dem Jahr 2005, lag aber in 2009 immer noch in etwa auf dem Niveau von 2000 und etwas über 2006.

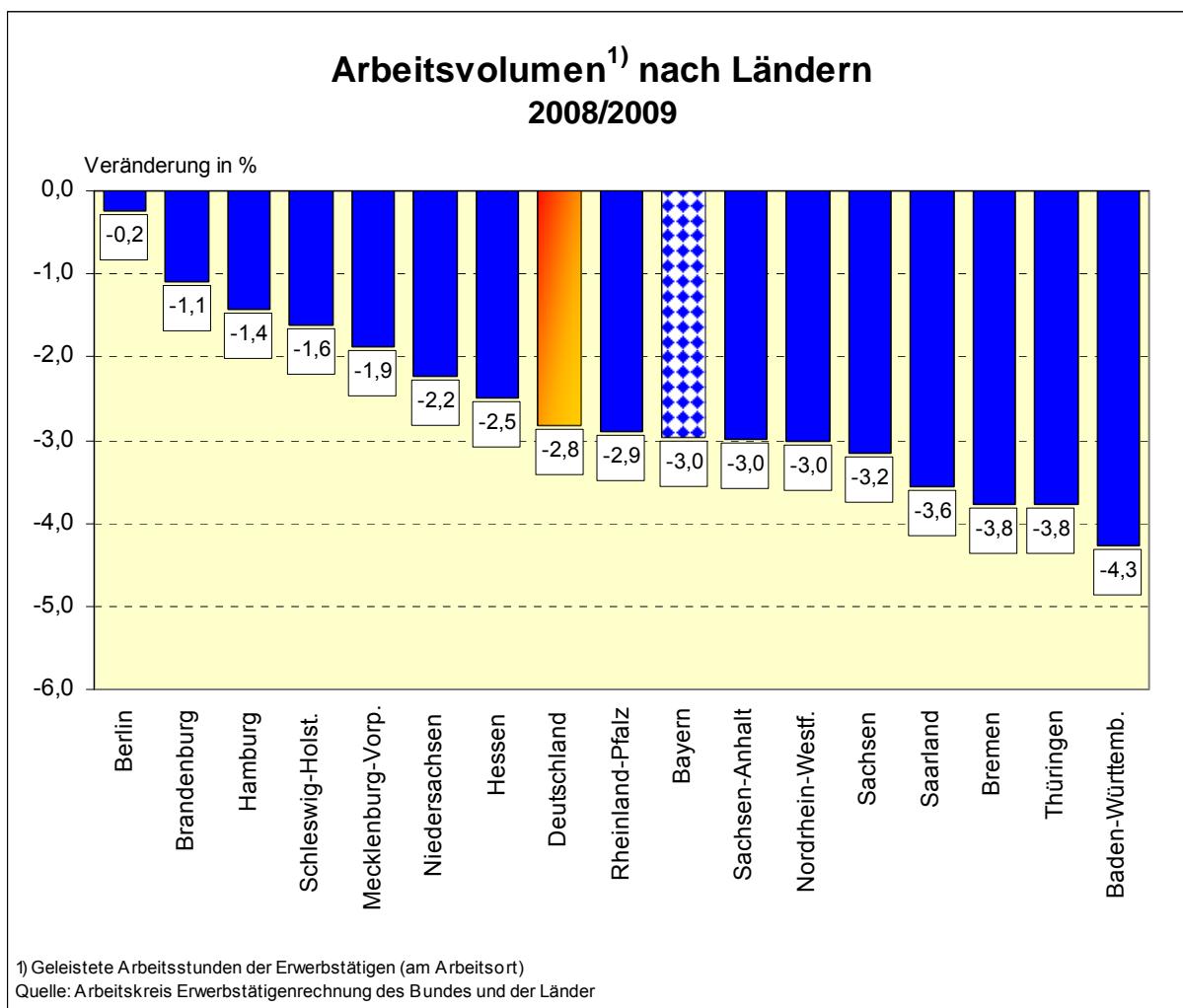


3. Arbeitsmarkt

3.2 Arbeitsvolumen

Geleistete Arbeitsstunden im Jahr 2009 im verarbeitenden Gewerbe deutlich rückläufig

- Im Jahr 2009 wurden in Bayern 9,29 Milliarden Arbeitsstunden geleistet; damit wurde das Vorjahresniveau um 3 % unterschritten und das Niveau von 2000 knapp übertroffen.
- In Bayern fiel der Rückgang des Arbeitsvolumens in 2009 etwas überdurchschnittlich aus, weil die Exporte von der Weltwirtschaftskrise besonders betroffen waren und Bayerns Wirtschaft eine besonders starke Exportorientierung aufweist.
- Überdurchschnittlich stark war die Abnahme im Bereich des verarbeitenden Gewerbes (hoher Exportanteil), die geleisteten Stunden verminderten sich dort gegenüber dem Vorjahr um 9,7 %; im produzierenden Gewerbe insgesamt wurden je Erwerbstätigem 5,8 % weniger Stunden geleistet als ein Jahr vorher. Im Teilbereich des Baugewerbes nahm die Stundenzahl je Erwerbstätigem um 1,7 % ab.
- Bei den Dienstleistungsbereichen war der Rückgang mit 1,9 % je Erwerbstätigem hingegen weniger ausgeprägt als in der Produktion. Stabilisierend auf die Dienstleistungen wirkte der Teilbereich der Öffentlichen und Privaten Dienstleister, innerhalb dessen sich das Arbeitsvolumen lediglich um 1,0 % verminderte. In den Teilbereichen „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ wurden 2009 hingegen jeweils 2,4 bzw. 2,2 % weniger Stunden geleistet als ein Jahr zuvor.

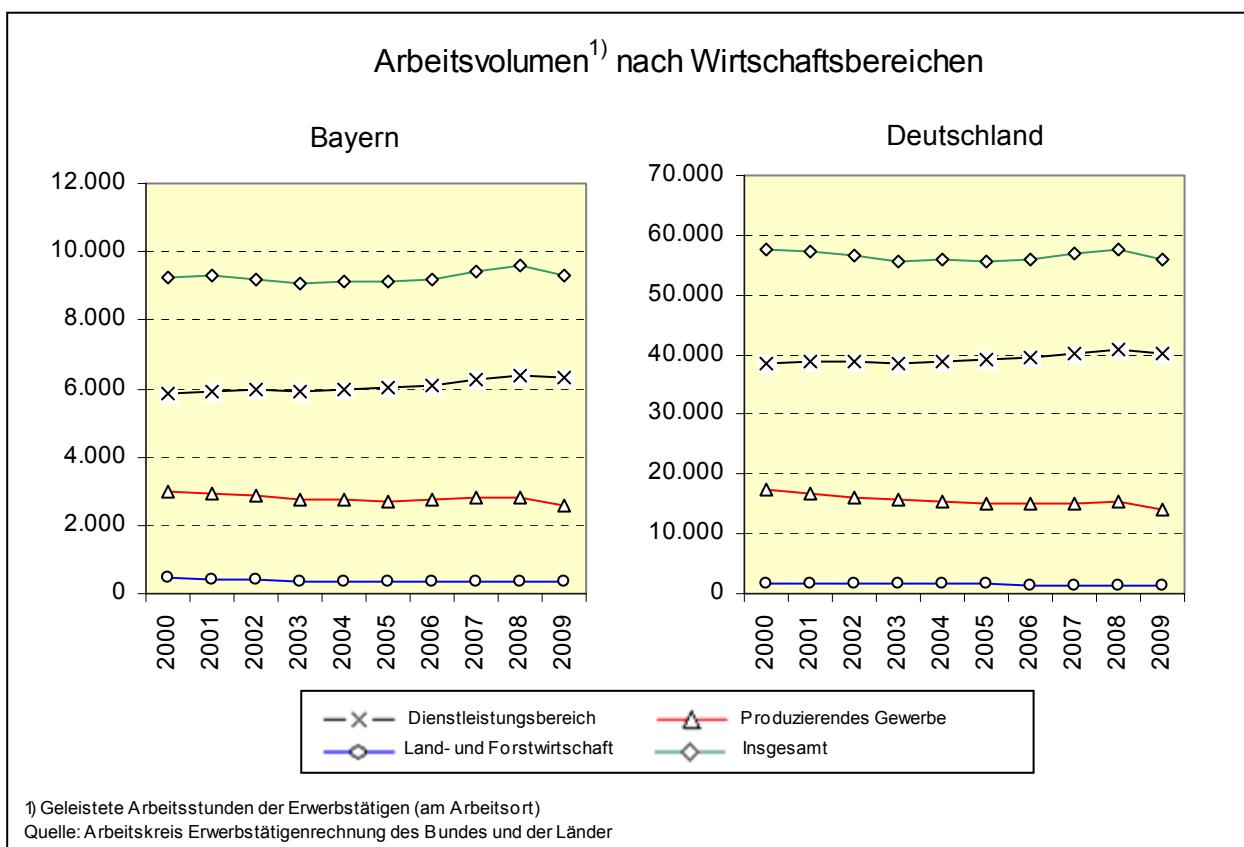


3. Arbeitsmarkt

3.2 Arbeitsvolumen

Arbeitsvolumen 2000 bis 2009 nach Branchen: Dienstleistungen wachsend, produzierendes Gewerbe schrumpfend

- Im Zeitraum von 2000 bis 2009 ist in Bayern das Arbeitsvolumen für die Wirtschaftsbereiche insgesamt um 0,5 % gestiegen, im Dienstleistungsbereich ist ein Anstieg von 8,7 % zu verzeichnen. Mehrbeschäftigung entstand – gemessen am Arbeitsvolumen und nicht nur an der Zahl der Erwerbstätigen – im Dienstleistungsbereich.
- Im produzierenden Gewerbe ging das Arbeitsvolumen um -12,1 % zurück, der größte Rückgang erfolgte im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei mit zusammen -20,2 %. Das in diesem Bereich geleistete Arbeitsvolumen hat mit einem Anteil von 3,8 % für den Arbeitsmarkt kaum noch Bedeutung.

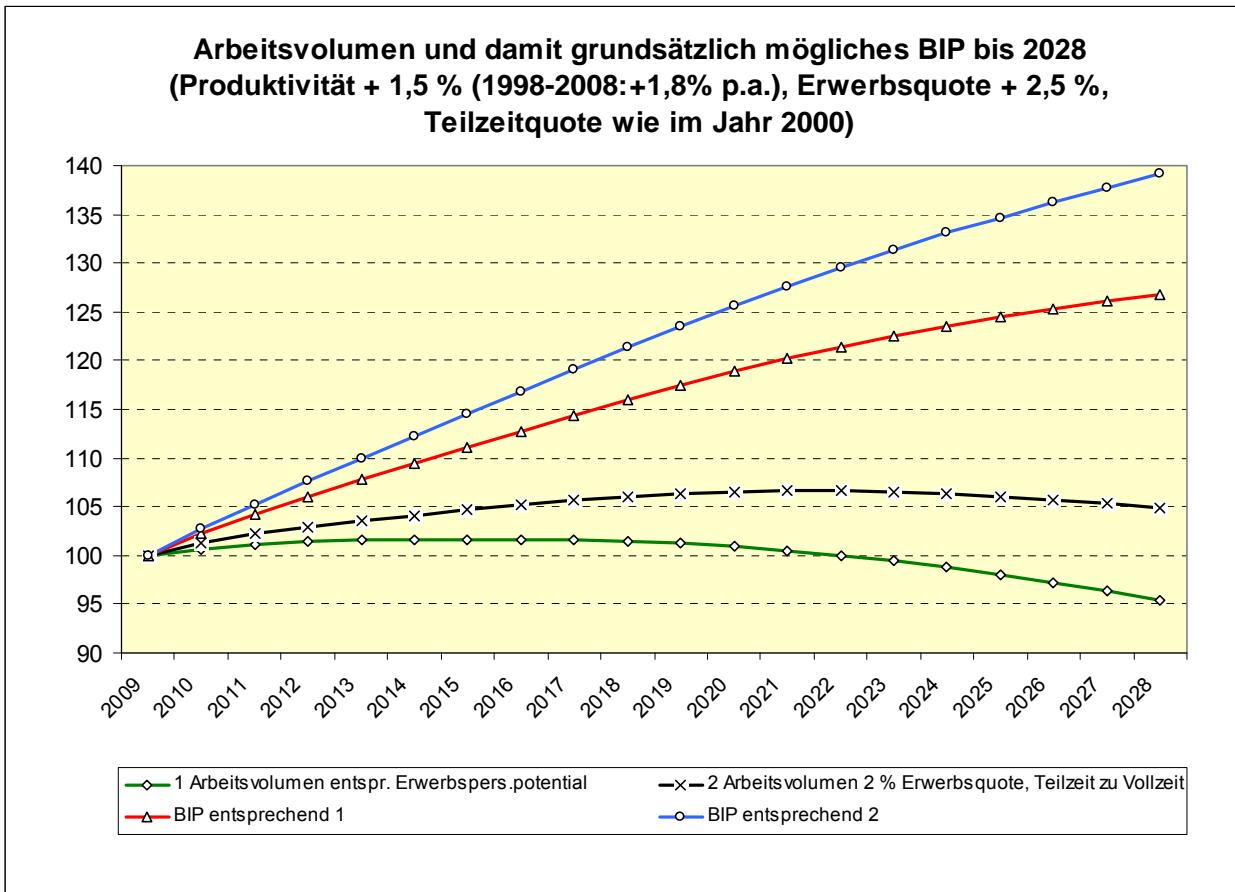


3. Arbeitsmarkt

3.2 Arbeitsvolumen – ein Blick in die Zukunft

Ein Blick in die Zukunft: Bis 2028 ist mit dem Erwerbspersonenpotential in Bayern grundsätzlich deutlich mehr Wirtschaftswachstum als in der Vergangenheit möglich

- Wenn es gelingt, bis 2028 – im Vergleich zu 2009 – nach und nach
 - die Erwerbstägenquote um nur 2,5 % zu steigern (z.B. durch kürzere Schulzeit, weniger Arbeitslosigkeit, geringere stille Reserve, weniger Frühverrentung, Auswirkung der Anhebung der Regelaltersgrenze der Frauen auf 65 Jahre; eine allgemeine Anhebung auf 67 Jahre wurde noch nicht einbezogen),
 - den Anteil der Teilzeitarbeit auf dem Niveau von 2000 zu halten bzw. darauf zurückzuführen (keine weitere Arbeitszeitverkürzung durch Umwandlung von Voll- in Teilzeitstellen) und
 - eine Produktivität je Erwerbstägenstunde von +1,5 % pro Jahr zu realisieren (Durchschnitt 1998 bis 2008 zum Vergleich: +1,8 % pro Erwerbstägenstunde) und
 - den sogenannte Mismatch am Arbeitsmarkt nicht weiter zunehmen zu lassen, so wäre mit dem in Bayern prognostizierten Erwerbspersonenpotential bis 2028 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von durchschnittlich 1,8 % pro Jahr realisierbar.
- Zum Vergleich: Im Zeitraum 1999 bis 2009 lag die reale BIP-Wachstumsquote bei durchschnittlich jährlich 1,7 %, d.h. es wäre künftig ein um rund 5 bis 10 % höheres Wirtschaftswachstum als in der Vergangenheit realisierbar.
- Bei der Vermeidung eines höheren „mismatch“ (mangelnde Übereinstimmung) zwischen beruflicher Ausbildung und nachgefragter Qualifikation kommt insbesondere der beruflichen Weiterbildung in den Betrieben und einer langfristigen betrieblichen Personalpolitik eine Schlüsselrolle zu.

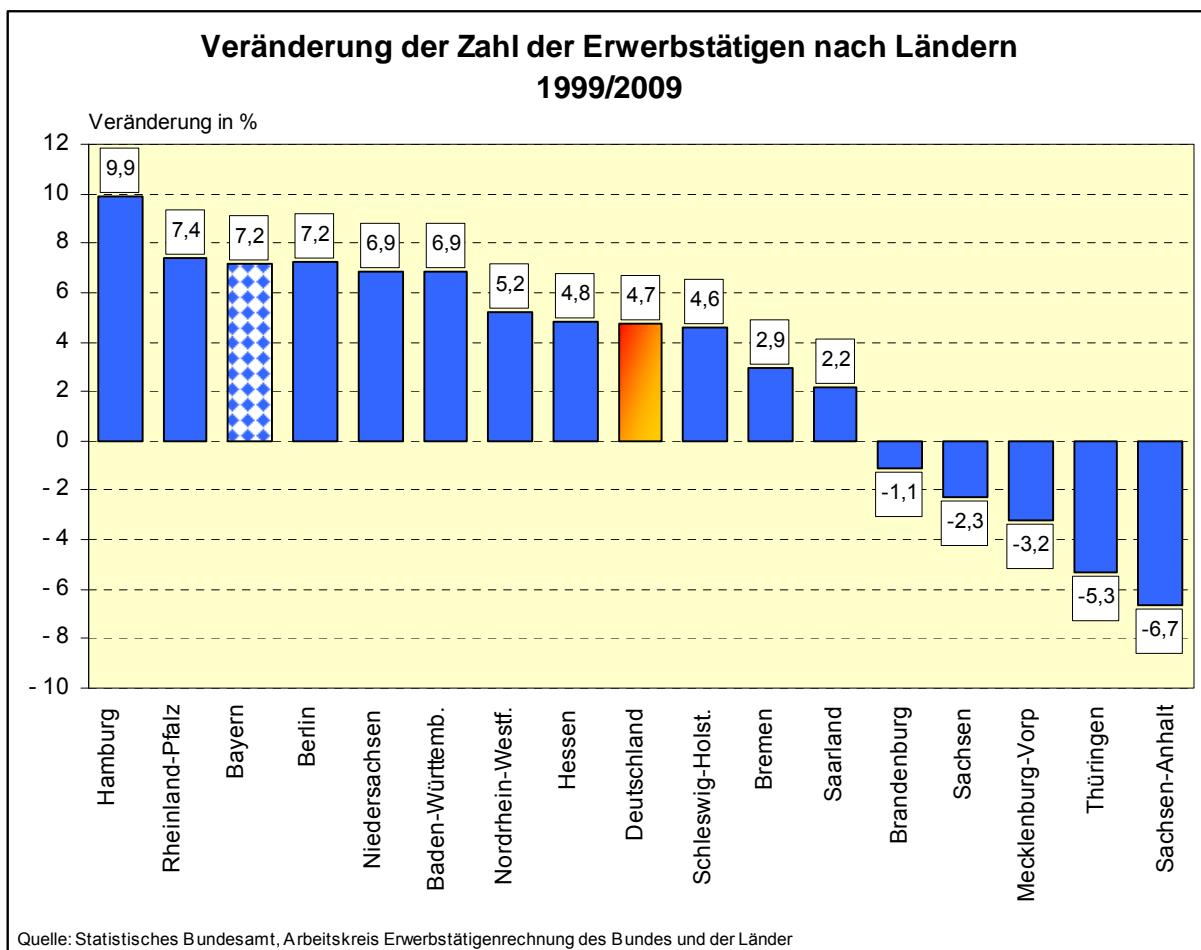


3. Arbeitsmarkt

3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

3.3 Erwerbstätigkeit: 1999 bis 2009 deutliche Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 7,2 %

- Gegenüber 1999 konnte in Bayern die Anzahl der Erwerbstätigen deutlich zulegen. Mit einer Steigerung von 7,2 % liegt Bayern um 2,5 %-Punkte über dem Bundesdurchschnitt. Ein Rückgang der Erwerbstätigkeit ist ausschließlich in den neuen Bundesländern zu verzeichnen.
- 2007 waren 25 % der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe tätig, 21 % bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen, 10 % bei wirtschaftlichen Dienstleistern, 7 % in der öffentlichen Verwaltung und 18 % bei Handel und Gastgewerbe.
- 73 % der Erwerbstätigen waren zwischen 30 und 60 Jahre, 6 % waren 60 Jahre und älter.
- 25 % waren Teilzeiterwerbstätige (mit normalerweise weniger als 32 Stunden Wochenarbeitszeit), bei den Männern 8 %, bei den Frauen 47 %.
- 56 % hatten eine Lehrausbildung, 16 % einen Hochschulabschluss und 18 % keinen beruflichen Abschluss.

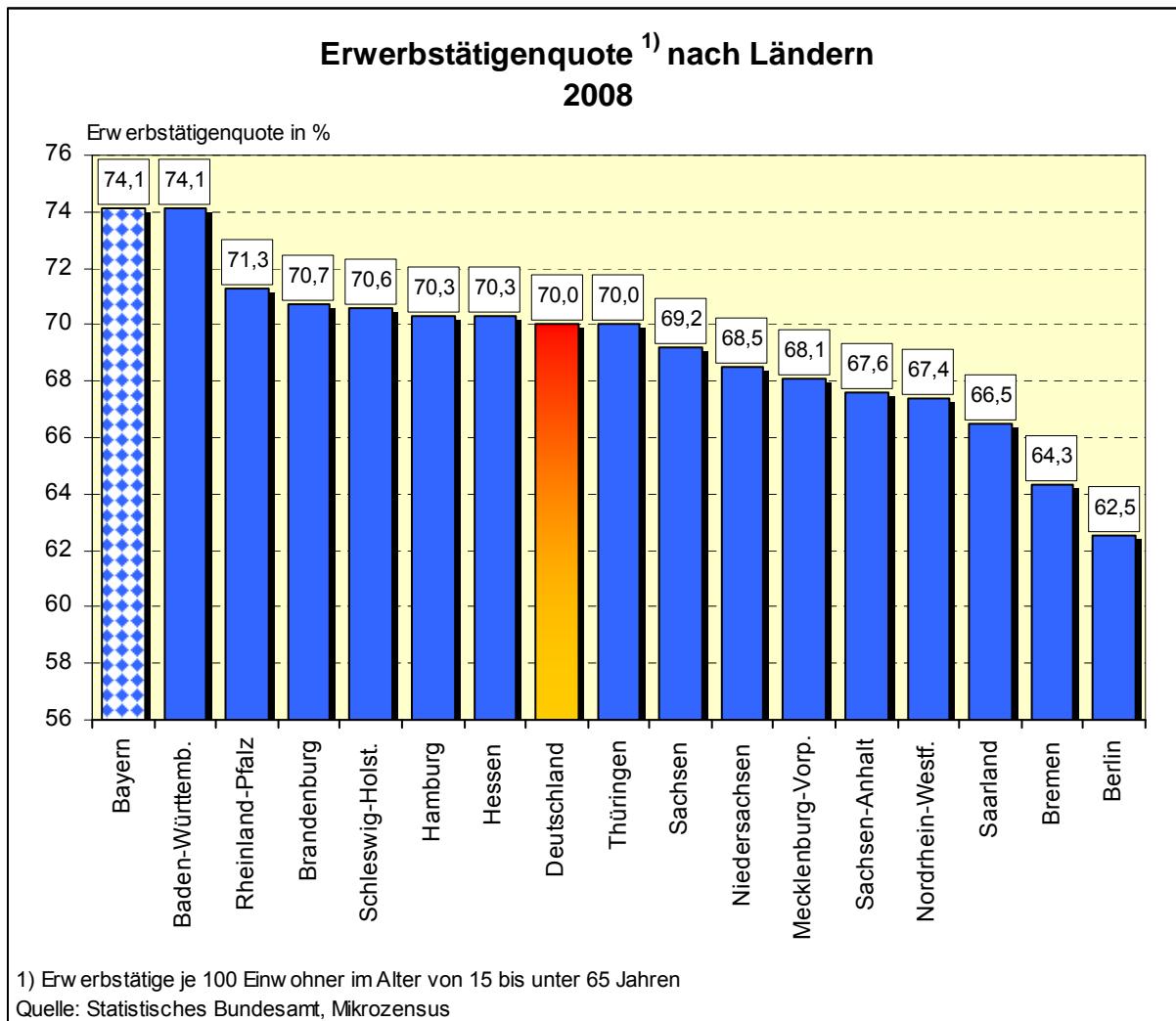


3. Arbeitsmarkt

3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

In Bayern hohe Erwerbsbeteiligung

- Bezieht man die Anzahl der Erwerbstätigen auf je 100 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahre, dann ergibt sich für Deutschland 2008 eine Erwerbstätigenquote von 70,0 %.
- Bayern hat neben Baden-Württemberg mit einer Erwerbstätigenquote von 74,1 % mit die höchste Erwerbsbeteiligung aller Länder und zugleich die niedrigste Arbeitslosenquote.
- Differenziert nach dem Geschlecht zeigt sich, dass mit einer Erwerbstätigenquote der Frauen von 67,5 % Bayern nach Brandenburg (67,9 %) und Baden-Württemberg (67,6 %) an dritter Stelle im Ländervergleich und erheblich über dem Bundesdurchschnitt steht.

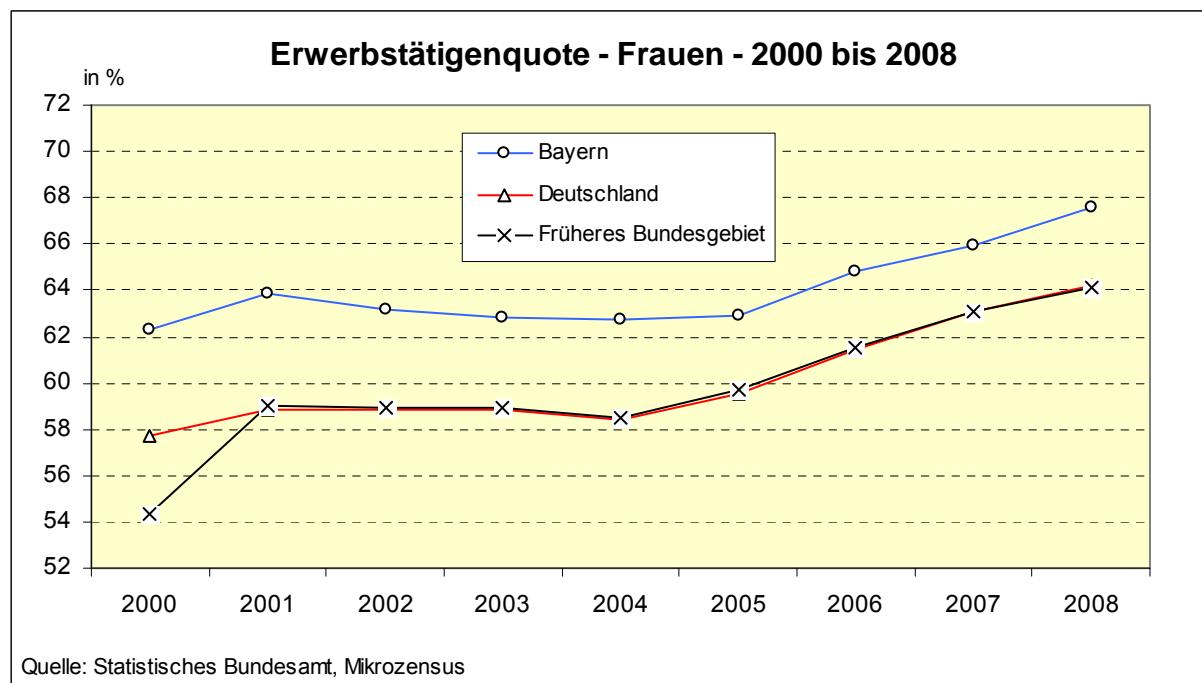
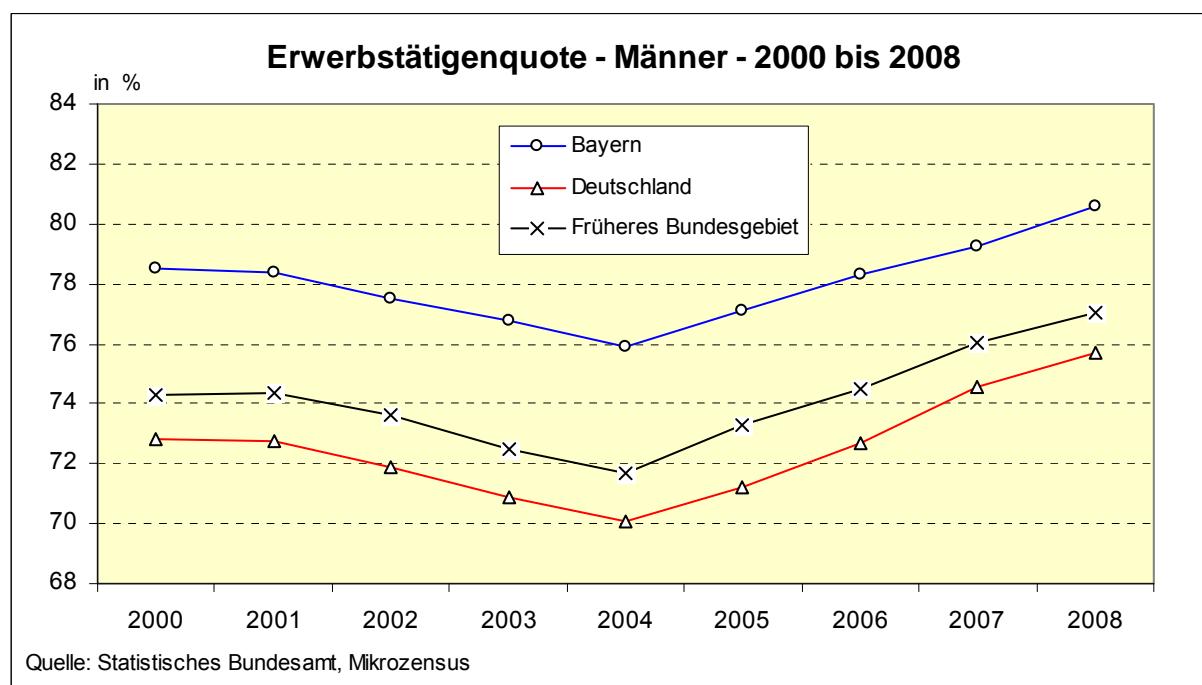


3. Arbeitsmarkt

3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Entwicklung der Erwerbstätigenquote 2000 bis 2008: Seit 2004 deutlicher Anstieg

- Die Erwerbstätigenquoten in Bayern lagen im Zeitraum 2000 bis 2008 kontinuierlich über dem Bundesdurchschnitt und westdeutschen Durchschnitt und sind seit 2004 kontinuierlich angestiegen – bei den Frauen von niedrigerem Niveau aus etwas mehr als bei den Männern.
- Die Erwerbstätigenquoten der Frauen in Bayern erhöhten sich von 62,3 % im Jahre 2000 auf 67,5 % im Jahre 2008 um über 5 %-Punkte, bei den Männern ergab sich ein Anstieg von 78,5 % im Jahre 2000 auf 80,6 % im Jahre 2008.
- Insbesondere seit 2004 hat die Erwerbsquote zugenommen, u.a. bedingt durch ein gestiegenes Rentenzugangsalter bei den Männern (aber – bis 2008 – nicht bei den Frauen).

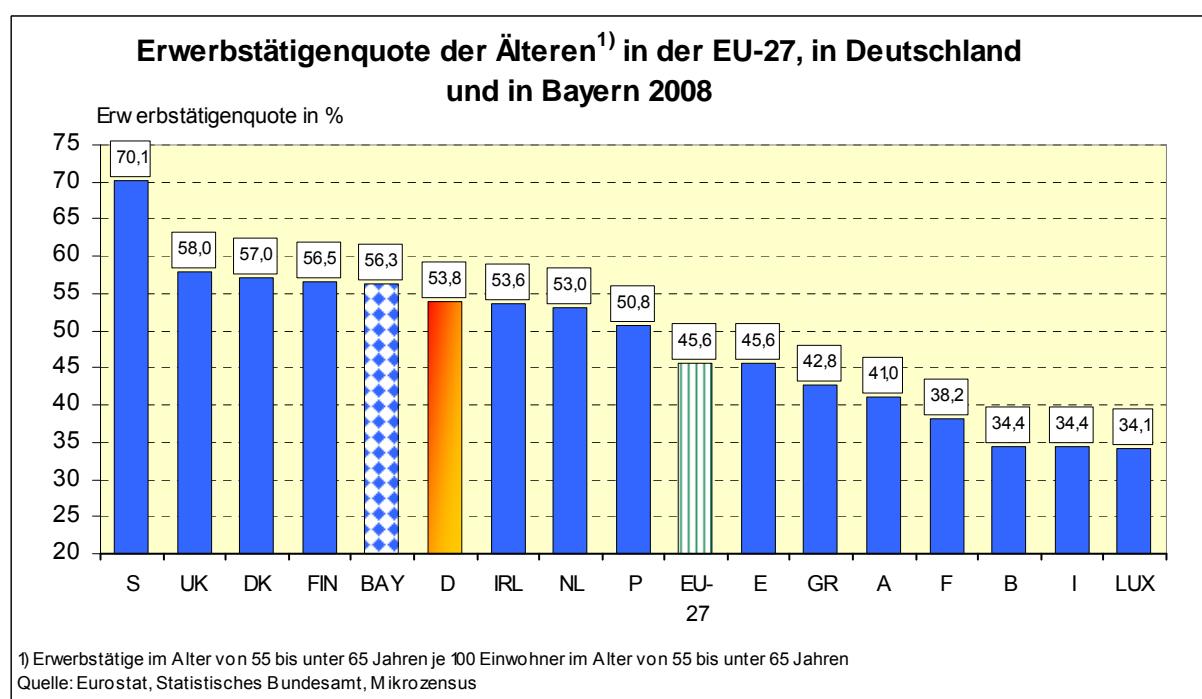
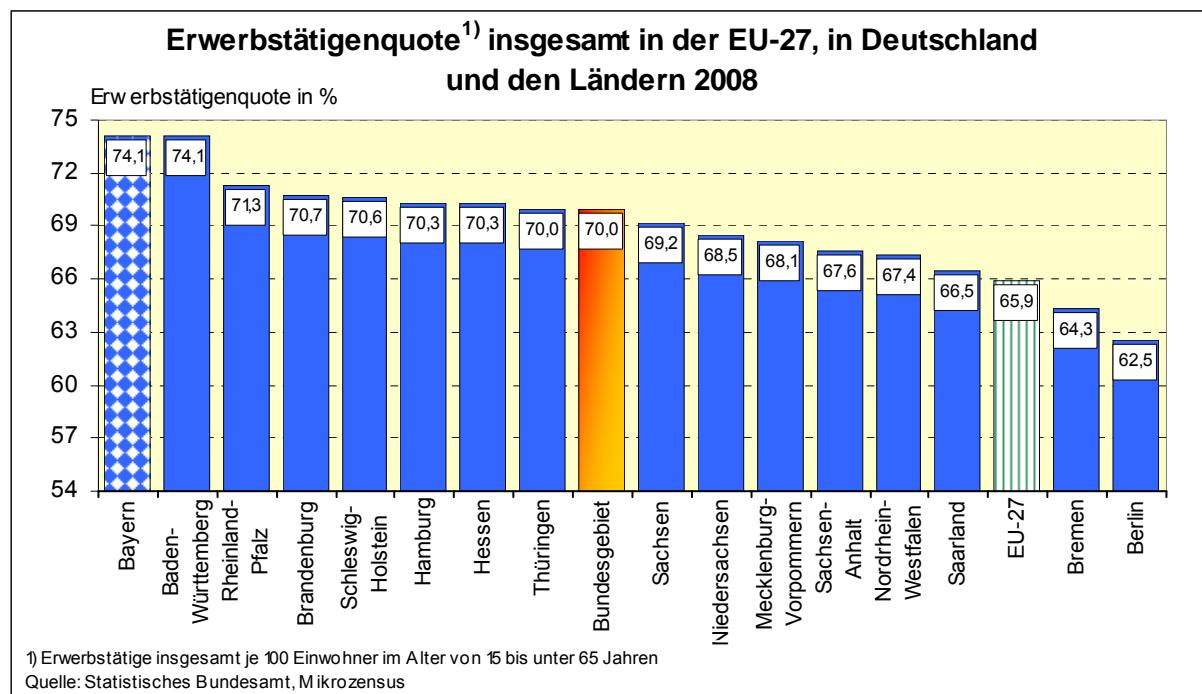


3. Arbeitsmarkt

3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigenquoten in Bayern 2008 auch im EU-Ländervergleich hoch

- Bayern nimmt auch im EU-weiten Vergleich zusammen mit Baden-Württemberg eine Spitzenposition ein: Die Erwerbstätigenquote liegt mit 74,1 % erheblich über dem Durchschnitt der EU-27 mit 65,9 %.
- Auch die Erwerbstätigenquote der älteren Erwerbstätigen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren ist in Bayern mit 56,3 % höher als die Quote im Bund (53,8 %) und erheblich höher als die durchschnittliche EU-27-Quote von 45,6 %, d.h. Bayern hat im EU-Vergleich keinen Nachholbedarf.

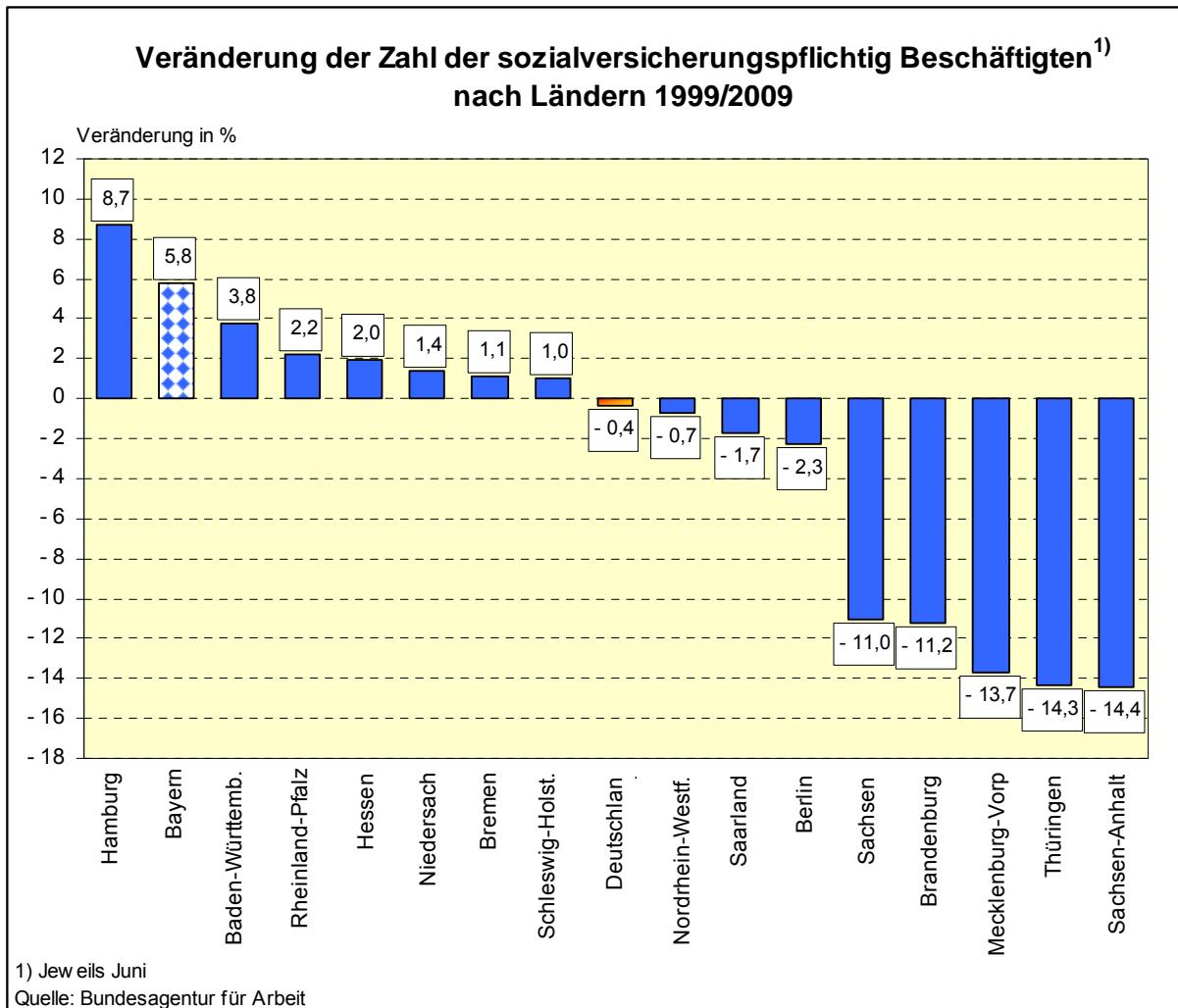


3. Arbeitsmarkt

3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

3.4 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 1999 bis 2009: Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern mit 5,8 % etwas unter der Zunahme der Erwerbstätigkeit

- Bayern konnte im Zeitraum von 1999 bis 2009 eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 5,8 % und damit die größte Zunahme unter den westdeutschen Flächenländern verzeichnen.
- Bundesweit kam es zu einer geringfügigen Abnahme der Beschäftigung von -0,4 %. Einen relativ starken Rückgang verzeichnen die neuen Bundesländer, in denen zahlreiche Arbeitsplätze verloren gingen. In Sachsen-Anhalt beispielsweise ging die Beschäftigung um mehr als 14 % zurück.

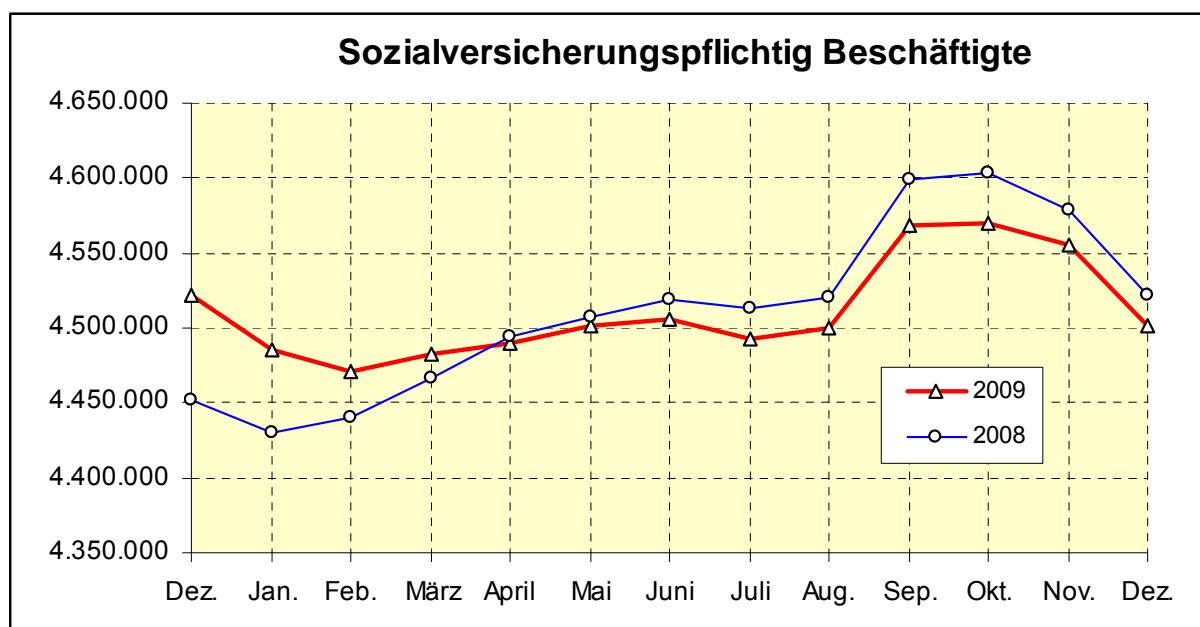


3. Arbeitsmarkt

3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern im Jahr 2009 leicht rückläufig

- Nach aktuellen Hochrechnungen gab es im Dezember 2009 im Freistaat 4.500.800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.
- Im Vorjahresvergleich verzeichnete Bayern damit ein Minus von rund 21.200 Beschäftigten bzw. 0,5 %. Im Vergleich zum Vormonat (November 2009) gab es rund 47.500 Beschäftigte (1,0 %) weniger.
- Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde mit Beginn des Jahres 2009 saisonbereinigt abgebaut – den deutlichsten Rückgang gab es im Februar; während sich dieser Trend in den Monaten ab August wieder abschwächte, ist ab November wieder eine Abnahme zu verzeichnen.
- Im Vergleich zum Vorjahr war vor allem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe (minus 64.000 bzw. 4,9 %) sowie bei der Arbeitnehmerüberlassung (minus 10.700 bzw. 12,2 %) rückläufig.
- Hohe Zuwächse im Vergleich zum Vorjahr konnten hingegen im Bereich Erziehung und Unterricht (plus 7.400 bzw. 5,0 %) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (plus 19.800 bzw. 3,9 %) verzeichnet werden.



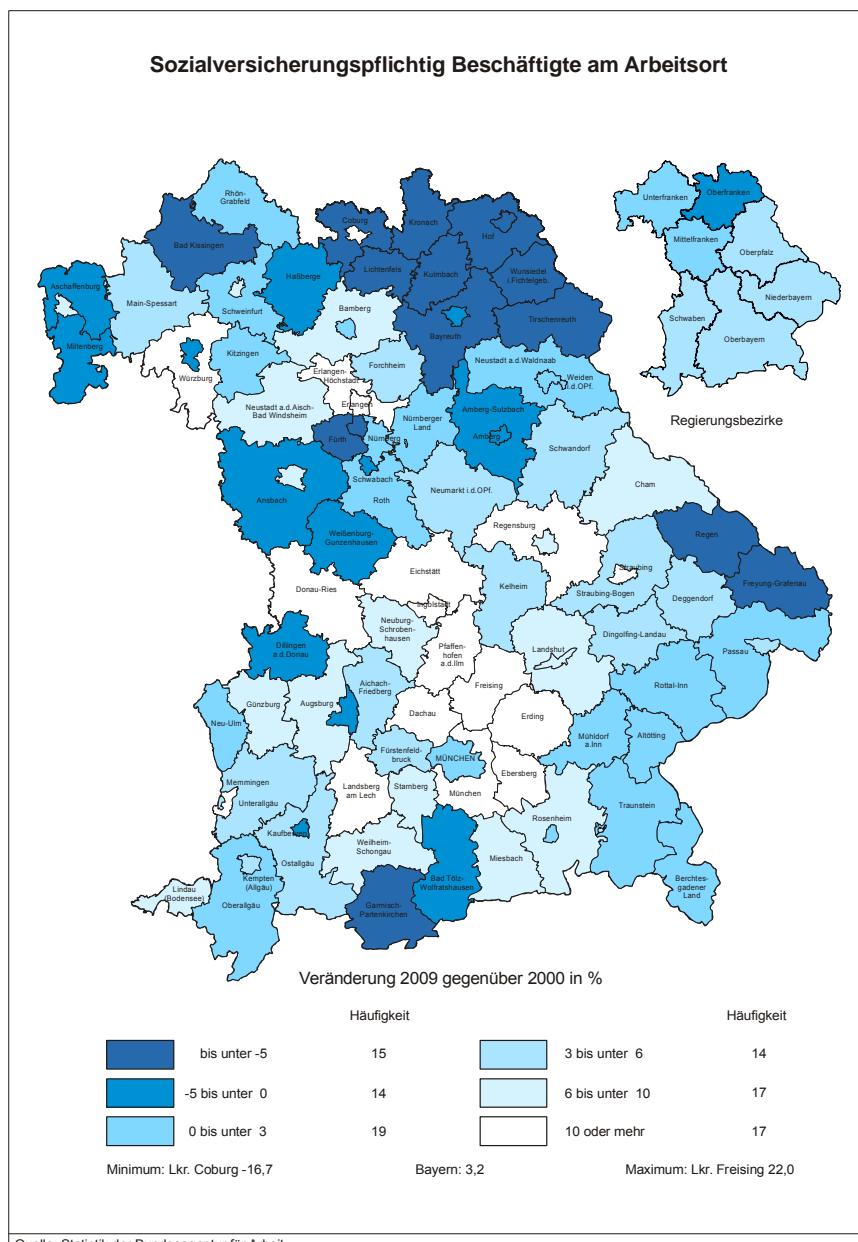
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3. Arbeitsmarkt

3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Regionen in Bayern 2009

- Insgesamt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2000 und 2009 (jeweils zum 30.06.) in Bayern um 3,2 % zu.
- In den bayerischen Regionen zeigten sich zwischen 2000 und 2009 deutliche Unterschiede in der Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten:
- So verzeichneten die Regierungsbezirke Oberbayern (+5,9 %) und Oberpfalz (+4,4 %) die größten Beschäftigungsgewinne, während in Oberfranken die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum um -4,8 % zurückging.
- Die stärksten Anstiege finden sich in den Landkreisen Freising (+22,0 %), Erlangen-Höchstadt (+20,1 %) und Pfaffenhofen a.d.Ilm (+20,0 %).
- Die stärksten Rückgänge finden sich in den nördlich sowie östlich gelegenen Grenzlandkreisen (Landkreis Coburg -16,7 %, Landkreis Wunsiedel -13,2 %) aber auch im Landkreis Garmisch-Partenkirchen (-10,3 %).



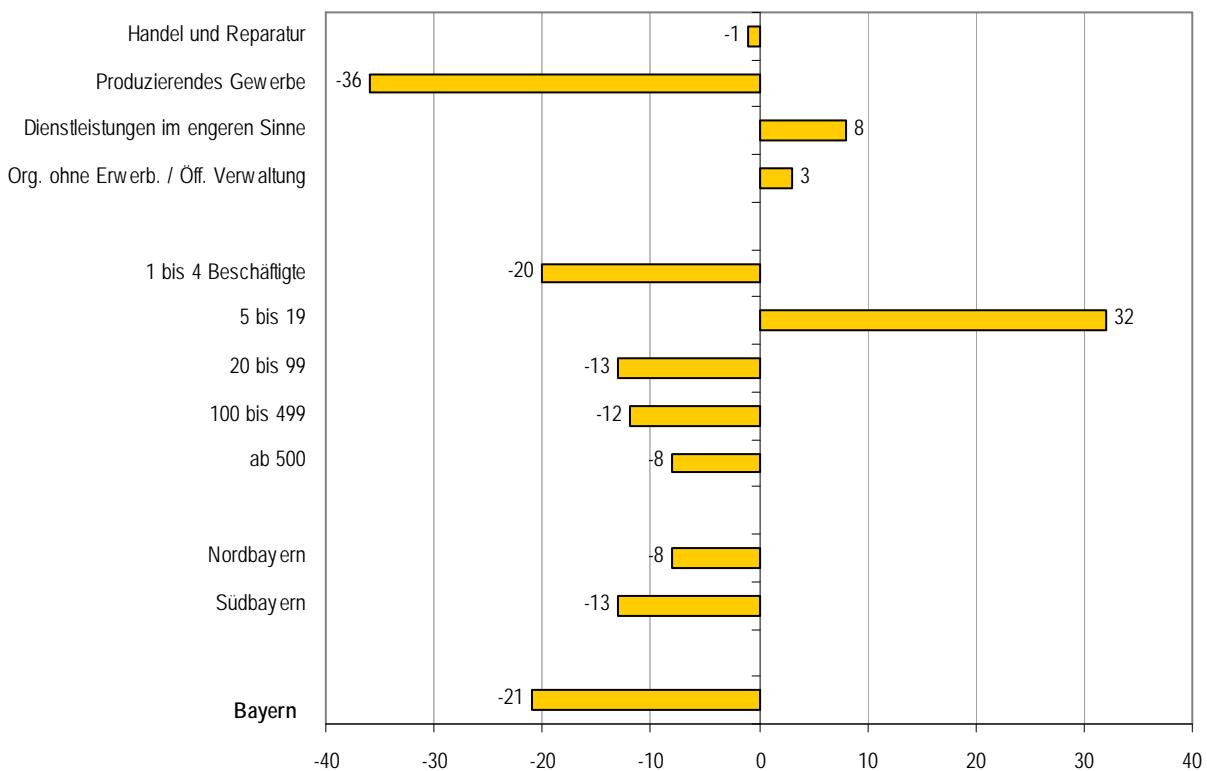
3. Arbeitsmarkt

3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

Beschäftigungsrückgang in den verschiedenen bayerischen Betriebsformen

- Die bayerischen Betriebe hatten im Zeitraum von Juni 2008 bis Juni 2009 hochgerechnet einen Beschäftigungsrückgang um rund 21.000 Personen (nach einem Beschäftigungszuwachs im Zeitraum Mitte 2007 bis Mitte 2008 noch von 121.000 Personen bzw. 2,2 %) zu verzeichnen. Demgegenüber verzeichnet das IAB-Panel 2009 in Westdeutschland noch ein Plus um 9 Tsd. und in Ost-Deutschland um 41 Tsd. Beschäftigte gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt.
- In diesem Beschäftigungsabbau stehen sich u.a. eine Reduzierung bei den Arbeitern und Angestellten um 56 Tsd. und ein Zuwachs bei den geringfügig Beschäftigten um 26 Tsd. gegenüber. Vor allem im Produzierenden Gewerbe war der Personalabbau erheblich.
- Mit 36 Tsd. ging die Beschäftigtenzahl im Produzierenden Gewerbe in Bayern am stärksten zurück, dagegen war z. B. im Bereich der Dienstleistungen im engeren Sinne ein Plus von 8 Tsd. Beschäftigten zu verzeichnen.
- Der Rückgang war in Südbayern etwas ausgeprägter als in Nordbayern und betraf alle Betriebsgrößenklassen außer den Kleinbetrieben mit 5 bis 19 Beschäftigten. Diese konnten sogar einen recht kräftigen Personalzuwachs um 32 Tsd. Personen verbuchen.

Beschäftigungsentwicklung von Juni 2008 bis Juni 2009 in den bayerischen Betrieben (Angaben in Tsd. Personen)



Quelle: Inifes, Repräsentative Analyse auf Basis des IAB-Betriebspansels 2009
<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.htm>

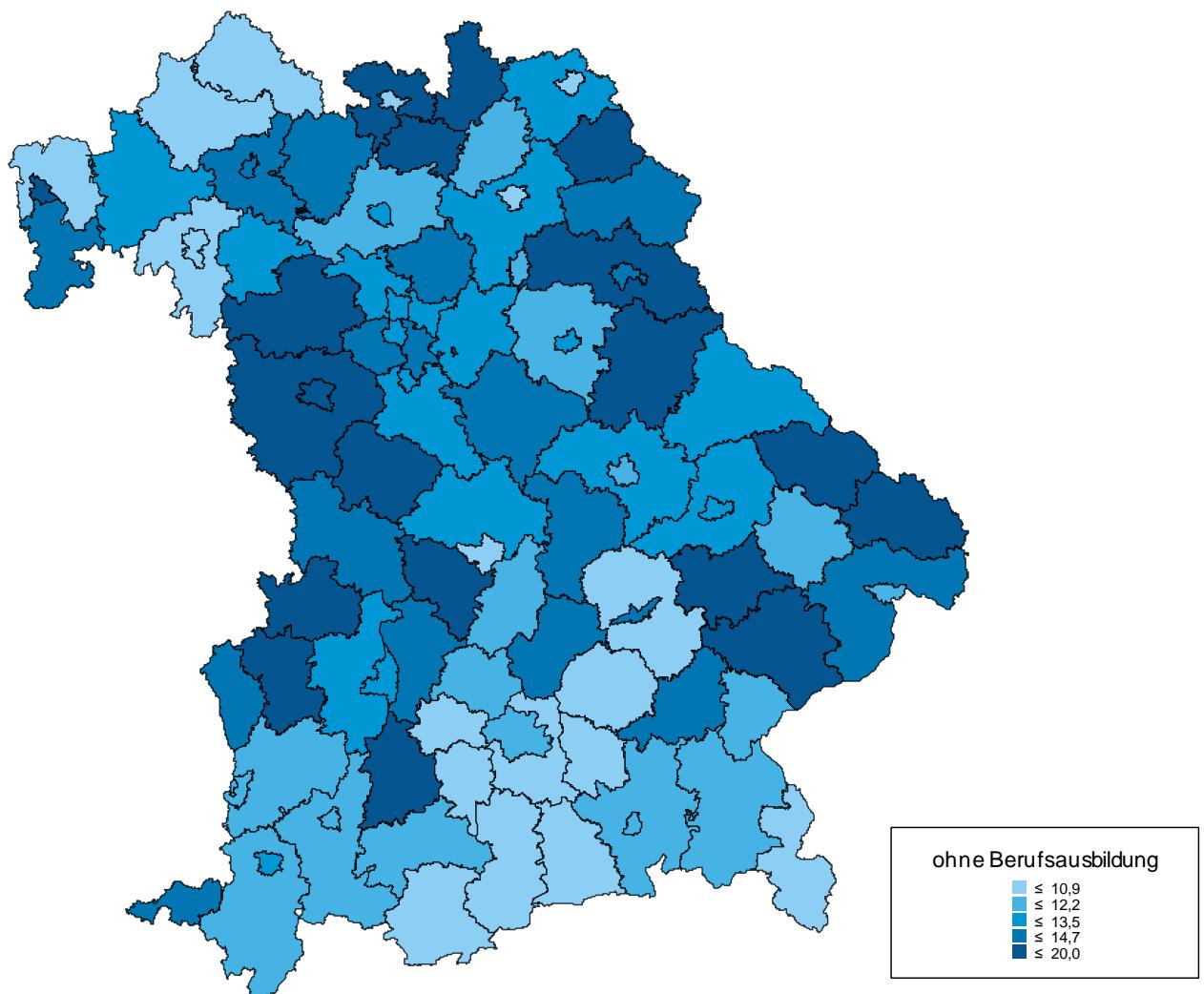
3. Arbeitsmarkt

3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

Anteile von Geringqualifizierten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2008

- Die Anteile von formal Geringqualifizierten (d.h.: ohne Berufsausbildungsabschluss) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten variieren nach Landkreisen – bedingt durch die regionale Wirtschaftsstruktur – zwischen 8 % und fast 20 %, bei einem bayernweiten Durchschnitt von 12,5 % im Jahr 2008. Generell finden sich viele nordostbayerische Grenzlandkreise und Kreise am westlichen Rand des Freistaats im oberen Bereich. Besonders niedrige Anteile von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsabschluss haben dagegen vorwiegend Landkreise aus dem Umland von München bzw. in Südostbayern:
 - Die höchsten Werte verzeichnen die Landkreise Kronach, Wunsiedel im Fichtelgebirge, Freyung-Grafenau und Dillingen an der Donau.
 - Die Landkreise München, Miesbach, Starnberg und Fürstenfeldbruck weisen die geringsten Anteile auf.
 - Ein eindeutiges Muster der Verteilung zwischen Stadt- und Landkreisen existiert nicht.

Anteile von Geringqualifizierten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2008



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)

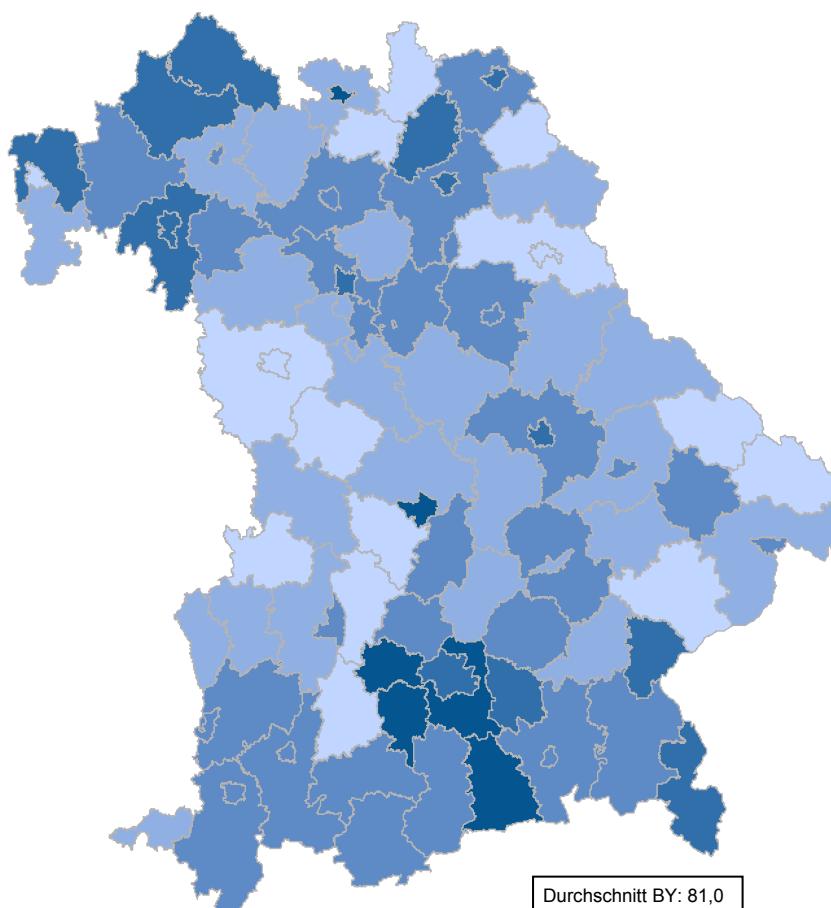
3. Arbeitsmarkt

3.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

Anteil der Beschäftigten mit formaler Qualifikation an allen Beschäftigten 2008

- Der Anteil der Beschäftigten mit Ausbildung oder höherer Fachschule an allen Beschäftigten lag im Jahr 2008 in Bayern bei 81,0 %, gleichwohl finden sich regionale Disparitäten. Diese sind aber großteils auf die vorherrschenden regionalen Wirtschaftsstrukturen bzw. die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für bestimmte Berufsgruppen und Tätigkeiten, aber auch auf das Arbeitsangebot zurückzuführen.
- Der Landkreis München liegt mit einem Anteil von 86,6 % deutlich über dem bayerischen Durchschnitt, der niedrigste Anteil findet sich im Landkreis Freyung-Grafenau mit 74,1 %.

Darstellung: Anteil der Beschäftigten mit Ausbildung oder höherer Fachschule, FH, Uni etc. an allen Beschäftigten 2008



Die Kreise mit den höchsten und niedrigsten Anteilen 2008:

Höchste:	
München	86,6
Starnberg	85,1
Fürstenfeldbruck	84,8
Coburg, kS	84,6
Miesbach	84,5
Ingolstadt, kS	84,4
Rhön-Grabfeld	83,7
Würzburg	83,6
Berchtesgadener Land	83,6
Regensburg, kS	83,4

Niedrigste:	
Freyung-Grafenau	74,1
Kronach	75,1
Ansbach	75,8
Dillingen a. d. Donau	75,9
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	75,9
Weissenburg-Gunzenhausen	76,0
Regen	76,4
Aschaffenburg, kS	76,6
Landsberg am Lech	76,8
Neuburg-Schrobenhausen	77,1

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

3. Arbeitsmarkt

3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen

3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit: Gründe für das Ausscheiden aus der (letzten) Erwerbstätigkeit 55- bis 64-Jähriger (Arbeitsuchende und nicht Arbeitssuchende) 2007

- Zu den politischen Zielsetzungen für den Arbeitsmarkt gehört seit Jahren eine Erhöhung der Erwerbstätigenquote auch von Personen im höheren Erwerbsalter. Die Darstellung unten zeigt die Gründe für die Beendigung der Erwerbstätigkeit nach Angaben von ehemals abhängig beschäftigten Personen im Alter von 55 bis 59 Jahren sowie 60 bis 64 Jahren (für 2007). Insgesamt zeigen die nachfolgenden Auswertungen (Mikrozensus-Erhebungen), dass ein weit überwiegender Anteil der Nichterwerbstätigkeit bei den Älteren bzw. der vorzeitigen Erwerbsaustritte unfreiwillig erfolgt.
- 55- bis 59-Jährige: Dominante Gründe für das Ausscheiden sind bei den 55- bis 59-Jährigen die Nichterwerbstätigkeit aus gesundheitlichen Gründen (26,3 %) und Entlassungen (23,4 %). Ein Großteil der im höheren Erwerbsalter arbeitslos gewordenen Personen findet keinen neuen Arbeitsplatz mehr. Arbeitslose Ältere sind oft ohne Chancen einer erneuten Beschäftigungsaufnahme, die häufig auch zu einem Rückzug vom Arbeitsmarkt ohne vorzeitigen Rentenbezug führt.

Beide Gründe sind in Bayern etwas seltener vertreten als im westdeutschen Durchschnitt. Noch im Vorjahr (2006) waren die Prozentwerte in Bayern etwas höher als in Westdeutschland. An dritter Stelle folgen mit 19,3 % in Bayern und 21,1 % in Westdeutschland persönlich-familiäre Verpflichtungen (Betreuungsaufgaben etc.), besonders bei Frauen 29,1 %, Männer 0,8 %.

Eine eigene Kündigung (7,9 %), Ruhestand aus Altersgründen (2,5 %) und ein vorzeitiger Ruhestand (Vorruhestandsregelung, Arbeitslosigkeit: 5,7 %) sind dagegen von nachrangiger Bedeutung.

Hauptgrund für Beendigung der letzten Tätigkeit von nichterwerbstätigen 55- bis 64-Jährigen (Arbeitsuchende und nicht Arbeitssuchende); 2007 (Angaben in %)

	Bayern		Westdeutschland	
Ehemals abhängig Beschäftigte	55- bis 59-Jährige	60- bis 64-Jährige	55- bis 59-Jährige	60- bis 64-Jährige
Entlassung	23,4	11,9	24,2	12,1
Befristeter Vertrag	4	1,2	3,5	1
eigene Kündigung	7,9	4,3	7,5	4,2
Ruhestand vorzeitig (Vorruhestand/Arbeitslosigkeit)	5,7	18,5	6,9	18,8
Ruhestand aus gesundh. Gründen	26,3	24,7	24,2	23,5
Ruhestand aus Altersgründen	2,5	21,7	2,4	20,8
persönl. Verpflichtungen (inkl. Kinderbetreuung, Familie)	19,3	12,3	21,1	14,5
sonstige Gründe/kA	10,9	5,4	10,2	5,1
Abgrenzung: Ehemals abhängig Beschäftigte (in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften) am Erstwohnsitz im Alter von 15+				
Quelle: INIFES, eigene Berechnung nach Mikrozensus SUF 2007.				

3. Arbeitsmarkt

3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen

- Bei den 60- bis 64-Jährigen nimmt die Bedeutung des Austrittsgrundes „Entlassung“ erheblich ab (in Bayern auf 11,9 % gegenüber 23,4 % in der jüngeren Kohorte), dafür gewinnt der Austrittsgrund „Vorzeitiger Ruhestand“ (wegen Vorruhestandsregelungen oder Arbeitslosigkeit) an Bedeutung (von 5,7 auf 18,5 % in Bayern). Dennoch bleiben auch in dieser Altersgruppe der Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen und aus Altersgründen²² die am häufigsten genannten Ursachen. Eigene Kündigungen spielen gerade bei den 60- bis 64-Jährigen dagegen kaum noch eine Rolle (4,3 %).
- Wird über die in der obigen Darstellung erfolgte Differenzierung hinaus in den zwei Altersgruppen zusätzlich nach dem Kriterium arbeitsuchend bzw. nicht-arbeitsuchend unterschieden (mit mehr Arbeitssuchenden unter den 55- bis 59-Jährigen), so ist bei denjenigen, die noch Arbeit suchen, der Grund Entlassung mit gut 60 % bei weitem dominant. Bei den nicht mehr Arbeitssuchenden ist dagegen der Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen (im Durchschnitt beider Altersgruppen in Bayern 27,8 %, in WD 26,4 %) verbreitet, gefolgt vom Ruhestand aus Alters- und sonstigen Gründen (16,6 bzw. 15,7 %), persönlichen/familiären Verpflichtungen (16,0 bzw. 18,6 %) und dem vorzeitigen Ruhestand nach Vorruhestandsregelungen (15,3 bzw. 15,9 %).

²² D. h. v. a. die 2007 noch gültige Sonderaltersgrenze für Frauen.

3. Arbeitsmarkt

3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen

Gründe warum Nichterwerbstätige gegenwärtig keine Arbeit suchen, Bayern 2007 (in %): Meistens aus Altersgründen und wegen einer Betreuung und Pflege von Kindern

- Unter den Nichterwerbstätigen 15- bis 64-Jährigen die gegenwärtig keine Arbeit suchen ist der Ruhestand bei Männern der wichtigste Grund (BY: 60,5 %; WD: 59,2 %), naturgemäß vor allem in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen (Männer: 87,6 %; Frauen: 65,3 %), aber auch schon deutlich bei den 45- bis 54-jährigen Männern (vor allem wegen dauerhaft verminderter Erwerbsfähigkeit – 21,4 % – und teils Berufssoldaten).
- Bei Frauen rangiert der Grund Betreuung von Kindern bzw. pflegebedürftigen Personen plus den sonstigen persönlichen oder familiären Verpflichtungen mit 39 % noch vor dem Ruhestand (32,8 %). 74,4 % der 25- bis 44-jährigen Frauen nennen den Grund Betreuungsaufgaben bzw. private/familiäre Verpflichtungen.
- In der Struktur weichen die Zahlen für den westdeutschen Durchschnitt nur wenig von den bayerischen Zahlen ab und unterscheiden sich kaum von den Vorjahreszahlen.

Gründe warum Nichterwerbstätige gegenwärtig keine Arbeit suchen, Bayern 2007 (Angaben in %)								
		Krankheit, Unfall oder vorübergehende Behinderung	Dauerhaft verminderte Erwerbsfähigkeit oder Behinderung	Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen (inkl. sonstige pers. oder familiär. Verpflichtungen)	Schulische oder berufliche Ausbildung	Ruhestand	Arbeitsmarkt bietet keine Beschäftigungsmöglichkeit	Sonstige Gründe (inkl. Arbeitssuche erfolgreich/ Wiedereinstellung erwartet/ sonstiges)
Gesamt		4,1	4,8	26,7	10,7	41,9	1,8	10,1
Männlich	Gesamt	4,8	6,6	1,4	19,4	60,5	0,9	6,4
	15 bis unter 25 Jahre	1,3	0,5	0,5	85,3	1,5	0	10,9
	25 bis unter 45 Jahre	8,4	7,5	5,2	52,3	12,1	0,9	13,6
	45 bis unter 55 Jahre	12	21,4	3	0	48,7	1,6	13,2
	55 bis unter 65 Jahre	3,4	5,3	0,4	0,1	87,6	1	2,3
Weiblich	Gesamt	3,7	3,9	39	6,5	32,8	2,2	11,9
	15 bis unter 25 Jahre	0,6	0	19,9	71,8	2,1	0	5,5
	25 bis unter 45 Jahre	3,1	2,8	74,4	6,7	3,6	0,8	8,5
	45 bis unter 55 Jahre	8	6,4	47,7	0,4	13,9	4,4	19,1
	55 bis unter 65 Jahre	2,7	4	13	0,1	65,3	2,6	12,1
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Mikrozensus SUF 2007.								

3. Arbeitsmarkt

3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen

Gründe für eine befristete Tätigkeit bei befristeten Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigen, 2007 (Angaben in %)

- Als Hauptgrund für die Befristung ihrer gegenwärtigen Tätigkeit nannten 2007 46,1 % der in Bayern befristet Erwerbstätigen eine Ausbildung (WD: 42 %), naturgemäß vor allem die 15- bis 25-Jährigen. Unspezifisch „sonstige Gründe“ rangieren mit 28,0 % an zweiter Stelle.
- 12,8 % (WD: 13,8 %) sagen, dass eine Dauerstellung nicht zu finden sei; das trifft etwas stärker auf Frauen und vor allem auf 45- bis 55-Jährige zu. Demgegenüber antworten nur 1,7 % der befristet Tätigen, dass eine Dauerstellung nicht erwünscht sei – mit ähnlichen Werten auch im westdeutschen Durchschnitt und bei nur geringer Streuung zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen.

Gründe für eine befristete Tätigkeit bei befristeten Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigen; 2007 (Angaben in %)							
			Ausbildung	Dauerstellung nicht zu finden	Dauerstellung nicht gewünscht	Probezeit-Arbeitsvertrag	Aus anderen Gründen
Bayern	Geschlecht	Gesamt	46,1	12,8	1,7	11,3	28
		Männlich	46,2	11,2	2	11,6	29
		Weiblich	46	14,7	1,4	11	27
	Altersgruppen	15 bis unter 25 Jahre	72,1	5	1,3	5,8	15,8
		25 bis unter 45 Jahre	16,1	21,2	2,2	19,1	41,5
		45 bis unter 55 Jahre	3,6	30,8	2,1	21	42,5
		55 bis unter 65 Jahre	0	24,8	2,8	4,8	67,6
Westdeutschland (ohne Berlin)	Geschlecht	Gesamt	42,2	13,8	2,2	11,3	30,5
		Männlich	42,3	12,5	2,3	11,9	31
		Weiblich	42	15,2	2,2	10,5	30
	Altersgruppen	15 bis unter 25 Jahre	69	5,9	1,4	5,8	17,9
		25 bis unter 45 Jahre	16,6	20,3	3,2	17,4	42,6
		45 bis unter 55 Jahre	2,4	31,8	2	20,1	43,7
		55 bis unter 65 Jahre	0,8	26,5	4,2	7,5	60,9

Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Mikrozensus SUF 2007.

3. Arbeitsmarkt

3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen

Gründe, warum in Bayern Teilzeitbeschäftigte einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen 2007 (genannter Hauptgrund; Angaben in %)

- Zielvorstellungen und Entwicklungen zu den Arbeitszeiten sind nicht einheitlich: Einerseits bestehen Tendenzen zur Exklusion von Bevölkerungsgruppen aus dem Erwerbsleben (insbesondere gering oder nicht aktuell Qualifizierte, wegen Krankheit oder anderer Gründe Leistungsgeminderte), andererseits verdichtet sich die Erwerbsarbeit teils auf immer weniger Personen. Einerseits wird über ein zu geringes Arbeitsangebot geklagt, andererseits nimmt die – auch kurzzeitige – Teilzeitarbeit zu (das Arbeitsvolumen²³ sinkt auch im Freistaat im langfristigen bzw. stagniert im mittelfristigen Trend trotz Bevölkerungszuwachs).
- In Befragungen äußern Vollzeitbeschäftigte häufig, dass sie gerne weniger Stunden arbeiten wollen, während Teilzeitbeschäftigte zu einem erheblichen Teil gerne länger arbeiten würden: Gemessen an den Lebensplanungen der Menschen deutet dies auf einen erheblichen „mismatch“ hinsichtlich der Arbeitszeiten hin.

Gründe, warum Teilzeitbeschäftigte einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen nach Alter und Geschlecht in Bayern 2007 (genannter Hauptgrund; Angaben in %)							
		Vollzeit-tätigkeit nicht zu finden	Schul-ausbildung oder sonstige Aus- bzw. Fortbildung	Aufgrund von Krankheit, Unfallfolgen	Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen	Sonstige persönliche oder familiäre Verpflichtungen	Vollzeit-tätigkeit aus anderen Gründen nicht gewünscht
Insgesamt		13,8	8,1	2,8	22,3	36,9	16,1
Männer	Insgesamt	29,3	29,6	8,9	4	7,4	20,6
	15 < 25 Jahre	16,6	72,3	1,2	0	1,5	8,4
	25 < 45 Jahre	35,2	27,7	5,1	5,8	8	18,3
	45 < 55 Jahre	40,7	0	16,3	7,1	14,1	21,7
	55 < 65 Jahre	21,9	0	23,4	2,3	8,4	44,1
Frauen	Insgesamt	11,7	5,1	2	24,8	40,9	15,5
	15 < 25 Jahre	21,3	56,5	0,7	7,1	8,2	6,2
	25 < 45 Jahre	10,1	3,2	1,2	38,9	39,2	7,4
	45 < 55 Jahre	12,9	0,4	2,8	14,1	49,4	20,3
	55 < 65 Jahre	10,5	0,3	3,7	4,1	43,2	38,2
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach Mikrozensus SUF 2007.							

²³ Unter dem Arbeitsvolumen versteht man die insgesamt in einer Volkswirtschaft gegen Bezahlung geleisteten Arbeitsstunden.

3. Arbeitsmarkt

3.5 Gründe für Nichterwerbstätigkeit und Beschäftigungsformen

- Die Darstellung zeigt, welchen Hauptgrund²⁴ Teilzeitbeschäftigte in Bayern dafür angeben, dass sie Teilzeit (und nicht Vollzeit) arbeiten: Bei 22,3 % wird als Hauptgrund die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen / behinderten Personen genannt (WD: 21 %), vor allem mit 24,8 % von Frauen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine leichte Zunahme. 36,9 % der Befragten (WD: 34 %) äußerten, dass dies aus „sonstigen persönlichen oder familiären Verpflichtungen“ der Fall ist. Weitere 16,1 % gaben unspezifisch sonstige Gründe dafür an, dass keine Vollzeittätigkeit gewünscht sei (WD: 16 %).
- 13,6 % sagten, dass sie keine Vollzeitarbeit finden konnten (WD: 16 %) – vor allem (mit 29,3 %) die viel weniger teilzeitbeschäftigen Männer und dabei vor allem Männer mittleren Alters, aber auch 15- bis 25-jährige Frauen. Gegenüber dem Vorjahr sind diese Ergebnisse sehr stabil.

²⁴ Dabei ist zu beachten, dass aus diesen Gründen nicht unmittelbar auf den erwünschten Erwerbsumfang geschlossen werden kann.

3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Atypische Beschäftigung

3.6 Atypische Beschäftigungsformen: Im Zeitraum 2006 bis 2009 kein weiter erhöhter Anteil an der Gesamtzahl aller Beschäftigten (nicht nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte)

- Befragt man die Betriebe nach ihren Beschäftigungsstrukturen, so ergibt sich die nachstehende Entwicklung der atypischen Beschäftigungsformen in den Jahren von 2001 bis 2009 in Bayern. Dabei haben im Gesamtzeitraum alle diese Beschäftigungsformen einen zunehmenden Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten erreicht: von zusammengezogenen rund 34 % in 2001 auf rund 50 % seit 2006 (dabei sind Doppelzählungen insoweit möglich, wenn Beschäftigte zwei Beschäftigungsformen haben).
- Diese Daten der Betriebsbefragungen für 2006 bis 2009 deuten für diese Jahre auf keine weitere Zunahme der besonderen, atypischen Beschäftigungsformen hin, vielmehr zeichnet sich eine – möglicherweise aber nur vorübergehende – Stagnation der Anteile an der Gesamtzahl der Beschäftigten ab. Andere Daten zeigen hingegen (vgl. unten) auf Basis der Beschäftigtenstatistik einen kontinuierlichen und starken Anstieg z.B. der Teilzeitbeschäftigte, der sich auch in steigenden Anteilen an allen Beschäftigten niederschlägt.
- Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung hat einen Anteil von rund 36 bis 37 % erreicht, einen erheblichen Anteil haben mit 6 % auch noch die befristeten Arbeitsplätze, während Midi-Jobs, Leiharbeitskräfte, Aushilfen/Praktikanten und freie Mitarbeiter quantitativ insgesamt eher geringe Anteile haben.

Anteile von Beschäftigten in besonderen Beschäftigungsformen in Bayern 2001 bis 2009 (Angaben in %), Unternehmensbefragung

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Teilzeitbeschäftigte	20	22	22	21	22	26	24	25	24
Geringfügige/„sonstige“ Beschäftigte*	10	10	10	11	11	11	13	12	12
Midi-Jobs	-	-	-	3	3	3	4	3	3
Befristet Beschäftigte	4	4	4	5	6	6	7	6	6
Aushilfen und Praktikanten	-	2	2	2	2	2	2	2	2
Freie Mitarbeiter	-	1	1	1	1	2	1	1	1
Leiharbeitskräfte	-	1	1	1	1	1	2	2	1

Quelle: Inifes, repräsentative Analyse auf Basis des IAB-Betriebspanels 2009

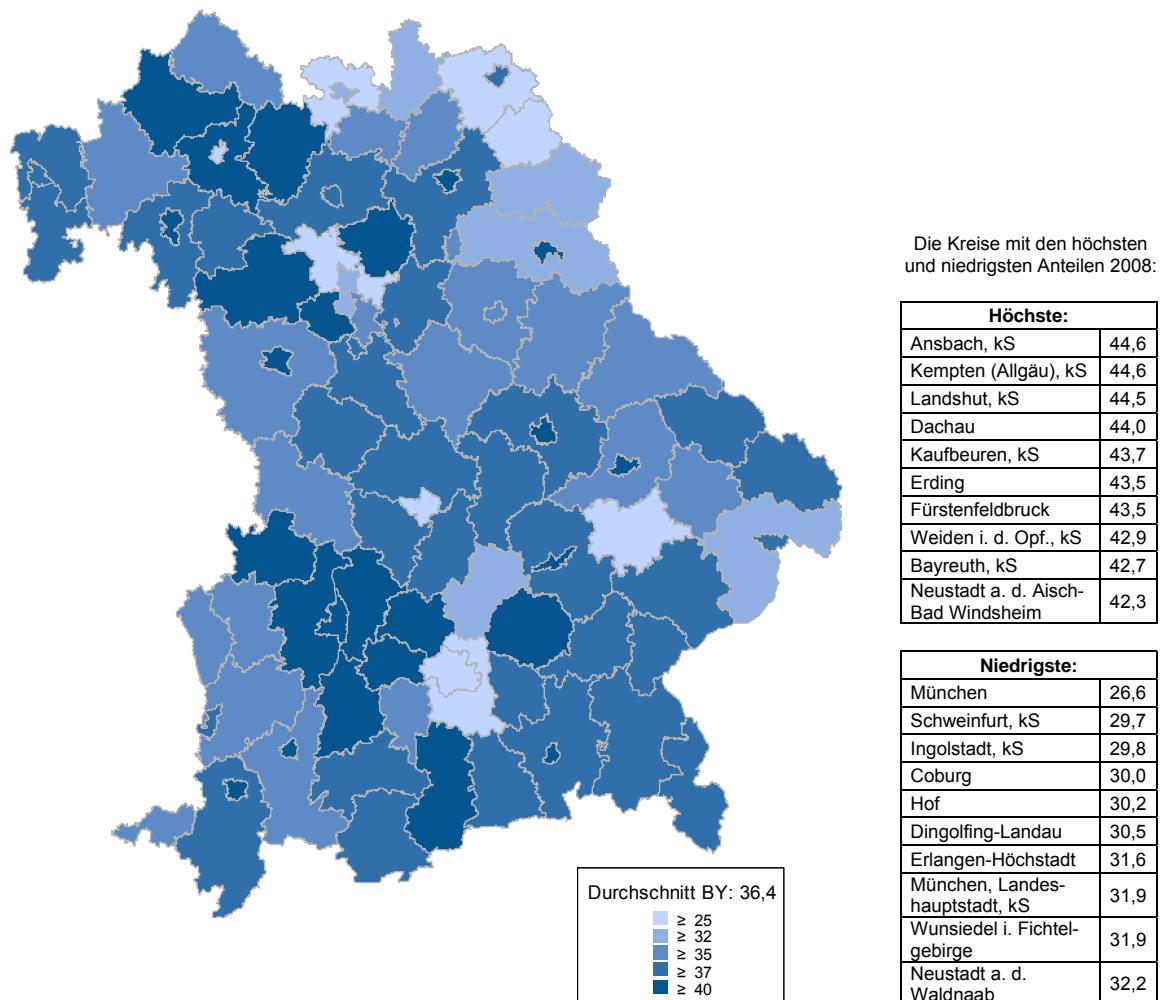
3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Atypische Beschäftigung

Atypische Beschäftigung: Regional sehr unterschiedlich

- Die nachfolgende Darstellung zeigt die regionale Verteilung der Anteile atypischer Beschäftigung an den Beschäftigten insgesamt. Als atypisch Beschäftigte werden hier gezählt: Teilzeittätigkeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und Arbeitsgelegenheiten/1 €-Jobs.
- Die atypische Beschäftigung hat in Bayern allein in den Jahren 2005 bis 2008 um 13,8 % zugenommen (Teilzeit +14,1 %; Leiharbeit +74,7 %, aber auf noch recht geringem quantitativen Niveau; Mini-Jobs +10,2 %; Arbeitsgelegenheiten/1 €-Jobs: +12,5 %)
- Größere Städte gelten generell als Vorreiter in der Ausweitung atypischer Beschäftigung. Wie die Darstellung zeigt, sind atypische Beschäftigungsverhältnisse zwar in einer Reihe von kreisfreien Städten häufiger zu finden, auch in Augsburg, nicht aber in Ingolstadt, Nürnberg, und München. Effekte der Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsstärke überlagern raumtypische Effekte. Daher gibt es sowohl unter den Raumeinheiten mit den höchsten als auch denjenigen mit den niedrigsten Anteilen atypischer Beschäftigung solche mit höher wie niedriger Wirtschaftskraft.

Darstellung: Anteil der atypischen Beschäftigung an allen Beschäftigungsverhältnissen 2008 (Angaben in %)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach: Hans-Böckler-Stiftung, Datenbank Atypische Beschäftigung (Stat. BuA und BA)

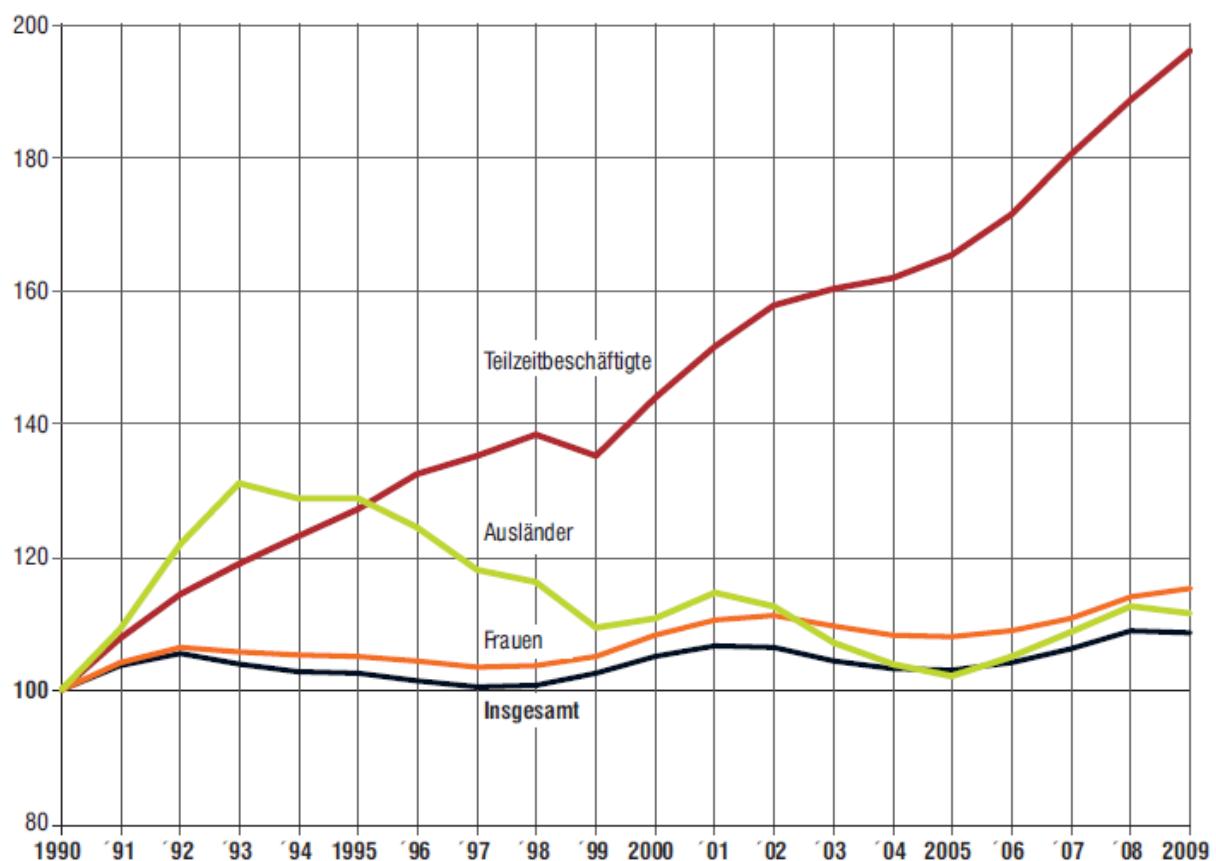
3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Teilzeit

Teilzeiterwerbstätigkeit: Ein stetig ansteigender Trend

- Im Juni 2009 waren im Freistaat 19 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit beschäftigt (bezogen auf alle Erwerbstätigen 25 %). Damit hat sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in den letzten 10 Jahren von 13,6 % im Juni 1999 im Vergleich zum Juni 2009 deutlich erhöht und gegenüber 1990 fast verdoppelt.
- Von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen arbeiteten im Juni 2009 rund 35 % Teilzeit (Juni 1999: 27,6 %), von den Männern dagegen nur 5 % (Juni 1999: 2,8 %).
- Der Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen Beschäftigten stieg im letzten Jahrzehnt von 43,7 % auf 45,7 % im Juni 2009.
- Geringfügig gesunken ist der Anteil der ausländischen Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Zeitraum von Juni 1999 mit 8,3 % bis Juni 2009 auf 7,9 %.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Bayern
Entwicklung seit 1990 nach Geschlecht, Ausländern und Teilzeit
jeweils zum 30. Juni



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Statistischer Bericht, Teil I der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik, Stand Februar 2010

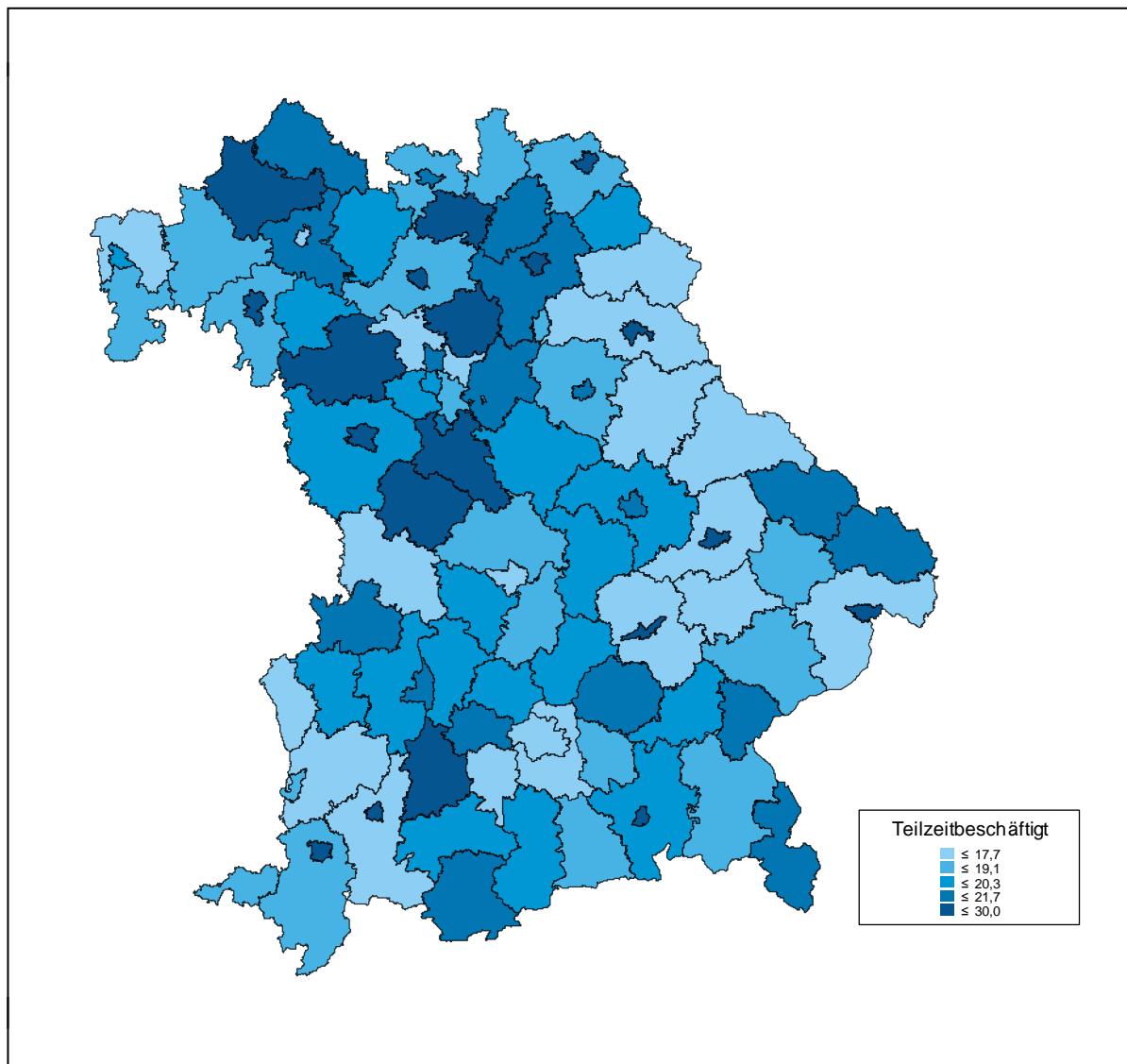
3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Teilzeit

Regionale Streuung der Teilzeitbeschäftigung 2008 auch in Bayern

- Die Anteile von Teilzeitbeschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind, wie die untenstehende Abbildung zeigt, besonders in den kreisfreien Städten hoch.
- Ausnahmen bilden Ingolstadt, das mit 13,7 % den zweitniedrigsten Wert vor dem Landkreis München (13,1 %) aufweist.
- Der bayerische Durchschnitt liegt bei 19,0 %. Die höchsten Werte haben die Stadtkreise Kaufbeuren (27,9 %) sowie Würzburg und Bayreuth (26,8 % bzw. 25,7 %).

Teilzeitbeschäftigung 2008 auch in Bayern



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

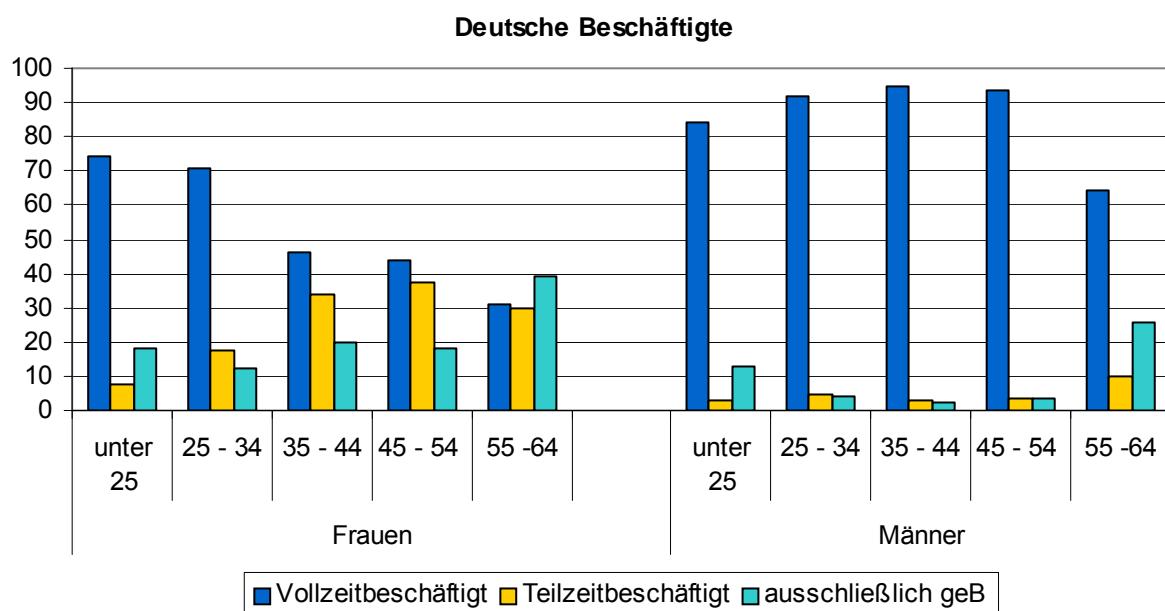
3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung

Verteilung verschiedener Beschäftigungsformen 2008

- Vollzeitbeschäftigung: Während unter den Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit bei den Frauen die Vollzeitbeschäftigung (gemessen an ihrem Anteil an der Summe von Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten) mit steigendem Alter deutlich abnimmt, zeigt sich bei den Männern ein umgekehrter U-förmiger Verlauf: Bei den Jungen und bei den Älteren (54 bis 64 Jahre) ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten am geringsten.
- Ausschließlich geringfügige Beschäftigung: Dagegen ist der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten bei den älteren Männern und Frauen am höchsten und im Vergleich zu den Werten von 2007 stark gestiegen. So hat der Anteil der geringfügig Beschäftigten bei den älteren Männern mit deutscher Staatsangehörigkeit um 10 %-Punkte zugenommen (von 16 auf 26 %) und bei den Frauen von 32 auf 39 %. Dies relativiert die „Erfolge“ bei der Steigerung der Beschäftigungsquoten von Älteren gemäß den sog. Lissabon-Zielen und ist im Hinblick auf die von diesen Personen erzielten Alterssicherungsansprüche bedenklich.

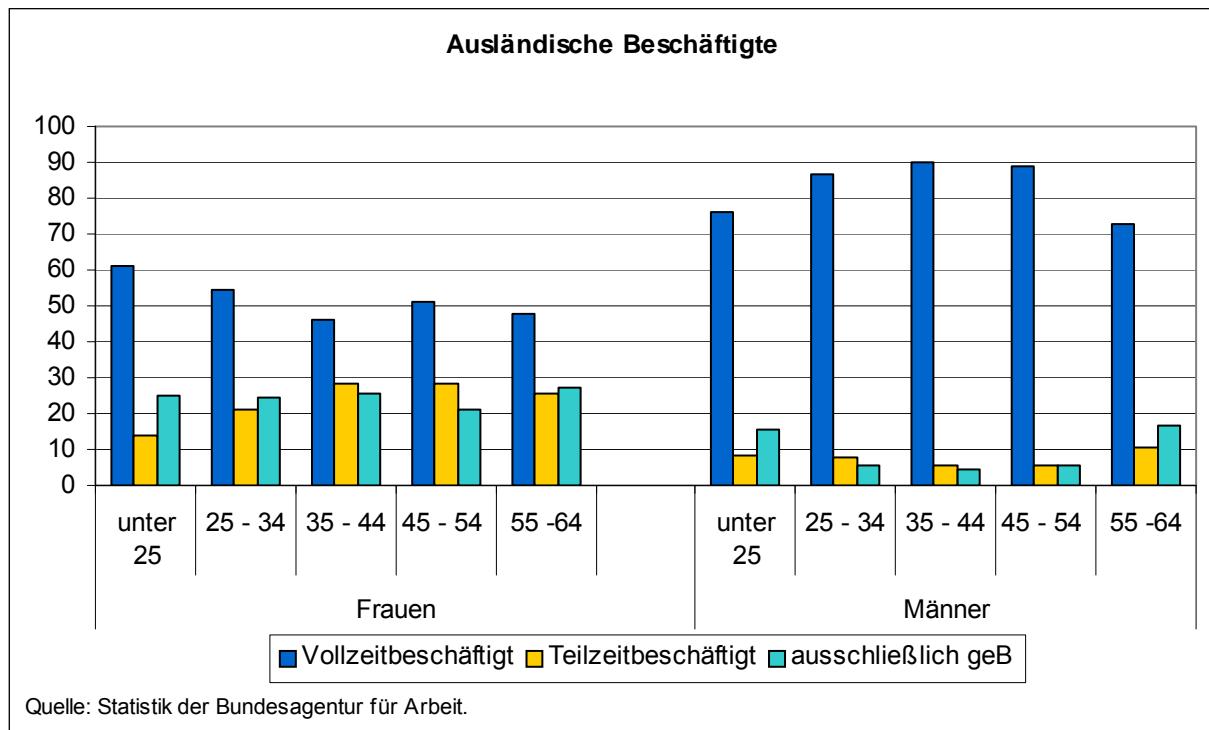
Verteilung verschiedener Beschäftigungsformen (Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung) je Altersgruppe differenziert nach Geschlecht und Nationalität in Bayern Juni 2008 (Angaben in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung



- Bei den Ausländerinnen ist 2008 (wie schon 2007) die Altersverteilung der Vollzeitbeschäftigung und der anderen Beschäftigungsformen gleichmäßiger (mit leichter Abnahme der Vollzeitbeschäftigung zu Gunsten der Mini-Jobs über praktisch alle Altersgruppen hinweg). Männliche Ausländer verzeichnen gegenüber dem Vorjahr ebenfalls deutliche Zuwächse beim Anteil der Vollzeitbeschäftigten – mit Ausnahme der 55- bis 64-Jährigen. Bei den ausländischen Frauen ist auch in höherem Alter die Vollzeiterwerbsquote höher als bei deutschen Frauen, was auch mit Kinderbetreuungsformen und -intensität zusammenhängen kann.
- Bei den männlichen Ausländern ist der Anteil Vollzeitbeschäftigter der Altersgruppen 25 bis 54 Jahre geringer als bei deutschen Bürgern und bei den über 55-Jährigen etwas höher. Teilzeit und ausschließlich geringfügige Beschäftigung sind etwas verbreiteter als bei deutschen männlichen Beschäftigten, allerdings sind die Unterschiede insgesamt nicht stark ausgeprägt.

3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Midi-Jobs

Midi-Jobs 2005 bis 2009: Konstanter Anteil an allen Beschäftigten

- Beschäftigte mit Midi-Jobs haben ein Monatseinkommen zwischen 400 und 800 Euro. In dieser Einkommens-Gleitzone steigen die Sozialversicherungsbeitragssätze langsam auf volle Beitragssätze an, Midi-Jobs sind insofern durch die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten teilsubventionierte Jobs (wie dies auch für viele geringfügig Beschäftigte mit Einkommen bis max. 400 Euro gilt).
- In Bayern hat sich in den Jahren 2005 bis 2009 der Anteil der Betriebe mit Midi-Jobs mit 28 bis 30 % – ohne steigenden Trend – kaum verändert, auch der Anteil der Beschäftigten an allen Beschäftigten stagnierte bei rund 3 %. In 2009 gab es in Bayern (28 %), vor allem in Südbayern (30 %) mehr Betriebe mit Midi-Jobs als im westdeutschen Durchschnitt (23 %).
- Beschäftigte mit Midi-Jobs machen in allen betrachteten Regionen ca. 3 % aller Erwerbstätigen aus, die Unterschiede zwischen Nord- und Südbayern sind marginal. Midi-Jobs sind überdurchschnittlich häufig in den Bereichen Handel und Reparatur sowie bei den Dienstleistungen bzw. in Kleinstbetrieben (1 bis 4 Beschäftigte) zu finden.
- Der Anteil von Vollzeitbeschäftigten unter den Personen mit Midi-Jobs hat sich zwischen 2005 und 2007 von 21 auf 11 % verringert und lag 2008 und 2009 jeweils bei 12 % (vgl. zum Thema Niedriglohn auch die Darstellungen im Kapitel 2. Wohlstand, 2.9 Niedriglohn).
- Am häufigsten gibt es Vollzeitbeschäftigte in Midi-Jobs in Südbayern, in Kleinstbetrieben (1 bis 4 Beschäftigte) bzw. im Produzierenden Gewerbe und in Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Betriebe und Beschäftigte mit Midi-Jobs (jeweils 30.06.; Angaben in Prozent)

	Anteil der Betriebe mit mit Midi-Jobs an allen Betrieben					Anteil der Beschäftigten mit Midi-Jobs an allen Beschäftigten					Anteil der Vollzeit- beschäftigte an Beschäftigten mit Midi-Jobs				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
Nordbayern	24	26	25	23	26	3	3	3	2	3	22	15	10	7	11
Südbayern	31	31	33	32	30	4	3	4	3	4	20	13	12	15	13
Bayern	28	29	30	28	28	3	3	3	3	3	21	14	11	12	12
Westdeutschland	23	22	23	23	23	3	3	3	3	3	16	14	11	13	10

Quelle: Inifes, IAB-Betriebspanel

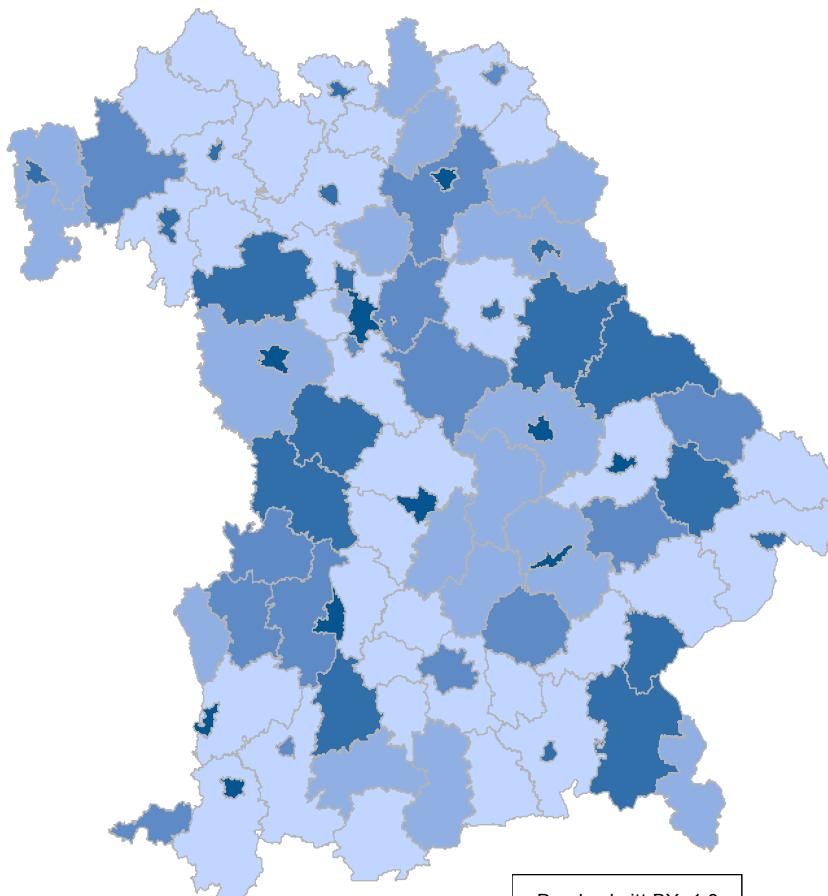
3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Leiharbeit

Deutliche Zunahme der Leiharbeit, ausgehend von niedrigem Niveau

- Den stärksten Zuwachs unter den atypischen Beschäftigungsformen in Bayern verzeichnete im Zeitraum von 2005 bis 2008 die Leiharbeit mit einem Zuwachs von 74,7 % – allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau.
- Der Anteil der Leiharbeit an allen Beschäftigten betrug im Jahr 2008 bayernweit lediglich 1,8 %, wobei aber deutliche regionale Unterschiede auftraten.
- So betrug der Anteil der Leiharbeitnehmer an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der kreisfreien Stadt Ansbach 9,5 %, während er in Amberg-Sulzbach, Coburg, Freyung-Grafenau, Garmisch-Partenkirchen, Haßberge, Hof, Kitzingen, Lichtenfels und Neuburg-Schrobenhausen gegen 0,0 % tendiert.

Darstellung: Anteil der Leiharbeit an allen Beschäftigten 2008 (Angaben in %)



Die Kreise mit den höchsten und niedrigsten Anteilen 2008:

Höchste:	
Ansbach, kS	9,5
Landshut, kS	7,2
Straubing, kS	5,7
Memmingen, kS	5,5
Kempten (Allgäu), kS	5,3
Regensburg, kS	5,3
Augsburg, kS	4,9
Bayreuth, kS	4,9
Ingolstadt, kS	4,7
Nürnberg, kS	4,0

Niedrigste:	
Amberg-Sulzbach	0,0
Coburg	0,0
Freyung-Grafenau	0,0
Garmisch-Partenkirchen	0,0
Haßberge	0,0
Hof	0,0
Kitzingen	0,0
Lichtenfels	0,0
Neuburg-Schrobenhausen	0,0
Ebersberg	0,1

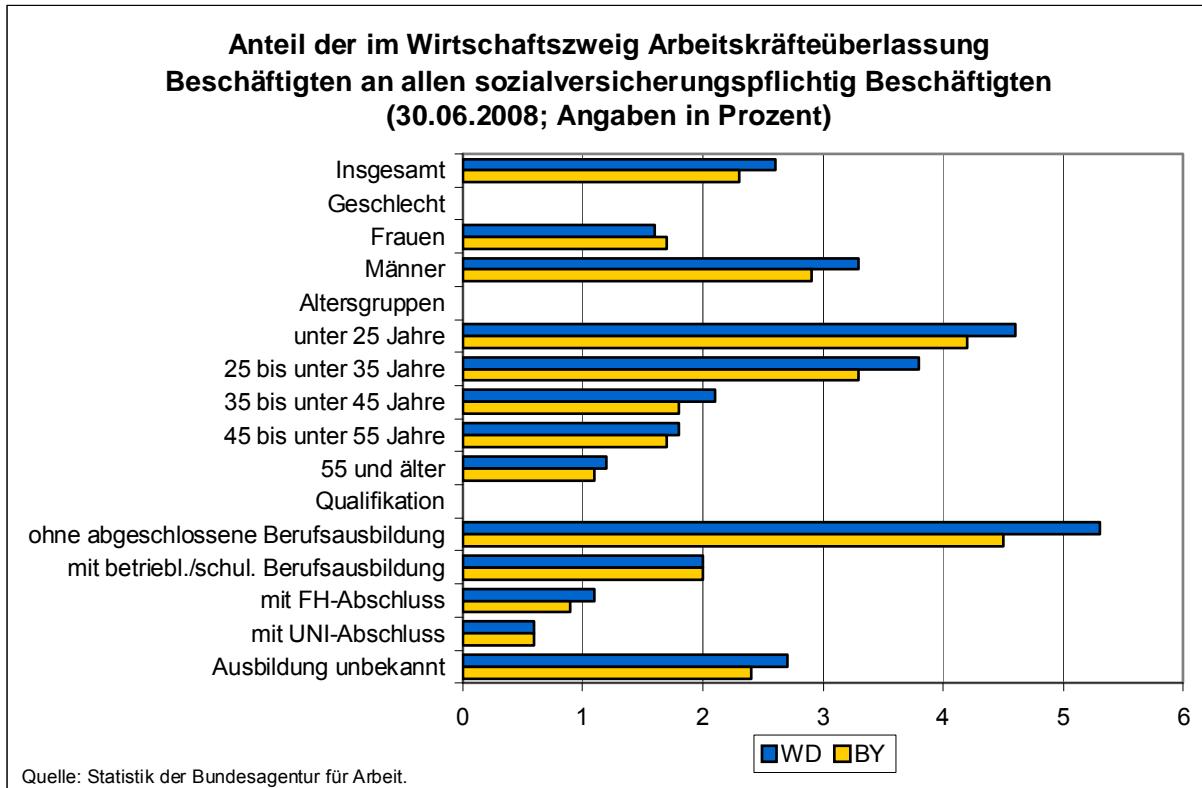
Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach: Hans-Böckler-Stiftung, Datenbank Atypische Beschäftigung (Stat. BuA und BA)

3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Leiharbeit

Vergleich: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Leiharbeitsbeschäftigte 2008

- Die nachfolgende Darstellung vergleicht für Bayern und Westdeutschland den Anteil der im Wirtschaftszweig Arbeitnehmerüberlassung tätigen Personen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Beschäftigte umfasst dabei sowohl die Leiharbeitskräfte als auch das Stammpersonal der Verleihfirmen.
- Für den 30.06.2008 weist die Bundesagentur für Arbeit in Bayern 106.077 Beschäftigte im Wirtschaftszweig Arbeitnehmerüberlassung aus, das sind 2,3 % und nur minimal weniger als in Westdeutschland. Leiharbeit ist in Bayern über fast alle betrachteten Gruppen hinweg im Vergleich zu Westdeutschland unterdurchschnittlich ausgeprägt, mit Ausnahme der Akademiker (gleichauf) und Frauen (1,7 versus 1,6 %).
- Mit steigendem Alter und mit zunehmendem Bildungsstand nimmt die Leiharbeitskräfte-quote deutlich ab, d.h. Leiharbeit konzentriert sich vorrangig auf Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie auf Jüngere.

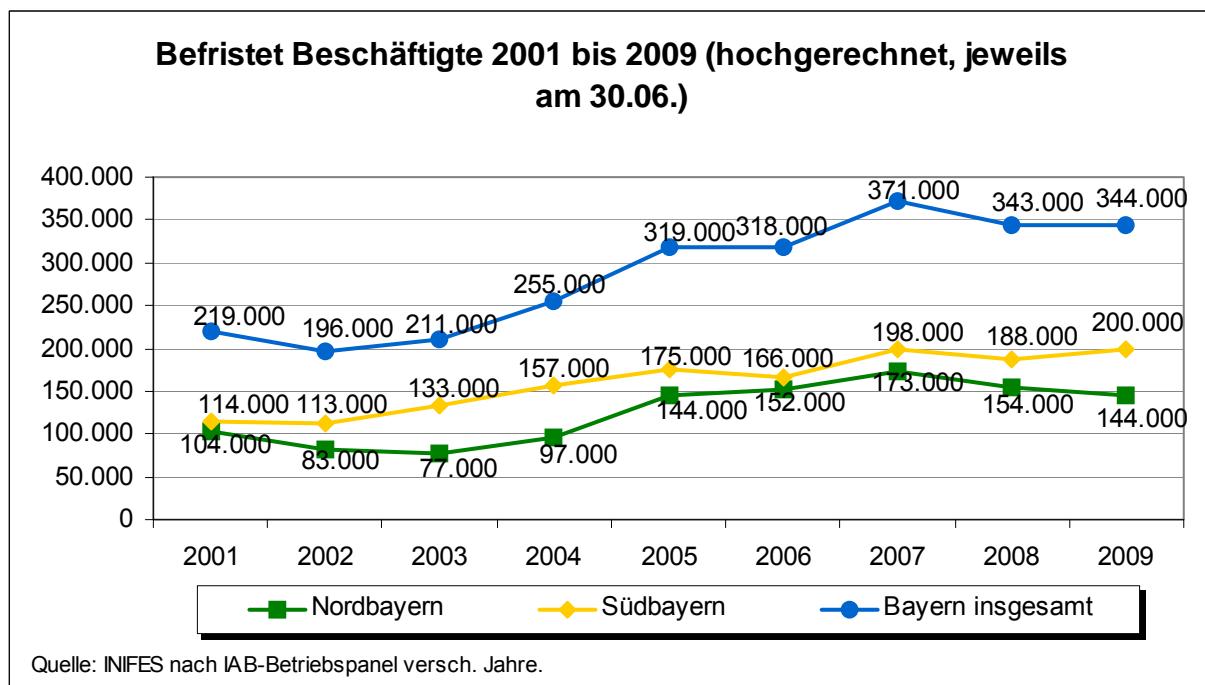


3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Befristungen

Befristet Beschäftigte: Zunahme von 2002 bis 2007, Trend „delle“ in 2008 und 2009 erst wegen anhaltend positiver Konjunktur, dann wegen Konjunkturabschwung

- Die Anzahl befristet Beschäftigter ist in Bayern von 196.000 in 2002 bis auf 371.000 in 2007 angestiegen, dann zum Ende eines mehrjährigen Wirtschaftswachstums in 2008 auf 343.000 etwas zurückgegangen und verharrete 2009 bei 344.000.
- Die Zahl der befristet Beschäftigten hat sich in den Jahren ab 2003 bis 2007 in Nord- und Südbayern in etwa parallel entwickelt. Ab 2008 zeigten sich aber zwischen Nord- und Südbayern unterschiedliche Entwicklungen: So ging die Zahl der befristet Beschäftigten in Nordbayern in 2008 und 2009 zurück, während sie in Südbayern stagnierte und zuletzt anstieg, was im Vergleich auf vermehrte negative Konjunktureffekte in Nordbayern hinweist.
- Insgesamt sind weitgehend unverändert rund 6 % der Beschäftigten im Freistaat befristet beschäftigt, vor allem im Dienstleistungssektor (10 %) und in größeren Betrieben (9 %). In Westdeutschland liegt dieser Anteil bei 7 %, in Ostdeutschland bei 9 %.
- 60 % der befristet Beschäftigten sind Frauen; damit beträgt der Anteil der Befristeten an den weiblichen Erwerbstägigen in Bayern 8 %, bei den Männern 5 %.

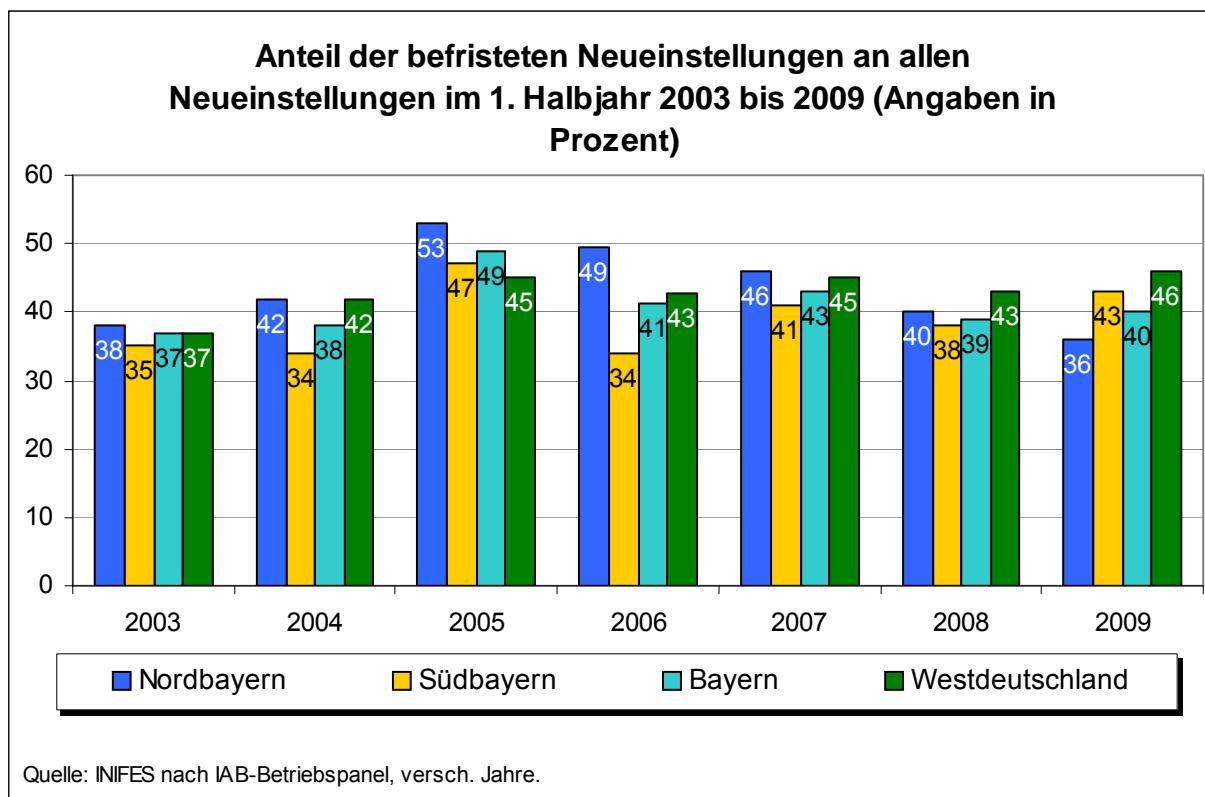


3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Befristungen

Befristete Neueinstellungen

- Befristete Arbeitsverhältnisse (jenseits von Probezeiten und Ausbildungsverträgen) nehmen – bereinigt um konjunkturelle Effekte – tendenziell zu. In Bayern haben im ersten Halbjahr 2009 unter den Betrieben/Dienststellen mit Neueinstellungen 71 % (Westdeutschland: 67 %) ausschließlich unbefristet eingestellt, 22 % ausschließlich befristet (Westdeutschland: 25 %), 7 % sowohl als auch.
- Die nachfolgende Darstellung zeigt, dass sich zwischen 2003 und 2005 mit der ökonomischen Krise der Anteil der befristeten an allen Neueingestellten deutlich erhöht hat und danach mit der wirtschaftlichen Besserung bis 2008 wieder reduzierte, um 2009 erneut leicht anzusteigen. In Bayern war diese Entwicklung bis 2008 ausgeprägter als in Westdeutschland. In Nordbayern lag der Anteil befristeter an allen Neueingestellten bis 2008 durchgängig über den südbayerischen Werten; 2009 hat sich das Verhältnis umgekehrt, was auf keine Trendwende, sondern mehr konjunkturelle Probleme in Nordbayern hindeutet.



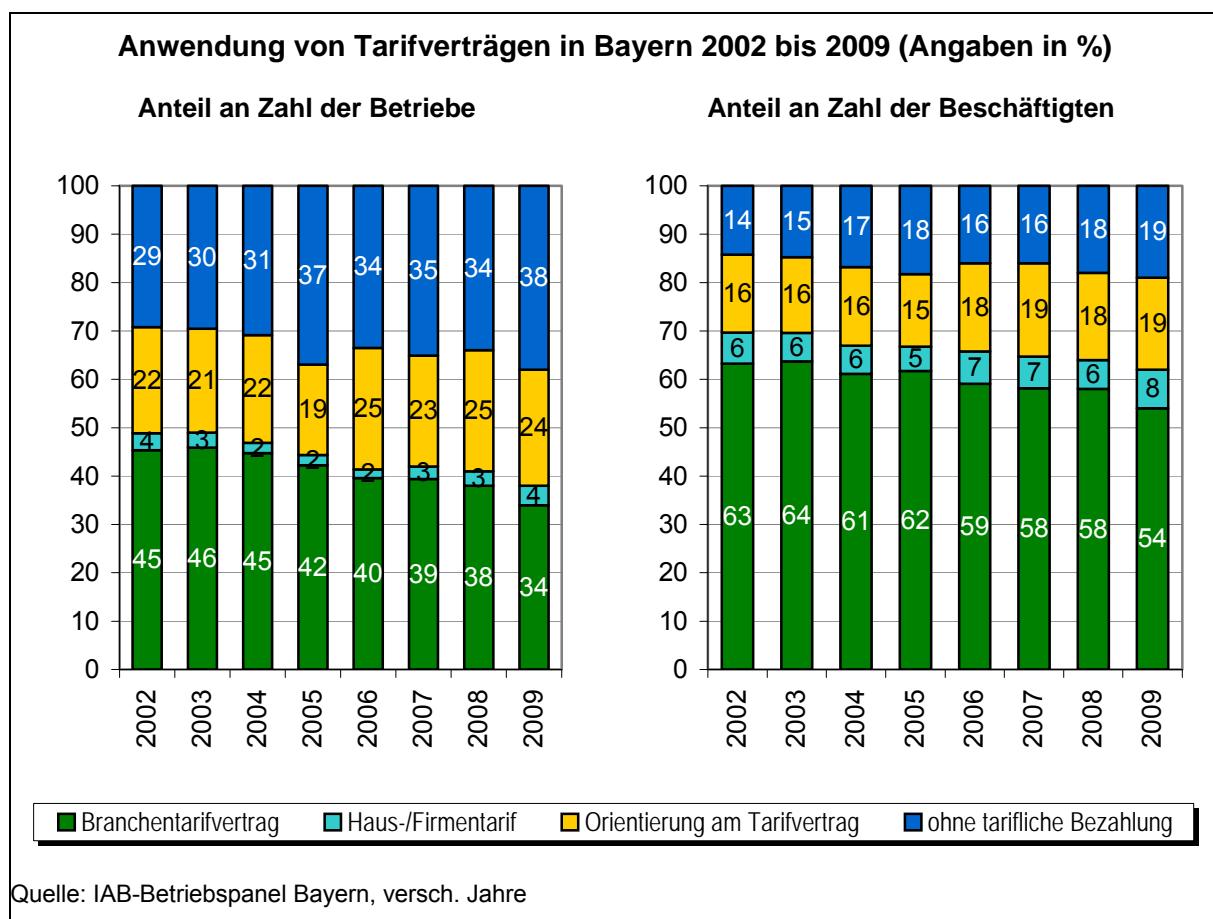
Quelle: IAB/INIFES eigene Darstellung nach IAB, BA-Beschäftigtenpanel.

3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Tarifverträge

Anwendung von Tarifverträgen 2002 bis 2009

- Der Anteil der Betriebe ohne Tarifvertrag ist in Bayern in den Jahren 2002 bis 2006 von 51 % auf 59 % gestiegen, stagnierte dann bis 2008 und hat 2009 wieder deutlich zugenommen (Bayern 2009: 62 %; Westdeutschland: 63 %).
- Da es insbesondere in Kleinbetrieben häufig keinen Tarifvertrag gibt, ist der Anteil von Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifvertrag an allen Beschäftigten aber geringer: Dieser Anteil ist zwischen 2002 und 2009 von 30 auf 38 % gestiegen.
- Da sich die Bezahlung in vielen Betrieben auch ohne Tarifgeltung an Tarifverträgen orientiert, geht die Reichweite von Tarifverträgen über die oben genannten Werte hinaus. Jedoch ist auch ein Rückgang bei der Reichweite von Tarifverträgen festzustellen: Der Anteil der Betriebe ohne Anwendung von Tarifverträgen ist, trotz mehr Betrieben mit einer Orientierung daran, im Freistaat von 29 % in 2002 auf 38 % in 2009 gestiegen. Bezogen auf die Beschäftigtenanteile bedeutet dies, dass 2002 14 % aller Beschäftigten in Betrieben ohne jeglichen Tarifvertrag oder auch nur einer Orientierung daran arbeiteten. 2009 waren es 19 %.
- Mit leicht schwankenden Anteilen berichten 34 % der bayerischen Betriebe mit Tarifgeltung – vergleichbar dem westdeutschen Durchschnitt –, dass sie zumindest bei einem Teil ihrer Beschäftigten übertariflich bezahlen. Das Ausmaß dieser übertariflichen Bezahlung liegt unverändert etwa bei 10 % des Tariflohns.



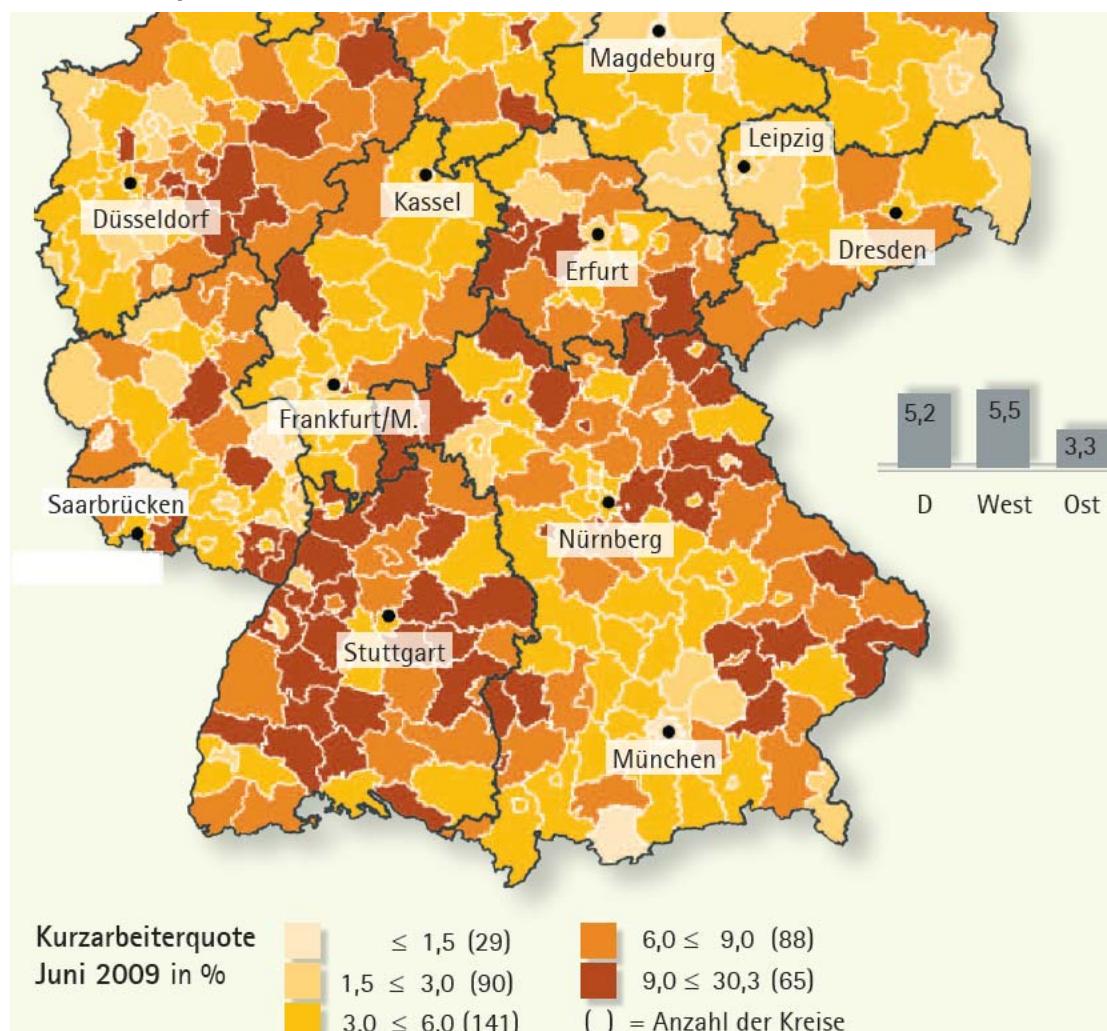
3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Kurzarbeit

Kurzarbeit Mitte 2009: Ostbayern besonders betroffen

- Die „Kurzarbeiterquote“ quantifiziert die Zahl der kurzarbeitenden Personen in einer Region bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Region. Da die Zahl der regionalen Arbeitsplätze nicht von der Größe der Region abhängt, kann nur die Kurzarbeiterquote zeigen, wie intensiv die Beschäftigten einer Region von Kurzarbeit betroffen sind.
- In Bayern waren im Juni 2009 besonders die peripheren Wirtschaftsräume, insbesondere der ostbayerische Grenzraum zu Tschechien zur ehemaligen DDR von Kurzarbeit betroffen, dort lag die Quote in einer Reihe von Kreisen über 9 %. Die Kurzarbeiterregelung leistete insbesondere in diesen Gebieten einen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosenquote.
- Insgesamt ist der Süden Deutschlands aufgrund seines hohen Anteils an verarbeitendem, exportorientiertem Gewerbe besonders von Kurzarbeit betroffen. Im Juni 2009 waren 45 % der kurzarbeitenden Betriebe im Westen dem Verarbeitendem Gewerbe zuzuordnen.

Kurzarbeiterquoten im Juni 2009



Quelle: IAB-Kurzbericht 1/2010, „Aufschwung und Krise wirken regional unterschiedlich“, Barbara Schwengler und Veronika Loibl, S. 7

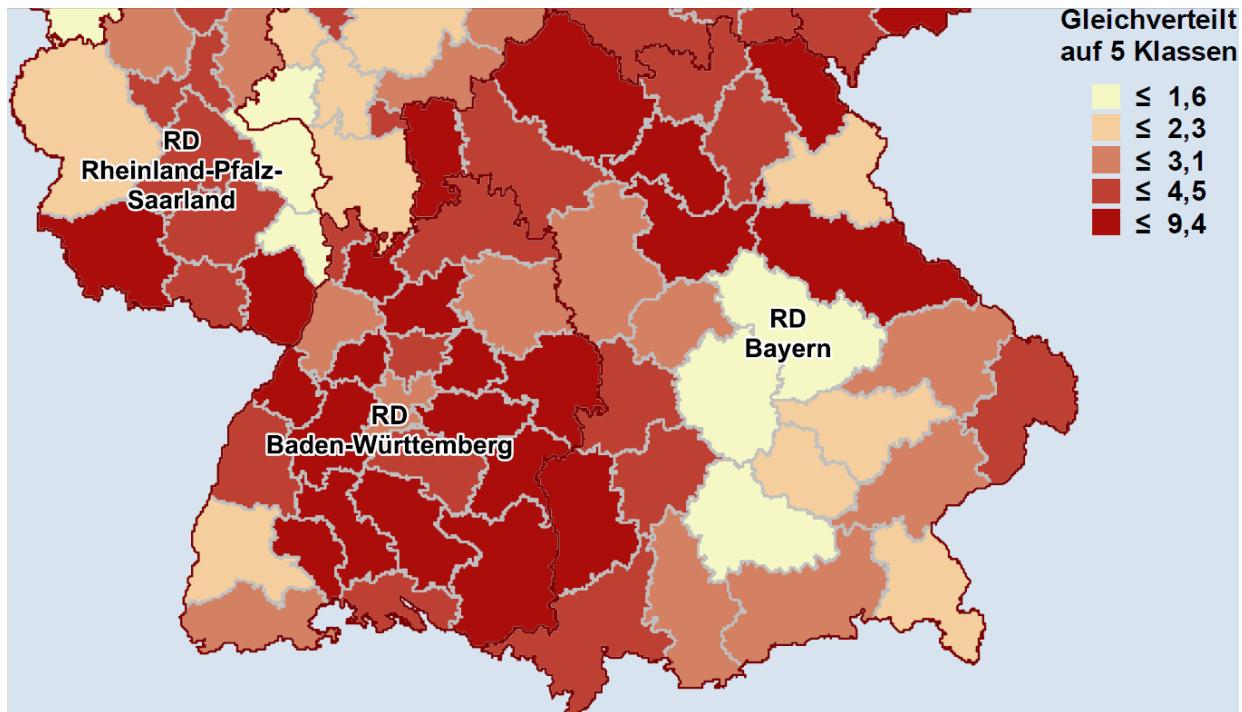
3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Kurzarbeit

Kurzarbeiter im Dezember 2009 bezogen auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort (im Juni 2008, in %)

- Die Kurzarbeiterquote (nach § 170 SGB III) lag im Dezember 2009 bundesweit bei 2,9 %, in Bayern bei 3,2 %. Insgesamt war die Inanspruchnahme von Kurzarbeit in der Südhälfte Deutschlands höher als in der Nordhälfte, am höchsten in Baden-Württemberg (4,5 %) und im Saarland (4,6 %), am niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (1,2 %), da dort eine vorübergehende Überbrückung eines Auftragsrückgangs weniger im Vordergrund stand.
- Innerhalb von Bayern war die Inanspruchnahme von Kurzarbeit in den Kernregionen München – Ingolstadt – Regensburg teils weitaus geringer als in den anderen, diese Kernregion umgebenden Gebieten. Insbesondere in Schwaben und Teilen von Ober- und Unterfranken kam im Vergleich zum Juni 2009 teils Kurzarbeit deutlich verstärkt hinzu, während sie in Teilen von Niederbayern zurück ging.

Kurzarbeiter im Dezember 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld, Februar 2010, S. 18
http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000100/html/sonder/report_kurzarbeit.pdf

3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Teilnahme an Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung in den Betrieben²⁵

- Wie die nachfolgende Darstellung zeigt, ist der Anteil von in die Weiterbildungsförderung einbezogenen Beschäftigten in 2009 gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Insbesondere bei Klein- und Kleinstbetrieben (-6 %-Punkte), aber auch in Großbetrieben ab 500 Beschäftigten (-5 %-Punkte) ist ein deutlicher Rückgang festzustellen. Regional war der Rückgang in Südbayern (-3 %-Punkte) etwas schwächer als in Nordbayern (-5 %-Punkte).
- Mit einer Weiterbildungsquote von 26 % liegt der Anteil von Frauen mit geförderter Weiterbildung im 1. Halbjahr im Freistaat deutlich über der Quote bei den Männern (22 %). Diese Geschlechterdifferenz ist im Produzierenden Gewerbe umgekehrt, während in Klein- und Mittelbetrieben Frauen deutlich häufiger eine Weiterbildungsförderung erfahren als Männer.
- Über die nachfolgende Darstellung hinaus ist zu ergänzen, dass Ältere (ab 50 Jahren) 2008 mit einer Weiterbildungsquote von 22 % deutlich seltener als der Durchschnitt (27 %) in eine geförderte betriebliche Weiterbildung einbezogen wurden. Der Anteil von in die betriebliche Weiterbildung einbezogenen an allen Beschäftigten ist zwischen 2003 und 2007 zurückgegangen, 2008 stark angestiegen und 2009 wieder gefallen. Auch in Westdeutschland zeigt sich ein ähnliches Muster. In der Tendenz hat sich der deutliche Rückstand der Weiterbildungskoten in den Kleinst- und Kleinbetrieben weitgehend reduziert. In diesen Betrieben wurde die Weiterbildungsförderung breiter angelegt, während in den größeren Betrieben keine Ausweitung des Anteils geförderter Beschäftigter stattfand.
- Während im 1. Halbjahr 2009 43 % der Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss eine Weiterbildungsförderung erfuhren (Spalte C in der nachfolgenden Darstellung), waren dies bei den Beschäftigten mit Berufsausbildung 30 % (Spalte B) und bei den Beschäftigten für einfache Tätigkeiten sogar nur 11 % (Spalte A). Diese gruppenspezifische Schere ist im letzten Jahrzehnt sogar noch weiter aufgegangen.
- Der Anteil von Beschäftigten mit Weiterbildungsförderung war in den letzten Jahren bei den Frauen immer tendenziell leicht höher als bei Männern.

²⁵ Differenzierte Aussagen enthält für Bayern insbesondere der Inifes-Bericht „Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2008“ (<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.htm>)

3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Teilnahme an Weiterbildung

Weiterbildungsquoten nach Geschlecht* 2003 bis 2009 (Angaben bezogen auf alle Betriebe in %)

	Insges. 2003	Insges. 2005	Insges. 2007	Insges. 2008	Insges. 2009	A	B	C	Männer	Frauen
1 bis 4 Beschäftigte	13	18	23	24	18	1	35	55	18	18
5 bis 19	19	21	24	30	24	7	33	68	19	29
20 bis 99	24	22	22	25	23	11	30	36	20	26
100 bis 499	24	21	23	25	25	14	29	37	24	26
ab 500	29	24	20	30	25	14	26	38	25	25
Nordbayern	22	21	25	29	24	10	30	43	22	27
Südbayern	24	22	20	26	23	12	29	43	22	25
Bayern	23	22	20	27	24	11	30	43	22	26
Westdeutschland	23	22	22	27	25	12	32	39	24	27
Ostdeutschland	27	26	27	31	29	15	33	45	25	34
Deutschland insgesamt	24	22	22	27	26	13	32	40	24	28

A Beschäftigte für einfache Tätigkeiten (un- und angelernte Arbeiter und Angestellte/Beamte für einfache Tätigkeiten)

B Arbeiter/Angestellte/Beamte mit Berufsausbildung

C Angestellte/Beamte mit Hochschulabschluss

* Umrechnung der Teilnahmefälle in Personen

Umrechnung der Teilnahmefälle in Personen

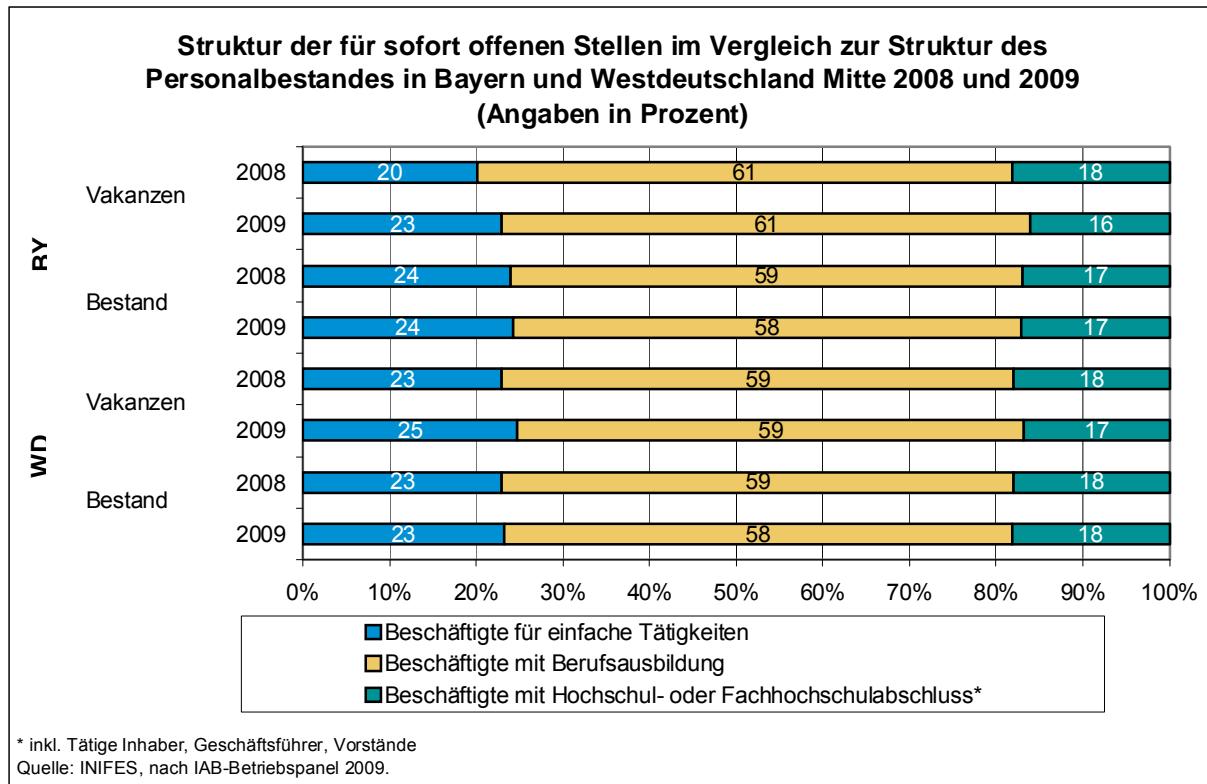
Quelle: Inifes 2010 (Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2009)

3. Arbeitsmarkt

3.6 Beschäftigungsformen – Offene Stellen

Offene Stellen im Vergleich zum Personalbestand 2008 und 2009 in Bayern und Westdeutschland

- In Zeiten starken wirtschaftsstrukturellen Wandels (Stichwort: Wissensgesellschaft) ist die Nachfrage der Betriebe nach höher qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hoch. Angesichts einer hohen Arbeitslosigkeit haben Geringqualifizierte außerdem immer schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt. Generell gibt es eine Tendenz, dass in wirtschaftlichen Abschwungphasen die Nachfrage nach (hoch)qualifizierten Tätigkeiten eher relativ gedämpft ist.
- Wie die Darstellung unten zeigt, waren 16 % der Mitte 2009 für sofort zu besetzenden Stellen (Vakanzen) im Freistaat solche für Hochqualifizierte; 2008 waren es 18 %. In den Belegschaften machten die Hochqualifizierten dagegen in beiden Jahren 17 % aus (Bestand).
- Höher als die Nachfrage nach Hochqualifizierten war jedoch 2009 mit 23 % (2008: 20 %) der gesuchten Arbeitskräfte in Bayern jene nach Beschäftigten für einfache Tätigkeiten. Ihr Anteil am Beschäftigtenbestand lag 2008 und 2009 bei jeweils 24 % der Beschäftigten. Dieses Muster gilt in Bayern mit geringen Schwankungen seit Jahren, die Unterschiede zu Westdeutschland sind gering.
- Obwohl es, wie die Darstellung zeigt, eine durchaus erhebliche Nachfrage – fast ein Viertel – nach Arbeitskräften für einfache Tätigkeiten gibt, so gilt doch im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, dass eine möglichst gute Bildung, Ausbildung und Weiterbildung wichtig ist.

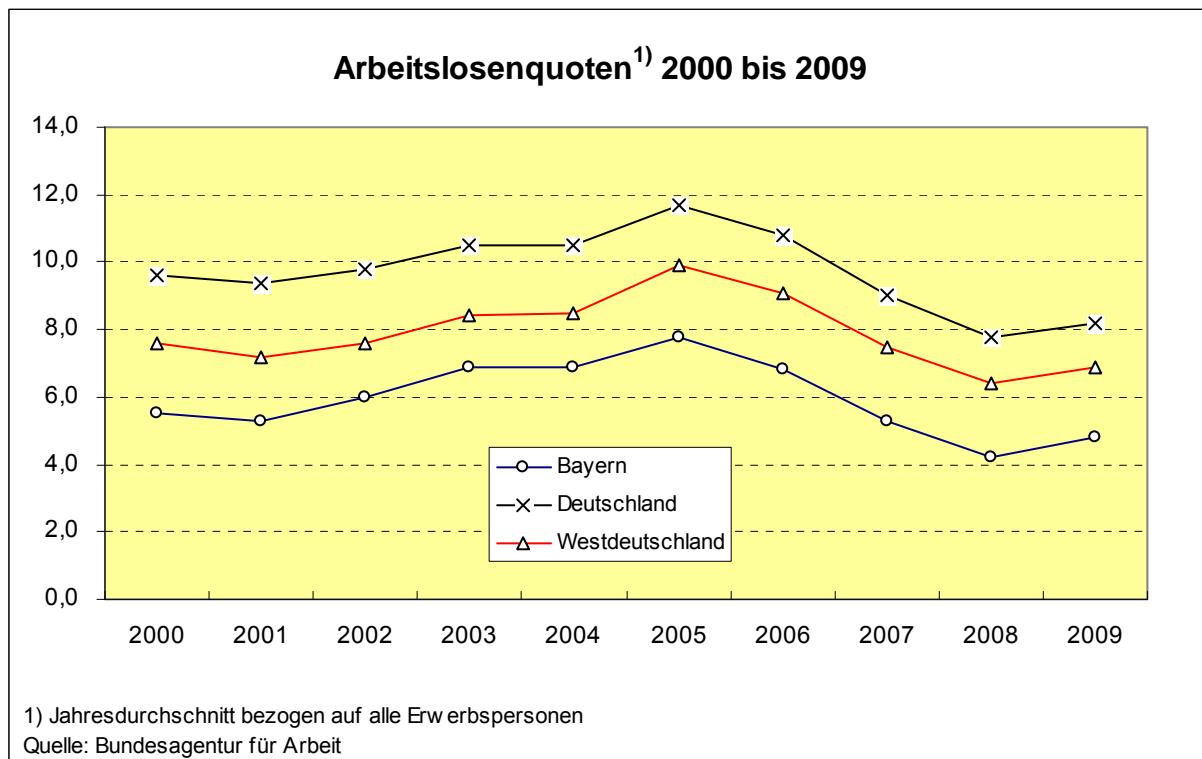


3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit Bayern - Deutschland

3.7 Arbeitslosigkeit: Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Bayern und Deutschland: In Bayern am geringsten und seit Jahren rund 4 %-Punkte unter Bundesdurchschnitt

- Die Arbeitslosenquoten in Bayern liegen weitgehend stabil seit 10 Jahren um rund 4 %-Punkte unter jenen in Deutschland gesamt und rund 2 %-Punkte unter dem Niveau von Westdeutschland. Es ist wahrscheinlich, dass sich an diesen Relationen auch 2010 nichts wesentlich ändern wird.
- Nachdem im Zeitraum 2001 bis 2005 die Arbeitslosenquoten gestiegen waren, kam es 2005 bis 2008 bundesweit und in Bayern zu einem deutlichen Rückgang, bedingt durch ein relativ starkes Wirtschaftswachstum, teils aber auch durch die Reform der Sicherung Arbeitsloser (mit Jahresbeginn 2005 anstelle von Arbeitslosenhilfe Arbeitslosengeld II und Sozialgeld mit u.a. verstärkter Vermögensanrechnung usw.).
- Seit Herbst 2009 zeigen sich die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auch auf dem Arbeitsmarkt. So stieg die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2009 in allen Ländern, in Bayern etwas verstärkt wegen der hohen Exportorientierung der Unternehmen. Bayern lag 2009 mit einer Arbeitslosenquote von 4,8 % aber weiterhin erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (8,2 %) und dem westdeutschen Durchschnitt (6,9 %). Die Arbeitslosigkeit stieg in Bayern in 2009 gegenüber 2008 um rund 43.000 an (bundesweit rund 155.400).
- Im Vergleich zum Höchststand der Arbeitslosigkeit in 2005 sank in Bayern bis 2009 (und bundesweit) die Arbeitslosenquote um rund 3,0 %-Punkte. Dies zeigt auch, dass die Auswirkungen der Krise auf die Arbeitslosigkeit bisher – auch wegen des Einsatzes von Kurzarbeit, einer starken Nutzung von Arbeitszeitverkürzungen und eines am Erhalt des Personalbestandes orientierten Verhaltens der Unternehmer – relativ moderat verliefen.



3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit Bayern - Deutschland

Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen: Bis 2008 mehr Langzeitarbeitslose (SGB²⁶ II) als Arbeitslose im Rechtskreis des SGB III, aber in Bayern deutlich weniger Langzeitarbeitslose als bundesweit

- Seit Beginn 2005 wurde mit der sozialen Sicherung Arbeitsloser nach dem SGB III (Stichworte: Arbeitslosenversicherung, Anspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosigkeit nicht über einem Jahr) und SGB II (Stichworte: steuerfinanzierte Grundsicherung, Arbeitslosigkeit länger als 1 Jahr, Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) das vormalige System aus Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe verändert. Damit ergeben sich auch mit den zwei Rechtskreisen sozialrechtlich unterschiedliche Kategorien von Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten, die in den meisten Veröffentlichungen zu einer Gesamtzahl Arbeitsloser und einer Arbeitslosenquote zusammengefasst werden.
- Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen zeigt sich, dass seit 2005 der Anteil der Arbeitslosen, die dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen sind, sowohl in Bayern als auch bundesweit im Jahr 2008 seinen Höchststand erreichte, sich aber im Jahr 2009 anteilig deutlich verringert hat. Allerdings lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen entsprechend dem SGB II Ende 2009 in Bayern fast wieder bei 50 %.
- Der Anteil der Langzeitarbeitslosen im SGB II an allen Arbeitslosen (SGB II und III) war 2009 in Bayern 15 %-Punkte niedriger als in Westdeutschland und 18 %-Punkte niedriger als in Deutschland. Dies zeigt, dass die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit in Bayern wesentlich weniger ausgeprägt ist als in Westdeutschland und noch weniger als in Ostdeutschland.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Bayern										
Arbeitslose absolut	340	333	387	447	450	505	446	350	277	319
Anteil SGB II	-	-	-	-	-	43,5	47,7	50,8	53,9	47,4
Arbeitslosenquote	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8
Deutschland										
Arbeitslose absolut	3 890	3 853	4 061	4 377	4 381	4 861	4 487	3 776	3 268	3 423
Anteil SGB II	-	-	-	-	-	57,0	62,9	66,8	69,1	65,1
Arbeitslosenquote	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2
Westdeutschland										
Arbeitslose absolut	2 381	2 321	2 498	2 753	2 783	3 247	3 007	2 486	2 145	2 320
Anteil SGB II	-	-	-	-	-	55,6	61,5	65,4	68,1	62,5
Arbeitslosenquote	7,6	7,2	7,6	8,4	8,5	9,9	9,1	7,5	6,4	6,9

Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit

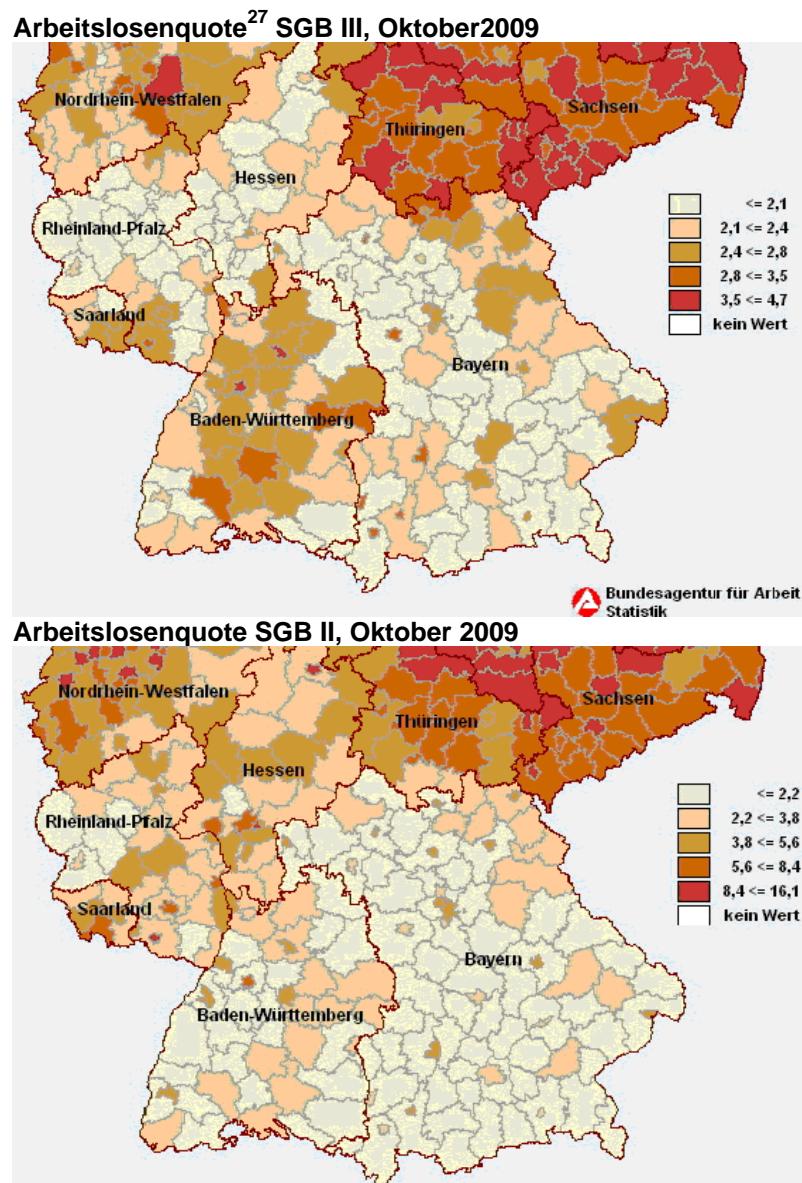
²⁶ SGB II: Zweites Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende); SGB III: Drittes Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung)

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit Bayern - Deutschland

Regionale Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen: Höhere Arbeitslosenquoten bei Langzeitarbeitslosen (SGB II) als bei Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III (max. Arbeitslosigkeit 1 Jahr), aber regional weitgehend ähnliche Verteilung

- Jene Regionen in Bayern (Oktober 2009), die erhöhte Arbeitslosenquoten im Rechtskreis des SGB III (max. Arbeitslosigkeit 1 Jahr) aufwiesen, hatten fast immer auch deutlich erhöhte Arbeitslosenquoten im Bereich des SGB II (Arbeitslose in der Grundsicherung für Arbeitssuchende – Arbeitslosengeld II, Sozialgeld –, denen keine Leistungen mehr nach SGB III zustehen).



Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit

²⁷ Arbeitslosenquoten (SGB II bzw. SGB III), bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in %.

http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/analytik/kennzahlensgbii/karten/traeger_a3-2.jpg
http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/analytik/kennzahlensgbii/karten/traeger_a3-3.jpg

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit Bayern - Deutschland

Entwicklung der Arbeitslosenquoten¹⁾ in Bayern und Deutschland nach Personen- gruppen 2000 bis 2009

- Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern, Frauen, Ausländern und Jugendlichen unter 25 Jahren zeigt für alle Gruppen eine ähnliche Entwicklung: Von dem Jahr 2000 ausgehend stiegen die Quoten (berechnet auf Basis aller abhängigen Erwerbspersonen) ab dem Jahr 2002 kontinuierlich bis in das Jahr 2005 an und sanken dann wieder bis 2008. Die konjunkturelle Entwicklung wie die Reformen der sozialen Sicherung Arbeitsloser (Einführung von SGB II Anfang 2005) spiegeln sich in diesen Zahlen wider.
- Die geringste statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit wurde im Jahr 2008 erreicht.
- Im Jahr 2009 kam es in Bayern durch die Wirtschaftskrise zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 0,6 %-Punkte, wobei dieser Anstieg aber wegen des umfangreichen Einsatzes des Kurzarbeitergeldes und von Arbeitszeitflexibilisierungen moderater ausfiel als vielfach befürchtet bei einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 5,0 %. So lagen die Arbeitslosenquoten auch im Jahr 2009 in Bayern und bundesweit noch deutlich unter jenen z.B. des Jahres 2000 und erheblich unter den Quoten des Jahres 2005, in dem für alle Gruppen Höchststände bei den Arbeitslosenquoten zu beobachten waren.
- Bei den hier dargestellten Gruppen lag die Arbeitslosenquote für Ausländer in allen ausgewiesenen Regionen kontinuierlich rund doppelt so hoch wie bei Inländern.
- Im Zeitraum 2002 bis 2004 waren für Männer höhere Arbeitslosenquoten zu beobachten als für Frauen, im Zeitraum 2006 bis 2008 waren die Arbeitslosenquoten der Frauen etwas höher, in 2009 wieder jene der Männer.
- Bis auf das Jahr 2007 hatten Jüngere unter 25 Jahren stets die niedrigsten Quoten.

Arbeitslosenquoten¹⁾ in Bayern und Deutschland 2000 bis 2009

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Bayern										
insgesamt (alle EP)	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8
insgesamt (abh. EP)	6,3	6,0	6,9	7,9	7,9	8,9	7,8	6,1	4,8	5,5
dar: Männer	6,2	6,0	7,2	8,3	8,3	8,9	7,6	5,6	4,6	4,9
Frauen	6,4	6,0	6,5	7,4	7,5	8,9	8,1	6,6	5,0	4,7
- unter 25 Jahren	4,8	5,1	6,2	7,3	7,3	8,7	7,1	5,2	3,6	4,6
Ausländer	11,3	11,7	14,2	16,0	16,0	19,6	17,3	13,9	11,5	10,9
Deutschland										
insgesamt (alle EP)	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2
insgesamt (abh. EP)	10,7	10,3	10,8	11,6	11,7	13,0	12,0	10,1	8,7	9,1
dar: Männer	10,5	10,4	11,3	12,4	12,5	13,4	12,0	9,8	8,6	8,4
Frauen	10,9	10,2	10,3	10,8	10,8	12,7	12,0	10,4	8,9	7,9
- unter 25 Jahren	9,5	9,1	9,7	9,9	9,9	12,5	10,8	8,5	7,1	7,8
Ausländer	17,3	17,4	18,8	20,2	20,3	25,2	23,6	20,3	18,1	16,6
Westdeutschland										
insgesamt (alle EP)	7,6	7,2	7,6	8,4	8,5	9,9	9,1	7,8	6,4	6,9
insgesamt (abh. EP)	8,4	8,0	8,5	9,3	9,4	11,0	10,2	8,4	7,2	7,8
dar: Männer	8,5	8,3	9,1	10,2	10,3	11,3	10,1	8,1	7,0	7,1
Frauen	8,3	7,7	7,8	8,3	8,4	10,7	10,2	8,7	7,4	6,8
- unter 25 Jahren	7,4	7,1	7,8	8,1	8,1	10,6	9,1	6,9	5,7	6,6
Ausländer	16,4	16,5	17,4	18,8	18,8	23,5	22,1	18,8	16,8	15,7

1) Arbeitslosenquoten für ausgewählte Personengruppen (Männer, Frauen, unter 25 Jahren, Ausländer) werden ab 2009 nur noch auf Basis aller zivilen EP veröffentlicht.

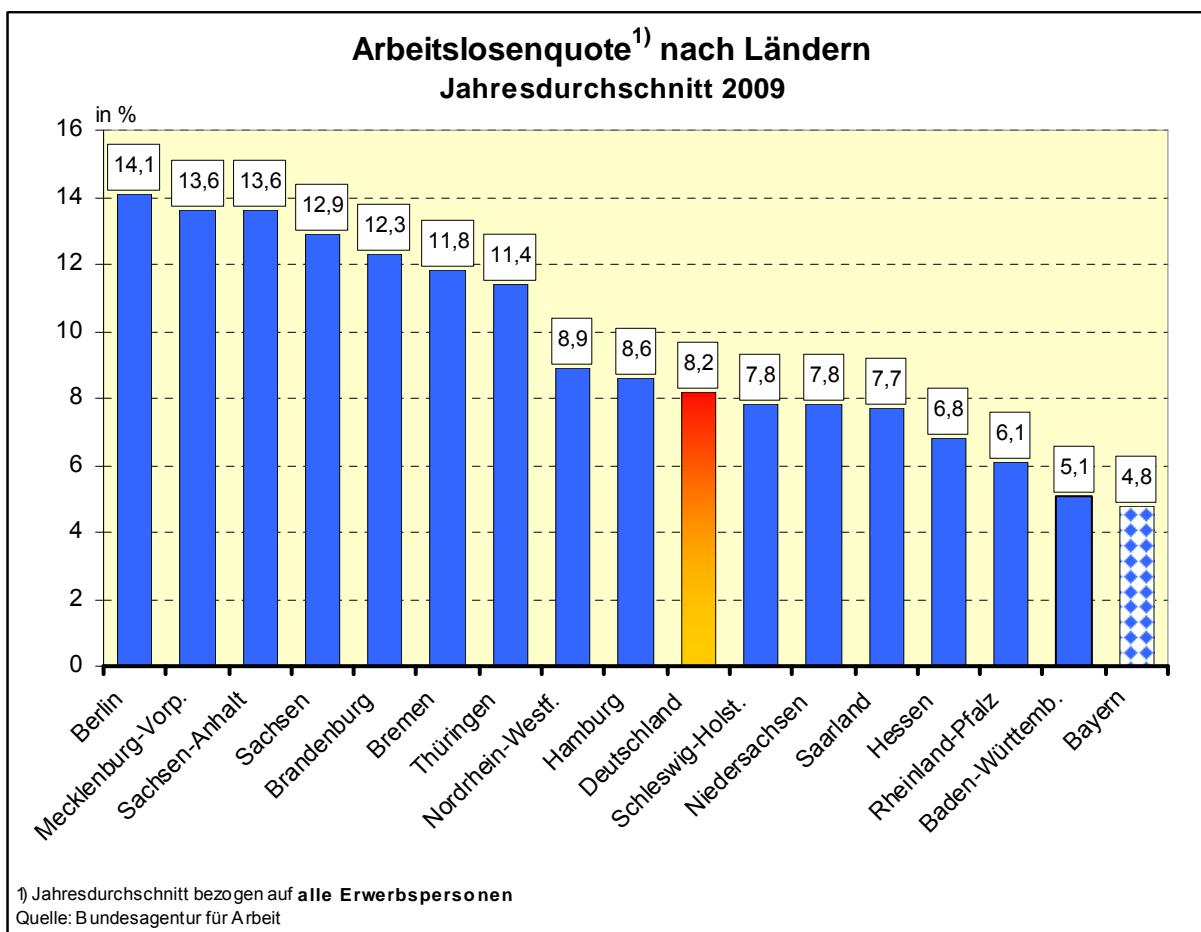
Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit Bayern - Deutschland

Bayern weist bundesweit die geringste Arbeitslosenquote auf und zugleich den höchsten Beschäftigungsstand

- Bayern konnte im Jahr 2009 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,8 % den Spitzenplatz im Länderranking vor Baden-Württemberg (5,1 %) übernehmen. Eine näherungsweise so gute Arbeitsmarktsituation ist damit nur noch in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen gegeben.
- Die bayerische Arbeitslosenquote liegt um 3,4 %-Punkte unter dem Bundesdurchschnitt von 8,2 %. Mindestens doppelt so hohe Arbeitslosenquoten von über 10 % verzeichnen die neuen Bundesländer sowie die Stadtstaaten Berlin und Bremen.



3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit in Bayern

Erwerbslosenquoten in Bayern und den Regierungsbezirken 2006 bis 2008: Durchgehend deutlich gesunken und bei Frauen etwas höher als bei Männern

- Die Erwerbslosenquote (berechnet auf der Basis der Ergebnisse des Mikrozensus, aktuellste verfügbare Daten 2008; vgl. dazu in Kap. 3.1) ist im Zeitraum von 2006 bis 2008 in Bayern sowohl insgesamt als auch für Frauen und Männer fast gleichermaßen um 2,3 %-Punkte zurückgegangen (Bundesgebiet: -2,8 %-Punkte und Westdeutschland -2,4 %-Punkte bei jeweils höherem Arbeitslosigkeitsniveau).
- Die Relationen der Erwerbslosenquoten für Männer und Frauen haben sich in den Jahren 2006 bis 2008 in etwa so entwickelt wie auch die Arbeitslosenquoten (Statistik der BA, gemeldete Arbeitslose), insgesamt weichen die Erwerbslosenquoten – trotz eines anderen Erhebungsverfahrens (Haushaltsbefragung statt Geschäftsstatistik der BA) – nur wenig voneinander ab.
- Auch regional sank die Arbeitslosenquote in allen bayerischen Regierungsbezirken in diesem Zeitraum:
 - In Oberfranken, das 2006 mit 9,6 % die höchste Erwerbslosenquote unter den Regierungsbezirken verzeichnete, ging die Erwerbslosenquote um 3,4 %-Punkte und damit über ein Drittel zurück.
 - Am geringsten – wenn auch nicht gering – war der Rückgang mit -2,0 %-Punkten in Oberbayern und Unterfranken.

Erwerbslosenquote nach Geschlecht und Regierungsbezirk*) 2006 bis 2008

Regionaleinheit	2006			2007			2008		
	Erwerbslosenquote			Erwerbslosenquote			Erwerbslosenquote		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Bayern	6,6	6,3	6,9	5,4	5,0	5,9	4,3	4,0	4,7
Oberbayern	5,4	5,3	5,4	4,4	4,2	4,7	3,4	3,3	3,5
Niederbayern	6,7	5,9	7,6	5,1	4,6	5,7	4,2	3,3	5,3
Oberpfalz	6,9	6,6	7,2	5,3	4,9	5,8	4,3	4,3	4,3
Oberfranken	9,6	9,4	9,8	7,7	7,3	8,2	6,2	5,7	6,7
Mittelfranken	7,9	7,7	8,2	6,7	6,4	7,1	5,6	5,7	5,5
Unterfranken	6,4	5,8	7,1	5,8	5,1	6,7	4,4	3,9	5,1
Schwaben	6,3	5,7	7,0	5,1	4,5	5,7	4,2	3,6	4,9
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	8,4	8,5	8,2	7,0	6,9	7,0	6,0	6,0	6,1
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	17,4	17,8	17,0	15,2	15,3	15,1	13,3	13,5	13,1
Bundesrepublik Deutschland	10,3	10,5	10,2	8,7	8,7	8,8	7,6	7,5	7,6

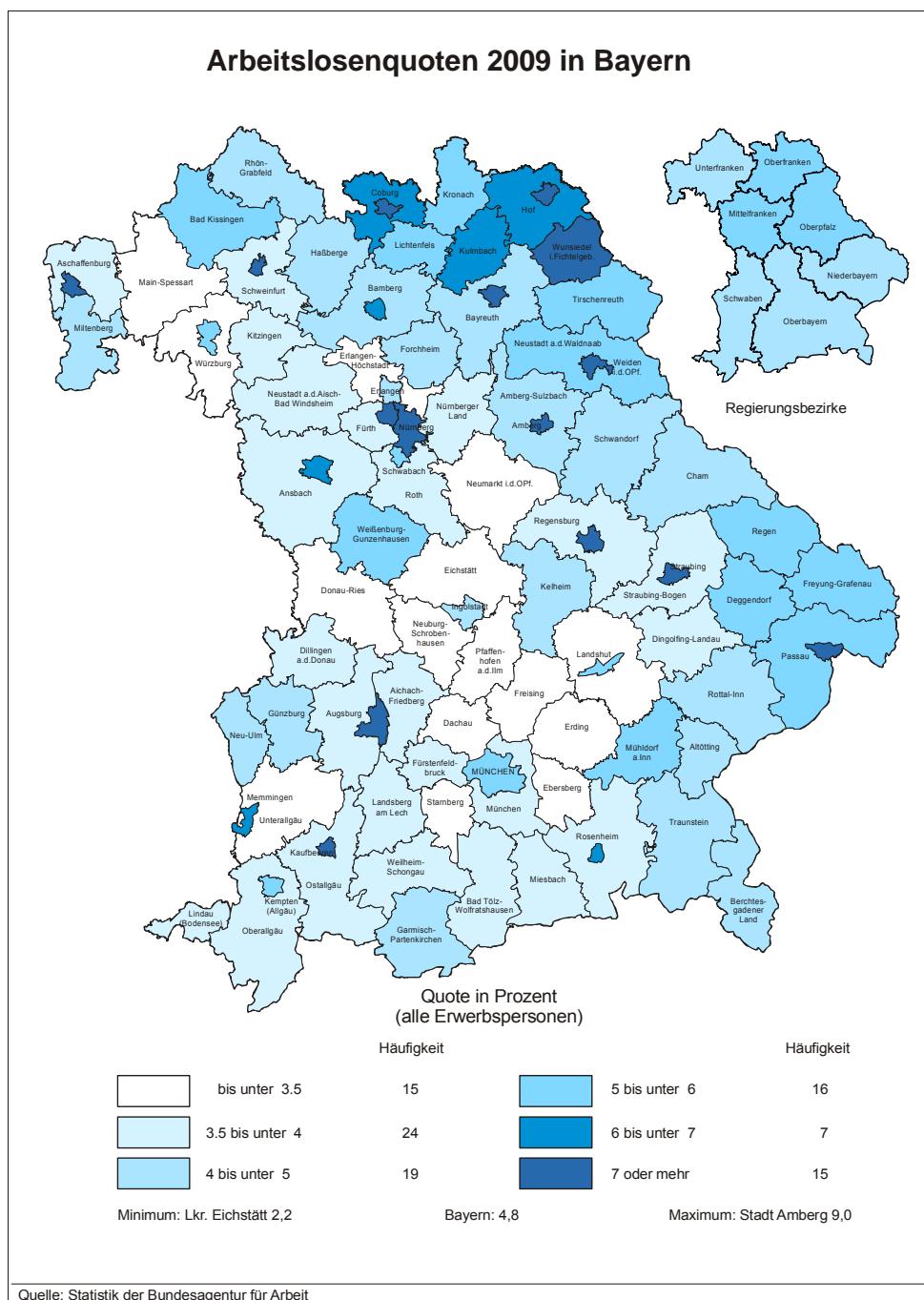
*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit in Bayern

Erhebliche regionale Unterschiede bei der Arbeitslosenquote auf Stadt- und Landkreisebene: Erhöhte Arbeitslosigkeit vor allem in den Städten und östlichen Regionen

- Bei einer landesweiten Arbeitslosenquote von 4,8 % in 2009 variierten die regionalen Arbeitslosenquoten zum Teil erheblich zwischen 2,2 % im Landkreis Eichstätt und 9,0 % in Amberg.
- Bayern hat kein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, sondern – auf bundesweitem Niveau noch relativ günstige, gleichwohl für Bayern – erhöhte Arbeitslosenquoten nach wie vor in den Gebieten zum ehemaligen Ostblock sowie deutlich ausgeprägt in den größeren Städten (Stadt-Land-Gefälle), wobei sich dieses Stadt-Land-Gefälle auch z.B. bei der Inanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen zeigt.

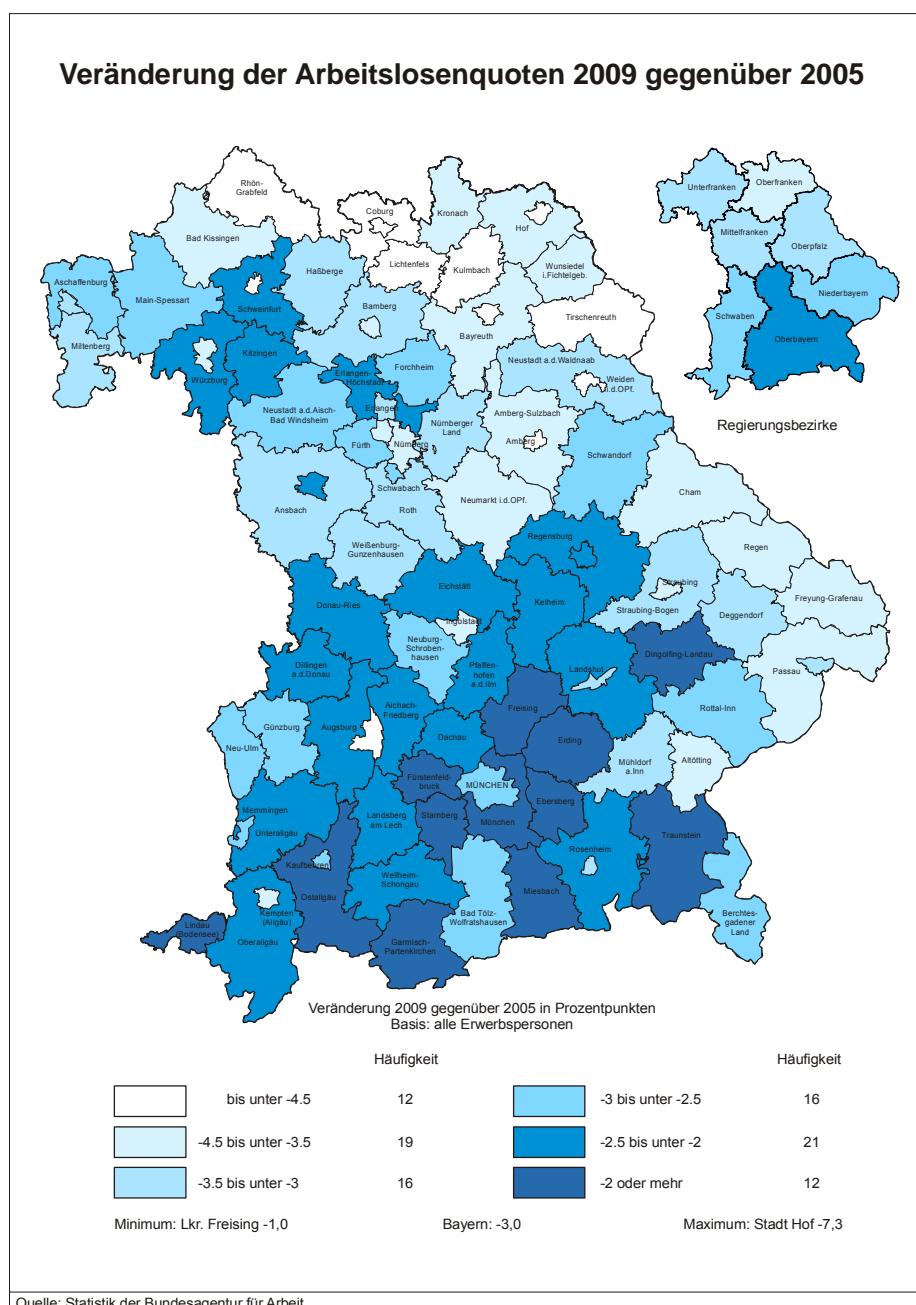


3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit in Bayern

Regionale Veränderung der Arbeitslosenquoten 2009 gegenüber 2005

- Betrachtet man – ausgehend vom Höchststand der Arbeitslosigkeit in 2005 – die Veränderungsrate der Arbeitslosenquote in Bayern, ist bayernweit ein Rückgang von rund 3,0 %-Punkten – oder eine fast 40 % niedrigere Arbeitslosenquote – zu verzeichnen.
- Unter den Regierungsbezirken war der Rückgang der Arbeitslosenquote in Oberfranken in diesem Zeitraum mit -4,4 %-Punkten am stärksten. Mit einem Rückgang von -7,3 %-Punkten auf 7,8 % konnte die Stadt Hof ihre Arbeitslosenquote im Jahr 2009 im Vergleich zum Jahr 2005 nahezu halbieren.
- Deutlich weniger stark ausgeprägt war der Rückgang der Arbeitslosenquoten in West- und Südbayern, wobei in diesen Regionen insgesamt oft eine niedrigere Arbeitslosenquote bestand.
- Der geringste Rückgang der Arbeitslosenquoten war in der Tendenz in Städten zu beobachten.

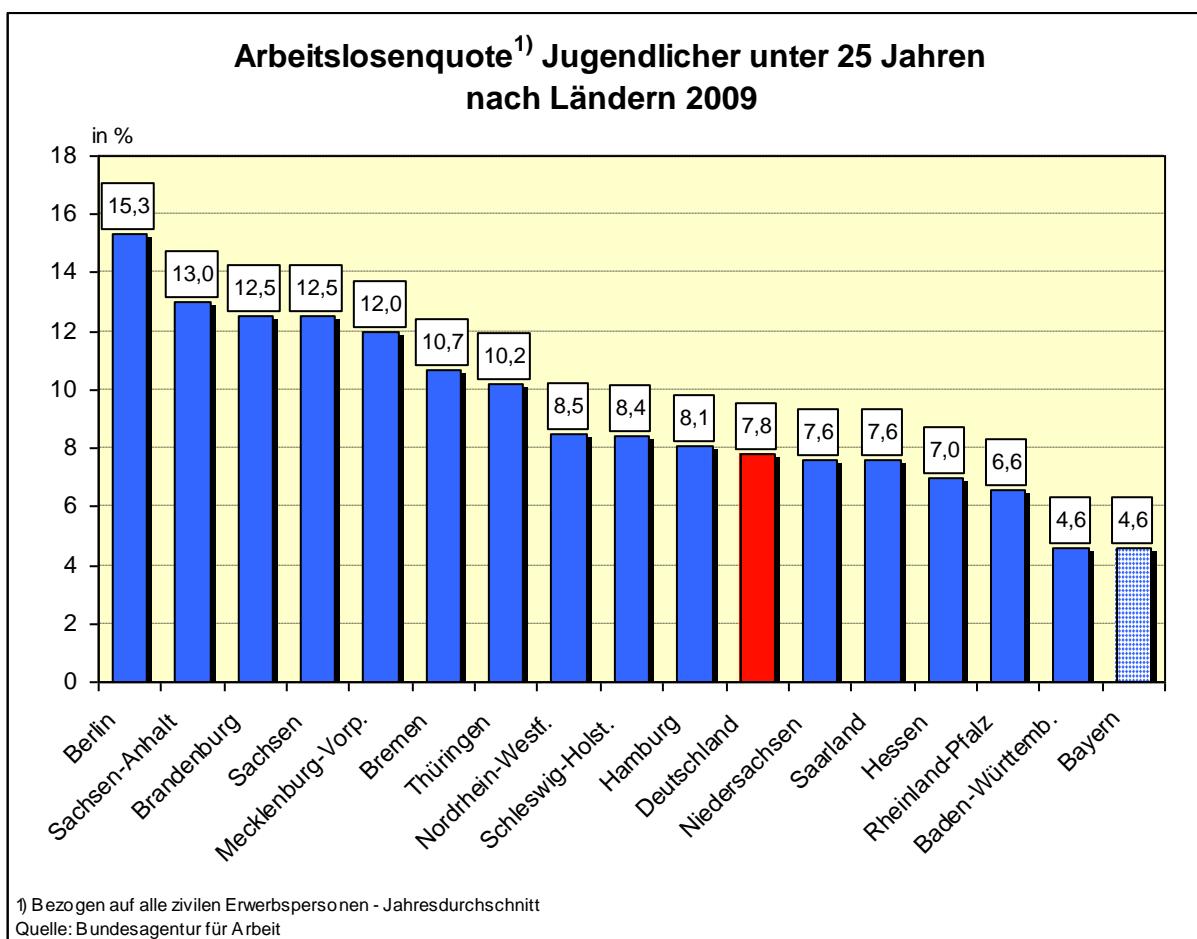


3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit – Jugendliche unter 25 Jahren

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Sehr gute Arbeitsmarktsituation für Jüngere unter 25 Jahren

- Bayern wies im Jahresdurchschnitt 2009 zusammen mit Baden-Württemberg mit jeweils 4,6 % bei den Jugendlichen unter 25 Jahren die geringste Arbeitslosenquote auf.
- Bundesweit war etwa jeder 13. Jugendliche oder rund 7,8 % der Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos, in Bayern nur jeder 22.
- Die Arbeitslosenquote ist in den neuen Bundesländern rund 2,5-mal so hoch wie in Bayern. Deshalb kann auch künftig von einer Arbeitskräftezuwanderung gerade Jüngerer nach Bayern ausgegangen werden.

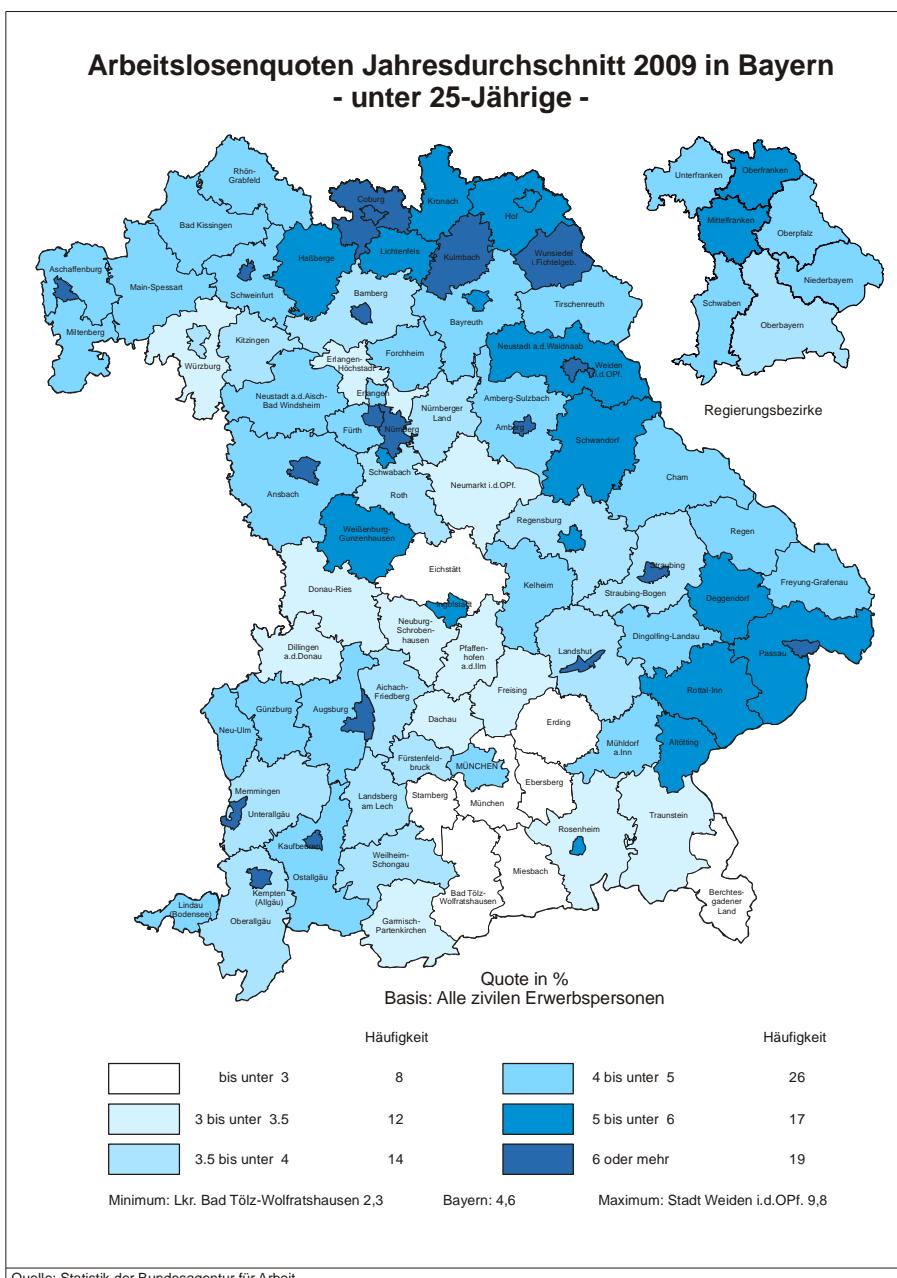


3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit – Jugendliche unter 25 Jahren

Arbeitslosigkeit bei Jüngeren auf Stadt- und Landkreisebene

- Die Arbeitslosenquote (ALQ) der unter 25-Jährigen betrug im Jahressdurchschnitt 2009 in Bayern 4,6 % (ALQ insgesamt: 4,8 %), sie lag damit z.B. in Bayern um 3,2 %-Punkte unter dem Bundesdurchschnitt bei Jüngeren (7,8 %).
- Unter den Regierungsbezirken verzeichnete Oberbayern mit 3,7 % die geringste und Mittelfranken mit 5,7 % die höchste Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe.
- Unter den Landkreisen nimmt Bad Tölz-Wolfratshausen mit einer Quote von 2,3 % den Spitzenplatz ein; die höchste Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen verzeichnete die kreisfreie Stadt Weiden in der Oberpfalz mit 9,8 %.
- Zumeist ist auch bei jungen Erwerbsuchenden die Arbeitslosigkeit in den Städten deutlich höher als in den mehr ländlich geprägten Gebieten.

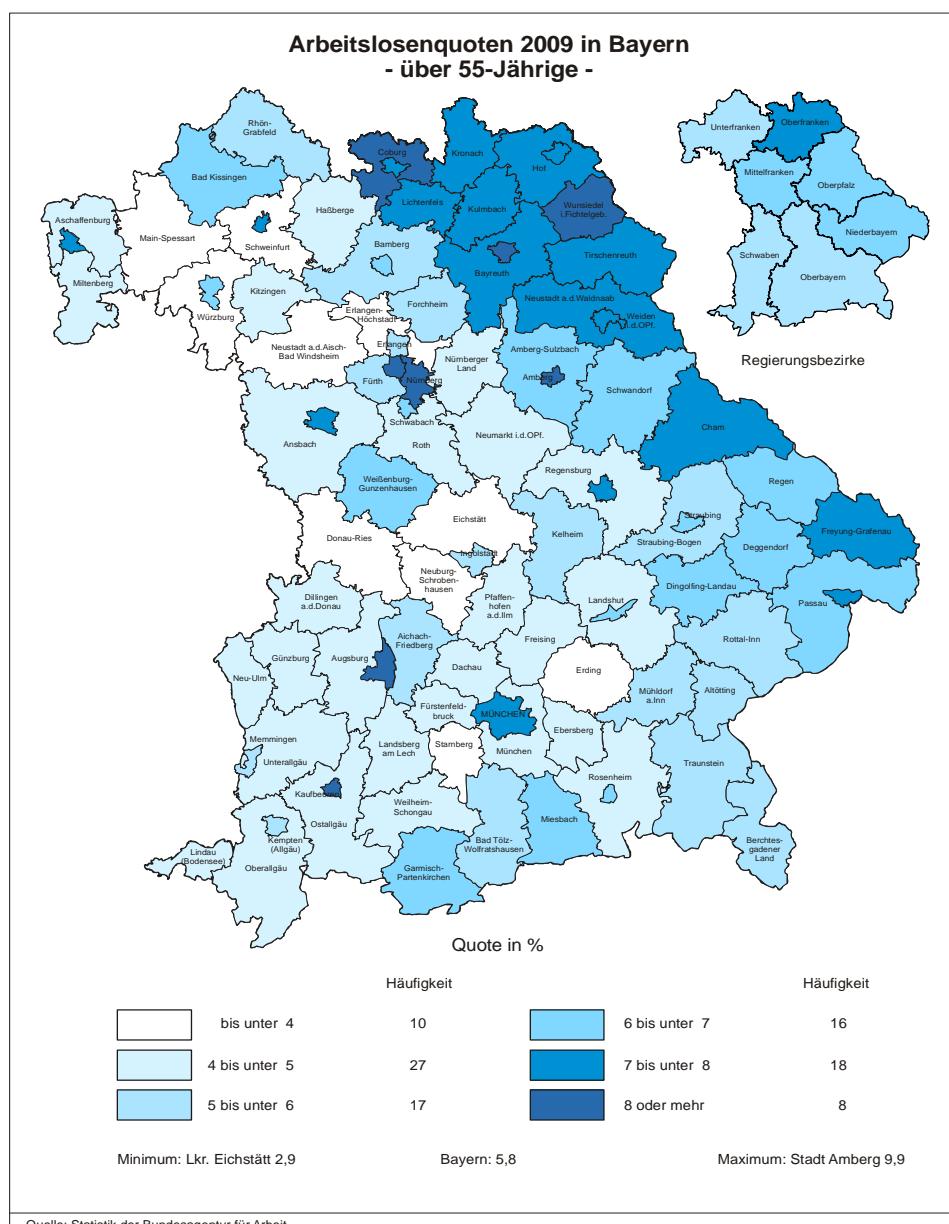


3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit – über 55-Jährige

Arbeitslosigkeit 2009 bei den 55- bis 65-Jährigen auf Stadt- und Landkreisebene:

- Zu berücksichtigen ist bei den Arbeitslosen in der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen, dass ein hoher Anteil dieser Personen sich in Phasen der Verrentung befindet bzw. sich bis zum Eintritt in die Regelaltersrente vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hat (u.a. Altersrente wegen Arbeitslosigkeit).
- Die Arbeitslosenquote (AIQ) der Älteren lag 2009 bayernweit bei 5,8 %, d.h. 1 %-Punkt über der AIQ aller Altersgruppen (4,8 % in 2009). In Unterfranken lag die AIQ Älterer mit 5,0 % nur wenig über der aller Arbeitslosen (4,5 %), in Oberfranken war die AIQ mit 7,2 % am höchsten (1,5 %-Punkte über der allgemeinen Alq von 5,7 %) und ebenfalls überdurchschnittlich erhöht in der Oberpfalz mit 6,5 % (allgemeine Alq: 5,1 %).
- Regional reichten die AIQ von 2,9 % in Eichstätt bis 9,9 % in Amberg, 9,5 % in Augsburg und 9,1 % in Nürnberg.
- Im Zeitraum 2000 bis 2009 ging die Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen in Bayern um 44,7 % zurück, während die Zahl aller Arbeitslosen in Bayern um 5,9 % sank.



3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit – Langzeitarbeitslose

Erwerbslosigkeit 2006 bis 2008 bei Langzeitarbeitslosen

- Die Langzeiterwerbslosenquote (länger als 1 Jahr arbeitslos, Quoten berechnet auf der Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) lag in Bayern im Jahr 2006 bei 3,1 % und hat sich bis zum Jahr 2008 auf insgesamt 1,8 % verringert. Die Erwerbslosenquoten von Frauen und Männern weisen prozentual gesehen relativ geringe Unterschiede auf.
- Regional gesehen weist der Regierungsbezirk Oberbayern mit einer Quote von 2,3 % 2006 die geringste Langzeiterwerbslosenquote auf, und konnte diese bis 2008 um 1 %-Punkt auf 1,3 % reduzieren.
- Oberfranken verzeichnete mit einer Quote von 5,1 % im Jahr 2006 die höchste Langzeiterwerbslosenquote unter den bayerischen Regierungsbezirken, konnte diese aber bis 2008 auf 3,1 % reduzieren.
- Insgesamt lag die Langzeiterwerbslosenquote in Bayern in den Jahren 2006 bis 2008 jeweils deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (3,9 % in 2008).

Langzeiterwerbslosenquote¹⁾ nach Geschlecht und Regierungsbezirk

Regionaleinheit	2006			2007			2008		
	Erwerbslosenquote			Erwerbslosenquote			Erwerbslosenquote		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	%				%				%
Bayern	3,1	3,0	3,3	2,5	2,4	2,7	1,8	1,6	1,9
Oberbayern	2,3	2,3	2,4	1,9	1,9	1,9	1,3	1,3	1,3
Niederbayern	3,0	(2,7)	(3,3)	2,4	(2,1)	(2,8)	1,6	4,4	(2,3)
Oberpfalz	3,6	3,5	(3,6)	2,7	(2,7)	(2,8)	2,1	(2,1)	(2,0)
Oberfranken	5,1	4,9	5,4	4,3	4,2	4,5	3,1	(2,9)	(3,3)
Mittelfranken	3,9	3,7	4,1	3,4	3,0	3,8	2,4	2,4	2,5
Unterfranken	3,1	3,0	(3,3)	2,5	(2,3)	(2,8)	1,7	(1,4)	(1,9)
Schwaben	3,0	2,4	3,6	2,3	2,2	(2,4)	1,6	(1,2)	(2,1)
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	4,4	4,6	4,1	3,6	3,8	3,5	2,9	3,0	2,7
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	10,8	10,6	11,1	9,5	9,1	9,9	7,9	7,7	8,1
Bundesrepublik Deutschland	5,8	5,8	5,7	4,9	4,9	4,9	3,9	4,0	3,9

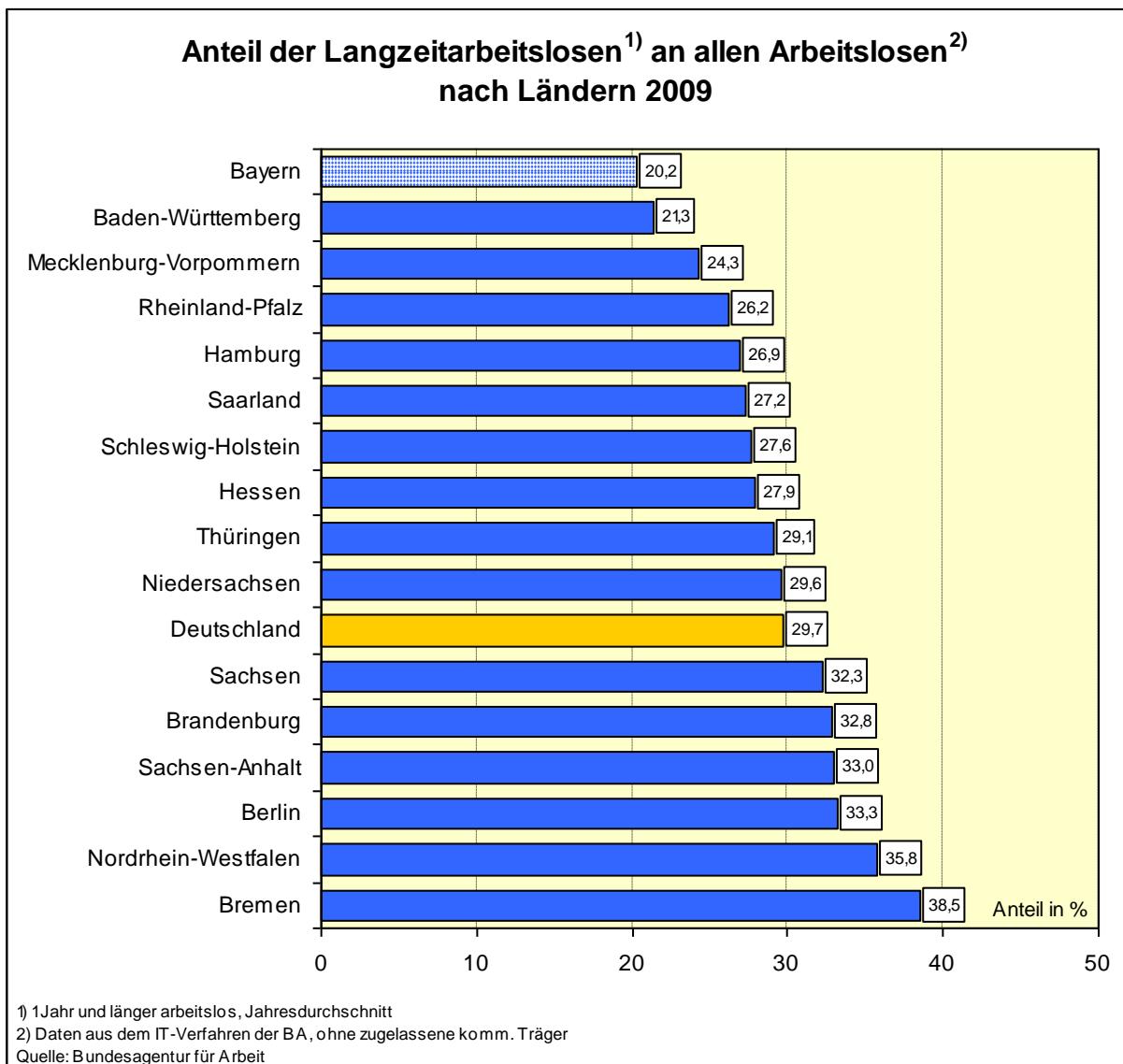
1) Quote berechnet auf der Basis der Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende;
Daten in (): Nachweis unter Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit – Langzeitarbeitslose

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Langzeitarbeitslose

- Bayern weist mit einem Anteil von 20,2 % bei Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen die geringste Quote aller Bundesländer auf. Eine der geringsten Quote verzeichnet auch Baden-Württemberg mit 21,3 %.
- Bundesweit war damit nahezu ein Drittel aller Arbeitslosen ein Jahr oder länger arbeitslos. Nordrhein-Westfalen und Bremen nehmen im Ländervergleich mit Anteilen von 35,8 % bzw. 38,5 % die hinteren Plätze ein.

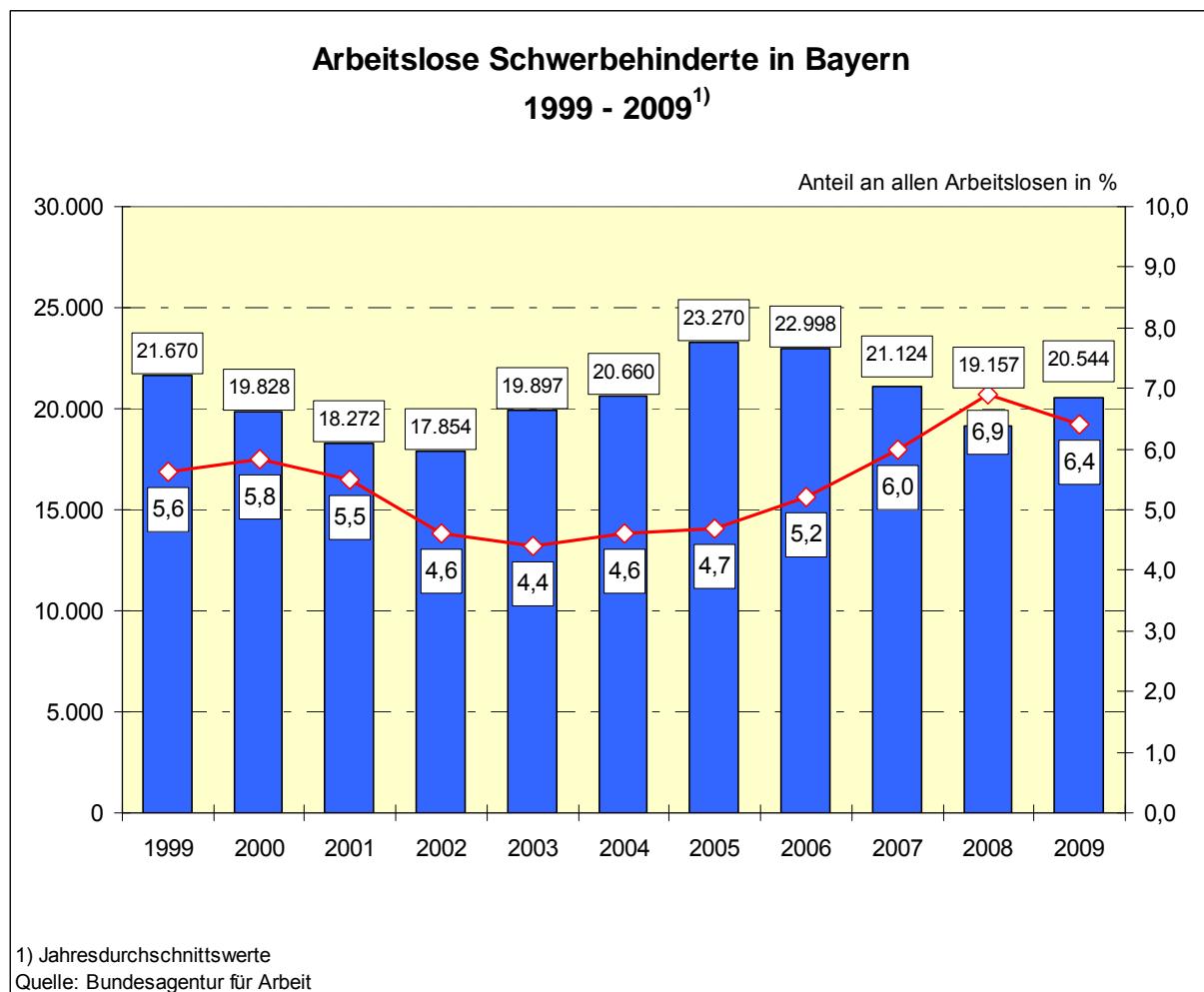


3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit – Schwerbehinderte

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Anteil der arbeitslosen Schwerbehinderten an allen Arbeitslosen in Bayern relativ gering

- Im Zeitraum von 1999 bis 2009 hat sich der Anteil arbeitsloser Schwerbehinderten an allen Arbeitslosen in Bayern von 5,6 % zunächst bis 2005 vermindert, weil insgesamt die Arbeitslosigkeit bei den Nichtbehinderten etwas ausgeprägter als bei den Behinderten stieg. 2008 lag der Anteil mit 6,9 % und 2009 mit 6,4 % wieder deutlich über dem Anteil von 5,6 % in 2000.
- Mit ein Grund für die schwankenden Anteilswerte ist, dass die Integration der Behinderten in den Arbeitsmarkt nicht so stark den Konjunkturentwicklungen am Arbeitsmarkt folgt wie bei anderen Bevölkerungsgruppen, so dass der Höchststand an arbeitslosen Menschen mit Behinderung im Jahre 2005 auch mit einem relativ niedrigen Anteilswert von 4,7 % einher gehen konnte.

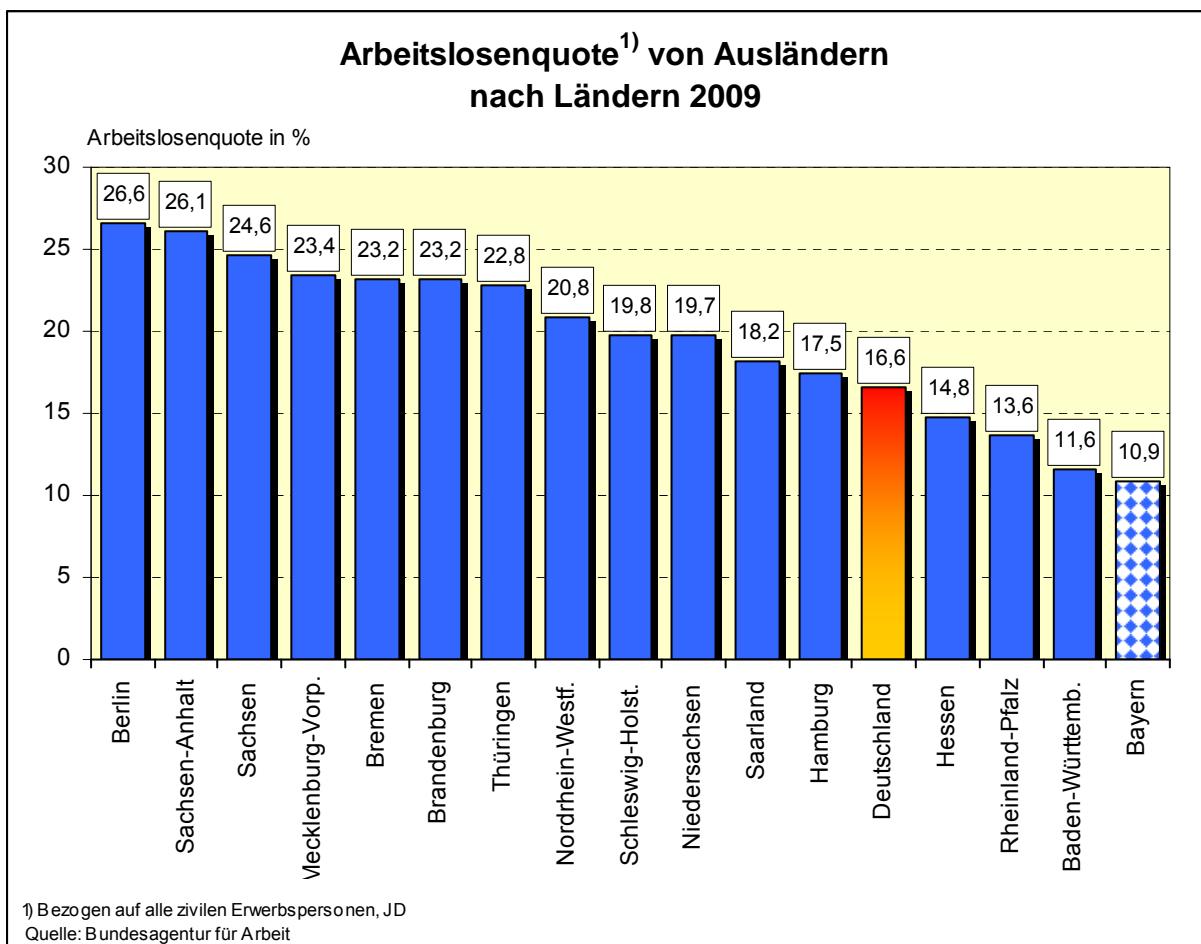


3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit – Ausländer

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Ausländer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen

- Ausländische Arbeitnehmer waren auch im Jahr 2009 aufgrund ihrer meist geringeren beruflichen Qualifikation besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Jahresschnitt 2009 waren bundesweit 16,6 % oder fast jeder Sechste der ausländischen abhängigen Erwerbspersonen ohne Arbeit.
- In Bayern lag die Quote von arbeitslosen Ausländern mit 10,9 % am niedrigsten. Hohe Quoten verzeichneten insbesondere die neuen Bundesländer. In Nordrhein-Westfalen lag der Anteil mit 20,8 % unter den westlichen Flächenländern am höchsten.



3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Vergleich der Erwerbslosenquoten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund – bei Personen mit Migrationshintergrund rund 5 %-Punkte höhere Erwerbslosenquote

- Personen ohne Migrationshintergrund hatten 2008 eine rund 5 %-Punkte niedrigere Erwerbslosenquote (berechnet auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus) als Personen mit Migrationshintergrund: So lag die Erwerbslosenquote der Personen ohne Migrationshintergrund im Jahr 2008 in Bayern bei 3,3 %, bei Personen mit Migrationshintergrund dagegen bei 8,5 % und damit mehr als doppelt so hoch.
- Bundesweit war die Erwerbslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund 2008 mit 12,4 % auch fast doppelt so hoch wie bei jenen ohne Migrationshintergrund (6,5 %).
- Hinzu kommen erhebliche regionale Unterschiede: Je höher die regionale Erwerbslosenquote ist, umso größer ist zumeist auch der Abstand in der Erwerbslosenquote zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund (Korrelation: +0,9). So betrug in Oberfranken 2008 die Erwerbslosenquote bei Personen ohne Migrationshintergrund 4,8 %, bei Personen mit Migrationshintergrund aber 14,9 %.
- In Oberbayern war 2008 der Abstand in der Erwerbslosenquote zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund mit 4,2 %-Punkten am geringsten. Oberfranken ist auch im Vergleich zu den anderen Regierungsbezirken der Bezirk mit der deutlich schlechtesten Erwerbslosenquote.
- Insgesamt hat sich der absolute Abstand zwischen den hohen Erwerbslosenquoten bei Personen mit Migrationshintergrund und jenen ohne Migrationshintergrund im Zeitraum 2006 bis 2008 vermindert, relativ ist der Abstand aber nicht verändert: 2006 betrug die Erwerbslosenquote von Personen mit Migrationshintergrund in Bayern das 2,4-fache, in 2008 auf deutlich niedrigerem Erwerbslosigkeitsniveau das 2,6-fache.

Erwerbslosenquote von Personen ohne Migrationshintergrund nach Regierungsbezirk*)

Regionaleinheit	2006	2007	2008
	Erwerbslosenquote		
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt
		%	
Bayern	5,2	4,2	3,3
Oberbayern	4,0	3,2	2,4
Niederbayern	6,0	4,2	3,4
Oberpfalz	5,7	4,4	3,6
Oberfranken	8,1	6,1	4,8
Mittelfranken	6,2	4,9	4,2
Unterfranken	5,0	4,6	3,6
Schwaben	4,7	3,9	3,2
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	6,7	5,5	4,8
	16,1	14,0	12,1
Bundesrepublik Deutschland	8,9	7,5	6,5

*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund

Erwerbslosenquote von Personen mit Migrationshintergrund nach Regierungsbezirk*)

Regionaleinheit	2006	2007	2008
	Erwerbslosenquote		
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt
	%		
Bayern	12,4	10,7	8,5
Oberbayern	10,0	8,3	6,6
Niederbayern	10,9	10,6	9,4
Oberpfalz	15,0	11,3	9,1
Oberfranken	20,4	18,5	14,9
Mittelfranken	14,2	13,5	10,4
Unterfranken	14,0	12,3	8,6
Schwaben	13,2	10,1	8,3
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	15,1	12,5	10,8
Bundesrepublik Deutschland	16,8	14,2	12,4

*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

Regionaleinheit	Differenz: Erwerbslosenquote von Personen mit / ohne Migrationshintergrund 2008		
	Insgesamt	Männer	Frauen
	%-Punkte		
Bayern	5,2	5,3	5,1
Oberbayern	4,2	4,8	3,3
Niederbayern	6,0	-	-
Oberpfalz	5,5	-	-
Oberfranken	10,1	8,5	12,0
Mittelfranken	6,2	7,1	5,1
Unterfranken	5,0	-	-
Schwaben	5,1	4,8	5,7
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	6,0	6,1	5,8
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	16,3	16,2	16,4
Bundesrepublik Deutschland	5,9	6,0	5,6

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, eigene Berechnungen

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit - gruppenspezifisch

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Erwerbslosenquoten verschiedener Gruppen 2008 in Bayern

- Die Erwerbslosenquote der Männer lag 2008 zwar etwas unter jener der Frauen (ebenso die Arbeitslosenquote). Im Krisenjahr 2009 war aber die Arbeitslosenquote der Männer wieder höher als die der Frauen und über die Jahre seit 2000 betrachtet wechselten sich Frauen und Männer mit jeweils höheren Quoten ab.
- Bei Personen mit Migrationshintergrund war die Erwerbslosenquote 2008 rund 2,6-mal so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund.
- Differenziert nach dem Alter war die Erwerbslosenquote überdurchschnittlich hoch bei unter 25-Jährigen sowie über 50-Jährigen, unterdurchschnittlich ist sie bei 25- bis 50-Jährigen.
- Keinen beruflichen Abschluss zu haben erhöhte das Risiko der Erwerbslosigkeit um das rund 2,8-fache gegenüber dem Gesamtdurchschnitt. Soweit ein beruflicher Abschluss vorlag, sank das Risiko der Erwerbslosigkeit unter 4 % und lag für Personen mit einem Meister-, Techniker- und Fachschulabschluss sowie Hochschulabschluss bei rund 2 % (jeweils 2008).
- Von einer langen Erwerbslosigkeit (mehr als ein Jahr) waren insbesondere Personen mit Migrationshintergrund weit überdurchschnittlich betroffen sowie Ältere ab 50 Jahren und Personen, die keinen beruflichen Abschluss hatten.

Erwerbslosenquoten von Personen 2008 insgesamt						
Geschlecht	Männer	Frauen				
insgesamt 4,3 %, dabei	4,0	4,7				
ohne / mit Migrationshintergrund	ohne	mit				
insgesamt 4,3 %, dabei	3,3	8,5				
Alter von ... bis unter	18 - 25	25 - 50	50 - 65			
insgesamt 4,3 %, dabei	5,6	3,7	4,9			
Berufliche Qualifikation	noch in beruflicher Ausbildung	kein beruflicher Abschluss	Anlern- beruf, Praktikum	Lehraus- bildung, Berufsfach- schulabschluss	Meister, Techniker, Fachschule	(Fach-) Hoch- schule
insgesamt 4,3 %, dabei	4,3	11,9	(ca. 8)	3,7	2,1	2,1
davon bei Erwerbslosigkeit über einem Jahr						
ohne / mit Migrationshintergrund	ohne	mit				
insgesamt 1,8 %, dabei	1,4	3,6				
Alter von ... bis unter	18 - 25	25 - 50	50 - 65			
insgesamt 1,8 %, dabei	(ca. 1)	1,5	2,9			
Berufliche Qualifikation	noch in beruflicher Ausbildung	kein beruflicher Abschluss	Anlern- beruf, Praktikum	Lehraus- bildung, Berufsfach- schulabschluss	Meister, Techniker, Fachschule	(Fach-) Hoch- schule
insgesamt 1,8 %, dabei	--	5,8	(ca. 3)	1,5	(ca. 1)	(ca. 1)
*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwahr- und Ersatzdienstleistende						

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit - gruppenspezifisch

Gruppenspezifischer Arbeitsmarkt: Erwerbslosenquoten verschiedener Gruppen 2008 in Bayern – Personen ohne und mit beruflichem Abschluss im Vergleich

- In Regierungsbezirken mit einer insgesamt erhöhten Erwerbslosenquote wirkt sich ein fehlender beruflicher Abschluss deutlich negativer aus als in Regionen mit einer insgesamt niedrigeren Erwerbslosenquote: Lag z.B. in Mittelfranken und Oberfranken im Jahr 2008 die Erwerbslosenquote für Personen ohne beruflichen Abschluss bei 15 % bzw. 18 %, so betrug sie bei Personen mit einer Lehrausbildung bzw. einem Berufsfachschulabschluss rund 4 bis 5 %.
- Insgesamt ist das Risiko der Erwerbslosigkeit in Bayern bei Personen ohne beruflichen Abschluss – mit Ausnahme von Oberfranken – durchgängig teils deutlich niedriger als in Deutschland und auch als im früheren Bundesgebiet, aber in allen Bezirken das 2,5- bis 3,5-fache gegenüber Personen mit einer Lehrausbildung bzw. einem Berufsfachschulabschluss.

Qualifikationsniveau der Person kein beruflicher Abschluss, nicht in Ausbildung

Regionaleinheit	2006	2007	2008
	Erwerbslosenquote		
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt
	%		
Bayern	13,9	13,4	11,9
Oberbayern	11,0	11,2	9,7
Niederbayern	15,2	13,0	(10,5)
Oberpfalz	17,5	(11,8)	(12,8)
Oberfranken	19,3	18,3	18,3
Mittelfranken	15,5	16,6	14,9
Unterfranken	13,9	14,1	(10,3)
Schwaben	12,9	12,2	11,2
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	19,1	17,3	16,1
Bundesrepublik Deutschland	21,6	20,0	18,6

*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

Qualifikationsniveau der Person Lehrausbildung, Berufsfachschulabschluss

Regionaleinheit	2006	2007	2008
	Erwerbslosenquote		
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt
	%		
Bayern	6,0	4,8	3,7
Oberbayern	5,1	3,9	3,0
Niederbayern	5,8	4,6	3,9
Oberpfalz	6,1	5,0	3,7
Oberfranken	8,7	6,8	4,6
Mittelfranken	7,1	5,5	4,4
Unterfranken	5,7	5,3	4,0
Schwaben	5,7	4,5	3,4
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	7,4	6,0	5,1
Bundesrepublik Deutschland	10,2	8,4	7,3

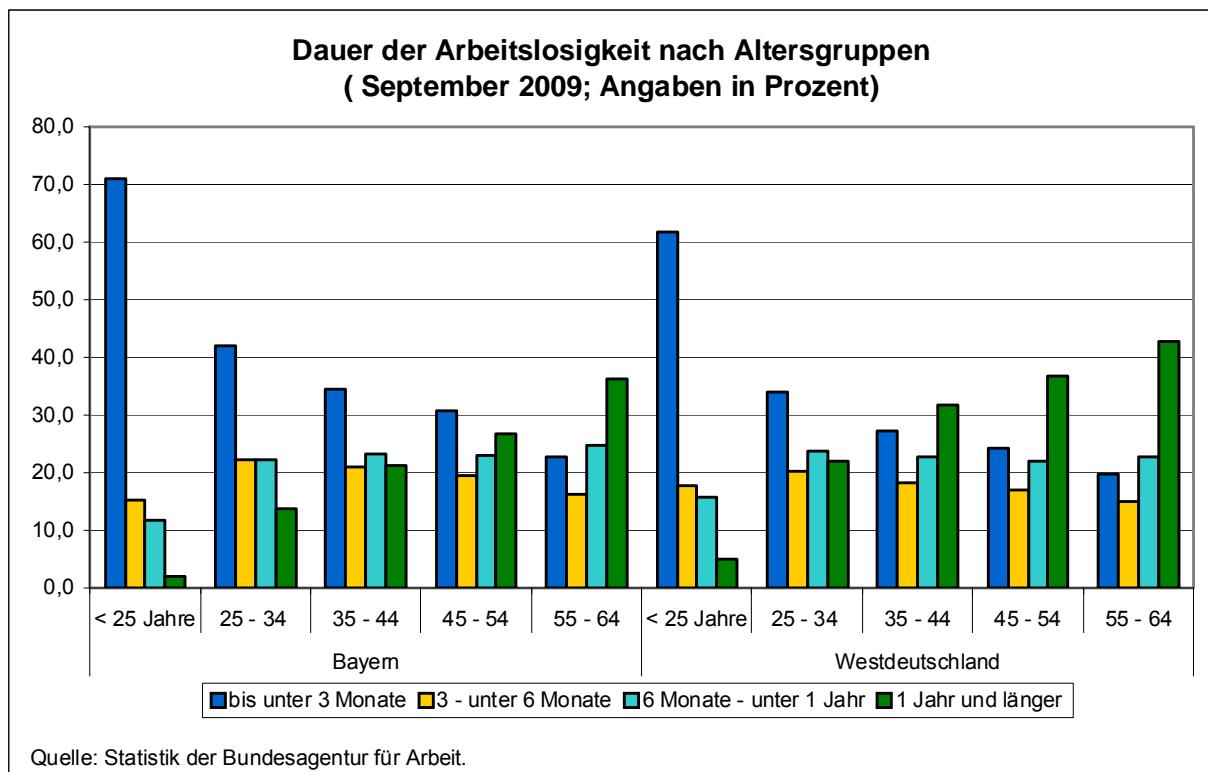
*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW; Personen in Privathaushalten am Hauptwohnsitz im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; unter 65 Jahren; ohne Grundwehr- und Ersatzdienstleistende

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit - Dauer

Dauer der Arbeitslosigkeit (2009): Mit dem Lebensalter stark ansteigend, in Bayern aber kürzer als bundesweit

- Wie die Abbildung zeigt, gilt (unverändert, vgl. z.B. mit Werten für 2007: 2. Bayerischer Sozialbericht, Darstellung 2.27): Je älter Arbeitslose sind, umso länger ist die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit. Während unter den bayerischen Arbeitslosen unter 25 Jahren im Jahr 2009 2,0 % (WD: 5,0 %) schon über ein Jahr arbeitslos waren (2007 in Bayern 5,9 %; 2008: 3,5 %), sind es bei den 55- bis 64-Jährigen 2009 36,2 % (2007: 58,4 %; 2008: 39,6 %).
- Die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt zwischen 2007 und 2008 sowie die moderaten Auswirkungen der Wirtschaftskrise zwischen 2008 und 2009 auf die Arbeitslosigkeit haben insgesamt zu einem Rückgang des Anteils der Langzeitarbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen geführt (allerdings mit einer Abschwächung des Trends in der Periode 2008/2009 gegenüber 2007/2008): In Bayern waren im September 2009 16,2 % aller registrierten Arbeitslosen zwischen 55 und 64 Jahre alt (westdeutscher Durchschnitt: 13,9 %), wobei dieser Personenkreis die längste Arbeitslosigkeit aufweist. Im Jahr 2008 betrugen diese Werte noch 15,5 % für Bayern und 13,4 % für Westdeutschland. Auch der Anteil der Jungen (15 bis unter 25 Jahre) ist gestiegen; in Bayern von 12,5 % auf 14 % und in Westdeutschland von 11,2 auf 12,2 %.



3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit - Dauer

Dauer der Arbeitslosigkeit (2009): Bei geringer formaler Qualifikation deutlich höher, in Bayern aber kürzer als bundesweit

- Ende September 2009 befanden sich unter den knapp 317 Tausend registrierten Arbeitslosen in Bayern 42,6 % ohne abgeschlossene Berufsausbildung (WD: 50,6 %) – wesentlich mehr als ihr Anteil unter den Erwerbstägigen bzw. an der Bevölkerung ausmacht. Die Arbeitslosen mit Universitätsabschluss machen dagegen „nur“ 3,5 % aus (WD: 2,8 %).
- Die Tabelle zeigt, dass bei Arbeitslosen mit geringerem Berufsabschluss und vor allem bei denjenigen ohne Berufsabschluss ein wesentlich höherer Anteil langzeitarbeitslos ist als unter den Arbeitslosen mit höherem formalem Bildungsstand. Bei Universitätsabsolventen (13,7 %) und noch etwas deutlicher bei Fachhochschulabsolventen (12,3 %) – aber auch bei Arbeitslosen mit (Berufs-)Fachschule ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen nur etwa halb so hoch wie bei Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (26,2 %).
- Im Vergleich zum westdeutschen Durchschnitt zeigt sich die bessere Arbeitsmarktlage in Bayern auch an niedrigeren Anteilen von Langzeitarbeitslosen insgesamt (20,5 % versus 28,9 %) und über alle Bildungsgruppen hinweg. Bildung ist also keine Garantie gegen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit – sie mindert jedoch auf individueller Ebene das Arbeitslosigkeitsrisiko erheblich.

Darstellung 1.2: Dauer der Arbeitslosigkeit nach letzter abgeschlossener Berufsausbildung (September 2009; Angaben in Prozent)								
	BY				WD			
	< 3 Monate	3 < 6	6 < 12	12+	< 3 Monate	3 < 6	6 < 12	12+
ohne abgeschl. Berufsausbildung	32,2	18,7	22,9	26,2	26,0	13,3	22,3	35,1
betriebl./außerbetriebliche Ausbildung	42,7	19,6	21,2	16,6	36,1	11,3	22,1	22,8
Berufsfachschule	53,6	16,3	17,1	13	48,3	11,6	17,5	17,1
Fachschule	48,4	21,4	18	12,1	42,7	17,2	19,7	16,3
Fachhochschule	43,5	24,3	19,9	12,3	42,7	13,8	19,4	16,0
Universität	44,3	23,6	18,4	13,7	40,1	14,8	19,2	18,7
Keine Angabe	26,3	17	20,9	35,7	19,9	7,5	20,6	45,4

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit - Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Teilnehmeranteile an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten 2006 und 2008

- Die nachfolgende Darstellung zeigt, dass sich die relative Bedeutung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zeitraum 2006 bis 2008 verschoben hat:
 - Während in Bayern (wie im westdeutschen Durchschnitt) der Anteil der Teilnehmer in Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt deutlich gesunken ist,
 - ist der Anteil der Teilnehmer in Beschäftigung begleitenden Maßnahmen stark angestiegen. Bei den übrigen Maßnahmenkategorien waren die Veränderungen geringer ausgeprägt.

Teilnehmer an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Bayern und Westdeutschland 2006 und 2008 (Jahresdurchschnitt; Angaben in %)

	Insgesamt	A	B	C	D	E	F
BY							
2008	100,0	28,5	27,3	23,6	10,8	1,5	8,2
2006	100,0	23,6	34,4	21,6	12,9	1,3	6,2
WD							
2008	100,0	28,0	22,9	19,7	16,4	1,5	11,5
2006	100,0	24,5	29,1	20,0	17,7	1,9	6,8

A Chancen auf 1. Arbeitsmarkt verbessern B Beschäftigung begleitende Maßnahmen
C Berufsberatung u. Förder. d. Berufsausbildung D Beschäftigung schaffende Maßnahmen
E Freie Förderung - § 10 F sonstige Förderung

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

- In einer tieferen Differenzierung der Teilnehmeranteile zeigt sich (vgl. Darstellung unten), dass der Anteil der Frauen an den Maßnahmen (auch entsprechend ihres geringeren Anteils an Beschäftigten bzw. Arbeitslosen) geringer ist als jener der Männer (nur bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt ist der Anteil der Frauen in Bayern höher).
- Besonders hoch fällt die Geschlechterdifferenz bei der Förderung der Berufsausbildung, bei den Beschäftigung begleitenden Maßnahmen und auch bei den Beschäftigung schaffenden Maßnahmen aus.
- Deutlich überproportional ist der Teilnehmeranteil der Ausländer bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt und in der sonstigen Förderung. Die höchsten Teilnehmeranteile erzielen Ältere (ab 50 Jahre) bei den Beschäftigung schaffenden bzw. begleitenden Maßnahmen.

3. Arbeitsmarkt

3.7 Arbeitslosigkeit - Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Teilnehmeranteile an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 2008 insgesamt, nach Geschlecht, Deutsch/nicht Deutsch, Alter bei Maßnahmeneintritt (< 24, 25 < 50, 50+) und Qualifikation für BY, WD (ohne zugelassene kommunale Träger) (Angaben in Prozent)							
	Insgesamt	A	B	C	D	E	F
BY	100,0	28,5	27,3	23,6	10,8	1,5	8,2
Geschlecht							
Männer	55,4	45,2	59,5	62,0	58,7	54,2	54,2
Frauen	44,6	54,8	40,5	38,0	41,3	45,8	45,8
Staatsangehörigkeit							
Deutsch	86,0	84,1	90,1	84,8	85,4	91,8	82,0
nicht Deutsch	13,8	15,8	9,8	14,7	14,4	7,9	17,8
Alter bei Maßnahmeneintritt							
Unter 25 Jahre	36,4	14,6	10,7	99,1	15,0	65,4	39,8
25 bis unter 50 Jahre	44,6	62,2	63,0	0,9	53,3	23,0	40,5
50 Jahre und älter	19,0	23,2	26,3	0,0	31,7	11,6	19,7
WD	100,0	28,0	22,9	19,7	16,4	1,5	11,5
Geschlecht							
Männer	57,5	50,1	62,2	60,6	61,5	57,9	55,2
Frauen	42,5	49,8	37,8	39,4	38,5	42,1	44,8
Staatsangehörigkeit							
Deutsch	85,6	84,3	89,5	86,0	86,4	89,0	78,6
Nicht deutsch	14,2	15,5	10,4	13,5	13,4	10,9	21,1
Alter bei Maßnahmeneintritt							
Unter 25 Jahre	33,2	13,0	9,0	98,2	15,7	65,0	40,2
25 bis unter 50 Jahre	48,7	65,9	63,4	1,8	57,5	26,5	48,0
50 Jahre und älter	18,1	21,1	27,6	0,0	26,8	8,4	11,8

A Chancen auf 1. Arbeitsmarkt verbessern

B Beschäftigung begleitende Maßnahmen

C Berufsberatung u. Förder. d. Berufsausbildung

D Beschäftigung schaffende Maßnahmen

E Freie Förderung - § 10

F sonstige Förderung

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

3. Arbeitsmarkt

3.8 Ausbildungsstellenmarkt - Bewerber

3.8 Gute Lage für Auszubildende auf dem bayerischen Ausbildungsstellenmarkt

- Die Situation für Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz hat sich 2009 bayern- und bundesweit verbessert, das Verhältnis zwischen Ausbildungssuchenden und Berufsausbildungsstellen ist günstiger als im Vorjahr²⁸. Die Beschäftigungsaussichten für junge Menschen in Bayern unter 25 Jahren sind mit einer Jugendarbeitslosigkeitsquote von 4,6 % (zusammen mit Baden-Württemberg) die besten in Deutschland.
- Auch im Ländervergleich des Verhältnisses der unvermittelten Bewerber zu den unbesetzten Stellen liegt Bayern an 2. Position nach dem Saarland und vor Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 180 offenen Stellen je 100 unversorger Bewerber, in Bayern bei 699 (Ende September 2009).
- Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt war damit in 2009 in Bayern ausgesprochen günstig: Landesweit waren mehr freie Ausbildungsplätze als unvermittelte Bewerber bei den Arbeitsagenturen registriert (je 100 unvermittelten Bewerbern standen in Bayern zum Ende des Berufsberatungsjahres rechnerisch 699 freie Ausbildungsplätze gegenüber, 133 mehr als noch 2008). Damit hatte die Wirtschaftskrise in 2009 auf dem Ausbildungsstellenmarkt zunächst keine entscheidenden Auswirkungen.

Eckdaten Ende September 2009 im Vergleich zu September 2008

	Ende September 2008	Ende September 2009	Veränderungen im Vergleich zu 2008	
			absolut	%
Gemeldete Stellen	88.177	82.987	-5.190	-5,9
Gemeldete Bewerber	94.647	81.988	-12.659	-13,4
Gemeldete Stellen je 100 gemeldete Bewerber	93	101		
Defizit/Überhang an gemeldeten Stellen	Defizit 6.470	Überhang 999		
noch unbesetzte Stellen	5.689	4.803	-886	-15,6
unvermittelte Bewerber	1.006	687	-319	-31,7
noch unbesetzte Stellen je 100 unvermittelte Bewerber	566	699		
Defizit/Überhang noch unbesetzte Ausbildungsstellen	Überhang 4.683	Überhang 4.116	-567	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

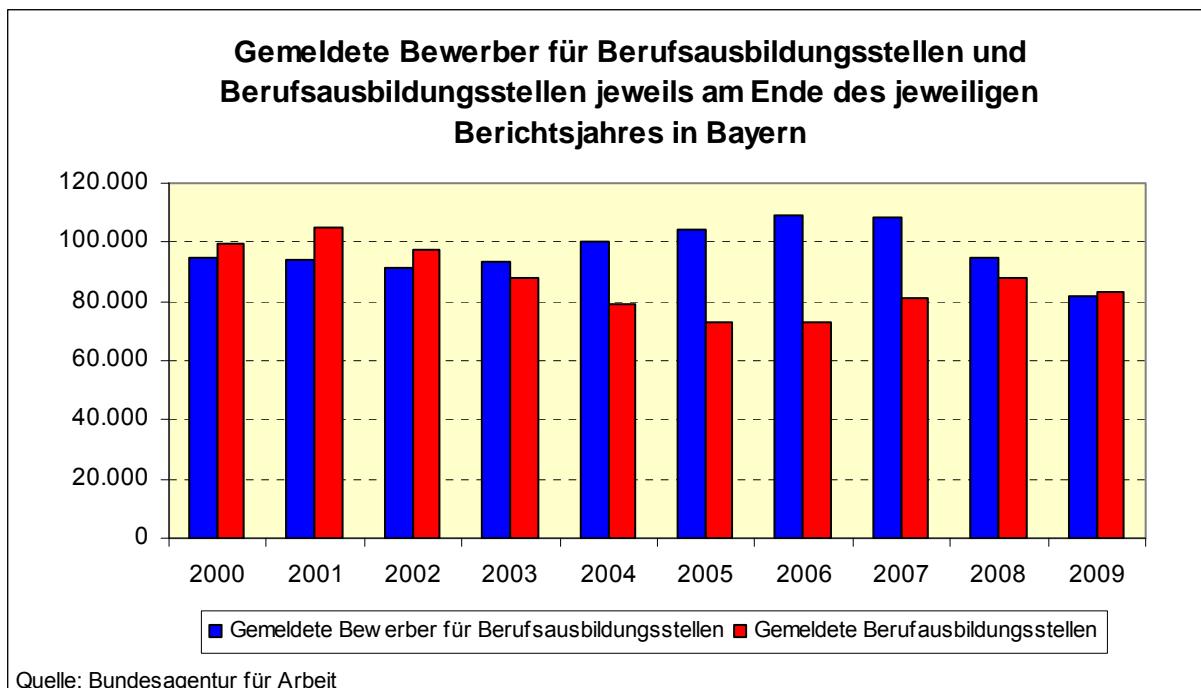
²⁸ Die Berufsberatungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit ist abhängig vom sogenannten Einschaltungsgrad der Agenturen für Arbeit, da weder für die Jugendlichen noch für die Betriebe ein Meldezwang besteht; sie bildet daher den Ausbildungsmarkt nicht vollständig ab, ermöglicht aber dennoch eine derzeit bestmögliche zeitnahe Beurteilung der Lage.

3. Arbeitsmarkt

3.8 Ausbildungsstellenmarkt - Bewerber

Ausbildungsstellenmarkt: 2009 wieder bayernweit positive Ausbildungsstellenbilanz mit weniger gemeldeten Bewerbern als offenen Berufsausbildungsstellen

- Während es in den Jahren 2000 bis 2002 mehr gemeldete Berufsausbildungsstellen als gemeldete Bewerber gab, entwickelten sich diese Relationen ab 2003 bis einschließlich 2008 negativ (aus der Sicht der Ausbildungsstellen-Suchenden) mit deutlich mehr Bewerbern als rechnerisch bayernweit verfügbaren Berufsausbildungsstellen.
- In 2009 ergab sich erstmals seit 2002 rechnerisch und bayernweit eine leicht positive Ausbildungsstellenbilanz mit mehr Stellen als Bewerbern aufgrund eines seit 2007 sehr starken jährlichen Rückganges der Zahl der Bewerber, d.h. deren Zahl schrumpfte schneller als der Rückgang an Ausbildungsstellen 2008 bis 2009:
 - Im Zeitraum vom 01.10.08 bis 30.09.09 hatten sich 81.988 Bewerber bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle bei den Agenturen für Arbeit gemeldet, 12.659 oder 13,4 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Damit nahm die Bewerberzahl das dritte Jahr in Folge ab. In 2008 war mit 108.000 Bewerbern noch rund ein Viertel mehr gemeldet.
 - Von Oktober 2008 bis September 2009 wurden den Agenturen für Arbeit in Bayern insgesamt 82.987 Ausbildungsstellen gemeldet, rund 5.200 oder 5,9 % weniger als noch im Vorjahreszeitraum und trotz der Rezession sogar etwa 2000 Stellen oder 2,5 % mehr als zu Beginn der Boomphase 2006/2007.
 - Bis Ende November 2009 war sowohl im Bereich der bayerischen Industrie- und Handelskammern (-10,7 %) als auch im Bereich der bayerischen Handwerkskammern (-9,0 %) bei der Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr ein starker Rückgang zu verzeichnen. Nach deren Auffassung ist dies insbesondere auf den im Vergleich zum Vorjahr massiven Rückgang der Bewerber (-12.650 bzw. -13,4 %) zurückzuführen.
- Welche Entwicklung sich 2010 infolge der Wirtschaftskrise ergeben wird, ist momentan noch nicht hinreichend absehbar, da der weitere Konjunkturverlauf auch Auswirkungen auf das Angebot an Ausbildungsstellen hat.



3. Arbeitsmarkt

3.8 Ausbildungsstellenmarkt - Bewerber

Im Berichtsjahr 2008/09 gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss sowie Anteil der zum 30.09.2009 noch unversorgten Bewerber in BY und WD

- In Bayern wie in Westdeutschland war sowohl die Anzahl der der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsbewerber als auch der gemeldeten Ausbildungsstellen im Berichtsjahr 2008/09 gegenüber dem vorherigen Berichtsjahr deutlich gesunken.
- Auch der Anteil der zum 30.09.2009 – unbenommen diverser Nachvermittlungsaktivitäten – unversorgten Bewerber fiel wiederum geringer aus als im Vorjahr (0,8 vs. 1,1 %; WD: 1,6 vs. 2,1 %).
- In Bayern war der Anteil der Ende September unversorgten Bewerber bei Männern marginal höher als bei Frauen (0,9 zu 0,8 %). Bei Ausländern war dieser Anteil mit 1,2 % im Vergleich zu 0,8 % bei Deutschen merklich höher.
- Differenziert nach dem erreichten Schulabschluss der Bewerber war der Anteil bei unversorgten Bewerbern ohne Hauptschulabschluss mit 1,3 % und bei solchen mit Abitur (1,2 %) – vergleichbar auch zu den westdeutschen Ergebnissen – am höchsten, am niedrigsten waren die Anteile bei Ausbildungsstellen-Suchenden mit Realschulabschluss und Fachhochschulreife.

Regionen	Merkmale	Insgesamt	darunter unversorgte Bewerber zum 30.9.2009	Anteil noch unversorgte Bewerber zum 30.09.2009
Westdeutschland	Insgesamt	430.609	6.903	1,6
	Männer	228.852	3.734	1,6
	Frauen	201.757	3.169	1,6
	Deutsche	378.456	5.888	1,6
	Ausländer	51.429	997	1,9
	Ohne Hauptschulabschluss	5.533	57	1,0
	Hauptschulabschluss	120.656	1.953	1,6
	Realschulabschluss	164.046	2.612	1,6
	Fachhochschulreife	48.843	944	1,9
	Allgemeine Hochschulreife	29.308	433	1,5
	Keine Angabe	62.223	904	1,5
Bayern	Insgesamt	81.988	687	0,8
	Männer	43.281	371	0,9
	Frauen	38.707	316	0,8
	Deutsche	72.927	575	0,8
	Ausländer	8.936	110	1,2
	Ohne Hauptschulabschluss	1.497	19	1,3
	Hauptschulabschluss	33.052	309	0,9
	Realschulabschluss	28.306	189	0,7
	Fachhochschulreife	5.544	23	0,4
	Allgemeine Hochschulreife	2.183	27	1,2
	Keine Angabe	11.406	120	1,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

3. Arbeitsmarkt

3.8 Ausbildungsstellenmarkt – Berufsausbildungsstellen

Verbleib der Bewerber für Berufsausbildungsstellen im Berichtsjahr 2008/09 zum 30.09.2009 in Bayern und Westdeutschland

- Mit 52,2 % waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Bayern deutlich mehr Ausbildungsstellenbewerber des Berichtsjahrs 2008/09 bis Ende September 2009 in eine ungeförderte Ausbildungsstelle eingeflossen als im westdeutschen Durchschnitt (dort nur 39,5 %).
- Zusammen mit den geförderten Ausbildungen (7,8 %) nahmen 6 von 10 Bewerbern eine Berufsausbildung auf. Bei den Frauen war der Anteil der in eine Ausbildung einmündenden Bewerberinnen leicht höher als bei Männern, bei Deutschen erheblich höher als bei Ausländern (bei letzteren ist aber der Anteil der geförderten Berufsausbildungsplätze höher). Ausländer mündeten auch etwas häufiger (3,9 % zu 3,1 % bei Deutschen) direkt in eine Erwerbstätigkeit ein sowie in eine weitere schulische Bildung, ein Studium oder Praktikum (18,8 zu 14,8 %). Ausländerinnen nehmen auch etwas seltener eine Tätigkeit im Bereich „Gemeinnützige/soziale Dienste“ auf. Mit 9,8 % versus 6,8 % (bei Deutschen) ist die Einmündung von Ausländern in Fördermaßnahmen höher als bei Deutschen (v. a. jeweils bei den Männern).
- Bei 13,3 % der Bewerber/-innen in Bayern bzw. 19,9 % in Westdeutschland liegen keine Angaben über den Verbleib vor.

Verbleib der Bewerber für Berufsausbildungsstellen im Berichtsjahr 2008/09 zum 30.09.2009 in BY und WD (Angaben in %)

Regionen	Verbleibsart zum 30.09.	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
West-deutschland	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Schule/ Studium/ Praktikum	17,4	16,8	18,0	16,8	16,2	17,5	21,4	21,2	21,7
	Berufsausbildung/ Erwerbstätigkeit	53,1	52,7	53,5	54,4	54,1	54,8	43,6	43,0	44,4
	Berufsausbildung ungefördert	39,5	38,1	41,1	41,2	39,9	42,6	27,2	25,1	29,6
	Berufsausbildung gefördert	8,9	10,1	7,6	8,7	9,8	7,4	10,8	12,2	9,2
	Erwerbstätigkeit	4,7	4,6	4,9	4,6	4,4	4,8	5,7	5,7	5,6
	Gemeinnützige/ soziale Dienste	1,7	2,2	1,1	1,9	2,5	1,2	0,4	0,3	0,5
	Fördermaßnahmen	8,0	8,5	7,6	7,9	8,3	7,5	8,9	9,6	8,1
	ohne Angabe eines Verbleibs	19,7	19,7	19,8	18,9	18,9	19,1	25,6	25,9	25,2
Bayern	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Schule/ Studium/ Praktikum	15,3	15,3	15,3	14,8	14,7	15,0	18,8	19,4	18,1
	Berufsausbildung/ Erwerbstätigkeit	63,2	62,3	64,2	64,8	64,0	65,7	50,3	49,2	51,5
	Berufsausbildung ungefördert	52,2	50,0	54,7	54,3	52,2	56,6	35,3	32,5	38,6
	Berufsausbildung gefördert	7,8	9,0	6,4	7,4	8,5	6,1	11,1	12,9	8,9
	Erwerbstätigkeit	3,2	3,3	3,1	3,1	3,2	3,0	3,9	3,9	4,0
	Gemeinnützige/ soziale Dienste	1,1	1,3	0,8	1,2	1,5	0,9	0,3	0,2	0,3
	Fördermaßnahmen	7,1	7,7	6,4	6,8	7,4	6,1	9,8	10,5	9,0
	ohne Angabe eines Verbleibs	13,3	13,4	13,3	12,4	12,5	12,3	20,8	20,6	21,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

3. Arbeitsmarkt

3.8 Ausbildungsstellenmarkt – Berufsausbildungsstellen

Top Ten der Ausbildungsberufe 2009: Beständige Unterschiede zwischen den Geschlechtern

- Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass es bei den Berufswünschen kontinuierlich erhebliche Unterschiede je nach Geschlecht gibt (Daten für September 2009, Statistik der BA):
 - Während bei den Männern der Kfz-Mechatroniker im Pkw-Bereich als Spitzenreiter weit vor dem Kaufmann im Einzelhandel liegt,
 - ist es bei den Frauen die Bürokauffrau. Deutlich wird auch, dass sich die Berufswünsche der Bewerberinnen stärker auf weniger Berufe konzentrieren als bei den Männern und dabei auch stärker Dienstleistungsberufe vertreten sind, bei denen teils ein deutlich niedrigeres Lohnniveau marktüblich ist (die Sozialberufe mit schulischem Ausbildungsweg sind in dieser Statistik nicht enthalten).
- Bildet man die Relation von gemeldeten Bewerbern und Berufsausbildungsstellen, so erweist sich in Bayern (und ähnlich auch für Westdeutschland) ein besonders massiver Bewerberinnen-Überhang beim Berufswunsch Bürokaufleute sowie KraftfahrzeugmechatronikerInnen, während bei Köch(inn)en deutlich mehr Ausbildungsplätze vorliegen als (v.a. männliche) Bewerber. Allerdings sind bei dieser Betrachtung immer nur die an erster Stelle genannten Berufswünsche einbezogen.

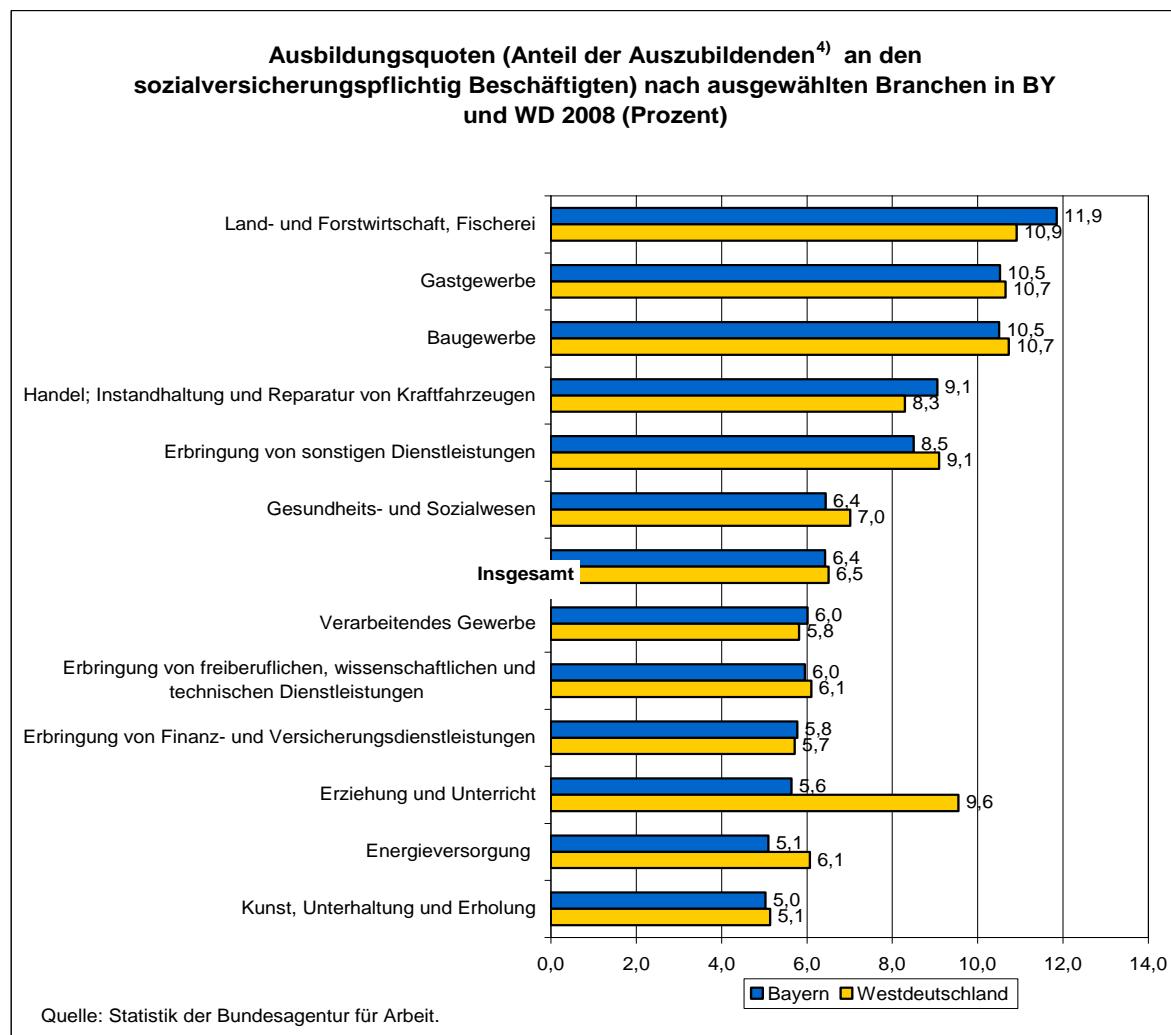
Geschlecht	Berufe	Gemeldete Bewerber	Gemeldete Berufsausbildungsstellen	Bewerber/ Stellen BY	Bewerber/ Stellen WD
Insgesamt	Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	6.474	5.001	1,3	1,8
	Bürokaufmann/Bürokauffrau	5.612	2.729	2,1	2,2
	Verkäufer/Verkäuferin	5.106	3.115	1,6	1,7
	Industriekaufmann/Industriekauffrau	3.376	2.549	1,3	1,3
	Kraftfahrzeugmechatroniker/Kraftfahrzeugmechatroniker in Schwerpunkt Personenkraftwagentechnik	3.366	1.669	2,0	2,5
	Friseur/Friseurin	3.173	1.647	1,9	2,0
	Medizinischer Fachangestellter/Medizinische Fachangestellte	3.012	2.024	1,5	2,1
	Industriemechaniker/Industriemechanikerin	2.902	2.209	1,3	1,3
	Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	1.874	2.120	0,9	-
	Koch/Köchin	1.847	2.662	0,7	0,8
Männer	Kraftfahrzeugmechatroniker Schwerpunkt Personenkraftwagentechnik	3.224	1.669		
	Kaufmann im Einzelhandel	2.760	5.001		
	Industriemechaniker	2.729	2.209		
	Verkäufer	1.661	3.115		
	Bürokaufmann	1.605	2.729		
	Koch	1.388	2.662		
	Industriekaufmann	1.229	2.549		
	Metallbauer Fachrichtung Konstruktionstechnik	1.168	845		
	Elektroniker Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik	1.062	1.256		
	Maler und Lackierer Fachrichtung Gestaltung und Instandhaltung	1.034	789		
Frauen	Bürokauffrau	4.007	2.729		
	Kauffrau im Einzelhandel	3.714	5.001		
	Verkäuferin	3.445	3.115		
	Medizinische Fachangestellte	2.992	2.024		
	Friseurin	2.976	1.647		
	Industriekauffrau	2.147	2.549		
	Kauffrau für Bürokommunikation	1.435	2.120		
	Hotelfachfrau	1.261	2.542		
	Zahnmedizinische Fachangestellte	1.026	2.081		
	Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk Schwerpunkt Bäckerei	833	1.883		

3. Arbeitsmarkt

3.8 Ausbildungsstellenmarkt – Ausbildungsquoten

Ausbildungsquoten: Am höchsten in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gast- und Baugewerbe sowohl in Bayern wie bundesweit

- Wertet man die 12 Wirtschaftsbereiche mit den höchsten Auszubildendenanteilen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern zum Stichtag 30.09.2008 aus, so zeigt sich, dass die höchsten Anteile dabei die Bereiche Land- und Forstwirtschaft/ Fischerei, das Baugewerbe sowie das Gastgewerbe mit jeweils über 10 % erzielen, also deutlich mehr als der bayerische Durchschnitt von 6,4 %.
- Auffällig ist auch die starke Abweichung zwischen dem bayerischen (5,6 %) und westdeutschen Wert (9,6 %) im Wirtschaftsabschnitt „Erziehung und Unterricht“ (was wegen einem vergleichsweise positiven Arbeitsmarkt auch mit den relativ geringeren Anteilen von Auszubildenden im „Übergangssystem“ in Bayern zu tun hat; Übergangssystem: einjährige Bildungsangebote, insbesondere Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr und Berufseinstiegsjahr für Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz gefunden und ihre Pflichtschulzeit noch nicht erreicht haben).
- Dieses Ranking ist jedoch vorsichtig zu interpretieren: So wird z. B. nicht in jedem Wirtschaftsabschnitt mit hoher Ausbildungsquote wirklich in zukunftsträchtigen Berufen ausgebildet. Auch gibt es „Berufe mit begrenzter Tätigkeitsdauer“, in denen der Auszubildendenanteil deswegen hoch ist, weil viele Ausgebildete bereits im mittleren Alter z. B. aus gesundheitlichen Gründen oder mangelnden Perspektiven den Beruf wechseln.



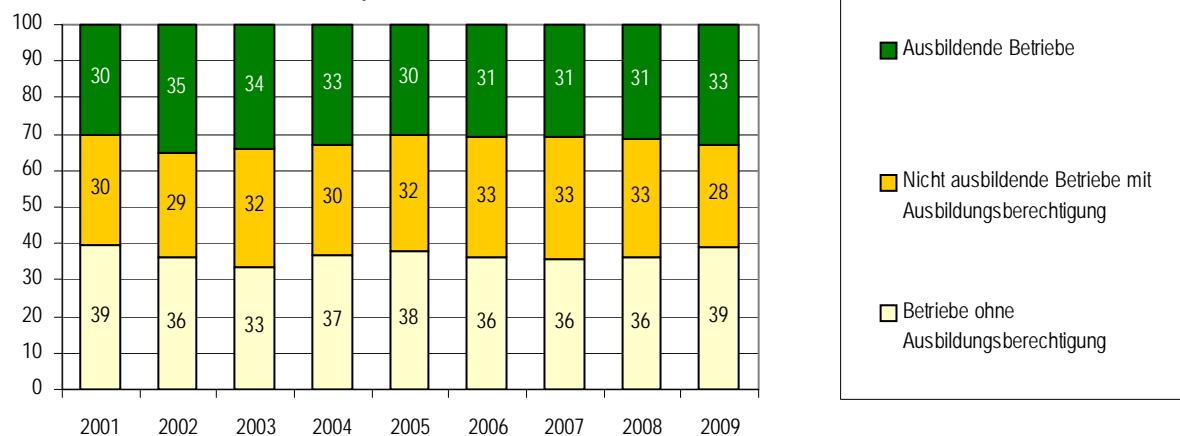
3. Arbeitsmarkt

3.8 Ausbildungsstellenmarkt – Ausbildungsquoten

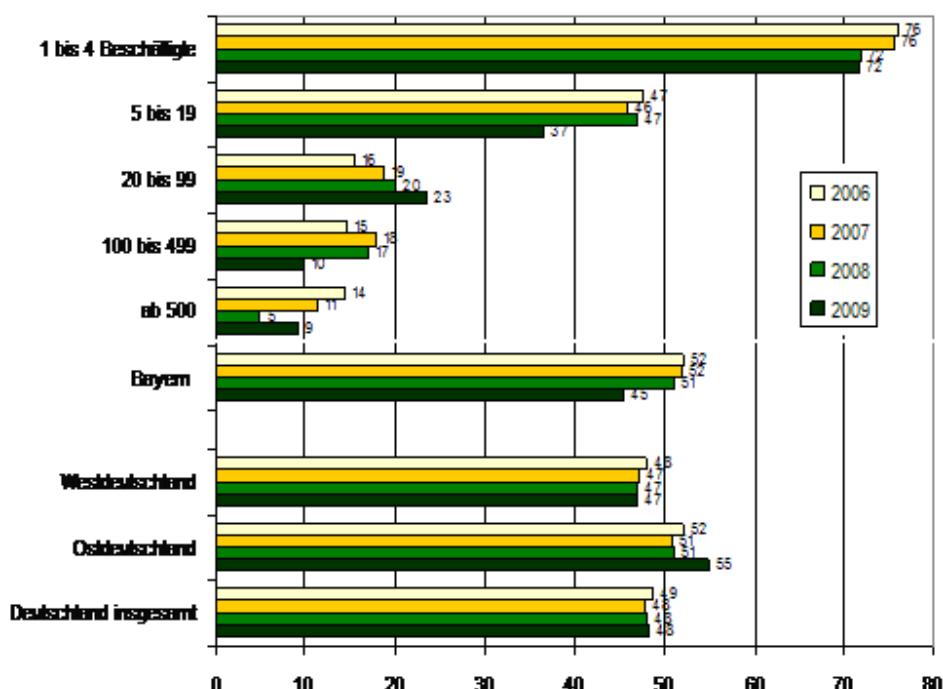
Ein Drittel aller Betriebe bildet junge Menschen aus

- Seit dem Jahr 2002 bildet rund ein Drittel aller Betriebe junge Menschen aus, ein weiteres Drittel verzichtet darauf trotz bestehender Ausbildungsberechtigung.
- Erstmals 2009 stieg die Zahl der Betriebe ohne Ausbildungsberechtigung auf fast 40%.
- Unter den Betrieben, die trotz Ausbildungsberechtigung nicht (bzw. nicht kontinuierlich) ausbilden, sind vorrangig Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. Ab 20 Beschäftigten liegen die Quoten der Betriebe, die ausbilden, im mehrjährigen Durchschnitt bei 80 % und mehr.

Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in Bayern 2001 bis 2009 (Anteil an allen Betrieben in %)



Trotz Ausbildungsberechtigung nicht ausbildende Betriebe (an allen Betrieben mit Ausbildungsberechtigung; in %)



Quelle: Inifes 2010, Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2009 – Teil I, Stadtbergen, S. 31, 33

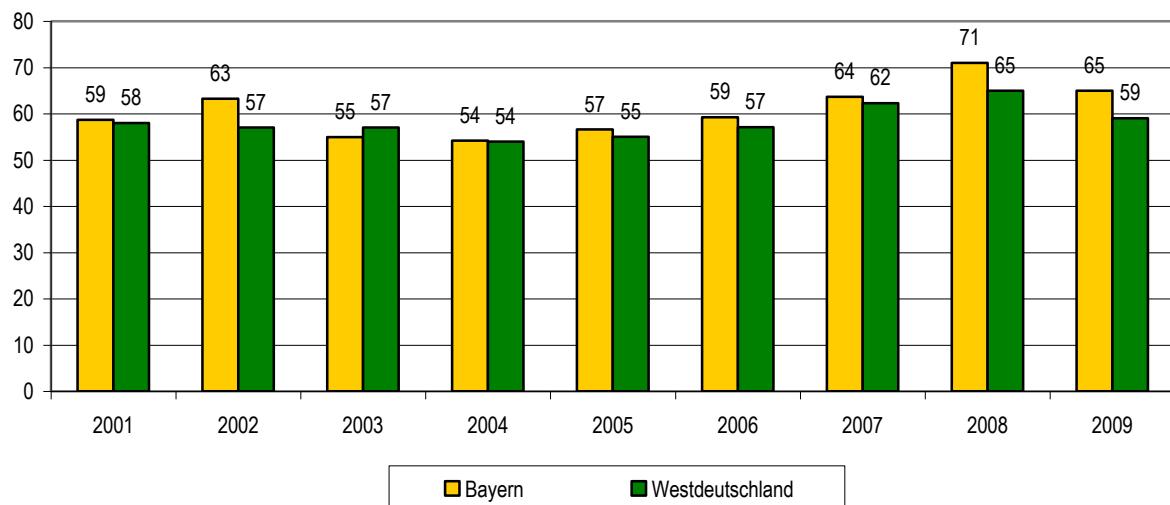
3. Arbeitsmarkt

3.8 Ausbildungsstellenmarkt – Ausbildungsquoten

Auszubildende mit erfolgreich abgeschlossener Ausbildung und Übernahmen an der zweiten Schwelle

- Nach der ersten Schwelle, d.h. nach der Schulausbildung einen Ausbildungsplatz zu finden und diesen erfolgreich zu nutzen, folgt für viele junge Menschen eine zweite Schwelle: Der Übertritt vom Ausbildungssystem in das Berufsleben.
- Die Übernahmekquoten in Bayern schwankten zwischen 2001 und 2006 in etwa zwischen 54 und knapp über 60 %, sie stiegen dann im Jahr 2007 und 2008 bis auf 71 %, brachen dann aber im Krisenjahr 2009 wieder auf 65 % ab, was aber ein Wert ist, der noch über dem langjährigen Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2007 liegt sowie um 6 %-Punkte den westdeutschen Wert übertrifft.
- Größere Betriebe übernehmen – absolut gesehen – mehr Ausbildungsabsolventen als kleinere. Während die Übernahmekquote in mittleren Betrieben (20 bis 99 Beschäftigte) allerdings weitgehend stabil geblieben ist, haben vor allem Großbetriebe ab 100 Beschäftigten 2009 weniger Absolventen übernommen. Auch Klein- und vor allem Kleinstbetriebe berichten von deutlich niedrigeren Übernahmekquoten als im Vorjahr.

Übernahmekquoten von Auszubildenden 2001 bis 2009 (Stand jeweils 30.06.; Angaben in %)



Quelle: Inifes 2010, Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2009 – Teil I, Stadtbergen, S. 38
<http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.htm>

4. Soziale Leistungen

4.0 Überblick

Kapitel 4: Soziale Leistungen	Seite
4.0 Soziale Leistungen in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick	183
4.1 Sozialhaushalt	187
4.2 Mindestsicherung insgesamt	191
4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	194
4.4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	206
4.5 Wohngeld	210
4.6 Sozialhilfe, Asyl	213
4.7 Pflegeversicherung, Pflegebedürftige, Altenheimpflegeplätze	215
4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung	218

4.0 Soziale Leistungen in Bayern – ausgewählte Ergebnisse im Überblick

- Sozialhaushalt: Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen weist 2010 im Einzelplan 10 für soziale Zwecke rd. 2,51 Mrd. Euro aus und damit über 200 Mio. Euro mehr als 2009. Dies entspricht einem Anteil am Staatshaushalt Bayerns von 5,9 %. Im Zeitraum 2005 bis 2010 stieg der jährliche Sozialhaushalt nominal um 17,3 %, dies entspricht real (korrigiert um die Steigerung der Verbraucherpreise) rund 8,5 % oder 182 Mio. Euro. 47 % der Ausgaben des StMAS entfallen 2010 auf Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe, 12,3 % sind Leistungen für die Förderung behinderter Menschen und 11,1 % Aufwendungen für Arbeit und berufliche Bildung.
- Mindestsicherung: In Bayern sind bundesweit im Verhältnis zur Bevölkerung am wenigsten Menschen auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen, die höchsten Quoten ergeben sich für Kinder: 2008 erhielten in Bayern über 580.000 Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit sind 4,7 % der in Bayern lebenden Menschen auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Vergleich zu 2005 ging die Zahl der Leistungsbezieher um über 11 % zurück. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Beziehern finanzieller Hilfen stellten die Empfänger der Leistungen nach dem zum

4. Soziale Leistungen

4.0 Überblick

1.1.2005 neu geschaffenen SGB II „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (umgangssprachlich: „Hartz IV“) dar, deren Zahl allerdings bis 2008 langsam zurückging. Hingegen stieg die Zahl der Personen mit Leistungen aus der Grundsicherung im Alter kontinuierlich an. Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass in Mittel- und Oberfranken mit einer Mindestsicherungsquote von 6,3 % bzw. 5,6 % mehr Personen als im bayerischen Durchschnitt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen waren. In allen kreisfreien Städten liegt die Hilfequote über dem bayerischen Durchschnitt, in den ländlichen Räumen sind die Quoten zumeist niedriger. Im Ländervergleich 2007 weist Bayern mit 5 % die niedrigste Bezugsquote auf, die weit unter dem Bundesdurchschnitt mit 9,8 % liegt.

- SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld):
 - Bezogen auf die Häufigkeit der Inanspruchnahme sind Kinder unter 15 Jahren mit Inanspruchnahmekoten um 8 % die Gruppe, die relativ am meisten auf Grundsicherung nach SGB II angewiesen ist. Die Inanspruchnahmekoten der übrigen Gruppen – der unter 25-Jährigen, 25- bis 50-Jährigen sowie der über 50-Jährigen – liegen alle bei etwas über 4 % (2008), für 2009 und 2010 ist eine leichte Erhöhung zu erwarten. In weiten Teilen Nordbayerns sind die SGB II-Quoten für unter 15-Jährige teils weit überdurchschnittlich. Generell ist die Hilfequote in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen.
 - Der Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher ist seit Anfang 2007 von 21,8 % auf 28,1 % gestiegen. 54,2 % der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einem Erwerbseinkommen erzielten ein solches bis max. 400 Euro, 20,3 % verdienten zwischen 400 Euro und 800 Euro und 25,4 % der erwerbstätigen Hilfebedürftigen hatten ein Einkommen über 800 Euro. Die Hilfebedürftigkeit von vollzeitbeschäftigten Leistungsbeziehern wird überwiegend durch niedrige Löhne in Verbindung mit Unterhaltpflichten für Familienangehörige verursacht.
 - Empfängern, die sich verspätet melden oder nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen ihre Hilfebedürftigkeit selbst zu beenden oder zu verringern, werden Leistungen gekürzt. Davon waren im Oktober 2009 in Bayern 4,5 % aller arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen betroffen. Der durchschnittliche Sanktionsbetrag lag bei 134 Euro je erwerbsfähigem Hilfebedürftigen mit mindestens einer Sanktion. Der mit 50,6 % bei weitem Abstand häufigste Sanktionsgrund war die Verletzung rechtzeitiger Meldepflichten, 20,8 % basierten auf einer Verletzung einer Verpflichtung in einer Eingliederungsvereinbarung und 16,4 % auf einer Weigerung, eine zumutbare

4. Soziale Leistungen

4.0 Überblick

Arbeit aufzunehmen oder fortzuführen. Unterschiedliche Sanktionsquoten sind vorrangig durch den Arbeitsmarkt bestimmt: Sie hängen wesentlich vom Arbeitsangebot in der Region ab. Regional differenziert liegen zwei Dritteln der Sanktionsquoten (Anteil der von einer Sanktion betroffenen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen Hilfebedürftigen) in Bayern in einem Bereich von 3 bis 6 %.

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Ende 2008 bezogen fast 89.000 Menschen in Bayern Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein Anstieg von 2,9 %. 42 % der Empfänger befanden sich im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und erhielten diese Leistung aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Damit war andererseits die knappe Mehrheit der Empfänger 65 Jahre und älter. Ende 2008 deckten 2,1 % aller Personen dieser Altersgruppe ihren Lebensunterhalt nur mit Hilfe von Grundsicherungsleistungen ab. Bei den älteren Grundsicherungsbeziehern/-innen ab 65 Jahren fallen geschlechterspezifische Unterschiede auf: So bezogen Ende 2008 in Deutschland 2,8 % aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen (oft ab dem Tod des Partners), bei den Männern waren es dagegen nur 2,0 %. In Oberbayern und Mittelfranken sind besonders viele Rentner/-innen auf Leistung der Grundsicherung angewiesen. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von 336 Euro wurden im Schnitt 405 Euro netto je Leistungsempfänger ausgezahlt.
- Wohngeld: Der Anteil der Wohngeldempfänger an allen Einwohnern hier in Bayern ist mit 0,41 % (56.168 Haushalte, +1,5 % gegenüber 2007) im Vergleich aller Bundesländer am geringsten. Von den 51.716 Personen in Bayern, die Ende 2008 Wohngeld bezogen haben, waren 46 % Rentner/-innen, 27 % Arbeiter/-innen, 12 % Angestellte / Beamte/-innen und 5,5 % Arbeitslose (Empfänger von Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld II erhalten in der Regel kein Wohngeld, da die Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II berücksichtigt werden). Die durchschnittliche Wohngeldleistung lag bei monatlich 85 Euro beim Mietzuschuss und 104 Euro beim Lastenzuschuss. Die größte Wohngelddichte weisen innerhalb Bayerns die kreisfreien Städte auf. Dort beziehen oft neun und mehr von 1.000 Einwohnern Wohngeld.
- Pflegeversicherung: Zunehmend mehr Menschen sind auf Leistungen der Pflegeversicherung angewiesen. Von den insgesamt 314.000 Pflegebedürftigen in Bayern wurden im Dezember 2007 ca. zwei Drittel (66,8 % bzw. 210.000) zu Hause versorgt. 90.000

4. Soziale Leistungen

4.0 Überblick

Pflegebedürftige erhielten ausschließlich Pflegegeld, d.h. sie wurden i.d.R. zu Hause durch Angehörige gepflegt. Die Anzahl der in Heimen Versorgten und der durch ambulante Dienste Betreuten ist kontinuierlich gestiegen, während die reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger von 1999 bis 2005 abgenommen haben und nur 2007 wieder minimal angestiegen sind.

- **Altenheimplätze:** Erhebliche regionale Unterschiede gibt es bei den Altenheimplätzen. Ende 2008 standen in insgesamt 1.400 Altenheimen 128.500 Plätze zur Verfügung. Fast 90 % davon sind Plätze in Altenpflegeheimen. In Bayern kommen 53 Altenheimplätze auf je 1.000 Einwohner ab 65 Jahren. Im regionalen Vergleich liegt Mittelfranken mit 62 am weitesten über dem bayerischen Durchschnitt. Schwaben verzeichnet dagegen mit 48 die geringste Zahl an Altenheimplätzen.
- **Elterngeld:** Das 2007 eingeführte Elterngeld wird als Lohnersatz bis zu 14 Monate nach der Geburt eines Kindes bezahlt und ersetzt 67 % des bisherigen Nettoeinkommens bis maximal 1.800 Euro pro Monat. In Bayern wurden von 2007 bis Ende 2009 357.000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Bis 2009 ist die Inanspruchnahme durch Väter auf 22,6 % in Bayern stark angestiegen, das ist bundesweit der höchste Wert. Von den Vätern, die Elterngeld beantragen, machen derzeit 82 % zwei Monate Babypause, 4 % bleiben ein ganzes Jahr zu Hause. Bei den Müttern nehmen 90 % das Elterngeld für zwölf Monate in Anspruch.
- **Kinderbetreuung:** In Bayern haben im Jahr 2009 die Eltern von rund 51.000 Kindern unter 3 Jahren eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in dieser Altersgruppe entsprach 15,7 % mit einer regionalen Spannbreite von 9 bis über 21 % (bundesweit 20,4 % wegen sehr hoher Quoten in Ostdeutschland). Im Zeitraum 2006 bis 2009 hat sich die Quote in Bayern fast verdoppelt.

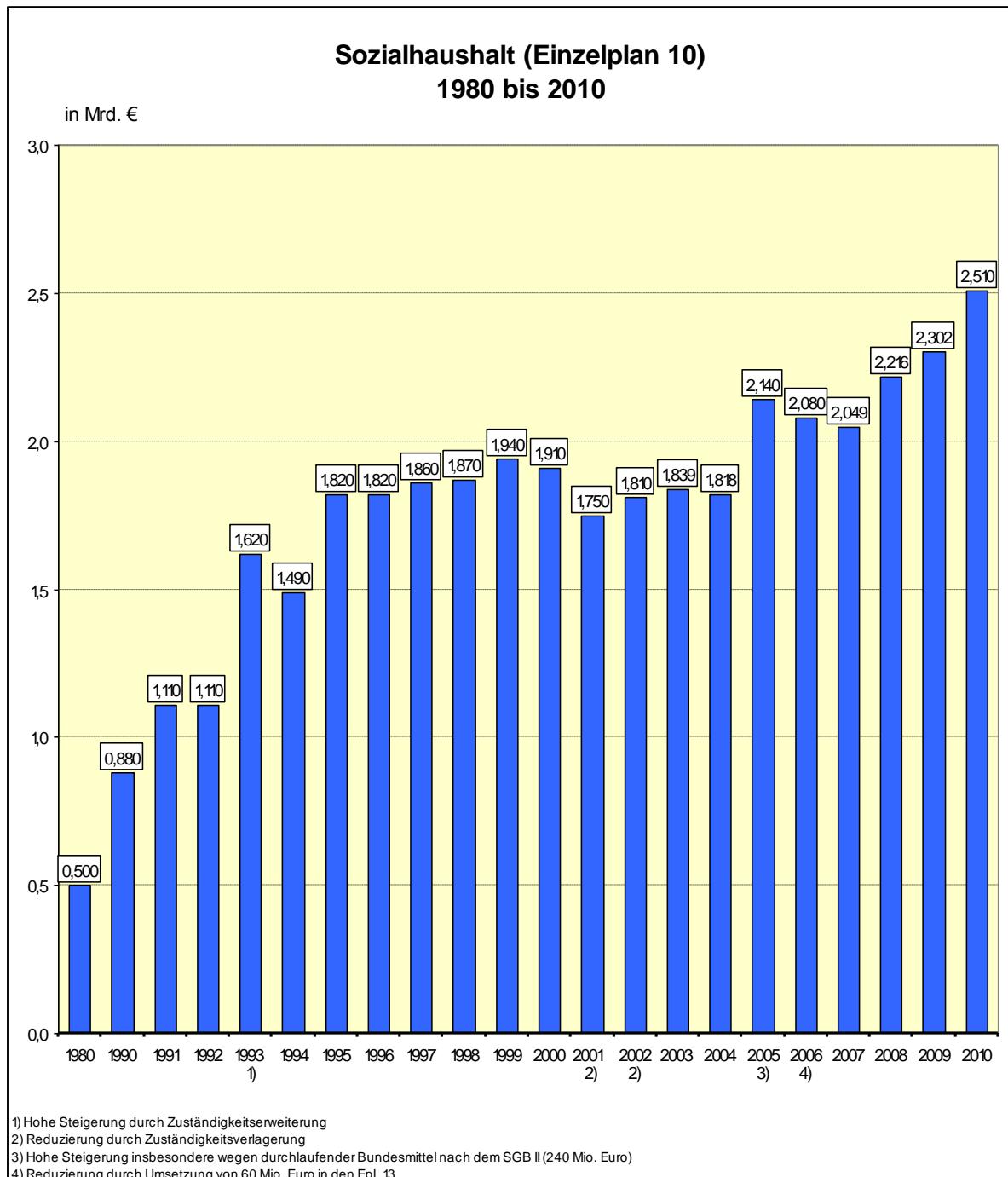
Bei den 3 bis unter 6-Jährigen lag der Anteil 2009 bei 89,5 % (bundesweit 92,0 %), dabei war in Nordbayern die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe höher als in Südbayern. Insgesamt war bei Kleinkindern aus Familien mit Migrationshintergrund die Betreuungsquote in Einrichtungen wesentlich niedriger als bei Kindern ohne Migrationshintergrund.

4. Soziale Leistungen

4.1 Sozialhaushalt

4.1 Sozialhaushalt: Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen weiterhin auf hohem Niveau

- Alleine im Jahr 2010 stehen rd. 2,51 Mrd. Euro im Einzelplan 10 für soziale Zwecke zur Verfügung. Dies bedeutet gegenüber 2009 eine Zunahme um über 200 Mio. Euro.
- Im Zeitraum 2005 bis 2010 stieg der jährliche Sozialhaushalt nominal um 17,3 %, was real (korrigiert um die Steigerung der Verbraucherpreise um ca. 8,8 %, dabei für 2010 in Bayern rund 1 % Verbraucherpreisanstieg angenommen) rund 8,5 % oder 182 Mio. Euro entspricht.

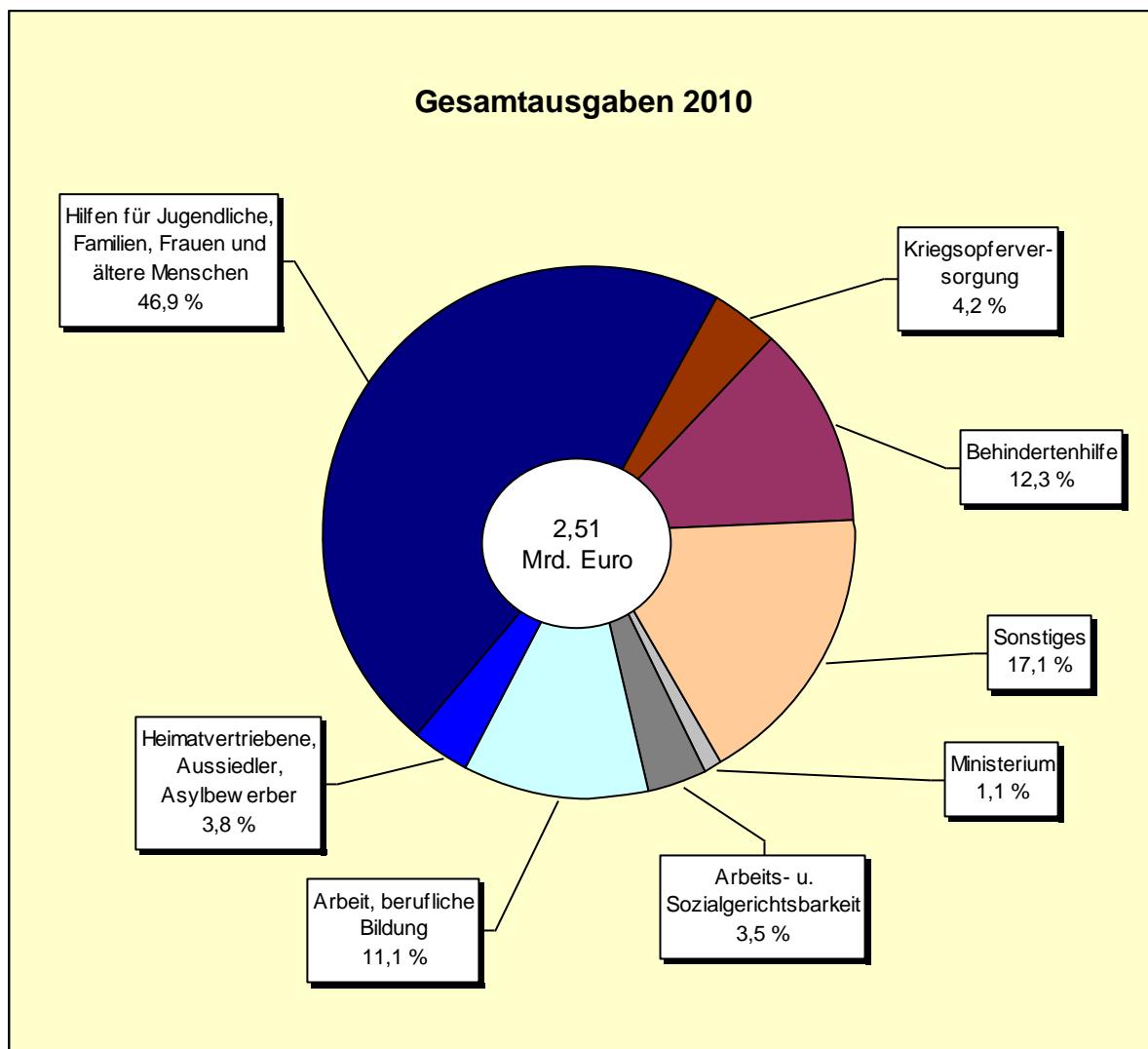


4. Soziale Leistungen

4.1 Sozialhaushalt

Das StMAS gibt rund 47 % seines Haushaltes für Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe aus

- Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) hat 2010 ein Volumen von 2,51 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anteil am Staatshaushalt Bayerns von 5,9 %.
- Rund 47 % der Ausgaben des StMAS entfallen auf Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe.
- Weitere Ausgabenschwerpunkte sind 2010 mit 12,3 % die Leistungen für die Förderung behinderter Menschen und mit 11,1 % Aufwendungen für Arbeit und berufliche Bildung.
- Der Aufgabenbereich Heimatvertriebene, Aussiedler und Asylbewerber beansprucht 3,8 % der Mittel.
- Die unter „Sonstigem“ zusammen gefassten Ausgaben in Höhe von rund 429 Mio. Euro sind u.a. zu 234 Mio. Euro Ausgaben für psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter.



4. Soziale Leistungen

4.1 Sozialhaushalt

Der Gesamt- und Sozialhaushalt in Bayern 1980 bis 2010: Ein breit gefächerter Aufgabenkatalog

- In den Jahren 2008 bis 2010 expandieren besonders die Ausgaben für Jugend / Familien und Ältere, insbesondere die Förderung der Kinderbetreuung und Unterhaltsvorschüsse.
- Zunehmend sehr hohe Belastungen treten auch im Bereich psychisch kranker und hoch gefährlicher Straftäter auf, während die Leistungen im Bereich Erwerbsarbeit und berufliche Bildung ungefähr gleich bleiben.

	1980 Mio. DM	1990 Mio. DM	2008 Mio. Euro	2009 Mio. Euro	2010 Mio. Euro
A. Gesamthaushalt Bayern	31 930,1	47 732,1	49 026,8	41 219,1	42 346,7
B. Sozialhaushalt (Einzelplan 10)	974,4	1 724,1	2 215,8	2 302,3	2 510,0
Veränderung zum Vorjahr in %	+ 16,1	+ 11,8	+ 8,2	+ 3,9	+ 9,0
Schwerpunkte des Sozialhaushalts:					
1. Arbeit, berufliche Bildung	63,6	42,9	282,4	278,5	279,4
darunter:					
- Erstattungen Bund gem. SGB II für ALG II-Empfänger	-	-	240,0	240,0	240,0
- Maßnahmen nach dem Europäischen Sozial- und Regionalfonds	-	-	34,4	34,5	34,5
- EU-Komplementärmittel	-	-	4,0	1,5	1,5
- Berufliche Bildung	0,5	0,2	1,1	0,1	1,1
- Berufshilfe	3,3	7,5	1,3	1,2	1,2
- Berufliche Anpassung	3,5	5,0	0,4	0,4	0,4
2. Jugend, Familie, Frauen, Alte	194,7	268,9	970,9	998,0	1 178,4
darunter:					
- Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	-	-	617,9	676,4	860,5
- Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsförderung" 2008-2013	-	-	59,6	58,4	57,2
- Personalkostenförder. f. Kindergärten	161,9 *)	308,3 *)			
- Darlehen "Junge Familie" / Landeserziehungsgeld / Familienbeihilfen	64,4	70,0	149,6	122,0	101,2
- Unterhaltsvorschüsse	26,0	25,9	88,7	83,3	96,3
- Jugendhilfe, Jugendschutz, Netz für Kinder (bis 2005)	30,4	38,3	23,1	25,2	29,6
- Familienprogramm, Schutz des ungeborenen Lebens	19,1	24,0	10,6	10,9	11,0
- Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren	41,0	73,5	5,8	6,5	6,9
3. Behindertenhilfe	341,3	387,5	283,3	304,5	308,8
darunter:					
- Ausgleichsabgabe	68,5	80,9	93,5	99,1	99,1
- Blindengeld	112,2	195,0	81,7	81,7	81,7
- Unentgeltliche Beförderung Behind.	36,5	48,0	36,0	35,8	35,8
- Landesplan für Behinderte	25,0	25,8	25,9	22,9	24,9
4. Kriegsfolgen, Aussiedler, Asylbewerber	69,5	634,1	118,2	100,6	94,1
darunter:					
- Unterbringung von Asylbewerbern	18,5	257,3	84,0	78,2	72,4
- Integration von Zuwanderern	12,4	258,5	18,4	8,7	7,4
- Kultur der Vertriebenen	4,1	7,6	3,3	2,7	2,6
5. Sonstiges	32,3	43,1	347,7	405,2	428,5
darunter:					
- Psychisch kranke und hoch gefährliche Straftäter	-	-	199,2	217,6	234,1
- Versorgung und Beihilfen	-	-	59,5	73,7	76,5
- Grundsicherungsgesetz	-	-	33,5	54,3	58,5

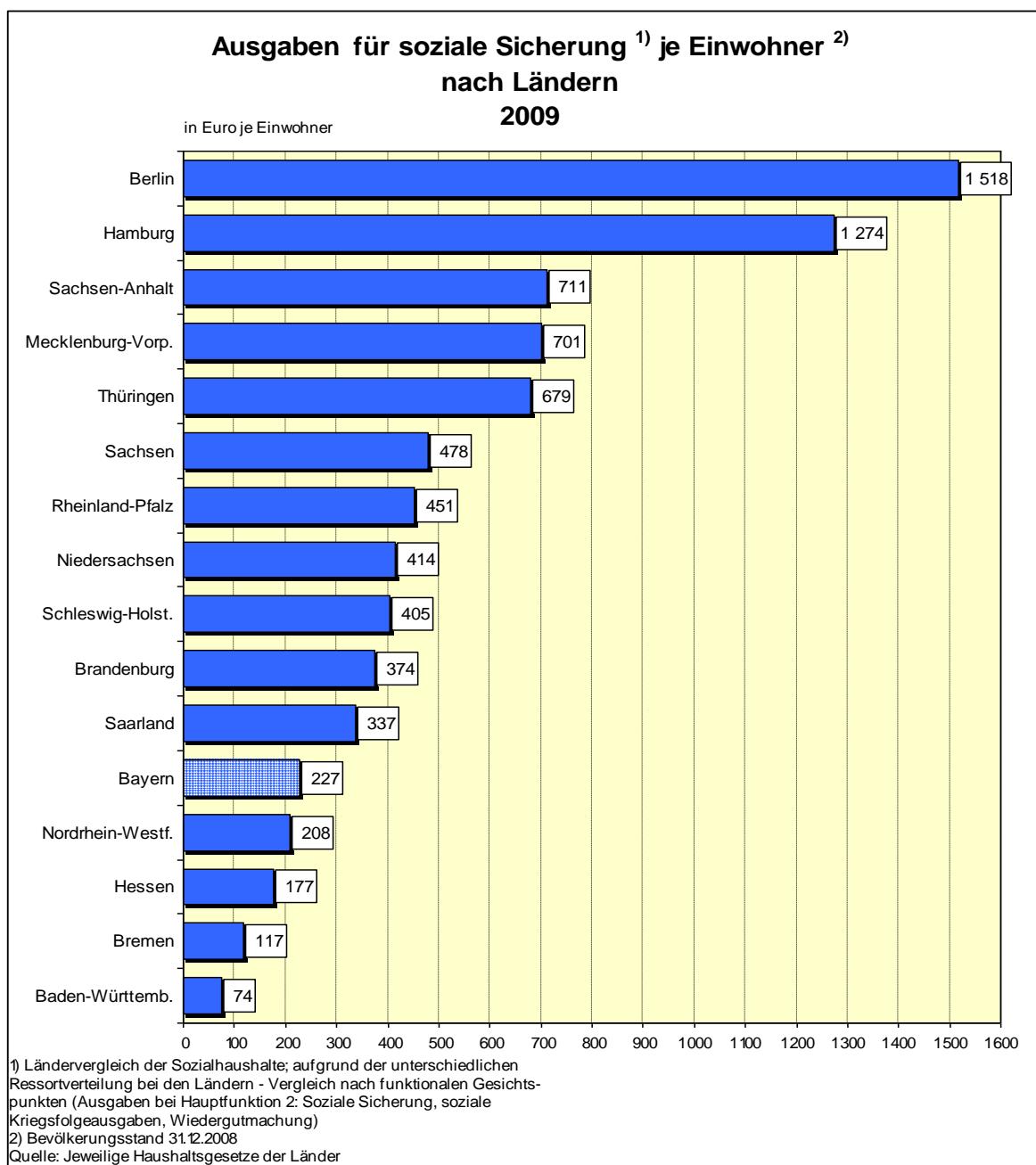
*) Veranschlagung im Epl. 05 (Kultusministerium)

4. Soziale Leistungen

4.1 Sozialhaushalt

Ausgaben für soziale Sicherung

- Zu den wichtigsten Aufgaben der Länder gehört es, die Tragfähigkeit des sozialen Netzes zu sichern. Von den Ländern werden deshalb insbesondere Leistungen für Familien und Teile der Grundsicherung finanziert. Aber auch für Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Senioren werden zahlreiche Leistungen aus den Landeshaushalten bereitgestellt.
- Dank einer erfolgreichen soliden Wirtschaftspolitik und der relativ geringen Arbeitslosigkeit kam Bayern im Jahr 2009 mit 227 Euro je Einwohner aus. Ausgaben für soziale Sicherung werden ganz überwiegend von den ökonomischen Rahmenbedingungen und der Einkommensverteilung bestimmt.

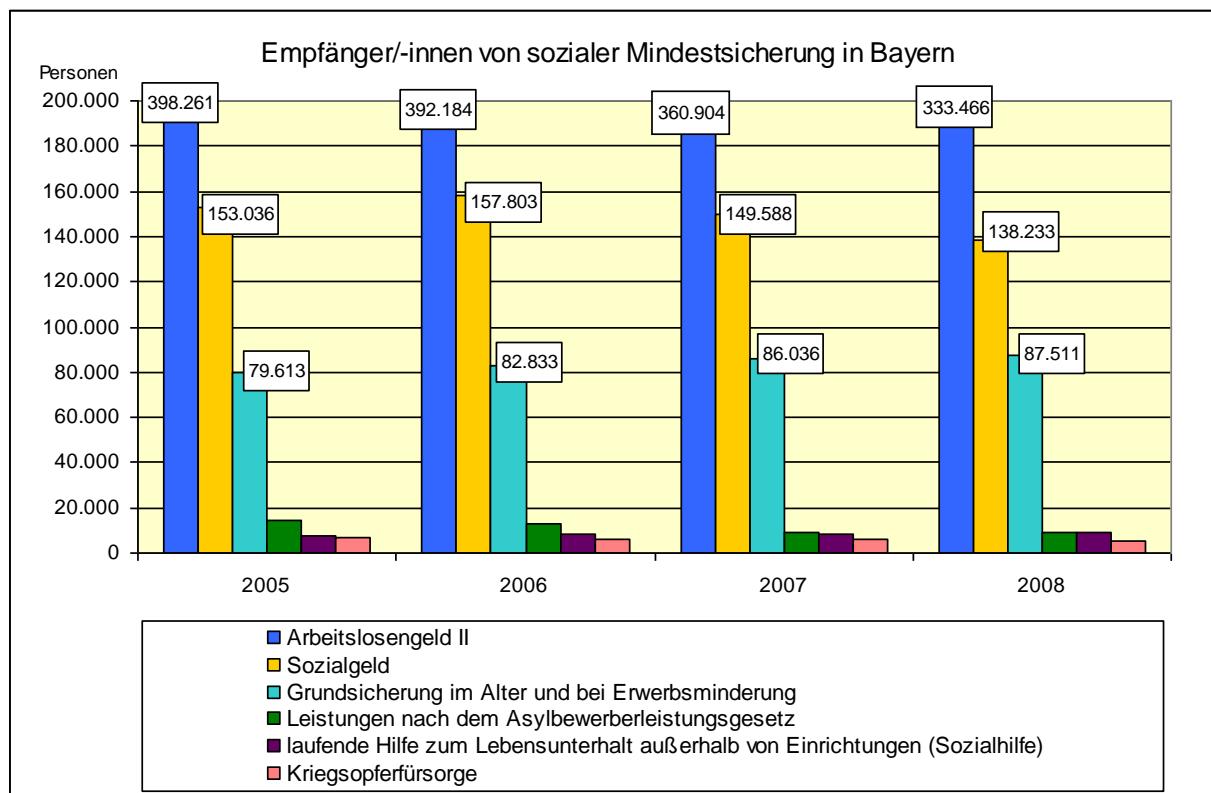


4. Soziale Leistungen

4.2 Mindestsicherung insgesamt – Ländervergleich

4.2 Soziale Mindestsicherung in Bayern 2008

- Eine allgemeine Grundsicherung wird – neben Sozialleistungen aus eigenen Beiträgen und spezifischen Transfers wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld, BAfÖG usw. – durch folgende steuerfinanzierten Sozialsysteme erbracht: Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen sowie Kriegsopferfürsorge.
- Im Vergleich zu 2005 ging die Zahl der Leistungsbezieher sozialer Mindestsicherung bis 2008 um über 11 % zurück, in 2009 und 2010 ist aber Wiederanstieg nicht auszuschließen.
- Die mit Abstand größte Gruppe unter den Beziehern finanzieller Hilfen stellten die Empfänger der Leistungen nach dem zum 1.1.2005 neu geschaffenen SGB II „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (umgangssprachlich mit „Hartz IV“ bezeichnet) dar. Diese Leistung setzt sich aus dem Arbeitslosengeld II (Alg II) und dem Sozialgeld zusammen. Alg II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld.
- Eine weitere wichtige Säule der Mindestsicherung stellt die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dar. Diese Leistung erhalten Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen ab 18 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können.
- Quantitativ weniger ins Gewicht fallen die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die „originäre“ Sozialhilfe, also Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie die Kriegsopferfürsorge, die zusammengenommen nur 4 % der Mindestsicherungsleistungen entsprechen.

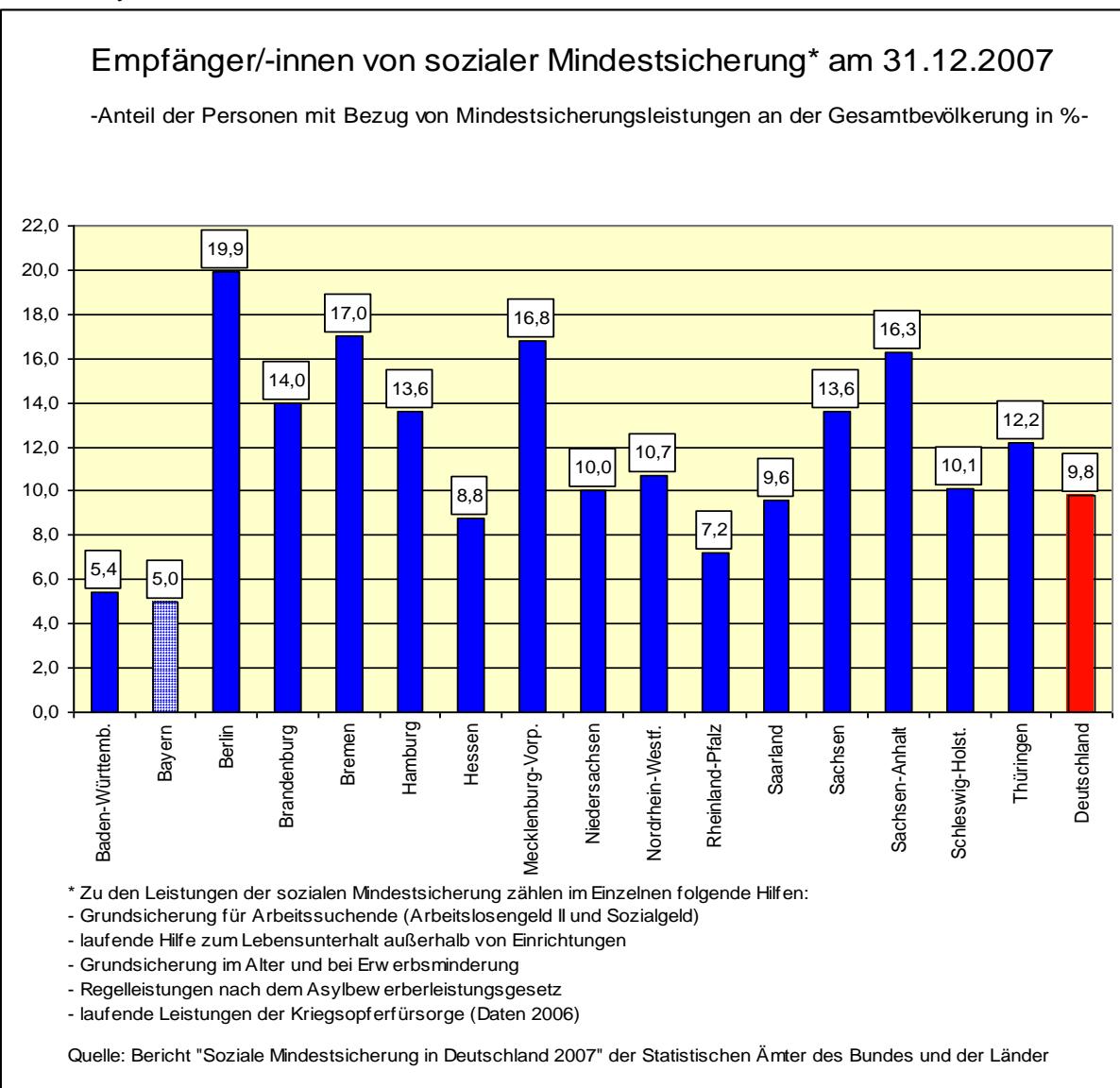


4. Soziale Leistungen

4.2 Mindestsicherung insgesamt – regional

In Bayern sind bundesweit die wenigsten Menschen auf Mindestsicherung angewiesen

- Staatliche Sozialleistungen zur Mindest- oder Grundsicherung – dies sind hauptsächlich Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung im Alter – wird in Bayern von 5 % der Bevölkerung in Anspruch genommen²⁹ (2008: 4,7 %). Damit sind in Bayern weniger Menschen als in jedem anderen Bundesland auf diese Leistungen angewiesen. Mindestsicherung ist in Bayern nur rund halb so häufig und notwendig wie im Bundesgebiet.
- Vor allem die Bevölkerung in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern ist verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen, hier liegen die Quoten teils beim drei- bis vierfachen von Bayern.
- Nur Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz liegen noch in einer ähnlichen Bandbreite wie Bayern.



²⁹ Die Mindestsicherungsquote ist ein Indikator, der den Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung darstellt.

4. Soziale Leistungen

4.2 Mindestsicherung insgesamt – regional

Mindestsicherung 2008 ist in Mittel- und Oberfranken etwas häufiger – liegt aber noch weit unter dem deutschen (auch westdeutschen) Durchschnitt

- In Mittel- und Oberfranken sind mit einer Mindestsicherungsquote von 6,3 % bzw. 5,6 % mehr Personen als im bayerischen Durchschnitt (4,7 %) statistisch erfasst auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Allerdings liegen diese Quoten noch weit unter dem Durchschnitt z.B. von Rheinland-Pfalz oder Hessen (jeweils 2007), also den Ländern mit den – nach Bayern und Baden-Württemberg – niedrigsten Mindestsicherungsquoten.
- Während in Niederbayern nur rund jeder 25. Einwohner Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme erhält, ist es in Mittelfranken rund jeder 16.

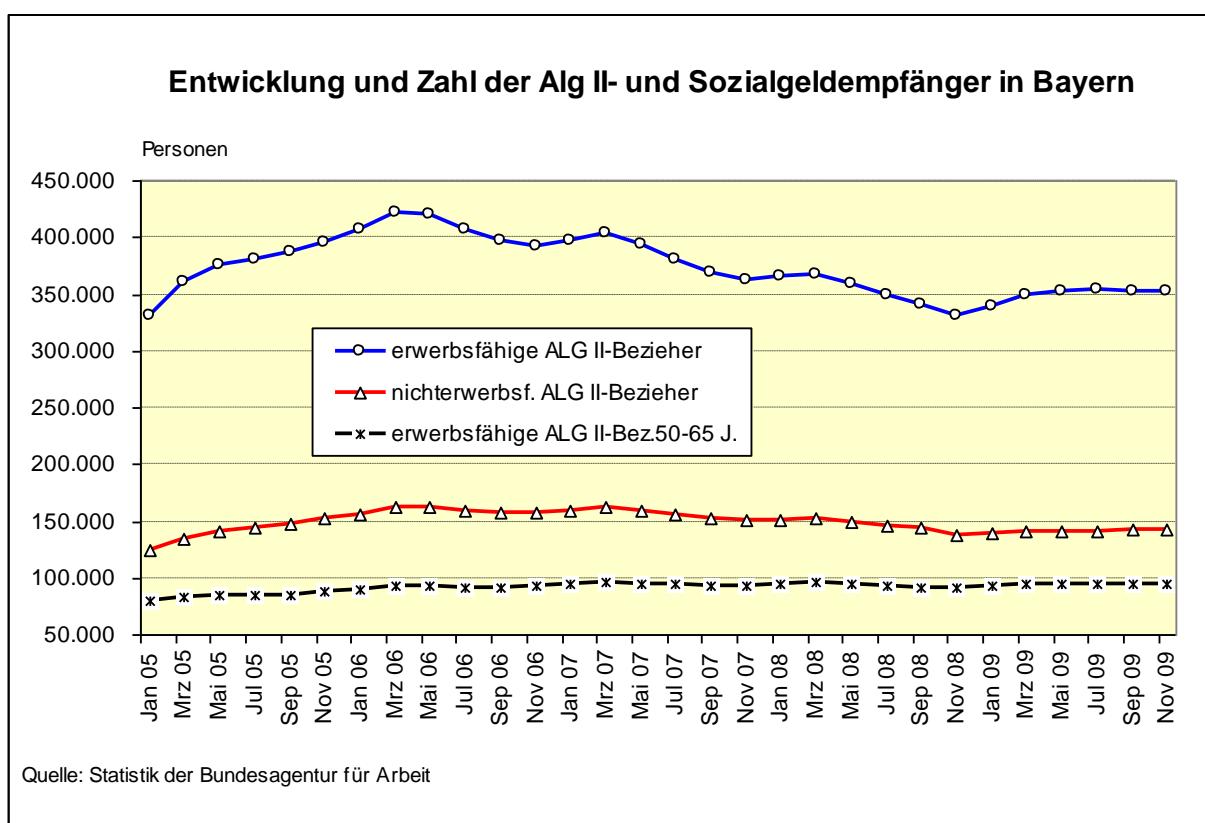


4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – Bayern

4.3 Arbeitslosengeld II: Entwicklung und Zahl der Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfänger in Bayern 2005 – 2009

- Rund 350.000 erwerbsfähige Menschen waren 2009 auf Arbeitslosengeld II angewiesen sowie zusätzlich rund 140.000 nichterwerbsfähige Alg II-Bezieher (= Bezieher von Sozialgeld), die in Haushalten erwerbsfähiger Leistungsbezieher lebten. Mitte 2006 war die Zahl der Menschen, die diese SGB II-Leistungen nutzen, noch um rund 100.000 höher.
- Kaum verändert hat sich seit der Einführung von ALG II in 2005 die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher im Alter von 50 bis 65 Jahren: Deren Zahl liegt nahezu konstant bei knapp unter 100.000.

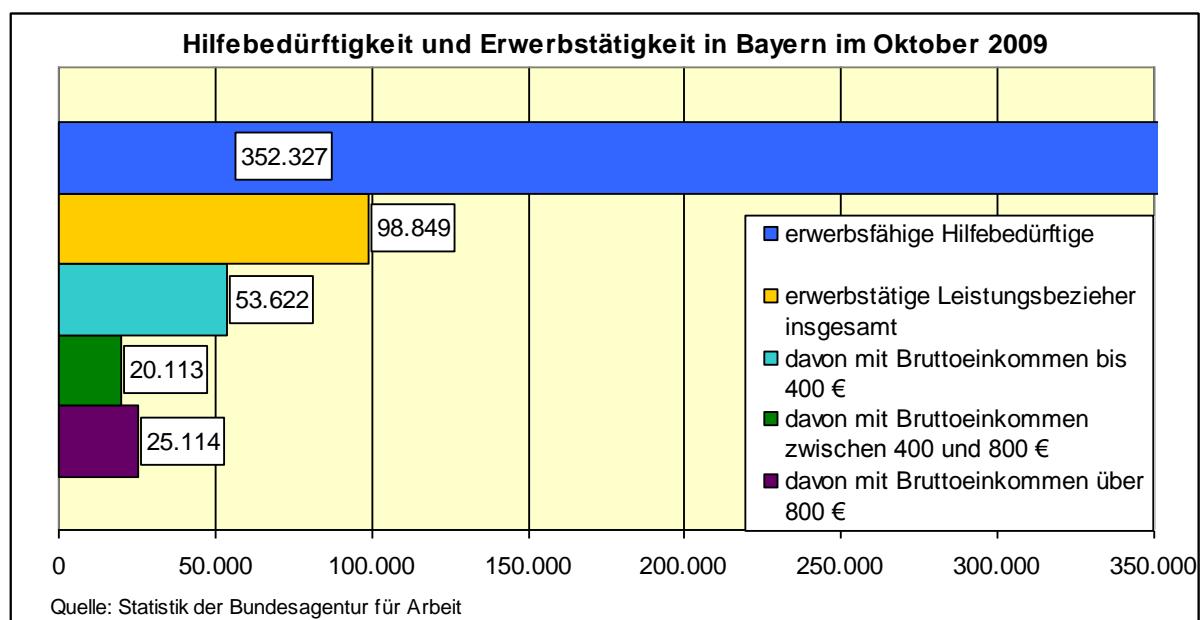


4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – Hilfebedürftigkeit und Erwerbstätigkeit

Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher

- Im Oktober 2009 hatten in Bayern insgesamt 98.849 Leistungsbezieher in der Grundsicherung auch noch ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit (28,1 % aller 352.327 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen). Zum weitaus größten Teil handelte es sich um Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit (91,4 %).
- 54,2 % der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einem Erwerbseinkommen erzielten ein Einkommen bis zur Geringfügigkeitsgrenze von einschließlich 400 Euro. Leistungen aus der Grundsicherung werden hier durch Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung ergänzt, ohne dass dadurch prinzipiell der Arbeitslosenstatus beendet wird.
- Bei Einkommen über 400 Euro ist zunehmend davon auszugehen, dass die Einkommen aus Erwerbstätigkeit in größerem Umfang die Grundsicherungsleistungen ersetzen, so dass die Grundsicherung zunehmend „ergänzende“ Funktion hat. So verdienten 20,3 % aller erwerbstätigen Leistungsbezieher Einkommen zwischen 400 Euro und 800 Euro, 25,4 % der erwerbstätigen Hilfebedürftigen hatten ein Einkommen von über 800 Euro. Dabei kann das Einkommen auch deshalb so niedrig sein, weil nur (sozialversicherungspflichtige) Teilzeit gearbeitet werden kann, was überwiegend für Leistungsempfänger mit einem Erwerbseinkommen von über 400 Euro bis einschließlich 800 Euro gilt. Die Hilfebedürftigkeit von vollzeitbeschäftigten Leistungsbeziehern wird überwiegend durch niedrige Löhne in Verbindung mit Unterhaltpflichten für Familienangehörige verursacht.



4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – Ländervergleich

Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (erwerbsfähige Leistungsbezieher und ihre Familienangehörigen)

- Die Quote der Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (sogenannte SGB II-Quote, da diese Leistungen im zweiten Sozialgesetzbuch geregelt werden) ist in Bayern – wie in allen Bundesländern – besonders für Kinder erhöht, in Bayern aber mit 7,3 % bei den Kindern nicht einmal halb so hoch wie im Bundesgebiet (15,4 %).
- Zwischen Frauen und Männern besteht hinsichtlich der Arbeitslosengeld II-Quote nur ein relativ geringer Unterschied, was auch bundesweit gilt.
- Allerdings ist auch für Bayern als Flächenstaat festzustellen, dass die Inanspruchnahmequoten von SGB II-Leistungen regional stark differieren.

SGBII-Quote¹⁾ in % nach Geschlecht, Altersgruppen und Bundesländern im Dezember 2008

Land	Nicht erwerbsfähige Leistungsbezieher/-innen unter 15 Jahren	Erwerbsfähige Leistungsbezieher/-innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren			Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II insgesamt (0 bis unter 65 Jahre)		
		insgesamt	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer
Baden-Württemberg	8,1	4,4	4,0	4,9	5,2	4,8	5,5
Bayern	7,3	4,0	3,6	4,4	4,7	4,3	5,0
Berlin	36,1	18,2	18,6	17,9	21,0	21,4	20,7
Brandenburg	23,6	13,7	13,4	14,1	15,5	15,2	15,8
Bremen	29,7	15,0	14,6	15,4	17,7	17,4	18,0
Hamburg	23,0	11,6	11,3	11,9	13,5	13,3	13,7
Hessen	14,4	7,4	7,1	7,8	8,8	8,6	9,1
Mecklenburg-Vorpommern	28,7	15,9	15,6	16,3	18,1	17,7	18,5
Niedersachsen	15,3	8,8	8,4	9,3	10,2	9,9	10,6
Nordrhein-Westfalen	16,9	9,5	9,0	10,0	11,0	10,7	11,4
Rheinland-Pfalz	11,8	6,2	5,8	6,7	7,4	7,0	7,8
Saarland	15,5	8,6	8,1	9,0	9,9	9,5	10,3
Sachsen	24,6	13,8	13,3	14,4	15,7	15,2	16,1
Sachsen-Anhalt	30,3	16,3	15,7	16,9	18,7	18,2	19,2
Schleswig-Holstein	15,9	9,1	8,8	9,3	10,5	10,3	10,7
Thüringen	22,4	11,4	10,7	12,2	13,3	12,6	14,0
Bundesrepublik Deutschland	15,4	8,8	8,4	9,2	10,1	9,8	10,4
Nachrichtlich:							
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,0	7,2	6,8	7,7	8,4	8,1	8,8
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	28,0	15,0	14,7	15,4	17,2	16,9	17,5

¹⁾ Die SGB II-Quote gibt die Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II beziehungsweise Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) als Anteil an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe wieder. Bestand Dezember 2008, endgültige Daten

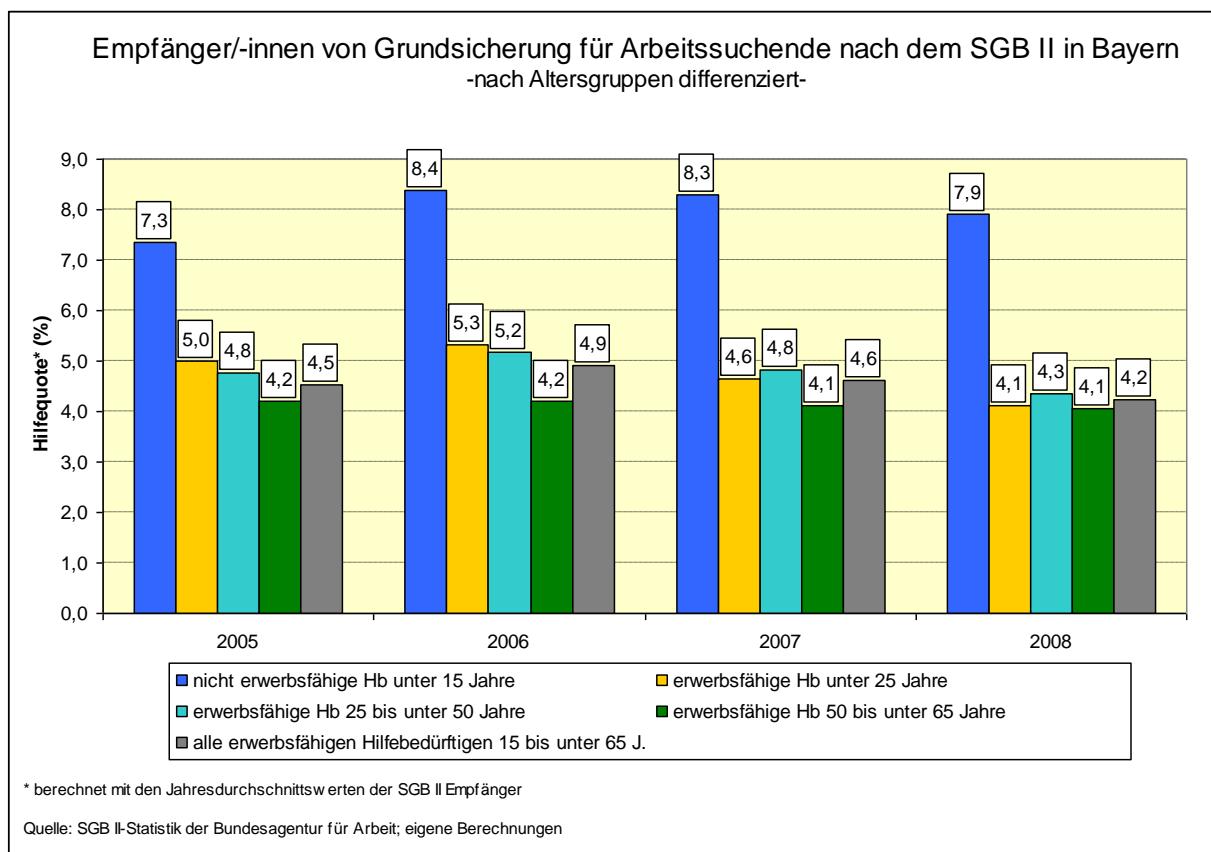
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II; eigene Berechnungen

4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – Bayern

Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)

- Bezogen auf die Häufigkeit sind Kinder unter 15 Jahren mit Inanspruchnahmequoten um 8 % die Gruppe, die relativ am meisten auf Mindestsicherung nach SGB II angewiesen ist.
- Die Inanspruchnahmequoten der übrigen Gruppen – der unter 25-Jährigen, 25- bis 50-Jährigen sowie der über 50-Jährigen – liegen alle bei etwas über 4 % (2008).
- Insgesamt haben sich die Quoten im Zeitraum 2006 bis 2008 etwas reduziert, für 2009 ist eine leichte Erhöhung zu erwarten.

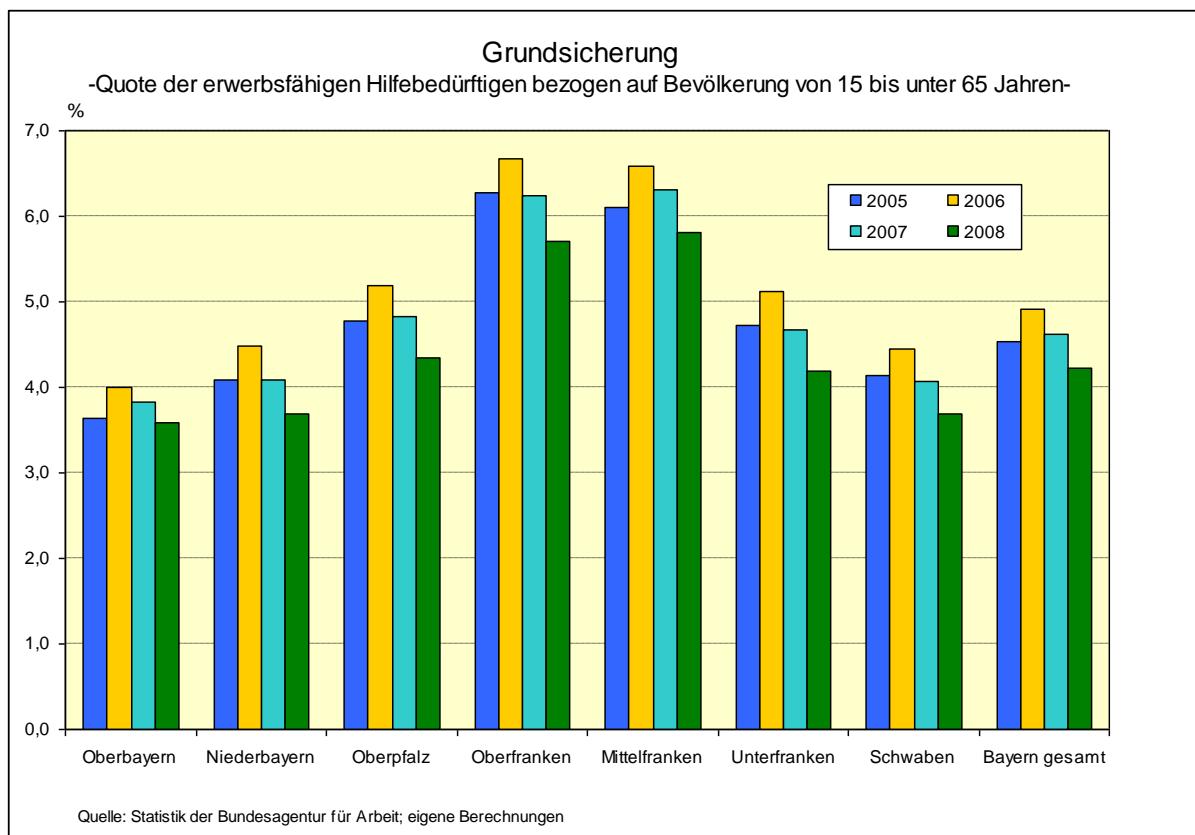


4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – regional

Regionale Quoten der Inanspruchnahme von SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) 2005 bis 2008 nach Regierungsbezirken: In Ober- und Unterfranken beziehen die Menschen relativ am häufigsten SGB II-Leistungen

- In allen Regierungsbezirken hatten die Quoten im Zeitraum 2005 bis 2008 in 2006 ihren Höchststand und lagen 2008 unter dem Niveau von 2005 (für 2009 wird allgemein ein Anstieg erwartet).
- In Ober- und Mittelfranken sind die Hilfequoten seit 2005 konstant deutlich am höchsten, sie liegen rund ein Drittel über Oberbayern und Schwaben. Oberbayern weist über die Jahre die niedrigsten Werte auf, zunehmend dicht gefolgt von Schwaben und Niederbayern.
- Dem bayerischen Durchschnitt entsprachen am ehesten die Regierungsbezirke Oberpfalz und Unterfranken.

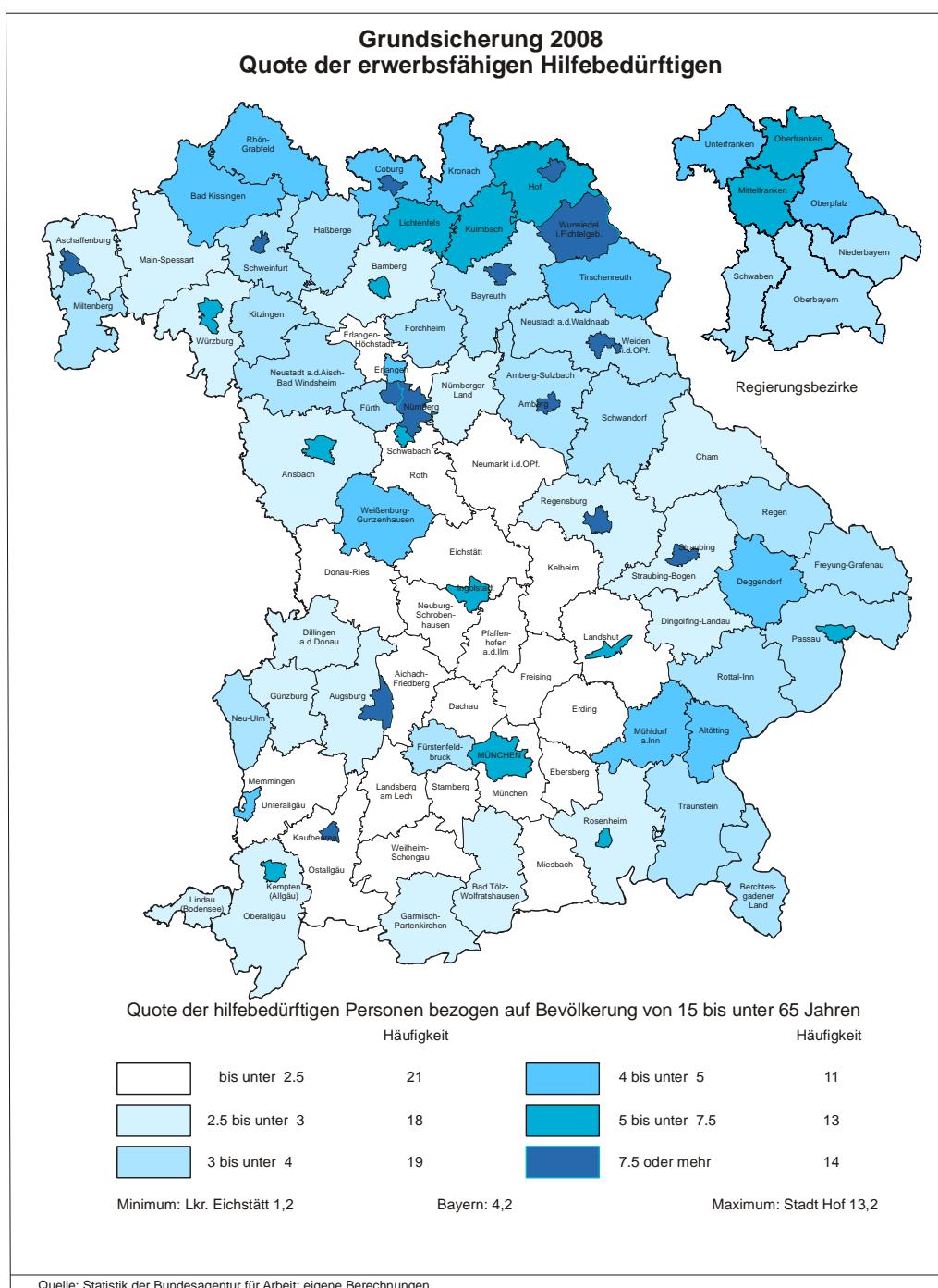


4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – regional

Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) 2008 nach Kreisen und kreisfreien Städten

- Die höchsten SGB II-Inanspruchnahmefquoten der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und ihrer Familien sind in den nördlichen und östlichen Landesteilen zu beobachten.
- In allen kreisfreien Städten liegt die Hilfequote über dem bayerischen Durchschnitt, in den ländlichen Räumen sind die Quoten zumeist niedriger. Dies deutet an, dass sich Armutsrisko verstärkt auf Städte konzentriert.
- Die niedrigste Hilfequote wies der Landkreis Eichstätt mit 1,2 % auf. Die Hilfequote in der Stadt Hof war hingegen elfmal so hoch (13,2 %).

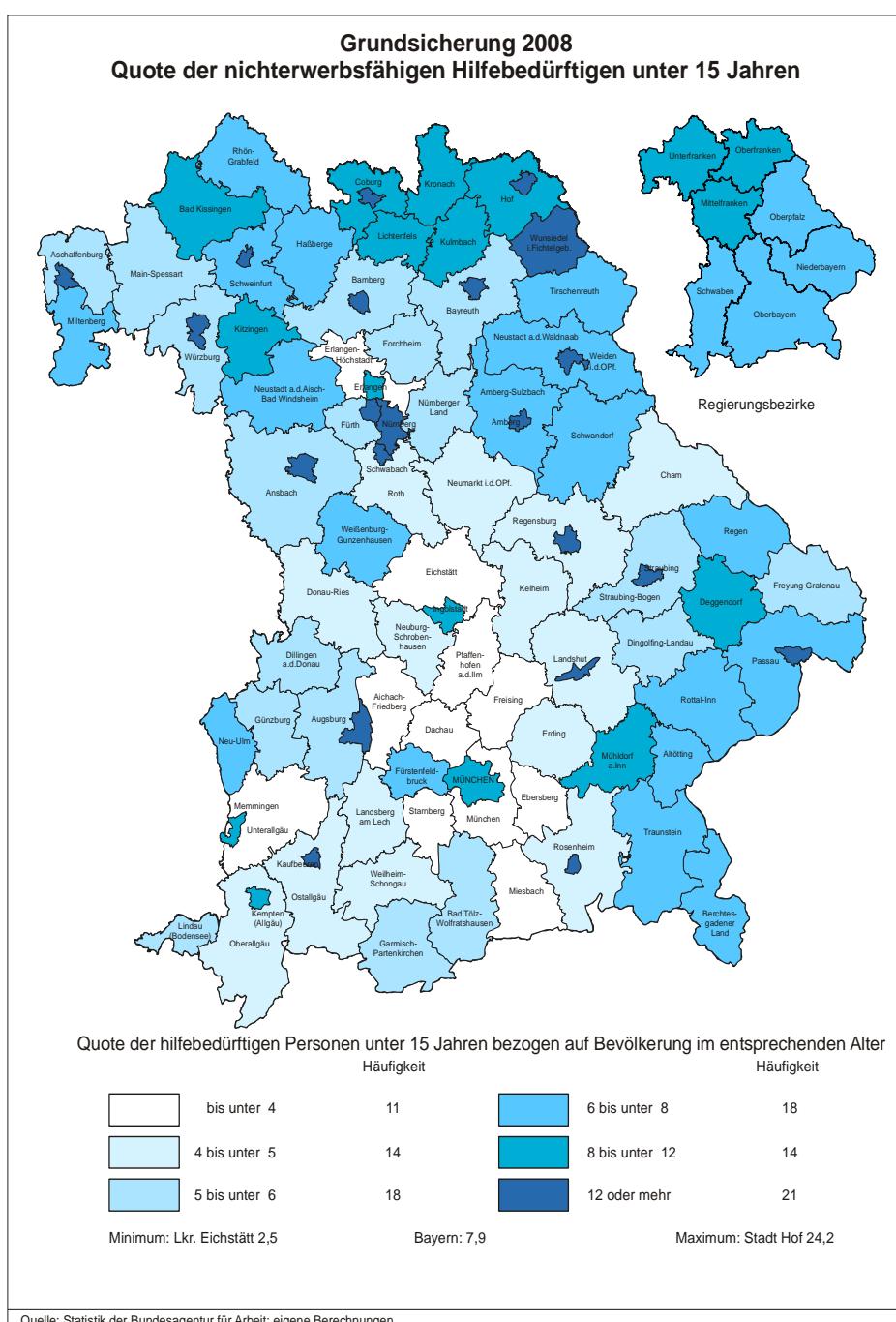


4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – regional

Grundsicherung für Hilfebedürftige unter 15 Jahren: Regionale Quoten (Sozialgeld) 2008 nach Kreisen und kreisfreien Städten

- Innerhalb Bayerns zeigen sich die gleich großen regionalen Unterschiede bei den SGB II-Quoten für Kinder wie bei allen Leistungsempfängern, also allen 15- bis 65-Jährigen.
- In großen Teilen Nordbayerns sind die SGB II-Quoten für unter 15-Jährige teils weit überdurchschnittlich. Generell ist die Hilfequote in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen.
- Wie bei den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist die niedrigste Hilfequote im Landkreis Eichstätt und die höchste in der Stadt Hof zu verzeichnen. Dort lebt jedes 4. Kind auf SGB II-Niveau.



4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld

SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, unter 65-Jährige) im September 2009 nach Familientypen: Die meisten Bedarfsgemeinschaften³⁰ sind Single-Haushalte

- Knapp über die Hälfte (51,6 %) aller Bedarfsgemeinschaften waren im September 2009 in Bayern Single-Haushalte, 21 % Alleinerziehende und 25 % Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften, dabei 11 % ohne Kinder und 14 % mit Kindern.
- Im Vergleich zu Westdeutschland gab es in Bayern anteilig mehr Single-Haushalte, mehr Partner-Haushalte ohne Kinder sowie mehr Alleinerziehende unter den Leistungsempfängern, geringer war der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern.
- Besonders niedrige Anteile an allen Bedarfsgemeinschaften hatten Alleinerziehende und Partner mit 2 und mehr Kindern in Ostdeutschland – wobei allerdings dort auch der Anteil der Familien niedriger ist.

Bedarfsgemeinschaften nach Familientypen

September 2009

Regionen	BG Insgesamt	darunter Single-BG	darunter BG-Alleinerziehender			darunter Ehepaare/Lebensgemeinschaften als BG					
			Insgesamt	Alleinerziehende - 18 Jahre und älter		Insgesamt	ohne Kinder	mit 1 Kind unter 18 J.	mit 2 Kindern unter 18 J.	mit 3 und mehr Kindern unter 18 J.	
				mit 1 Kind unter 18 J.	mit 2 Kindern unter 18 J.						
	1	2	3	4	5	6	9	10	11	12	13
- absolut -											
Bayern	265.791	136.006	56.960	34.652	16.361	5.759	67.590	30.026	16.065	13.282	8.217
Deutschland	3.569.050	1.840.775	645.451	395.619	179.539	68.227	990.775	435.591	238.121	190.549	126.514
Westdeutschland	2.332.253	1.168.133	454.044	269.927	131.150	51.571	652.492	262.815	156.977	135.591	97.109
Ostdeutschland	1.236.797	672.642	191.407	125.692	48.389	16.656	338.283	172.776	81.144	54.958	29.405
- Anteile in % -											
Bayern	100	zu (1)	zu (1)	zu (3)	zu (3)	zu (3)	zu (1)	zu (9)	zu (9)	zu (9)	zu (9)
		51,2	21,4	60,8	28,7	10,1	25,4	44,4	23,8	19,7	12,2
Deutschland	100	51,6	18,1	61,3	27,8	10,6	27,8	44,0	24,0	19,2	12,8
Westdeutschland	100	50,1	19,5	59,4	28,9	11,4	28,0	40,3	24,1	20,8	14,9
Ostdeutschland	100	54,4	15,5	65,7	25,3	8,7	27,4	51,1	24,0	16,2	8,7

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

³⁰ Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, außerdem zählen dazu weitere erwerbsfähige Hilfebedürftige, Partner des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können. Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft.

4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – Leistungshöhe

Höhe der SGB II-Leistungen in Bayern: Durchschnittlich 839 Euro je Bedarfsgemeinschaft (September 2009)

- Je Bedarfsgemeinschaft, die Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende bezog, lag diese Leistung bei durchschnittlich 839 Euro pro Monat (September 2006: 838 Euro). Preisbereinigt sind die Leistungen im Zeitraum 2006 bis 2009 um 43 Euro gesunken.
- Im September 2009 lag bei 59 % der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen der Grundsicherung für Erwerbsfähige in Anspruch genommen haben, ein angerechnetes Einkommen vor.
- Der Nettobedarf (= Gesamtbedarf abzüglich Sozialversicherungsbeiträge und Einmaleinschüttungen) lag im September 2009 bei Alleinstehenden bei durchschnittlich monatlich 646 Euro, bei Alleinerziehenden bei 1184 Euro, bei Paaren mit Kindern bei 1618 Euro sowie bei Paaren ohne Kind(er) bei 960 Euro (jeweils pro Monat).
- Die durchschnittliche Nettoleistung (= Netto-Bedarf abzüglich angerechnetem Einkommen und Sanktionen) belief sich bei Alleinstehenden durchschnittlich auf 569 Euro, bei Alleinerziehenden auf 713 Euro, bei Paaren mit Kind auf 936 Euro und bei Paaren ohne Kind auf 697 Euro.

Höhe von SGB II-Leistungen im September 2009

Region	Durchschnittliche Höhe der monatlichen Leistungen je Bedarfsgemeinschaft, in Euro					
	Insgesamt	Arbeitslosengeld II ohne Leistungen für Unterkunft	Sozialgeld ohne Leistungen für Unterkunft	Leistungen für Unterkunft und Heizung	Sozialversicherungsbeiträge	Sonstige Leistungen
September 2006						
Deutschland	854	342	14	295	198	4,2
Westdeutschland	879	347	17	312	198	4,6
Bayern	838	334	13	290	197	4,6
September 2009						
Deutschland	856	347	19	324	161	5,6
Westdeutschland	884	353	22	344	160	6,1
Bayern	839	334	17	326	157	5,6
real (in Preisen von 2006)	795	316	16	309	149	5
reale Veränderung 2006 - 2009	-43	-18	3	19	-48	1

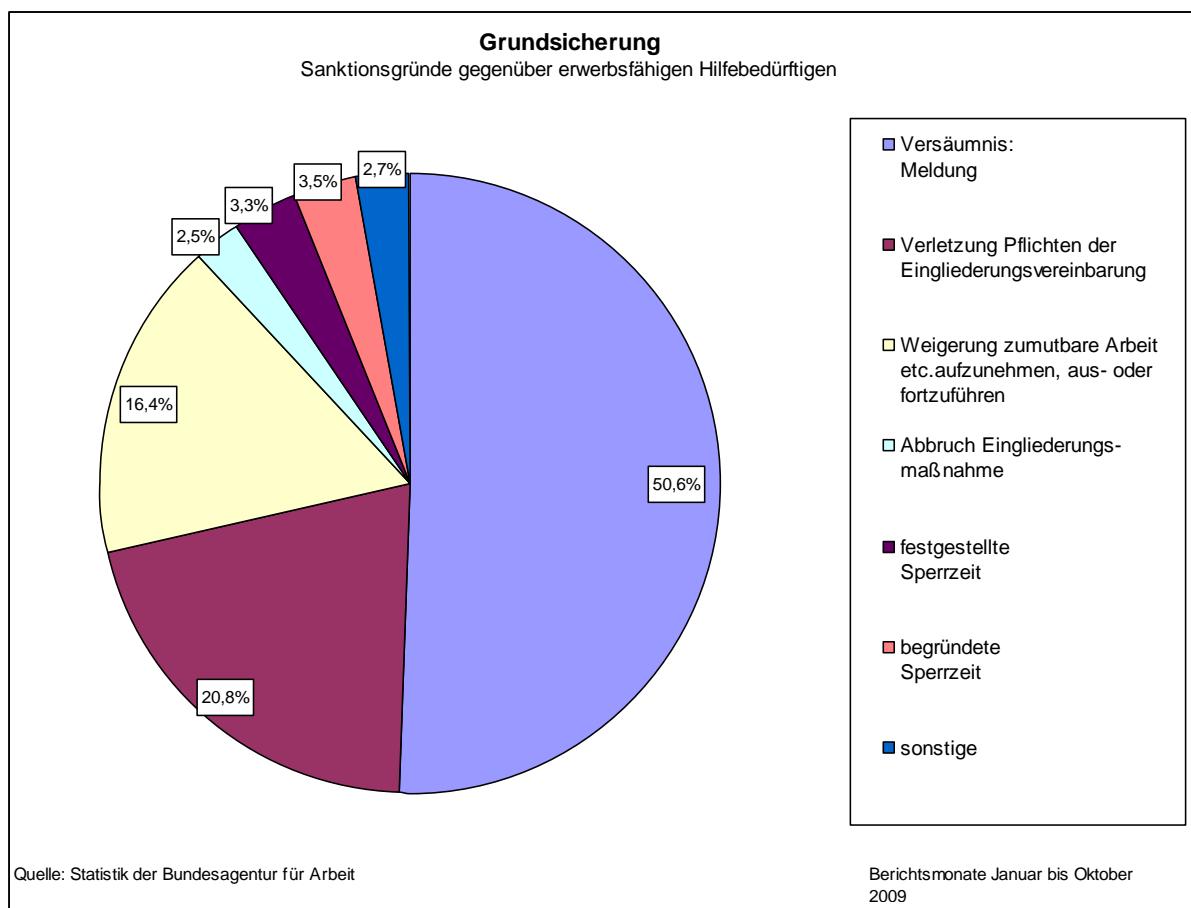
Quelle: Daten der BA

4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – Sanktionen

Sanktionsgründe gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

- Arbeitslosengeld II-Empfänger sind verpflichtet, alle Möglichkeiten auszuschöpfen ihre Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu verringern. Bei Verstoß gegen diese Pflichten wird die Leistung gekürzt.
- Von Sanktionen waren im Oktober 2009 4,5 % aller arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bayern betroffen. Der durchschnittliche Sanktionsbetrag lag bei 134 Euro je erwerbsfähigem Hilfebedürftigen mit mindestens einer Sanktion.
- Der mit 50,6 % mit weitem Abstand häufigste Sanktionsgrund war die Verletzung von Meldepflichten gegenüber dem zuständigen Träger, was bei erstmaligem Verstoß eine Minderung der Regeleistung um 10 % nach sich zieht.
- Bei allen anderen Pflichtverletzungen, die zusammengenommen nicht ganz den Umfang der Meldeversäumnisse erreichen, wird das Arbeitslosengeld II um 30 % (bei erster Pflichtverletzung) reduziert:
 - 20,8 % basierten auf einer Verletzung einer Verpflichtung in einer Eingliederungsvereinbarung
 - Bei 16,4 % lag eine Weigerung, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen oder fortzuführen, einer Sanktion zu Grunde.
 - Bei 2,5 % kam es zu Sanktionen wegen eines Abbruches einer Eingliederungsmaßnahme.

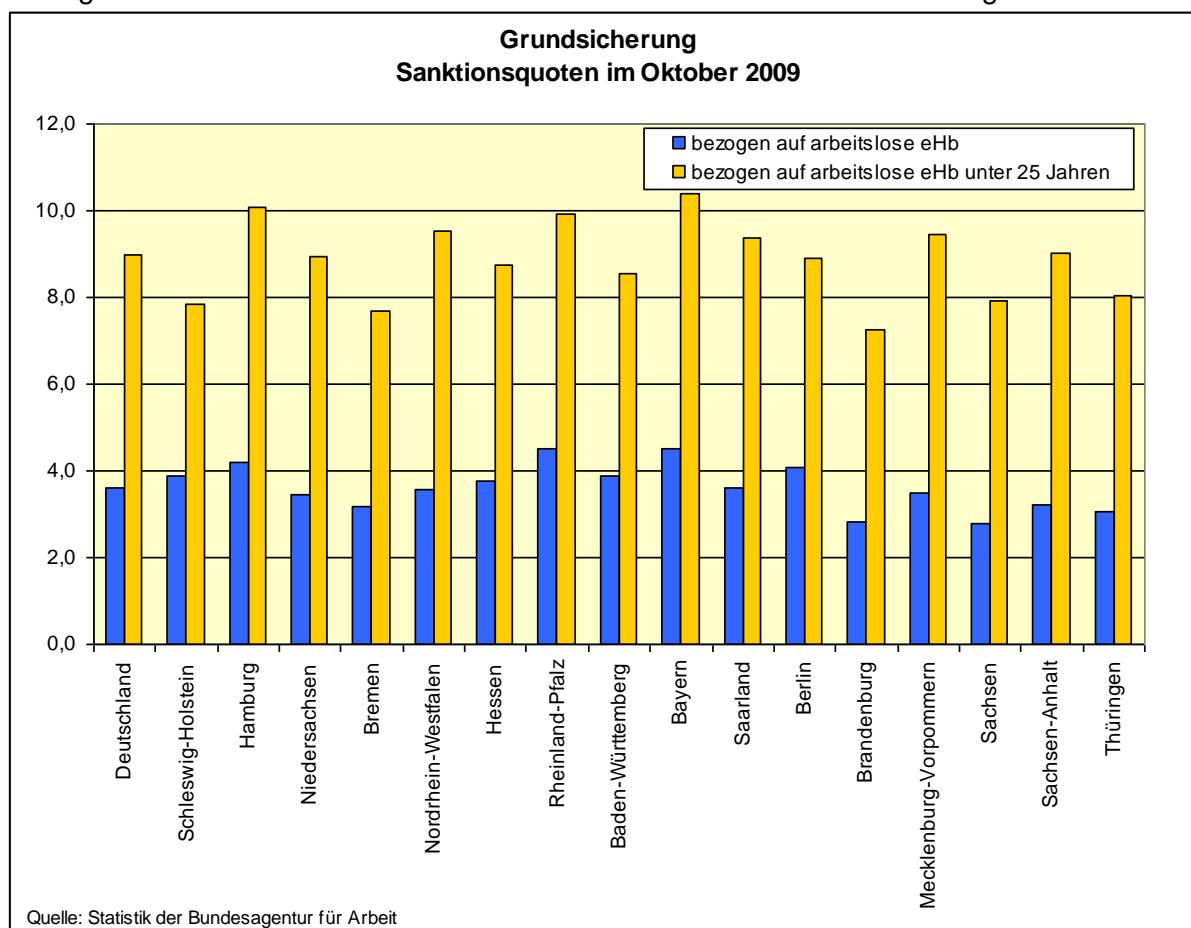


4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – Sanktionen

Bundesweit unterschiedliche Sanktionsquoten

- Die Sanktionsquote lag im Oktober 2009 in Bayern – bezogen auf alle arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) – bei 4,5 %, bundesweit waren es 3,6 %. Insgesamt reicht die Spanne von 2,8 % (Brandenburg) bis max. 4,5 % (Bayern, Rheinland-Pfalz).
- Bei den unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen schwanken die Sanktionsquoten zwischen 7,2 % (Brandenburg) und 10,4 % (Bayern). Gegen Jüngere werden deutlich häufiger Sanktionen verhängt als bei Älteren. Ein Grund hierfür könnte u.a. sein, dass Junge besonders intensiv betreut werden sowie Sonderregelungen für junge Leute, bei denen schon bei der ersten Stellenablehnung die Leistung komplett gestrichen werden kann.
- Die Bundesländer unterscheiden sich hinsichtlich der Sanktionsquoten deutlich weniger als z.B. einzelne Regionen in jedem Bundesland. So reicht die Spanne der Sanktionsquoten bei arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen von 0,7 % in Eichsfeld (Thüringen) bis zu 9,5 % in Neustadt a.d.Aisch / Bad Windsheim. Bei den unter 25-Jährigen arbeitslosen Hilfebedürftigen waren die Unterschiede noch größer: Während im Landkreis Regen (Bayern) 30,3 % der jungen Erwerbslosen sanktioniert wurden, waren es in Eichsfeld (Thüringen) 0,8 %.
- Die unterschiedlichen Sanktionsquoten sind bundesweit vorrangig durch den Arbeitsmarkt bestimmt: Sie hängen wesentlich vom Arbeitsangebot in der Region ab. Bei hoher Arbeitslosigkeit sind die Quoten oft deutlich niedriger, denn bei ungenügendem Arbeitsangebot helfen Sanktionen nicht und können auch nicht wirksam verhängt werden.

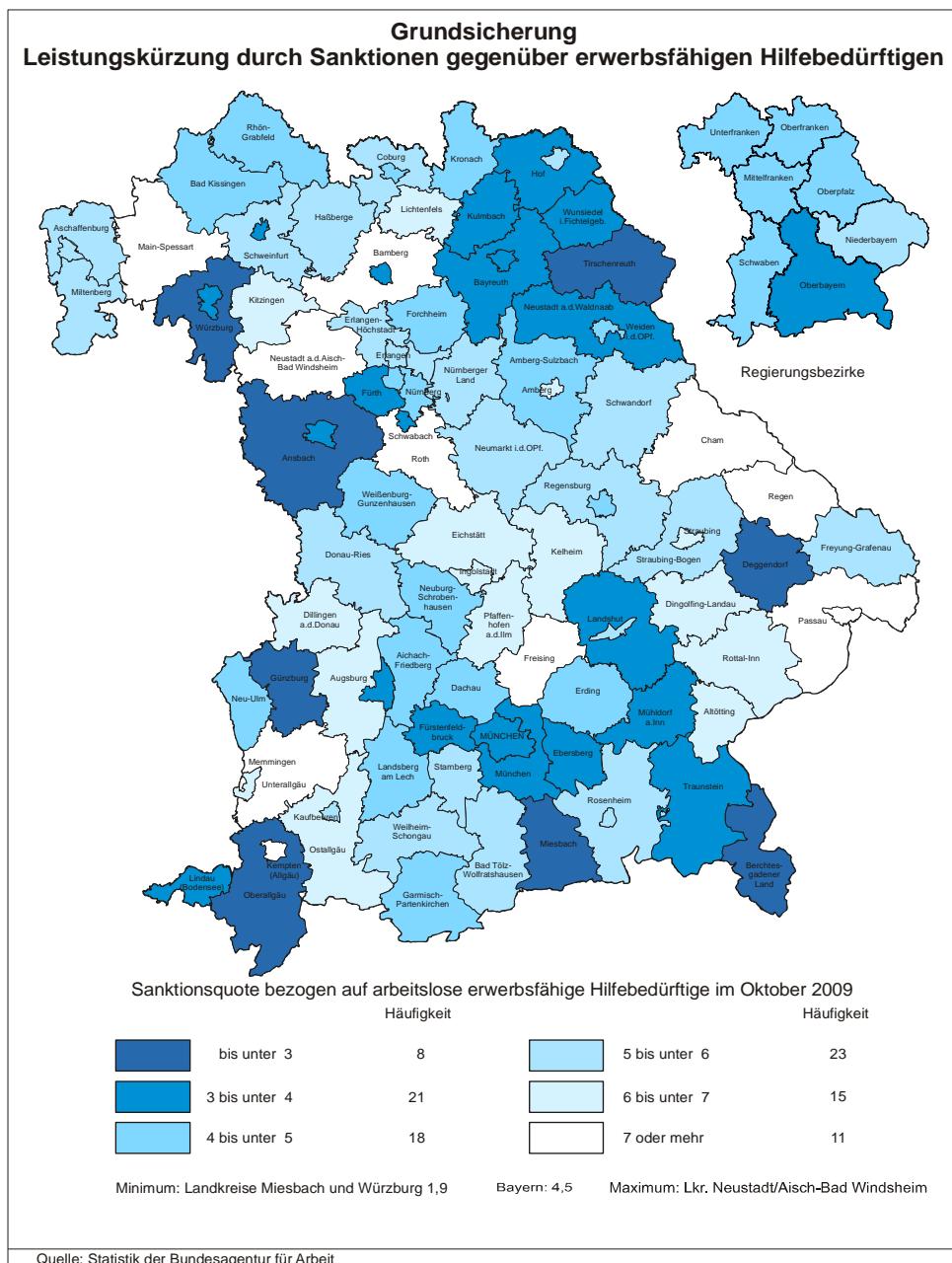


4. Soziale Leistungen

4.3 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – Sanktionen

Unterschiedliche Sanktionsquoten in Bayern

- Die Sanktionsquoten (Anteil der von einer Sanktion betroffenen arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen Hilfebedürftigen) reichen von 1,9 % in Miesbach und Würzburg bis 9,5 % in Neustadt an der Aisch/Bad Windsheim. In zwei Drittel der Regionen liegt die Sanktionsquote in einem mittleren Bereich von bei 3 bis 6 %.
- Durchschnittlich die niedrigsten Sanktionsquoten hat Oberbayern.

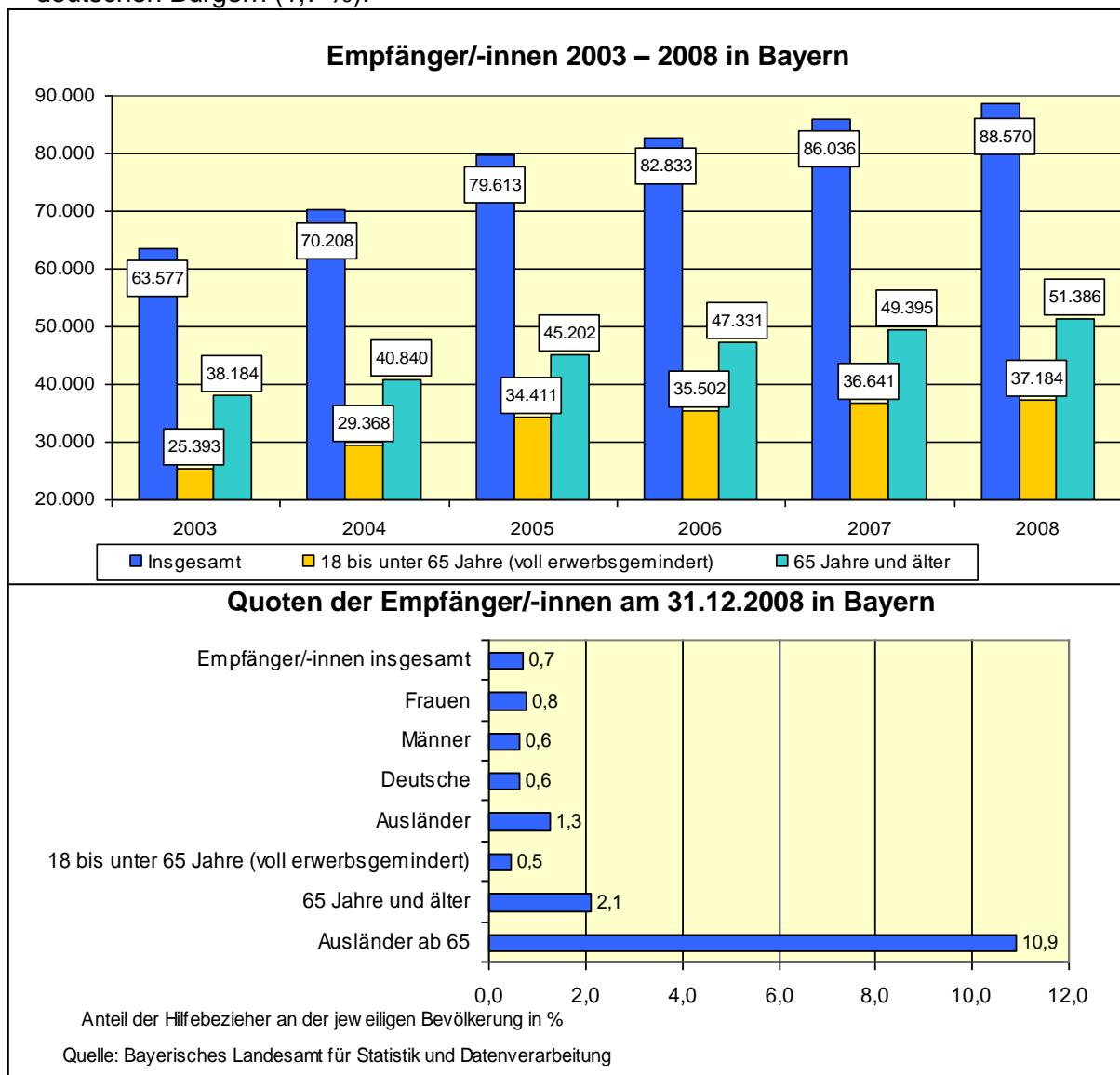


4. Soziale Leistungen

4.4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – Bayern

4.4 Steigende Inanspruchnahme: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

- Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt für Personen ab 65 Jahren sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen sicherstellen soll.
- Ende 2008 bezogen fast 89.000 Menschen in Bayern Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dies waren allein Ende 2008 2,9 % mehr als Ende 2007.
- 42 % der Empfänger befanden sich im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und erhielten diese Leistung aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Diese Menschen werden auch künftig dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich nicht zur Verfügung stehen.
- Die Mehrheit der Empfänger waren 65 Jahre und älter. Ende 2008 haben 2,1 % aller Personen dieser Altersgruppe ihren Lebensunterhalt mit Hilfe von Grundsicherungsleistungen abgedeckt.
- Vor allem bei älteren Ausländern zeigte sich eine vergleichsweise hohe Inanspruchnahme dieser Sozialleistung: Fast 11 % der ausländischen Mitbürger/-innen ab 65 Jahren erhielten Grundsicherung. Damit lag die Quote bei ihnen über sechs Mal höher als bei deutschen Bürgern (1,7 %).

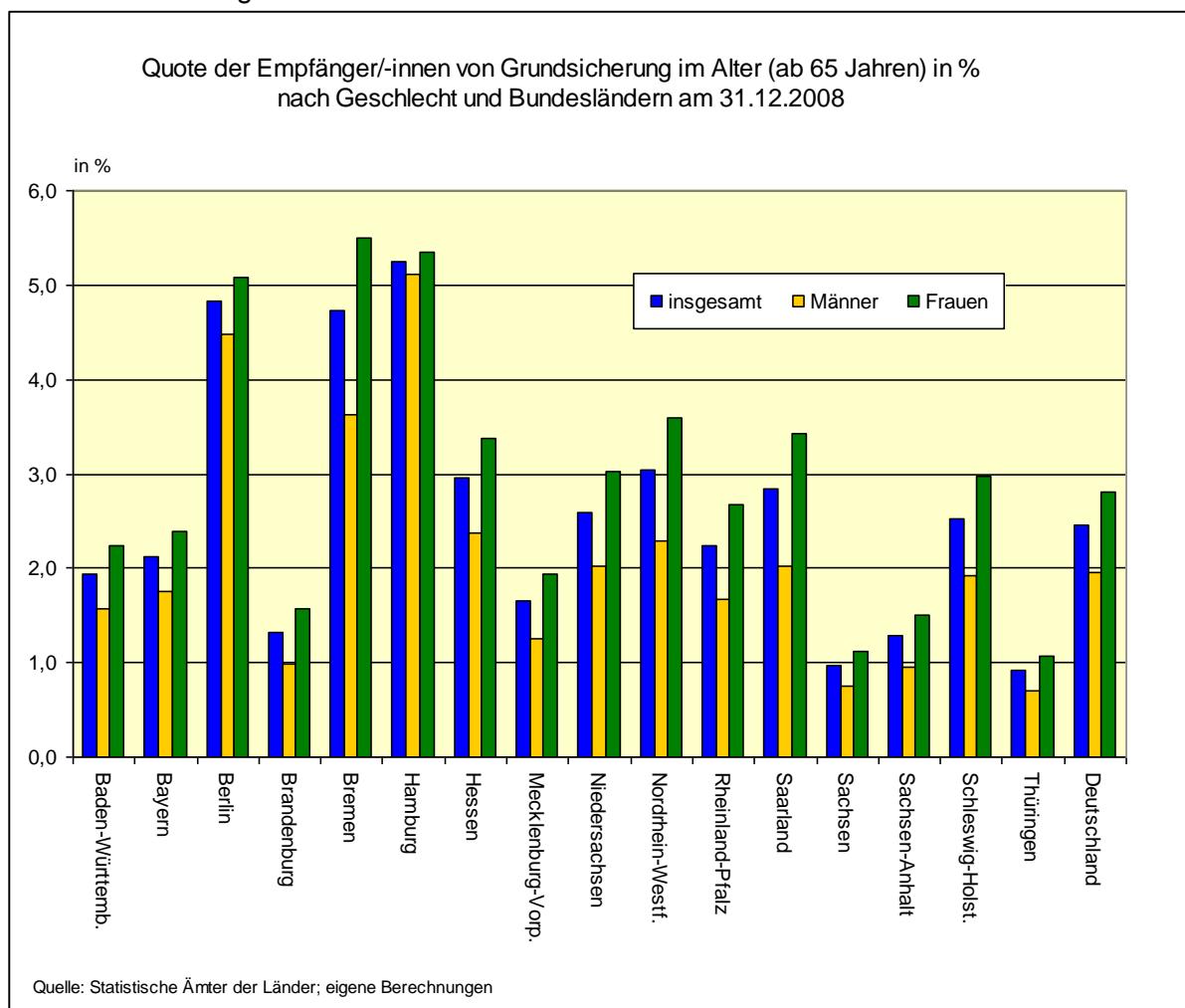


4. Soziale Leistungen

4.4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – Ländervergleich

Deutschlandweit sind Frauen im Rentenalter stärker auf Grundsicherung angewiesen als Männer

- Die Grundsicherung soll hauptsächlich dazu beitragen, die sogenannte „verschämte Armut im Alter“ einzugrenzen. Da häufiger ältere Menschen bestehende Sozialleistungsansprüche nicht geltend machen, weil sie u.a. einen Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchten und/oder eine Auseinandersetzung mit Behörden scheuen, unterschätzen die Quoten tendenziell das Ausmaß der Altersarmut (vgl. ausführlicher Kap. 2).
- Betrachtet man die älteren Grundsicherungsbezieher/-innen ab 65 Jahren, fallen verstärkt geschlechterspezifische Unterschiede auf. So bezogen Ende 2008 in Deutschland 2,8 % aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen (oft ab dem Tod des Partners), bei den Männern waren es dagegen nur 2,0 %.
- In allen Bundesländern war die Quote der Frauen höher als die der Männer. Im Vergleich zum Jahr 2007 stieg die Zahl der männlichen Hilfebezieher in Deutschland (+6,9 %) allerdings stärker an als die der Frauen (+3,8 %).
- Am häufigsten haben die Menschen in den Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg die Leistung in Anspruch genommen (zwischen 4,7 % und 5,2 %). Am seltensten nahm die Bevölkerung in Thüringen und Sachsen (0,9 % bzw. 1,0 %) die Leistung in Anspruch.
- Auch in Bayern ist die Tendenz feststellbar, dass in Verdichtungsräumen Ältere häufiger Grundsicherung erhalten als in ländlichen Räumen.

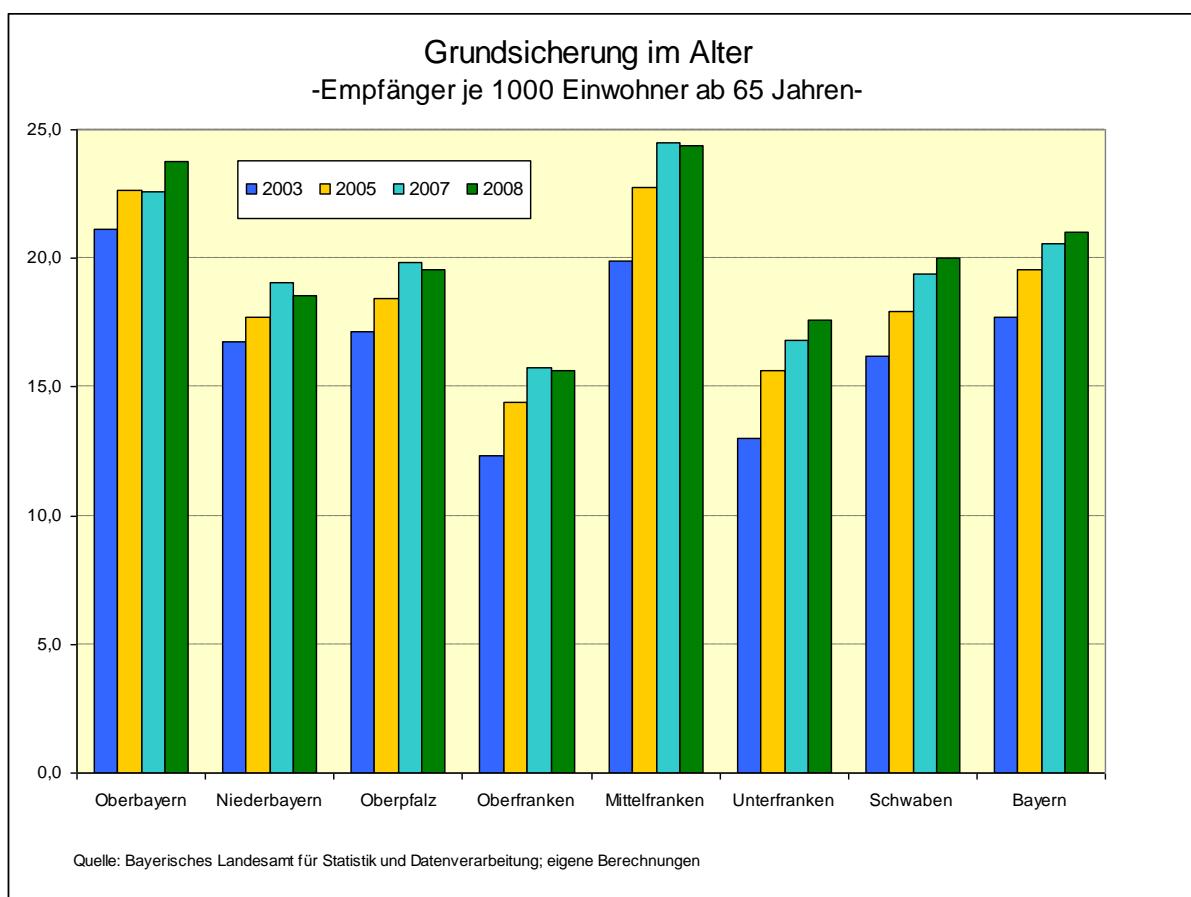


4. Soziale Leistungen

4.4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – regional

Regionale Verteilung der Grundsicherung im Alter

- Bayernweit bezogen 2008 rund 51.000 Menschen ab 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter. Dies entspricht 2,1 % der Bevölkerung im entsprechenden Alter. Die Zahl nahm in 2008 gegenüber 2007 um 4,0 % zu.
- In allen Regierungsbezirken ist die Zahl der Hilfebezieher 2008 höher als 2003.
- Überdurchschnittlich stark waren Menschen ab 65 Jahren in Oberbayern und Mittelfranken Empfänger von Grundsicherungsleistungen.
- Am seltensten nahm die Bevölkerung in Oberfranken diese Leistung in Anspruch.
- Neben der Grundsicherung im Alter bezogen auch noch 37.184 Empfänger Grundsicherung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Dabei handelte es sich um Personen, die wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die Zahl nahm in 2008 gegenüber 2007 um 1,5 % zu.
- Ende 2008 erhielten 38.503 (entspricht 43,5 %) Männer und 50.067 (entspricht 56,5 %) Frauen Leistungen der Grundsicherung. Dabei stellten die Frauen ab 65 Jahren mit 33.244 Empfängerinnen wie bereits im Vorjahr die größte Empfängergruppe dar.

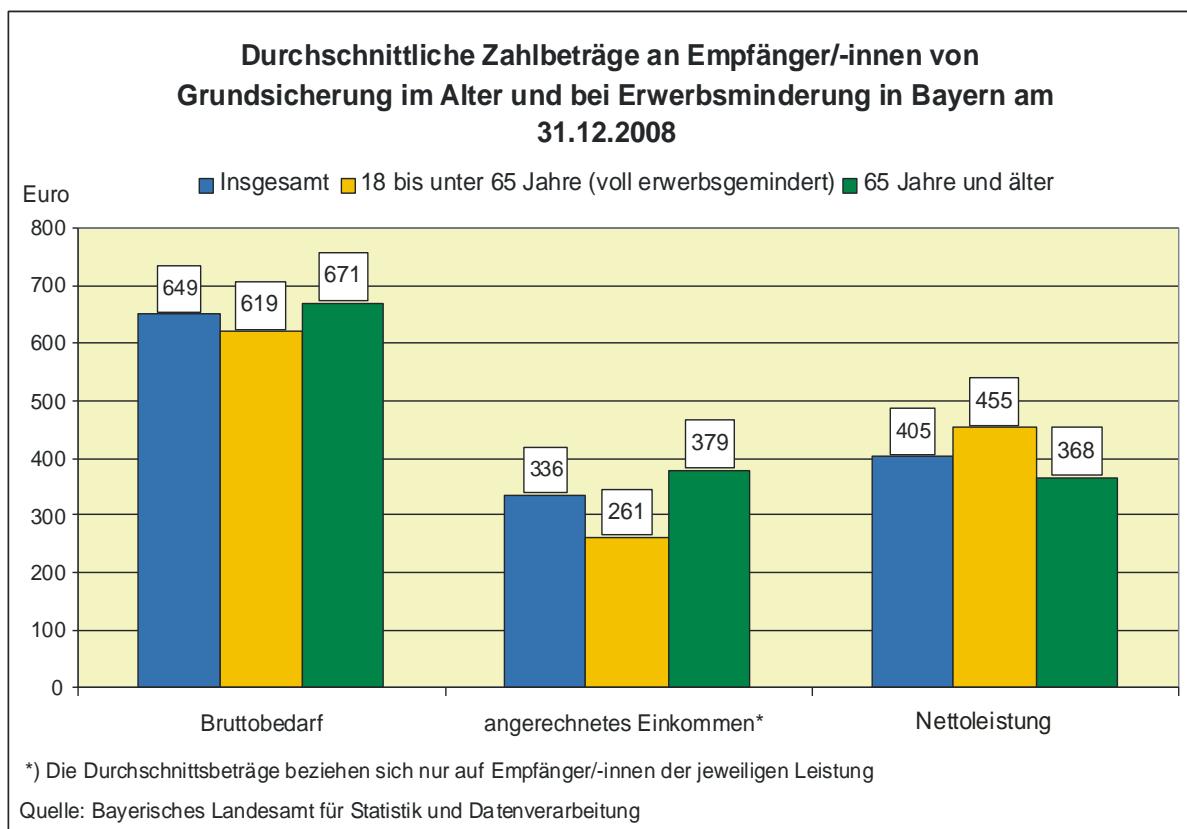


4. Soziale Leistungen

4.4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – Zahlbeträge

Monatlicher Auszahlungsbetrag 405 Euro pro Empfänger

- Durchschnittlich hatten Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum Jahresende 2008 einen monatlichen Bruttobedarf von 649 Euro. Mit 289 Euro entfielen fast 45 % des durchschnittlichen Bruttobedarfs auf die Kosten der Unterkunft und Heizung.
- Die Empfänger bezogen in der überwiegenden Mehrzahl ein oder mehrere Einkommen, die auf die Grundsicherungsleistung angerechnet wurden. Ungefähr 27 % der Empfänger konnten kein anrechenbares Einkommen vorweisen.
- Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von 336 Euro wurden im Schnitt 405 Euro netto je Leistungsempfänger ausgezahlt.

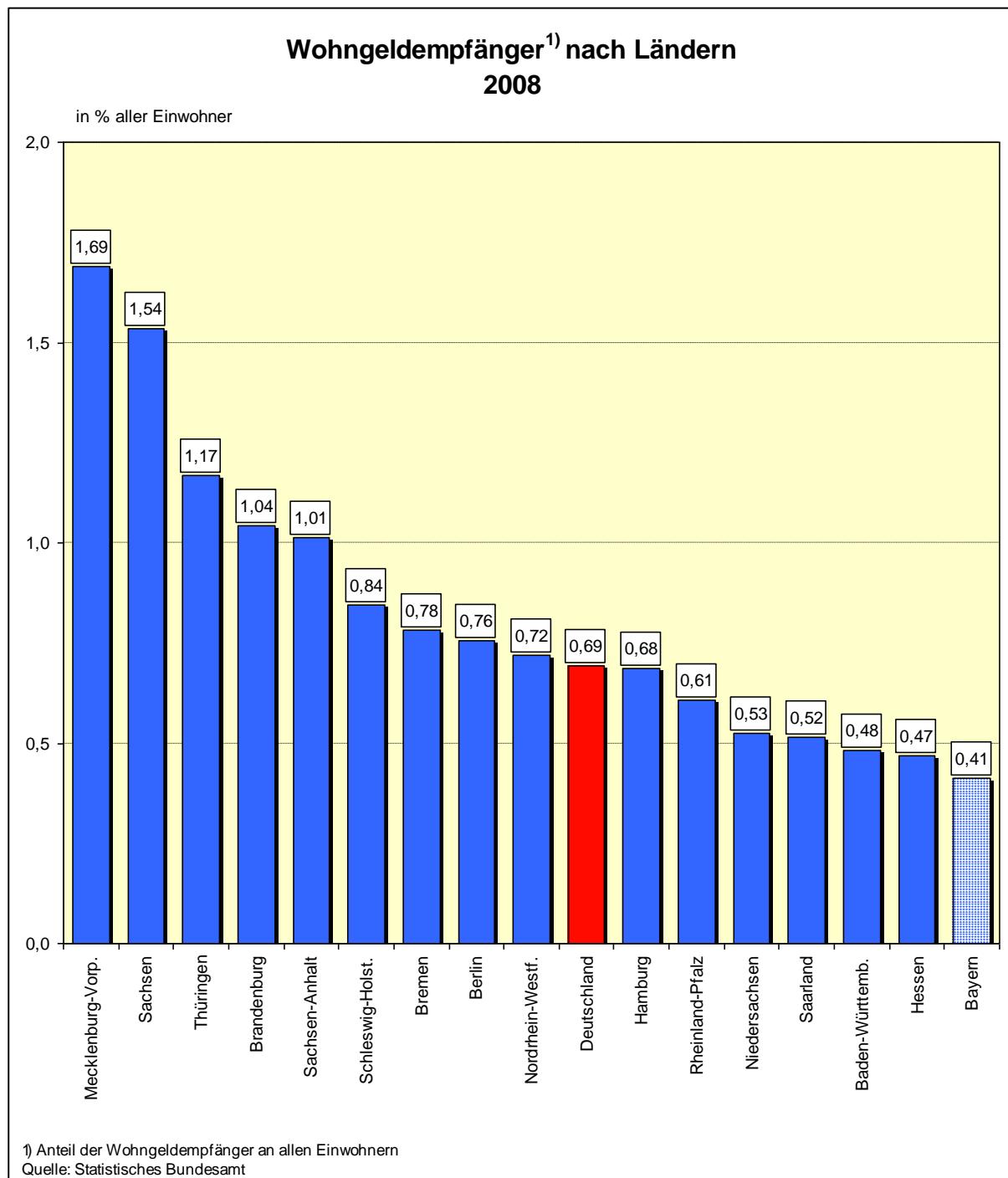


4. Soziale Leistungen

4.5 Wohngeld – Ländervergleich

4.5 Wohngeld: Geringste Anzahl an Wohngeldempfängern in Bayern

- Damit auch einkommensschwächere Haushalte die Wohnkosten für einen angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können, ohne schon auf Grundsicherung angewiesen zu sein, wird in Deutschland Wohngeld gewährt. Wohngeld wird in Abhängigkeit von der Bedürftigkeit des Empfängerhaushalts geleistet.
- Der Anteil der Wohngeldempfänger an allen Einwohnern ist in Bayern mit 0,41 % (56.168 Haushalte, +1,5 % gegenüber 2007) im Vergleich aller Länder am geringsten; (auch) hier zeigt sich der im bundesweiten Vergleich relativ hohe Wohlstand Bayerns.



4. Soziale Leistungen

4.5 Wohngeld – Bayern

Wohngeldempfänger waren 2008 in Bayern zu 46 % Rentner und Pensionäre

- Von den 51.716 Personen in Bayern, die Ende 2008 Wohngeld bezogen haben, waren 46 % Rentner / Pensionäre, 27 % Arbeiter, 12 % Angestellte / Beamte und 5,5 % Arbeitslose (Empfänger von Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld II erhalten in der Regel kein Wohngeld, da die Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II berücksichtigt werden).
- Die durchschnittliche Wohngeldleistung lag bei monatlich 85 Euro beim Mietzuschuss und 104 Euro beim Lastenzuschuss (Mietzuschuss wird an Mieter ausgezahlt, Eigentümer von Immobilien bekommen Lastenzuschuss). Von den 51.716 reinen Wohngeldhaushalten in Bayern erhielten 47.326 das Wohngeld als Mietzuschuss und 4.390 als Lastenzuschuss.
- 49,3 % der Wohngeldempfänger lebten in einem 1-Personen-Haushalt, 13,9 % in einem 2-Personen-Haushalt, 9,5 % in einem 3-Personen-Haushalt sowie 14 % in einem Vier-Personen-Haushalt. Die restlichen 13,3 % lebten in einem Fünf- oder Mehr-Personen-Haushalt.

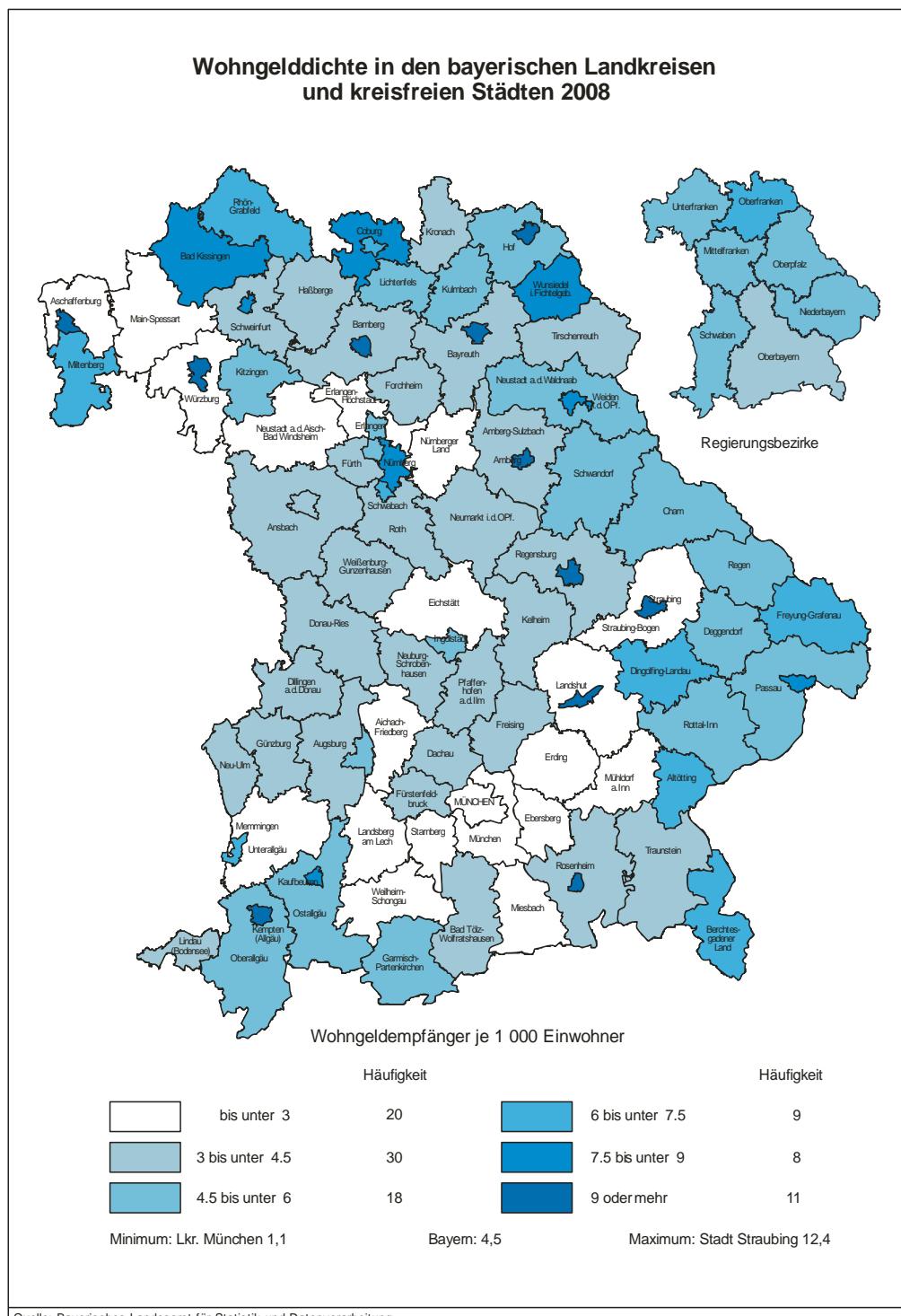


4. Soziale Leistungen

4.5 Wohngeld – regional

Wohngelddichte in den bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten 2008

- Die größte Wohngelddichte weisen innerhalb Bayerns die kreisfreien Städte auf. Dort beziehen oft neun und mehr von 1.000 Einwohnern Wohngeld.
- Die höchste Dichte ist mit 12,4 in der kreisfreien Stadt Straubing zu finden, gefolgt von Würzburg (12,2) und Bayreuth (11,8).
- Die geringste regionale Wohngelddichte hatten 2008 die Landkreise München (1,1 pro 1.000 Einwohner), Eichstätt und Straubing-Bogen (je 1,8).

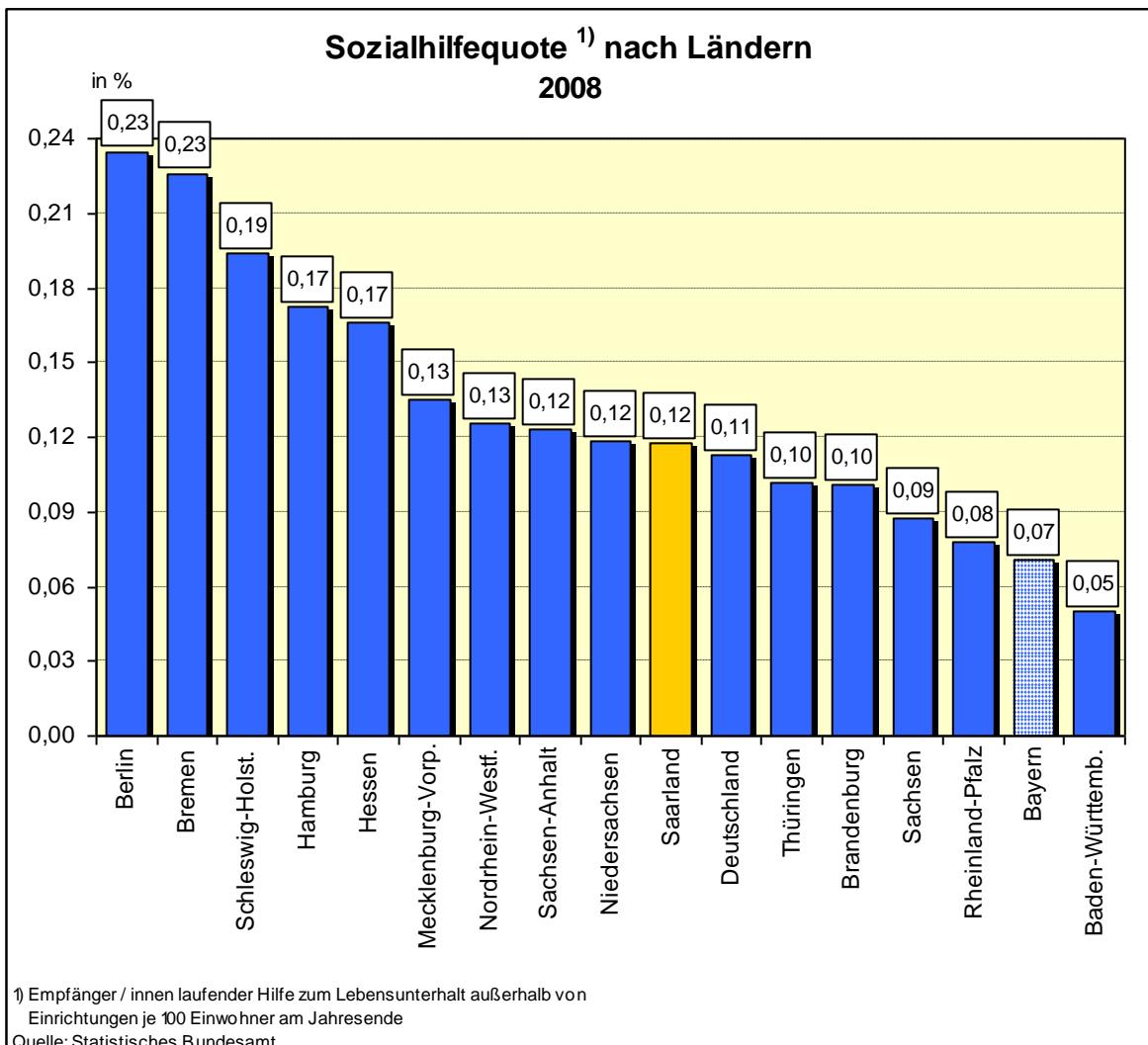


4. Soziale Leistungen

4.6 Sozialhilfe, Asyl

4.6 Mindestsicherung durch Sozialhilfe³¹ für erwerbsunfähige jüngere Menschen: In Bayern ist die Sozialhilfequote am niedrigsten

- Bayern weist mit einer Sozialhilfequote von 0,07 % eine der geringsten Quoten aller Länder auf. Nur Baden-Württemberg verzeichnet mit 0,05 % eine geringfügig günstigere Quote. Die höchsten Anteile verzeichnen Berlin und Bremen mit jeweils 0,23 %.
- Die Empfängerzahlen sind gegenüber 2004 insgesamt um bis zu 98 % zurückgegangen. Seit dem 01.01.05 erhalten bisherige erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne sowie ihre Familienangehörigen eine Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) sowie Ältere Leistungen nach der Grundsicherung im Alter.



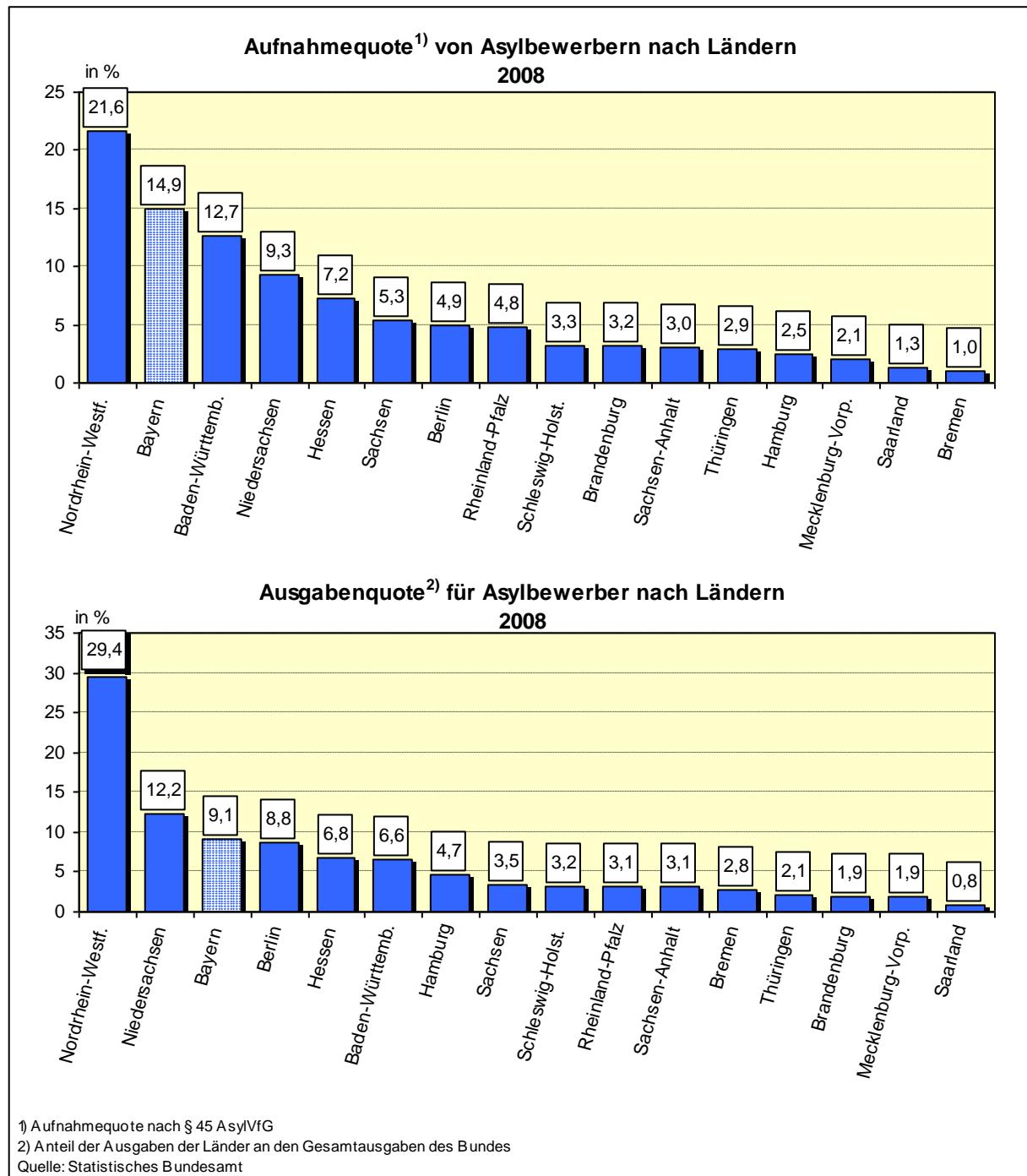
³¹ Auf Sozialhilfe haben ab dem 01.01.2005 nur noch Erwerbsunfähige (Erwerbsfähigkeit unter 3 Stunden pro Tag), Vorrueständler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte und hilfebedürftige Kinder mit selbst nicht hilfebedürftigen Eltern einen Anspruch.

4. Soziale Leistungen

4.6 Sozialhilfe, Asyl

Asylbewerber: Aufnahme- und Ausgabenquoten

- Etwa jeder siebte Asylbewerber (14,9 %), der im Jahr 2008 in der Bundesrepublik Asyl beantragte, wurde in einer Aufnahmeeinrichtung in Bayern untergebracht.
- Bayern gab im Jahr 2008 etwa 76,5 Mio. Euro für Asylbewerber und weitere Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus.

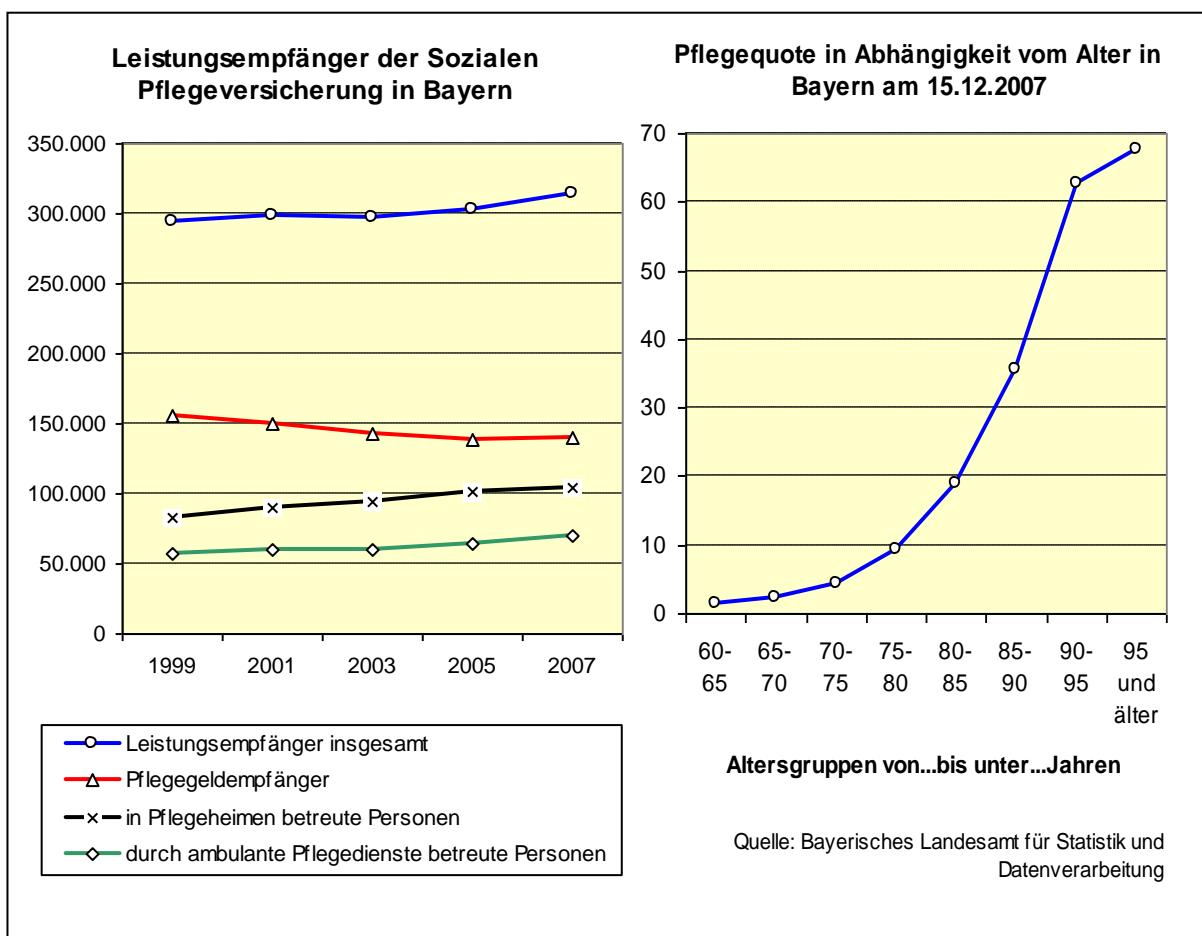


4. Soziale Leistungen

4.7 Pflegeversicherung, Pflegebedürftige, Altenheimpflegeplätze – Bayern

4.7 Pflegeversicherung: Zunehmend mehr Leistungsempfänger

- Mit der steigenden Zahl älterer Menschen steigt auch künftig die Zahl der Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung weiter an. So liegt der Altenquotient (Zahl der 65-Jährigen und älteren je 100 20- bis 64-Jährigen) derzeit bei 32, er wird bis zum Jahr 2028 auf rund 43 steigen. Insbesondere ab etwa dem 80igsten Lebensjahr steigt die Pflegequote stark an: Während von den 60- bis unter 65-Jährigen derzeit lediglich 1,4 % pflegebedürftig sind, wurde für die ab 95-Jährigen eine Pflegequote von 67,8 % ermittelt.
- Von den insgesamt 314.000 Pflegebedürftigen in Bayern wurden im Dezember 2007 ca. zwei Drittel (66,8 % bzw. 210.000) zu Hause versorgt. 140.000 Pflegebedürftige erhielten ausschließlich Pflegegeld (mit sinkender Tendenz), d.h. sie wurden i.d.R. zu Hause durch Angehörige gepflegt.
- Die Daten seit 1999 weisen einen Trend hin zur „professionellen“ Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste aus: Die Anzahl der in Heimen Versorgten und der durch ambulante Dienste Betreuten ist kontinuierlich gestiegen, während die reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger von 1999 bis 2005 abgenommen haben und nur 2007 wieder minimal angestiegen sind.

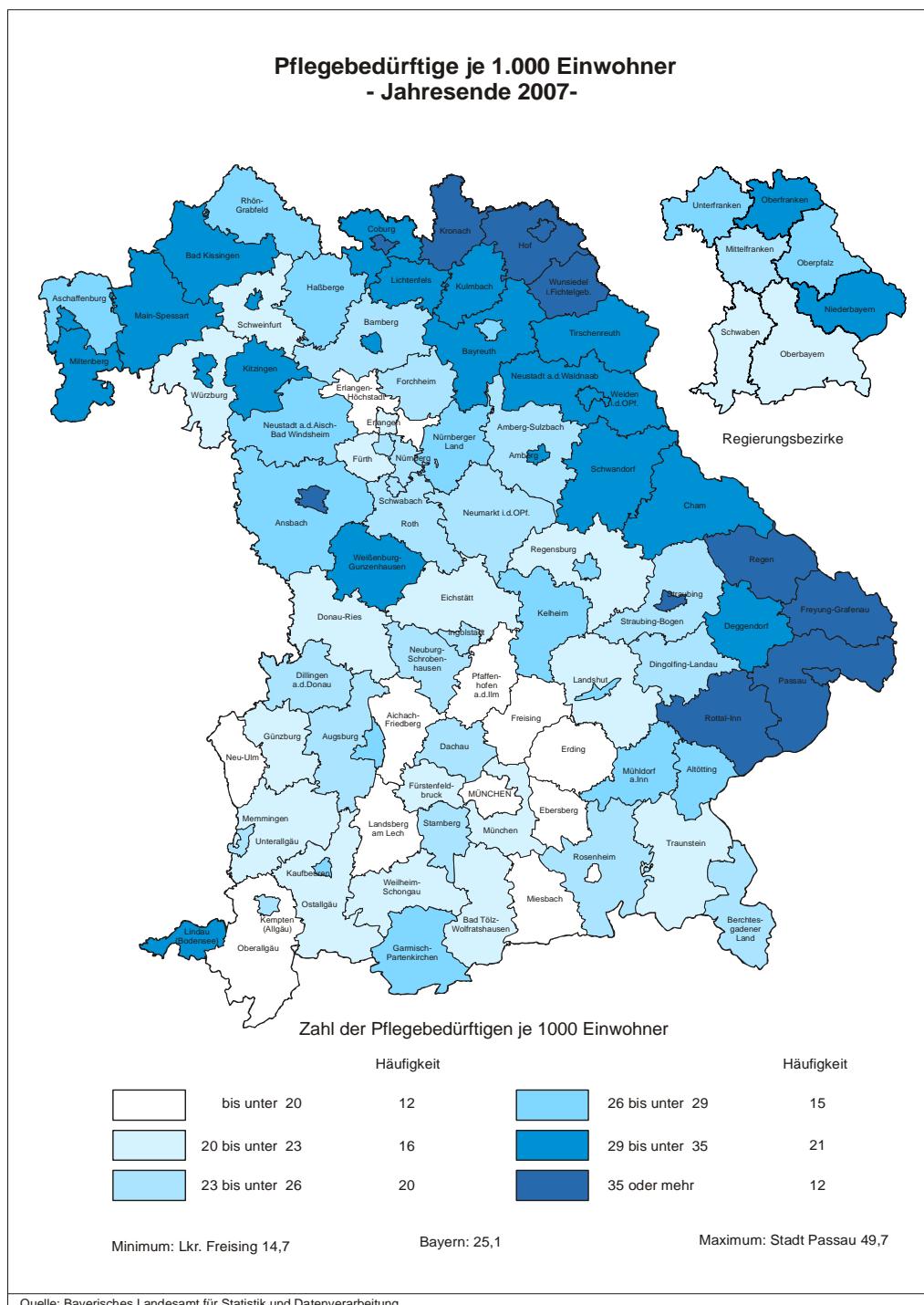


4. Soziale Leistungen

4.7 Pflegeversicherung, Pflegebedürftige, Altenheimpflegeplätze – regional

Anteil der Pflegebedürftigen regional

- Der geringste Anteil der Pflegebedürftigen ist im Landkreis Freising mit 14,7 Pflegebedürftigen pro 1.000 Einwohner feststellbar.
 - In der Stadt Passau ist die Pflegebedürftigkeit mehr als dreimal so hoch.
 - Ein durchgängig überdurchschnittlich hoher Anteil Pflegebedürftiger ist im Osten und Norden Bayerns zu beobachten, was im Wesentlichen durch die Altersstruktur der dortigen Bevölkerung bedingt ist (Abwanderung Jüngerer, Verbleib Älterer in diesen Regionen).

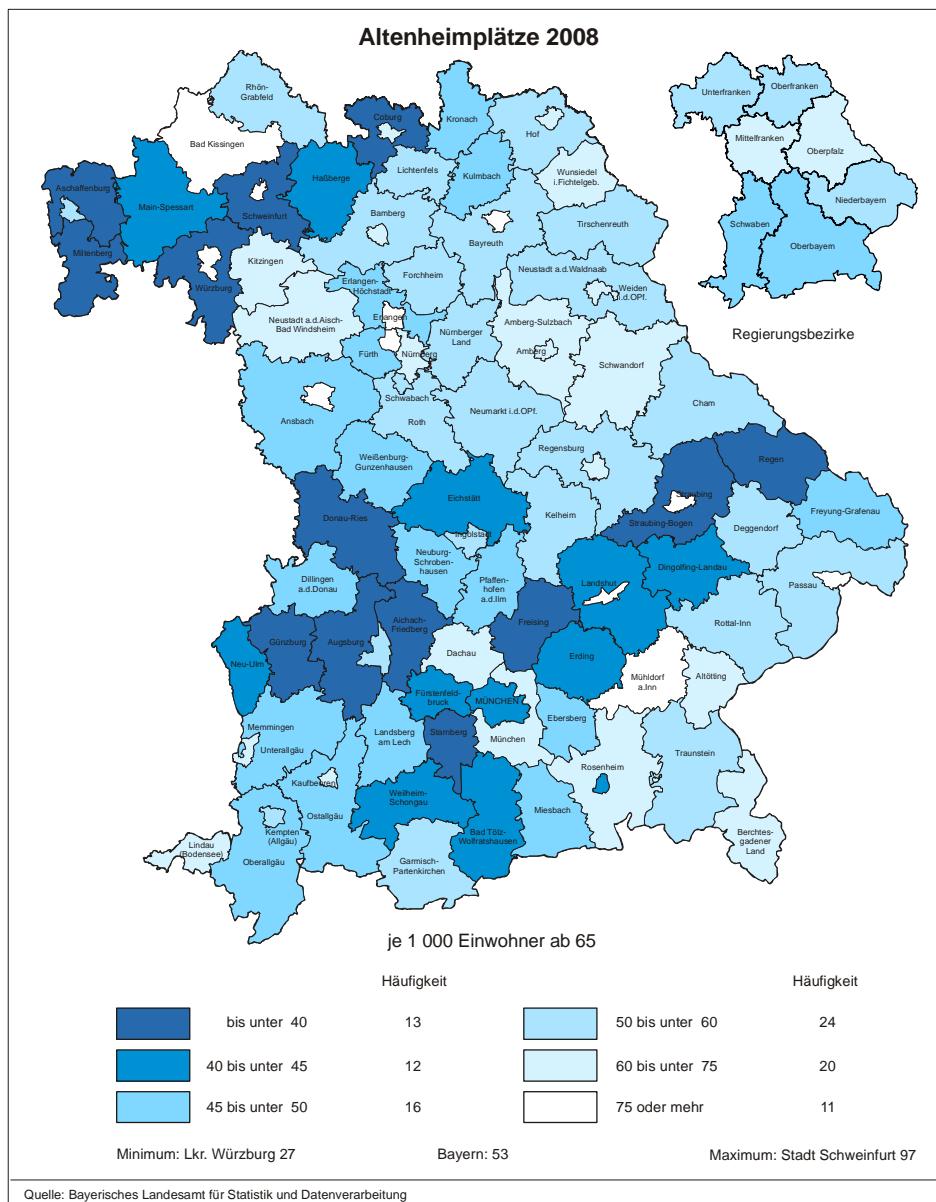


4. Soziale Leistungen

4.7 Pflegeversicherung, Pflegebedürftige, Altenheimpflegeplätze – regional

Regionale Unterschiede bei den Altenheimpflegeplätzen 2008

- Ende 2008 standen in insgesamt 1.400 Altenheimen 128.500 Plätze zur Verfügung. Fast 90 % davon sind Plätze in Altenpflegeheimen.
- In Bayern kommen 53 Altenheimplätze auf je 1.000 Einwohner ab 65 Jahren.
- Im regionalen Vergleich liegt Mittelfranken mit 62 am weitesten über dem bayerischen Durchschnitt. Schwaben verzeichnet dagegen mit 48 die geringste Zahl an Altenheimplätzen. Allerdings weicht die regionale Struktur der Pflegebedürftigkeit (vgl. Abbildung oben) von der regionalen Verteilung der Altenheimpflegeplätze deutlich ab, was auch auf unterschiedliche Wohn- und Pflegeformen hinweist sowie auf Standorte einzelner größerer Heime, deren Einzugsgebiet über Stadt- und Landkreisgrenzen hinausreicht.
- Im Städtevergleich lagen 2008 Schweinfurt mit 97 Plätzen, Ansbach mit 94 und Passau und Straubing mit jeweils 92 Plätzen an der Spitze.

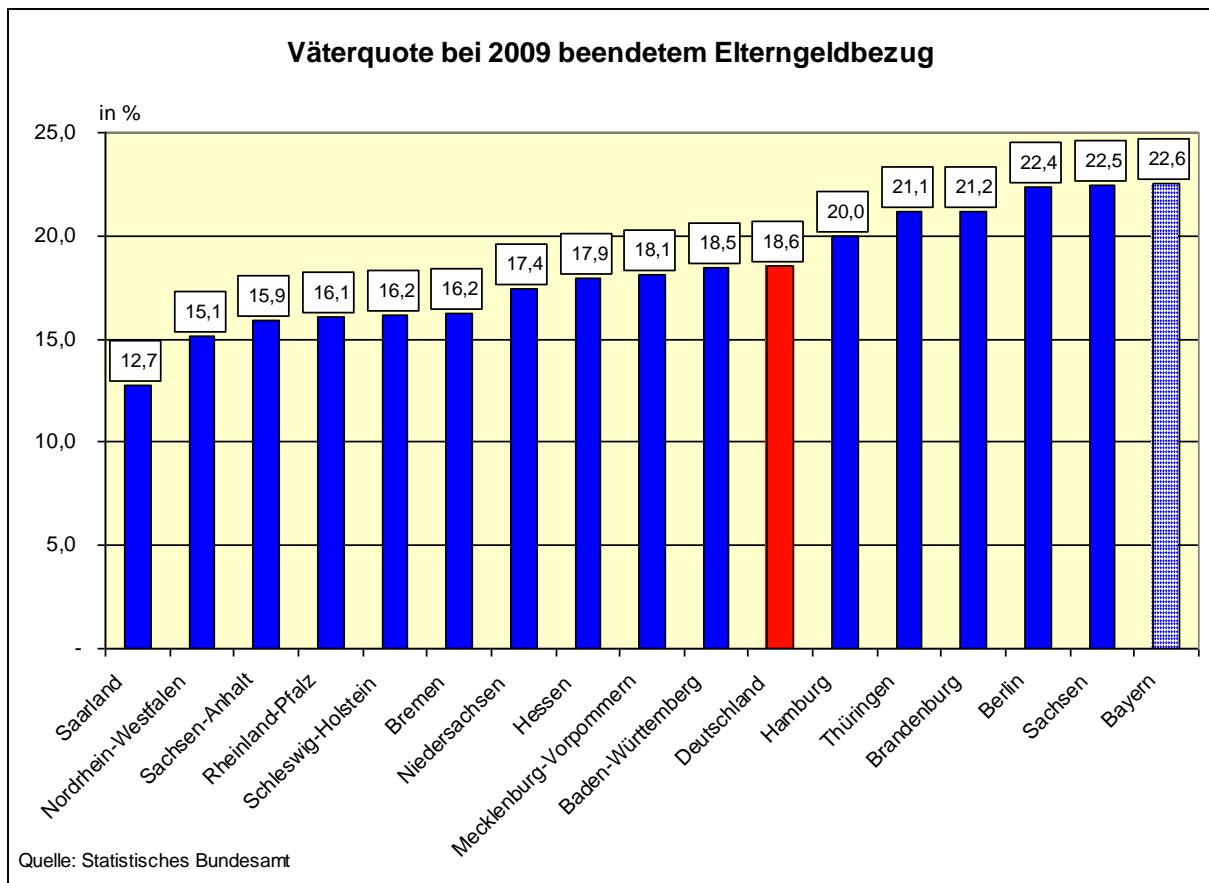


4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – Ländervergleich

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung: Bayern liegt bei den 2009 beendeten Elterngeldbezügen mit einer Väterquote von 22,6 % bundesweit an der Spitze

- Insgesamt haben im Jahr 2009 mehr als 800.000 Väter und Mütter den Bezug von Elterngeld beendet. In Bayern ist die „Väterquote“ die höchste aller Bundesländer.
- Väter beziehen nach wie vor deutlich kürzer Elterngeld als Mütter. Bundesweit haben rund drei von vier Vätern, deren Elterngeldbezug 2009 endete, nur für zwei Monate Elterngeld in Anspruch genommen. Dagegen bezogen fast 95 % der Mütter Elterngeld für mindestens 10 Monate.
- Unterschiede zeigen sich auch in der Höhe des Elterngeldanspruchs. Mehr als die Hälfte der Mütter (Deutschland: 54,2 %, Bayern 49,5 %) hatte einen Elterngeldanspruch von unter 500 Euro, dagegen erhielt nur jeder vierte bzw. fünfte Vater (Deutschland 26,3 %, Bayern 19,7 %) weniger als 500 Euro Elterngeld.

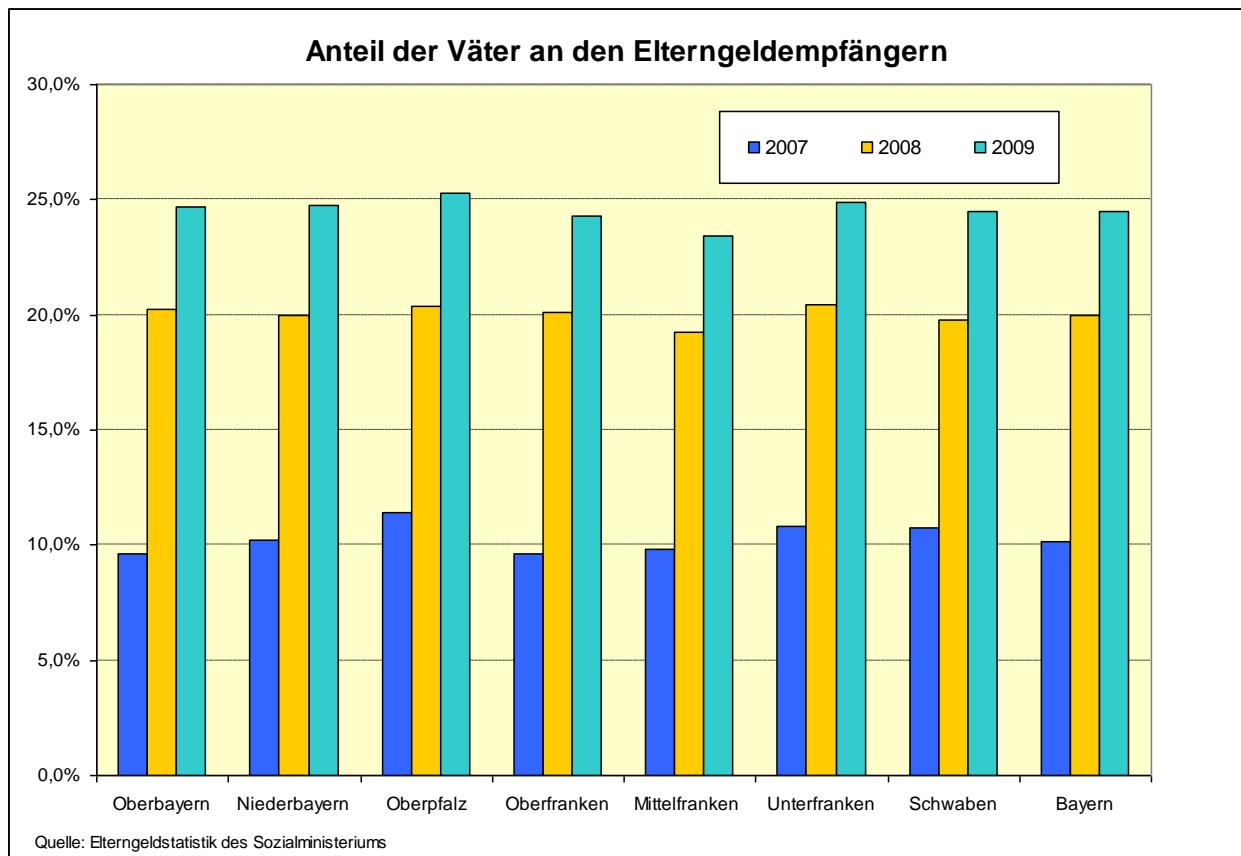


4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – regional

Elterngeld für Väter in allen Regierungsbezirken hoch im Kurs

- Das 2007 eingeführte Elterngeld wird als Lohnersatz bis zu 14 Monate nach der Geburt eines Kindes bezahlt. Es ersetzt 67 % des bisherigen Nettoeinkommens – bis maximal 1.800 Euro pro Monat.
- In Bayern wurden von 2007 bis Ende 2009 357.000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Bis 2009 ist die Inanspruchnahme durch Väter stark angestiegen, in 2010 könnte möglicherweise die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu einem relativ geringen Zuwachs führen. In 2010 könnten sich die regionalen Unterschiede – bedingt durch wirtschaftliche Unterschiede – etwas ausprägen, während in 2007 bis 2009 kaum Unterschiede zu beobachten waren.
- Von den Vätern, die Elterngeld beantragen, machen derzeit 82 % zwei Monate Babypause, 4 % bleiben ein ganzes Jahr zuhause. Bei den Müttern nehmen 90 % das Elterngeld für zwölf Monate in Anspruch.
- Die Spannbreite des Ausländeranteils an den Elterngeldempfängern reicht von 6,8 % in Oberfranken bis 18,5 % in Oberbayern.



4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – Landeserziehungsgeld

In Bayern umfangreiche Förderung für kinderreiche Familien

- Bayern ist eines von insgesamt nur vier Bundesländern, das den Eltern im Anschluss an das Bundeserziehungsgeld für das dritte Lebensjahr ein Landeserziehungsgeld zahlt. Es soll bzw. sollte Eltern dabei unterstützen, ihr Kind auch im dritten Lebensjahr selbst betreuen und erziehen zu können. Die Leistung blieb auch nach Einführung des Elterngeldes für Geburten ab 01.01.2007 erhalten.
- Das Landeserziehungsgeld beträgt im Jahr 2009 für das erste Kind monatlich bis zu 150 Euro, für das zweite Kind bis zu 200 Euro und für das dritte und weitere Kinder bis zu 300 Euro. Das Landeserziehungsgeld wird für das erste Kind für höchstens 6 Monate und für jedes weitere Kind maximal bis zu zwölf Monate gewährt.

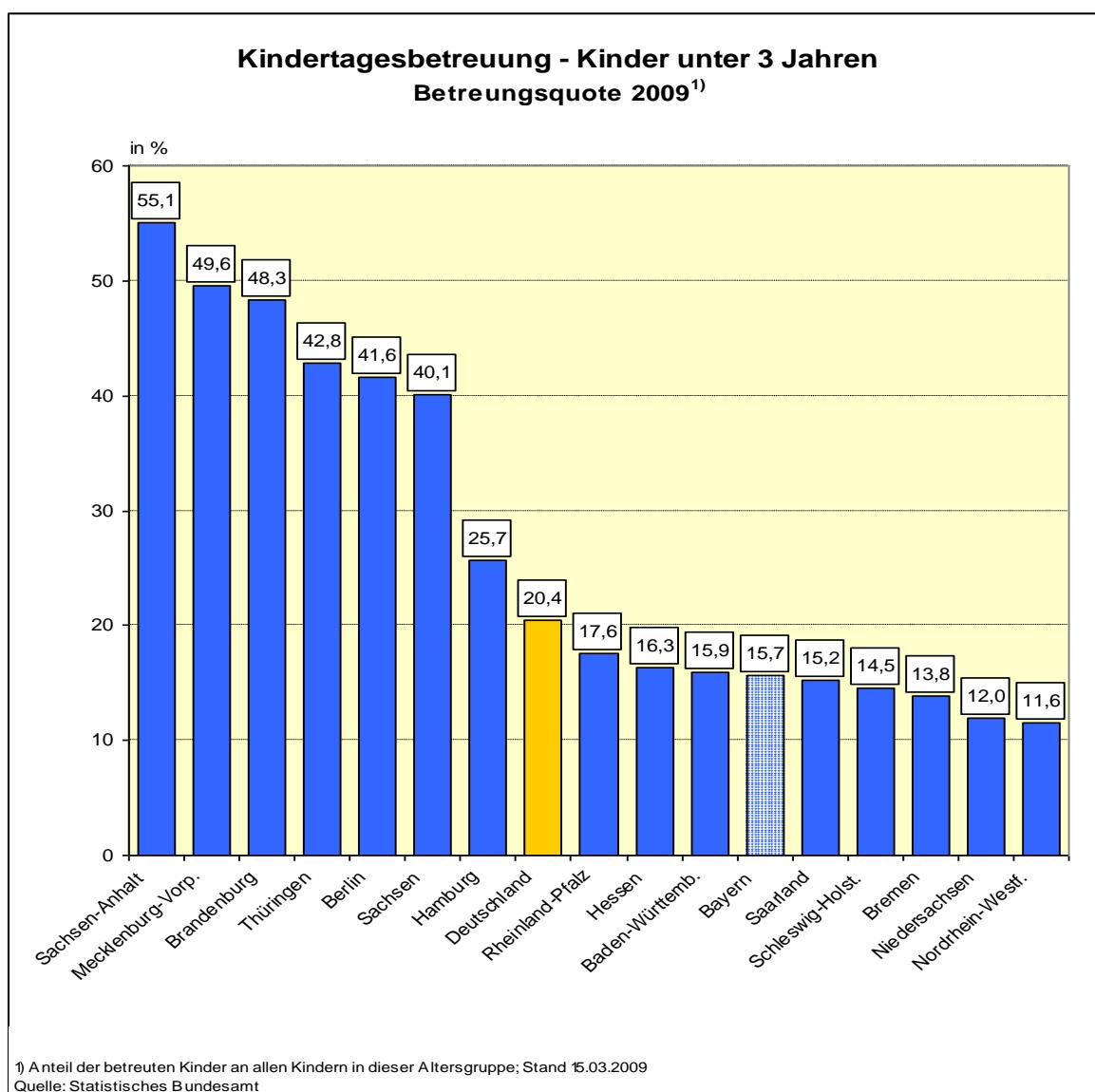


4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – unter 3-Jährige

Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in Bayern

- In Bayern haben im Jahr 2009 die Eltern von rund 51.000 Kindern unter 3 Jahren eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder an allen Kindern dieser Altersgruppe entsprach 15,7 %.³² Dieser Anteil hat sich in den letzten drei Jahren nahezu verdoppelt.
- Bundesweit belief sich die Betreuungsquote zum 01.03.2009 auf 20,4 %. Sehr hohe Betreuungsquoten verzeichnen weiterhin die neuen Bundesländer, in den alten Flächenländern haben nur Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg geringfügig höhere Betreuungsquoten.



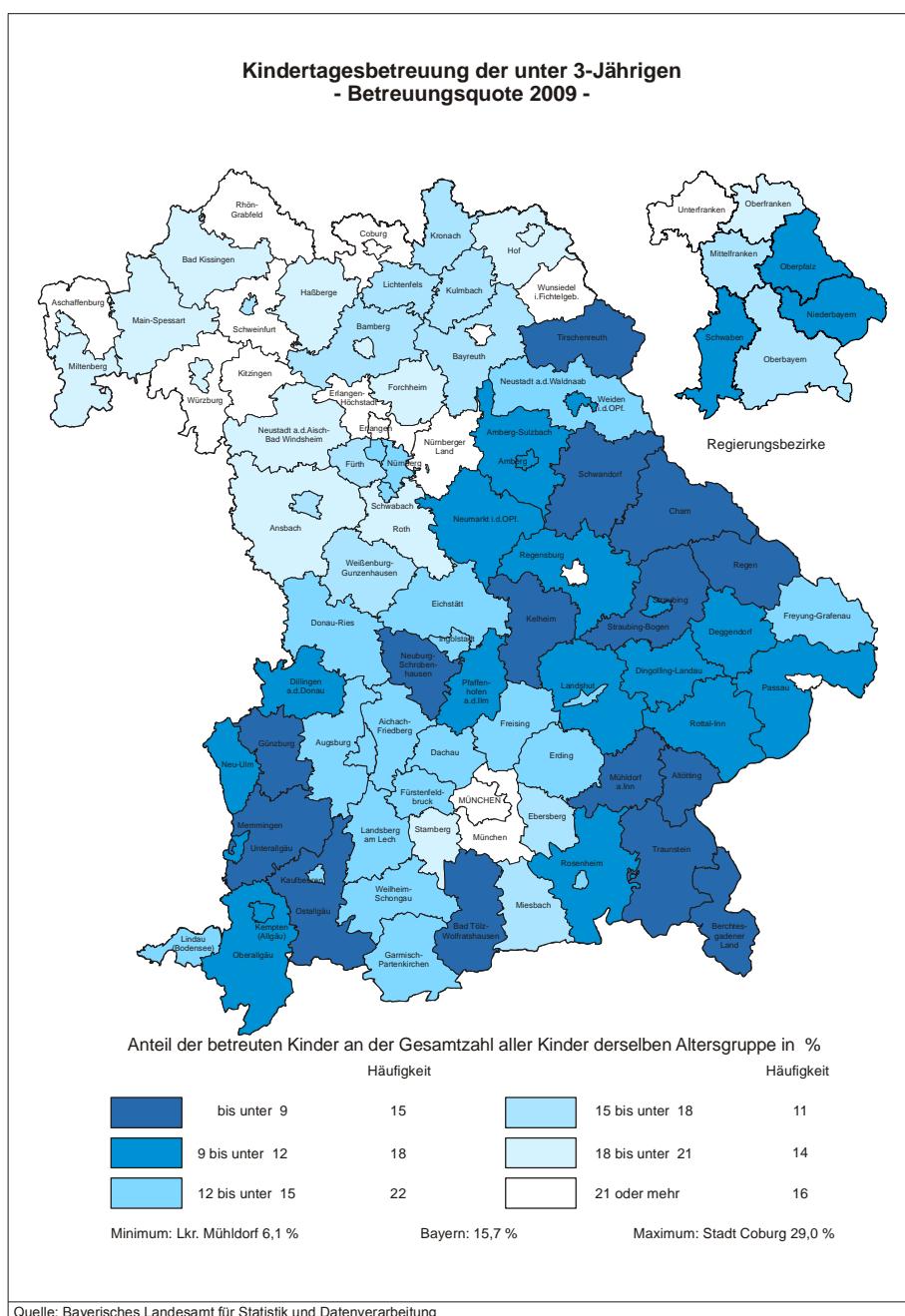
³² Anmerkung: Die statistische Erhebung erfolgt in Bayern fünf Monate vor Ablauf des Krippenjahres. Die Statistik berücksichtigt somit nicht die Kinder, die in den vergangenen sieben Monaten das dritte Lebensjahr vollendet haben und Plätze für Kinder unter drei Jahren belegen. Die Erhebung des StMAS weist deshalb zum 01.01.2009 z.B. 57.968 Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in der Kinderpflege auf, was einer Betreuungsquote von 18,1 % entsprach.

4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – unter 3-Jährige

Regionale Betreuungsquoten 2009

- Die in 2009 landesweite Betreuungsquote von 15,7 % bei den unter 3-Jährigen in einer Kinderbetreuungseinrichtung verteilt sich regional unterschiedlich mit Regionen unter 9 % und solchen über 21 %: Während in der Stadt Coburg fast jedes 3. Kind einen Krippenplatz hat, war im Landkreis Mühldorf nur jedes 16. Kind in einer Krippe.
- Im Regierungsbezirk Unterfranken liegt mit 21,4 % die beste Versorgung mit Betreuungseinrichtungen vor, während in Niederbayern nur 10,3 % der unter 3-Jährigen außerhalb des Elternhauses betreut werden. Bis auf das Einzugsgebiet von München hat Bayern unterhalb einer von Südwesten nach Nordosten verlaufenden Linie tendenziell deutlich weniger externe Kleinkindbetreuung als oberhalb dieser Linie.

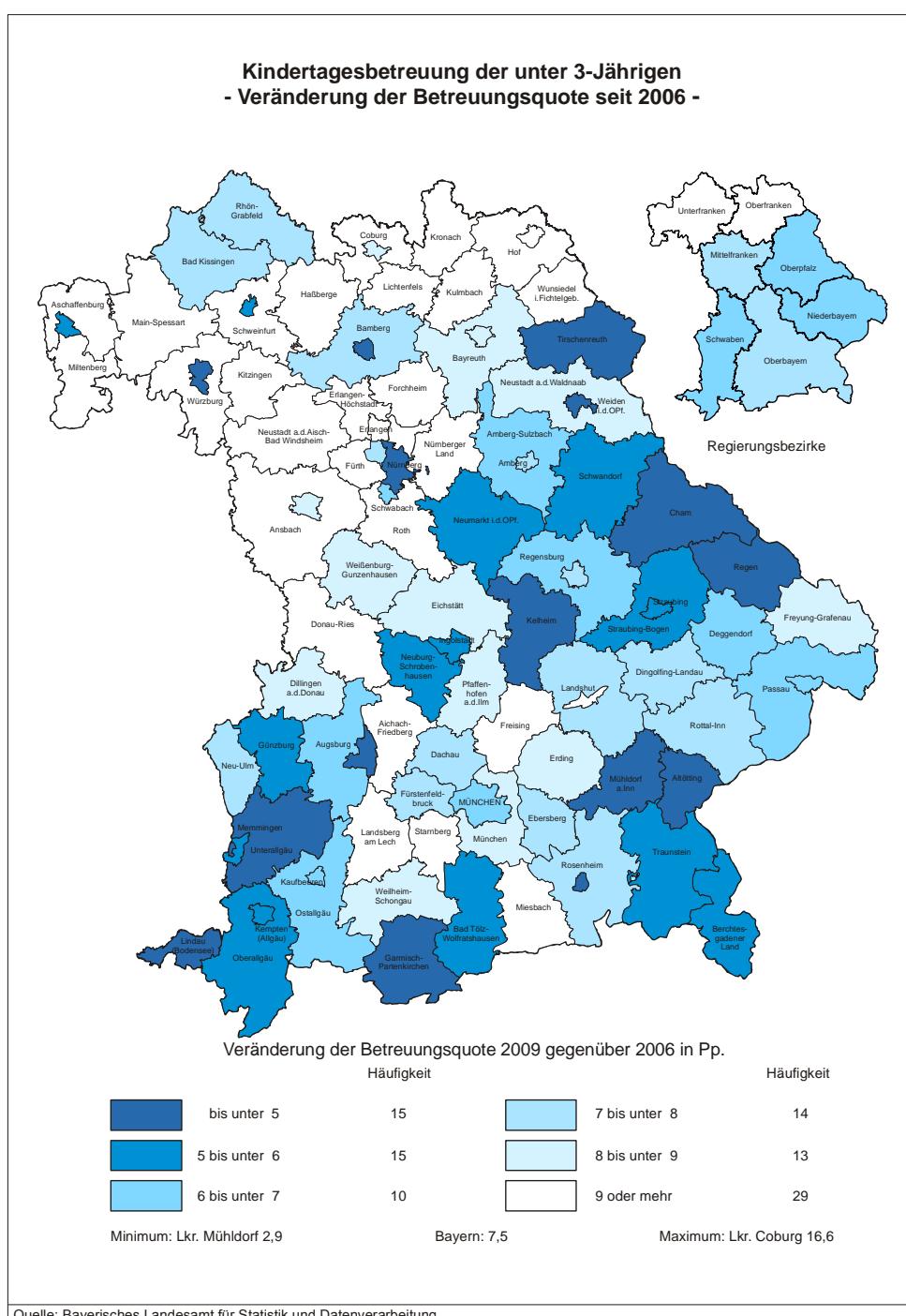


4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – unter 3-Jährige

Fast Verdoppelung der Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren in externen Betreuungseinrichtungen innerhalb von 3 Jahren

- Die Zahl der unter 3-jährigen Kinder, die tagsüber außerhalb des Elternhauses betreut werden, steigt kontinuierlich an. Allein im Zeitraum 2006 bis 2009 hat sich die Betreuungsquote bayernweit von 8,2 % in 2006 auf 15,7 % in 2009 nahezu verdoppelt.
- Eine Steigerung ist in jedem der 96 bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte zu verzeichnen.

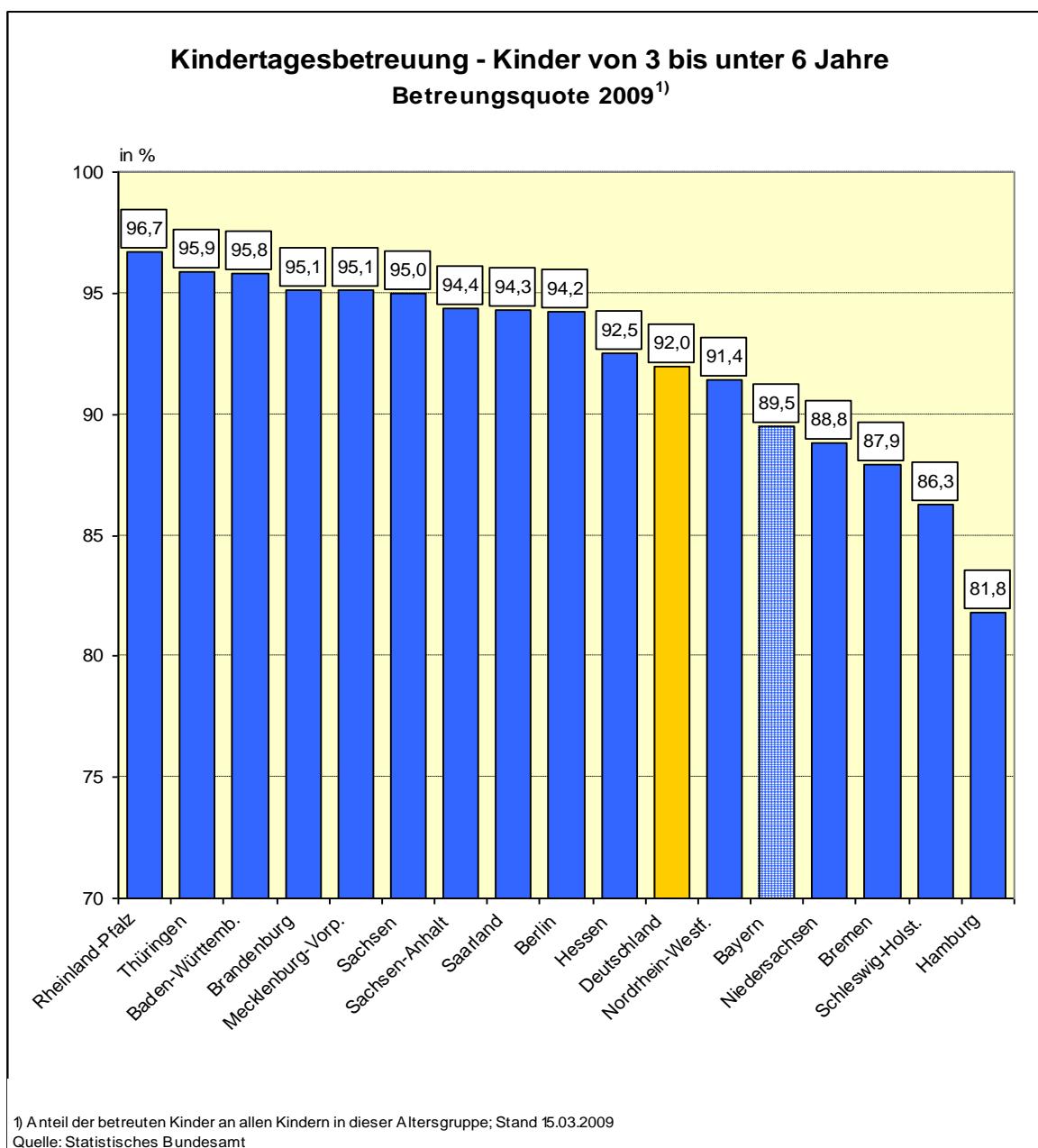


4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – 3 bis unter 6-Jährige

Betreuungsquote der 3 bis unter 6-Jährigen

- In Bayern haben im Jahr 2009 die Eltern von rund 299.000 Kindern von 3 bis unter 6 Jahren Angebote der Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern derselben Altersgruppe entsprach demnach 89,5 %.³³
- Bundesweit beläuft sich die Betreuungsquote auf 92,0 %. Spitzenreiter ist Rheinland-Pfalz mit einer Quote von 96,7 %, das Schlusslicht Hamburg verzeichnet einen Anteil von 81,8 %.



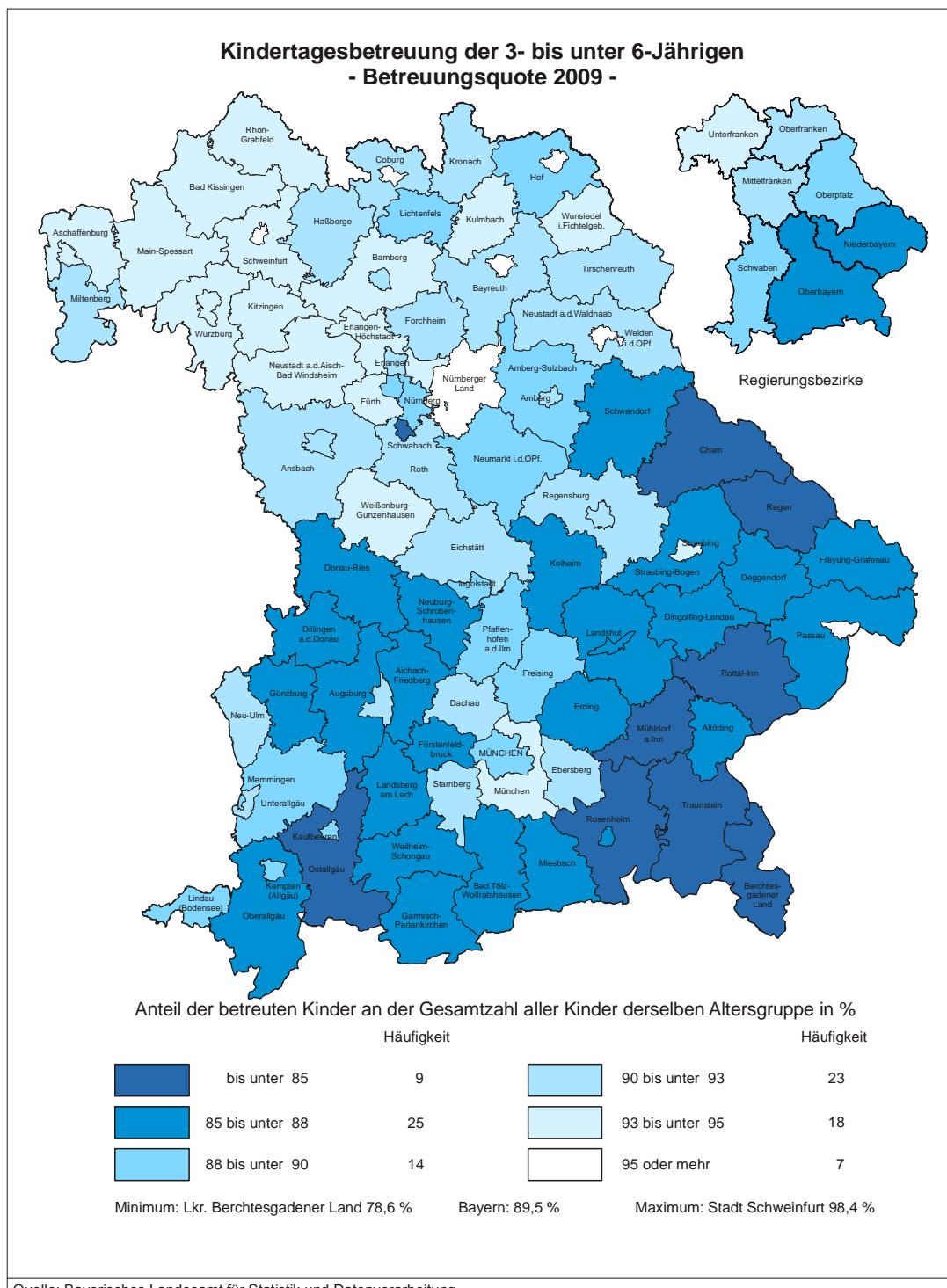
³³ Anmerkung: Die Bundesstatistik erfasst nicht die rund 33.000 Kinder ab dem vollendeten sechsten Lebensjahr in Kindertageseinrichtungen und rund 8.500 Kinder in Schulvorbereitenden Einrichtungen. Zur Schuleinschreibung besuchen über 98,8 % der Kinder eine Kindertageseinrichtung.

4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – 3 bis unter 6-Jährige

In der Hälfte der Kreise besteht mit einer Quote von über 90 % nahezu eine Vollversorgung bei der Betreuung von 3- bis unter 6-Jährigen.

- 2009 besuchten in Bayern 89,5 % der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren eine Kinderbetreuungseinrichtung.
- In Nordbayern ist die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe höher als in Südbayern
- In der Stadt Schweinfurt besuchten fast alle Kinder (98,4 %) zwischen drei Jahren und unter 6 Jahren eine Betreuungseinrichtung



4. Soziale Leistungen

4.8 Elterngeld, Kinderbetreuung – Migrationshintergrund

Migrationsspezifische Betreuungsquoten 2009

- Die Betreuung aller Kinder (mit und ohne Migrationshintergrund) unter 3 Jahren in Kinderbetreuungseinrichtungen lag in Bayern 2009
 - etwas über dem Niveau, wie es im früheren Bundesgebiet bestand und rund ein Viertel unter dem Niveau in ganz Deutschland aufgrund deutlich höherer Quoten in den neuen Bundesländern.
 - bei Kindern mit Migrationshintergrund nur etwa auf dem halben Niveau im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund, wobei in Westdeutschland in etwa das gleiche Verhältnis gilt wie in Bayern. In Ostdeutschland ist die Differenz zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund noch weitaus höher als in Bayern und Westdeutschland.
- Bei Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren war die Betreuungsquote in Kinderbetreuungseinrichtungen in Bayern
 - bei Kindern mit Migrationshintergrund deutlich unter den Werten in Westdeutschland und Deutschland und bei
 - bei Kindern ohne Migrationshintergrund etwas höher als in Westdeutschland und Deutschland.

Migrationsspezifische Betreuungsquoten von Kindern am 1.3.2009, in %

	unter 6 Jahren	unter drei Jahren	3 bis unter 6 Jahren
Bayern			
insgesamt	53,3	15,7	89,5
mit Migrationshintergrund	40,6	9,4	72,3
ohne Migrationshintergrund	58,9	18,6	96,8
Deutschland			
insgesamt	56,7	20,4	92,0
mit Migrationshintergrund	46,7	10,5	83,6
ohne Migrationshintergrund	61,1	24,8	95,6
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)			
insgesamt	53,8	14,6	91,4
mit Migrationshintergrund	46,6	9,0	84,7
ohne Migrationshintergrund	57,4	17,5	94,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 2/2010, Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung, S. 161-162



12. Fachmesse und
Congress des Sozialmarktes
3.-4. November 2010
Messegelände Nürnberg

www.sozialministerium.bayern.de



Dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wurde durch die berufundfamilie gemeinnützige GmbH die erfolgreiche Durchführung des **audit berufundfamilie®** bescheinigt:
www.beruf-und-familie.de.



Wollen Sie mehr über die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung erfahren?

BAYERN DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Telefon 0 89/12 22 20 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Winzererstr. 9, 80797 München
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@stmas.bayern.de
Gestaltung Umschlag: brainwaves.de, München
Gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier
(FSC, PEFC oder vergleichbares Zertifikat).

Bürgerbüro: Tel.: 0 89/ 12 61-16 60, Fax: 0 89/ 12 61-14 70
Mo – Fr 9.30 bis 11.30 Uhr und Mo – Do 13.30 bis 15.00 Uhr
E-Mail: Buergerbuero@stmas.bayern.de

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien, sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.